

MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Ambazonia - Imaginationen von Nationalismen in Kamerun

verfasst von | submitted by
Jana Amrei Binder B.A.

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Arno Sonderegger Privatdoz.

ABSTRACT

Die vorliegende Arbeit untersucht die nationalistischen Imaginationen der separatistischen Ambazonia-Bewegung in Kamerun. Der Fokus liegt auf der historischen Entwicklung, den politischen Akteuren und den diskursiven Strategien dieser separatistischen Bewegung. Dabei wird analysiert, wie die nationale Identität konstruiert und durch verschiedenste Narrative imaginiert wird. Die Arbeit beleuchtet zudem die interne Fragmentierung der Bewegung, insbesondere seit der Führungskrise von 2019, und deren Auswirkungen. Methodisch basiert die Untersuchung auf einer Kombination aus Diskursanalyse, historischer Kontextualisierung und der Betrachtung digitaler Medien. Die Analyse zeigt, dass sich der anglophone Separatismus in Kamerun nicht auf ethnische oder sprachliche Differenzen reduzieren lässt, sondern vielmehr aus spezifischen historischen und politischen Gegebenheiten resultiert. Im Ergebnis zeigt sich außerdem, dass der ambazonische Nationalismus ein dynamisches Imaginarium ist, welches durch interne Machtkämpfe, transnationale Akteure und ökonomischen Interessen geprägt wird.

This study analyses the nationalist imaginations of the Ambazonian political movement in Cameroon. The focus is on the historical development, the political actors and the discursive strategies of this separatist movement. It analyses how their national identity is constructed and imagined through various narratives. The work also sheds light on the internal fragmentation of the movement, particularly since the leadership crisis of 2019, and its effects. Methodologically, the study is based on a combination of discourse analysis, historical contextualization and the consideration of digital media. The analysis shows that Anglophone separatism in Cameroon cannot be reduced to ethnic or linguistic differences but rather results from specific historical and political circumstances. The results also show that the Ambazonian nationalism is a dynamic imaginary that is characterized by internal power struggles, transnational actors and economic interests.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	4
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	5
EINLEITUNG: DARSTELLUNG DES FORSCHUNGSINTERESSE	6
GRUNDANNAHMEN DER ARBEIT	10
FORSCHUNGSFRAGE UND FORSCHUNGSSTAND	12
METHODIK	16
HINWEISE: EIGENE POSITION UND POSITIONIERUNG	18
I. DIE GENESE DES „ANGLOPHONE STRUGGLE“	19
STAATLICHKEITEN VOR DER KOLONIALEN ÄRA AUF DEM AFRIKANISCHEN KONTINENT UND IM HEUTIGEN KAMERUN	19
DER DEUTSCHE KOLONIALISMUS	25
KOLONIALE GRENZZIEHUNGEN UND DIE ZWEIFTEILUNG KAMERUNS	28
DIE DEKOLONIALISIERUNG IN <i>CAMEROUN</i>	31
DIE DEKOLONIALISIERUNG DER <i>SOUTHERN CAMEROONS</i>	32
DIE FÖDERATIVE REPUBLIK KAMERUN	36
ARGUMENTATION BEZÜGLICH DER LEGALITÄT DER KAMERUNISCHEN WIEDERVEREINIGUNG 1961	38
LIBERALISIERUNG DER 1990ER UND DAS WIEDERAUFKOMMEN DES „ANGLOPHONE STRUGGLE“	39
II. DER WEG IN DEN BÜRGERKRIEG	43
DIE ANGLOPHONE KRISE SEIT 2016	45
DIE <i>AMBAZONIA DEFENSE FORCES</i>	49
STAATLICHE REAKTIONEN	52
DIE AMBAZONIA FÜHRUNGSKRISE SEIT 2019	52
FORDERUNGEN NACH EINEM WAFFENSTILLSTAND UND WEITERE ESKALATION SEIT 2021	55
III. THEORETISIERUNG NATIONALISMEN	59
DIE NATION	59
NATIONALISMUS	60
KOLLEKTIVES GEDÄCHTNIS UND ERINNERUNGSPOLITIK	63
ETHNIZITÄT UND NATIONALISMUS	64
<i>Ethnizität und Rassedenken als koloniales Erbe</i>	65
<i>Ethnizität und Nationalismus in Kamerun</i>	66
NATIONALISMUS ALS TRANSFERIDEOLOGIE	68
SEPARATISMUS UND NATIONALISMUS	71
<i>Separatismus in Kamerun</i>	74

IV. ANALYSE DES QUELLENKORPUS: CHARTA DER FREIHEITSBEWEGUNG	
AMBAZONIA	76
GESCHICHTE VON AMBAZONIA	79
ZUGEHÖRIGKEIT ZU AMBAZONIA UND DEN SOUTHERN CAMEROONS	86
AMBAZONIA ALS ABGRENZUNG	89
DIE IMAGINATION „AMBAZONIA“	91
<i>Demokratie und Wirtschaft</i>	91
<i>Kollektives Gedächtnis und Erinnerungspolitik</i>	93
V. SCHWIERIGKEITEN IN DER ANALYSE	97
KOMPLEXITÄT DES KONFLIKTS	97
AKTEURE IM DISKURS	99
<i>Informationskontrolle und Propaganda durch Hauptakteure: Regierung und Separatisten</i>	99
<i>Der Onlineaktivismus der Diaspora: Keyboard Warlords und Fake News</i>	100
<i>Akteure mit ökonomischen Interessen: Scamming und Spendenkampagnen</i>	102
<i>„Blacklegs“ und Imposter</i>	104
INFORMATIONSKANÄLE UND DEREN SPEZIFIKA	105
<i>Zensur separatistischer Accounts auf den Sozialen Medien</i>	105
<i>Zensur und Beeinflussung: Manipulierte Bilder in den Sozialen Medien</i>	106
<i>Schwierigkeiten der Autorin: Pidgin-Englisch</i>	107
FAZIT UND AUSBLICK	108
PRIMÄRQUELLEN	114
SEKUNDÄRLITERATUR	115
ANHANG: AGOVC (2019) ADOPTED CHARTER OF THE AMBAZONIA GOVERNING COUNCIL	FEHLER! TEXTMARKE NICHT DEFINIERT.

Abkürzungsverzeichnis

AAC - All Anglophones Conference

ACN - Ambazonia Communication Network

ADF - Ambazonian Defence Forces

AGovC - Ambazonia Governing Council

CACSC - Cameroon Anglophone Civil Society Consortium

CDU - Cameroon Democratic Union

CPDM - Cameroon People's Democratic Movement sowie auf Französisch: RDPC -
Rassemblement démocratique du Peuple Camerounais (Regierungspartei von Paul Biya)

CRTV - Cameroon Radio Television (staatlicher Rundfunk Kameruns)

FCFA - Franc CFA de l'Afrique centrale (Währung in Kamerun)

IG - Interim Government Ambazonian Governing Council

KNC - Kamerun National Convention

KNDP - Kamerun National Democratic Party

NUDP - National Union of Democracy and Progress

SCACUF - Southern Cameroons Ambazonia Consortium United Front

SCNC - Southern Cameroons National Council

SCYL - Southern Cameroons Youth League

SDF - Social Democratic Front (größte Oppositionspartei Kameruns)

UNC - Union Nationale Camerounaise

Abbildungsverzeichnis

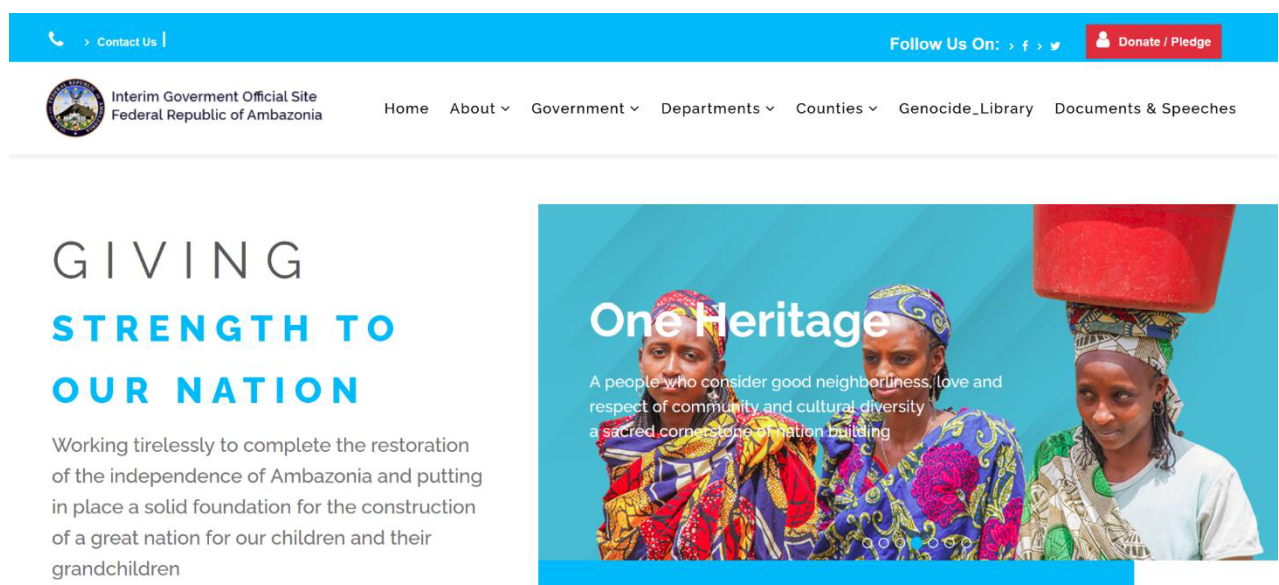
ABBILDUNG 1: INTERIM GOVERNMENT (N.D.-A) SCREENSHOT DER STARTSEITE VOM 11.04.2022.....	6
ABBILDUNG 2: KARTE KAMERUNS MIT HERVORHEBUNG DER BEIDEN ANGLOPHONEN REGIONEN. AUS: CRISIS GROUP (2023).....	9
ABBILDUNG 3: ÖFFENTLICHE WAHLKAMPAGNE IN KAMERUN, 2018. ZU SEHEN IST PRÄSIDENT PAUL BIYA MIT DEN WORTEN „NATIONALE EINHEIT“ AUF FRANZÖSISCH UND ENGLISCH. AUS: VOA (2018).....	10
ABBILDUNG 4: SPRACHGRUPPEN IN KAMERUN. AUS: KUM AWAH (2022:9)	21
ABBILDUNG 5: SPRACHFAMILIEN IN KAMERUN UND NIGERIA. AUS: WIKIMEDIA COMMONS (N.D.)	22
ABBILDUNG 6: ENTWICKLUNG DER TERRITORIALER GRENZZIEHUNG KAMERUNS. AUS: WIKIPEDIA (N.D.).....	27
ABBILDUNG 7: GRUPPENBILD DER ADF, WAHRSCHEINLICH AUS DEM JAHR 2022. AUS: AGoVC (N.D.-A).....	50
ABBILDUNGEN 8: DIE WEBSEITEN DES KONKURRIERENDEN INTERIM GOVERNMENT UND DES AGoVC. BEIDE SCREENSHOTS ERSTELLT AM 20.01.2023. AUS: INTERIM GOVERNMENT (N.D.-B) UND AGoVC (N.D.-B)	54
ABBILDUNG 9: INTERIM GOVERNMENT (N.D.-B) SCREENSHOT DER STARTSEITE VOM 20.01.2023.....	56
ABBILDUNG 10: AUSSCHNITT DER “CHARTER OF THE AMBAZONIA GOVERNING COUNCIL”. AUS: AGoVC (2019:52).....	78
ABBILDUNG 11: FACEBOOK FOTO DES ACN VOM 20.01.2025, ZEIGT VERMEINTLICHE DELEGIERTE DER BEFREIUNGSBEWEGUNGEN AMBAZONIA UND BIAFRA IN WASHINGTON DC, PARALLEL ZUR INAUGURATION DES US-PRÄSIDENTEN DONALD TRUMP. AUS: ACN (2025).....	101
ABBILDUNG 12: WERBEBANNER DER STARTSEITE SOGENANNT „STEUERN“ FÜR AMBAZONIA ZU ZAHLEN. AUS: AGoVC (N.D.-D) AUFRUF VOM 28.02.2025.....	103

Einleitung: Darstellung des Forschungsinteresse

“Es ist der Nationalismus, der die Nationen hervorbringt, und nicht umgekehrt”
(Gellner 1991:87)

Unter dem Titel „*Giving Strength to our Nation*” beschreibt die selbsternannte „Übergangsregierung der föderalen Republik Ambazonia”, dass sie ein solides Fundament errichten will, auf welchem dann eine „großartige Nation” für ihre Kinder und Enkelkinder entstehen solle (siehe Abbildung 1). Diese große und unabhängige Nation, die de facto weder rechtlich existiert noch jemals existiert hat, aber so imaginiert wird, ist das politische Ziel der separatistischen Bewegung „Ambazonia” im westafrikanischen Kamerun. Diese politische Bewegung, deren ideologische Anfänge in den 1980er Jahren zu liegen scheinen, hat 2017 jene Übergangsregierung gebildet, deren Gründungsdokumente einen interessanten Einblick in die Vorstellungen dieser nationalistischen Bewegung geben. Dieser Sonderfall eines auf den ersten Blick gut organisierten, aber (bisher) erfolglosen Separatismus und seine ideologischen Grundlagen sollen im Mittelpunkt dieser Masterarbeit stehen.

Abbildung 1: Interim Government (n.d.-a) Screenshot der Startseite vom 11.04.2022



Ideologisch-konzeptionell stellen sich hinsichtlich der Errichtung eines funktionierenden Nationalismus, unter den Bedingungen postkolonialer Politiken, eine Reihe komplexer Fragen. Wie und worum formierte sich eine separatistisch-nationalistische Bewegung in einem Land, dessen Loslösung aus den kolonialen Herrschaftsverbänden zweier europäischer Mächte erst 65 Jahre zurücklag? Wie entfaltete sich eine nationalistische Bewegung in einem Gebiet in welchem nahezu 200 Sprachen gesprochen werden, während die offiziellen Amtssprachen Französisch und Englisch ehemalige Kolonialsprachen sind? Wer zählte zur erdachten Nation und zur politischen Bewegung – und wer nicht? Auf welcher Grundlage könnte ein kultureller Nationalismus in einem multiethnischen Staat wie Kamerun entstehen? Wie Ernest Gellner (1991:87) feststellt, ist es „*der Nationalismus, der Nationen hervorbringt, und nicht umgekehrt.*“ Doch wie wird diese nationalistische Identität im Fall von Ambazonia gedacht, begründet, imaginiert und angestrebt?

Kamerun, ein westafrikanisches Land mit rund 30 Millionen Einwohnern, hat eine wechselvolle Geschichte und seine territoriale Integrität ist seit der Gründung des politischen Gebildes umstritten. Die genaue kartografische Erfassung des späteren Kameruns erfolgte aus wirtschaftspolitischen Interessen der Kolonialmacht Deutschland. 1884 wurde das Gebiet durch eine Expedition unter Gustav Nachtigal entlang des Flusses Wuri kartografiert, später wurde das Kolonialgebiet durch ungleiche Verträge und kriegерische Übernahme bis an den Tschadsee im Norden ausgedehnt. Bei dieser kolonialen Landnahme spielten weder ethnische Zugehörigkeit noch Sprach- oder Religionsgruppen eine Rolle. Entscheidend war vielmehr die Begrenzung eines eigenen Kolonialgebiets gegenüber anderen europäischen Großmächten – insbesondere die Abgrenzung zum britisch kolonisierten Nigeria und zu Französisch-Äquatorialafrika.

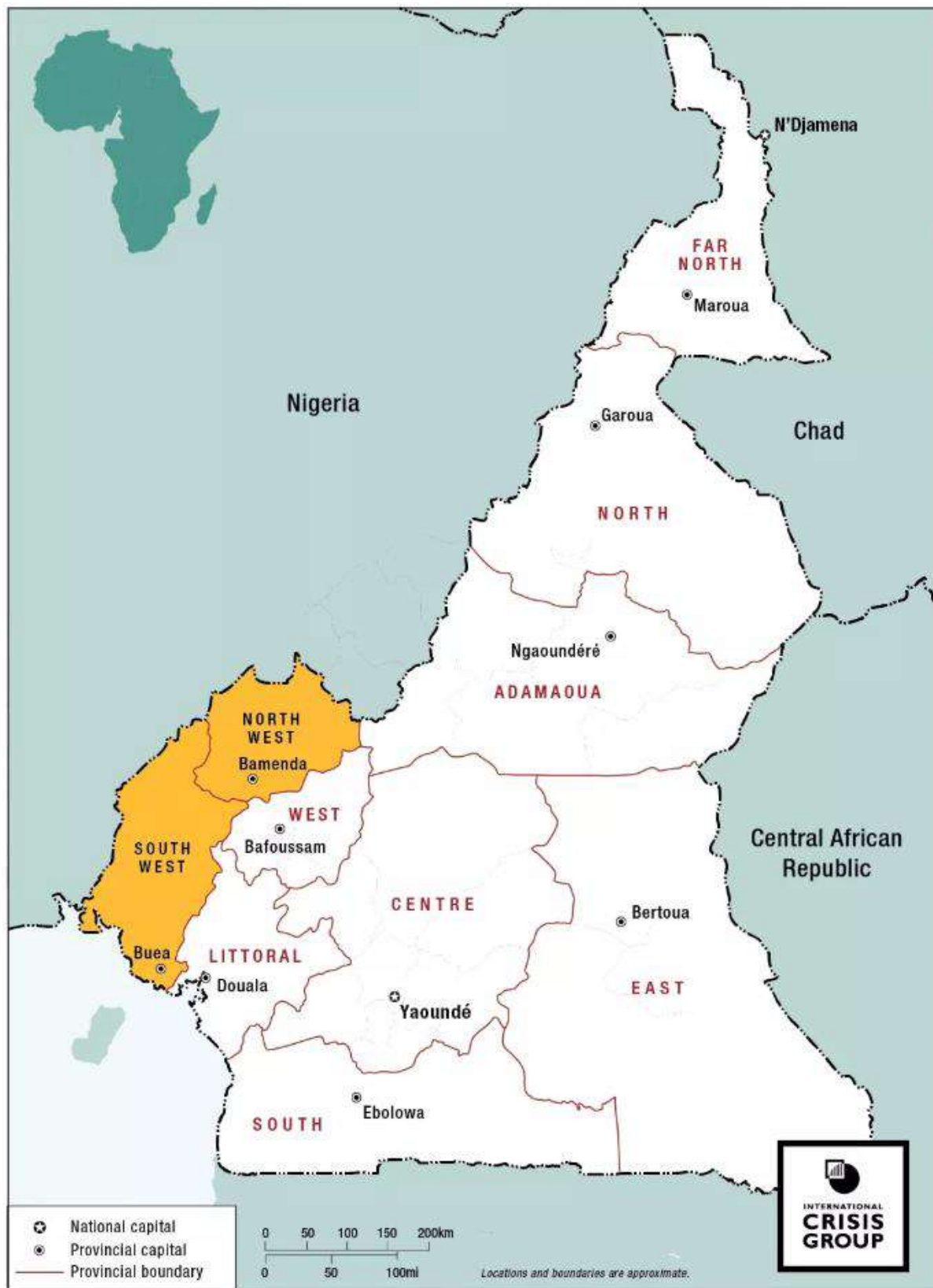
Nach gerade einmal 30 Jahren Herrschaft, verlor Deutschland seine Kolonie Kamerun an die Siegermächte des Ersten Weltkriegs, Frankreich und Großbritannien, die das nunmehr Mandatsgebiet des Völkerbund anschließen zweigeteilt verwalteten. Während der östliche und nördliche Teil des Landes zum französischen Mandatsgebiet wurde, wurde der westliche Teil, die *Southern Cameroons*, an die britische Kolonie Nigeria angedockt. Diese territoriale Neuordnung hielt jedoch nur bis zur Welle der afrikanischen Unabhängigkeiten in den 1960er Jahren an. Ein von den Vereinten Nationen finanziertes Referendum in den britisch verwalteten *Southern Cameroons* entschied 1961 über die Wiedervereinigung der Landesteile – ein Verfahren, das bis heute umstritten ist. Seit den 1980er und 1990er Jahren wurde die Zuordnung

und Zugehörigkeit der ehemals französischen und britischen Landesteile zwar immer wieder politisch in Frage gestellt, stieß jedoch stets auf starke politische Repressionen (siehe Schicho 2001:66f).

In dem schon kurz nach dem Eintritt in die Unabhängigkeit 1960 und 1961 entstandenen sogenannten „*anglophone problem*“ kumulieren sich verschiedene Konflikte und Probleme, welche die Bevölkerung in den südwestlichen Provinzen Kameruns betreffen. Das betroffene Gebiet wird in dieser Arbeit als *Southern Cameroons* oder auch als „anglophone Regionen“ bezeichnet (siehe Abbildung 2). Als *Anglophone* werden im allgemeinen Diskurs diejenigen Menschen bezeichnet, die in den Regionen leben, in welchen Englisch als Amts-, Verkehrs- und Bildungssprache durch die Kolonialisierung als Treuhandgebiets von Großbritannien eingeführt wurde. Wie in der Arbeit noch weiter ausgeführt werden wird, kann das Merkmal *anglophone* nicht einfach durch Umzug oder Schulbesuch abgelegt werden, sondern manifestiert sich quasi ethno-kulturell (vgl. Elong Ebolo 2012:14). Als Konsequenz dieser Zuschreibung manifestiert sich im heutigen Kamerun eine gesellschaftliche Diskriminierung beziehungsweise Marginalisierung im mehrheitlich frankophonen Land, sei es in der Verteilung von öffentlichen Ämtern, dem Zugang zu Bildung, Berufen oder öffentlichen Institutionen. Dieser Zweiteilung des Landes wird von Seiten der Politik offiziell entgegengearbeitet. Erklärtes Ziel des seit 1982 im Präsidentenamt sitzenden Paul Biya ist es, das Land zu einen und die gemeinsame nationale Identität zu fördern (vgl. Abbildung 3). Oppositionelle Stimmen, wie die Partei SDF, welche unter anderem ein Wiedererstarken des Föderalismus und mehr Demokratie fordern, können seit den 1990ern zwar Erfolge verbuchen, bleiben jedoch in der Unterzahl.

Im Jahr 2016 und 2017 ist eine einflussreiche politische separatistische Bewegung entstanden, die eine neue politische Agenda für die südwestlichen Landesteile anstrebt und versucht, diese mit Waffengewalt durchzusetzen. Die separatistische politische Bewegung strebt die nationalstaatliche Unabhängigkeit der anglophonen Gebiete Kameruns unter dem Namen Ambazonia an. Dabei setzt sie sowohl auf diplomatische Bemühungen als auch auf den bewaffneten Kampf mittels Guerilla-Taktiken gegen den kamerunischen Staat. Ein erheblicher Teil ihrer Aktivitäten wird aus der Diaspora heraus organisiert beziehungsweise unterstützt (vgl. Crisis Group 2024 sowie Serwat & Beevor 2024:17ff.).

Abbildung 2: Karte Kameruns mit Hervorhebung der beiden anglophonen Regionen.
Aus: Crisis Group (2023)

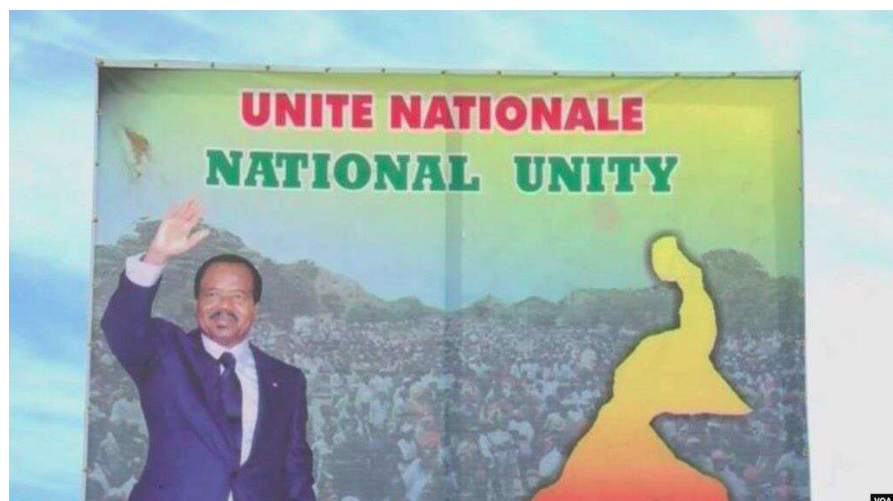


Grundannahmen der Arbeit

Als eine der vielen möglichen Interpretationsweisen des „*anglophone problem*“ und darauf bezogene Diskurse, formierte sich die Separatistische Bewegung Ambazonia, welche einen eigenen, von Kamerun unabhängigen, Nationalstaat als Ziel und Lösungsstrategie sieht und diesen diskursiv erstellt, international lobbyiert, sowie auch mit Waffengewalt anstrebt.

Das Prinzip der Nation als Staatlichkeit, die Idee, dass jedes Nationalgefühl durch eine territoriale Einheit befriedigt wird, ist auf einem endlichen Planeten immer schon ein Streitpunkt der politischen Aushandlungen gewesen. Das nationale Prinzip wird dann verletzt, wenn die „*Herrschenden einer politischen Einheit einer anderen Nation angehören als die Mehrheit der Beherrschten*“ (Gellner 1991:8). Da dies in den meisten heutigen afrikanischen Staaten aufgrund der Kolonialherrschaften bis in die 1960er Jahre der Fall war, entwickelte sich im Zeitalter der Dekolonialisierung eine Vielzahl politischer Bewegungen, welche verschiedenste Ideologien zur Verbesserung der Situation beigetragen haben. Neben panafrikanischen und sozialistischen Bestrebungen setzte sich jedoch, aufgrund spezifischer politischer Gegebenheiten, auf welche in dieser Arbeit noch weiter eingegangen werden soll, das nationalistische Prinzip nahezu flächendeckend um (vgl. Eckert 2011:49f). Infolgedessen wurden von den neuen unabhängigen afrikanischen Staaten, innerhalb der territorialen Grenzen der alten Kolonialgebiete, ein staatspolitisches nationalistisches Projekt in Gang gesetzt, gesellschaftspolitisch gefördert und dieser Prozess der Nationwerdung, auch „*nation-building*“ genannt, wird bis heute diskursiv vorangetrieben (siehe Abbildung 3).

Abbildung 3: Öffentliche Wahlkampagne in Kamerun, 2018. Zu sehen ist Präsident Paul Biya mit den Worten „Nationale Einheit“ auf Französisch und Englisch. Aus: VOA (2018)



Der Versuch, Nation und Staat deckungsgleich zu gestalten, kann auch als Prozess der Nationwerdung bezeichnet werden. Dabei ist zu beachten, dass laut Gellner *„Nationen und Staaten nicht dasselbe Phänomen [sind]. Dem Nationalismus zufolge sind beide füreinander bestimmt, jedes sei unvollständig ohne das andere und stelle für sich allein eine Tragödie dar“* (1991:16). Die meisten der heutigen europäischen Nationalstaaten begründen ihre Legitimität und Existenz mit langen und oft nachträglich konstruierten Geschichten. Sie entstanden in ihrer heutigen Form nahezu immer unter Zwang durchgesetzter Homogenisierungen. Auch um Handel und Wirtschaft zu fördern und zu erleichtern, näherten sich Sprache und Bürokratie immer weiter an und wurden graduell vereinheitlicht (vgl. Hobsbawm 1991:109ff). Dieser Versuch der Nationswerdung verlief auf dem postkolonialen afrikanischen Kontinent nirgendwo reibungslos und konfliktfrei und ist ein fortwährender Prozess, der Regierungen und politische Gruppierungen umtreibt und Staatlichkeit in Frage stellt (vgl. Forrest 2004, Englebert & Hummel 2005, Cooper 2014b und Krämer 2019).

Manche dieser Gruppierungen, im Besonderen die hier untersuchte Ambazonia-Bewegung, stellen sich gegen das Nationsbildungsprojekt des postkolonialen Staates und versuchen, ihre eigene Identität durch separatistische Bestrebungen zu sichern. Separatismus beschreibt das Bestreben einer Gruppe, sich von einem bestehenden Staat oder einer politischen Einheit abzuspalten, um eine eigene, unabhängige Einheit zu bilden. Insgesamt ist der afrikanische Kontinent vergleichsweise wenig von Separatismus und Sezessionismus betroffen (vgl. Englebert & Hummel 2005). So haben sich seit der Zeit der kolonialen Unabhängigkeiten der 1960er nur Eritrea und der Südsudan von ihren ehemaligen Nationalstaaten abgetrennt. Andere separatistische Projekte, wie z.B. Biafra in Nigeria, waren hingegen nicht erfolgreich.

Im gleichen Forschungsfeld stellte Andreas Mehler (2014) anhand von Kamerun in Frage, dass sogenannte „segmentierte Staaten“ besonders anfällig für Sezessionen seien. Er zeigte, dass Föderalismus nicht automatisch zu sezessionistischen Bewegungen führe. Vielmehr habe die Abschaffung des Föderalismus – und nicht seine Einführung – langfristig zur Herausbildung einer separatistischen Identität der anglophonen Minderheit geführt.

Umso interessanter ist es, sich die nationalistisch-separatistische Bewegung Ambazonia in ihrer Genese, ihren Ideen und Imaginationen genauer anzuschauen.

Forschungsfrage und Forschungsstand

Die Interpretation der eben aufgeführten Probleme und die darauffolgenden Lösungsstrategien durch die politische Gruppierungen werden in der folgenden Arbeit behandelt. Die Masterarbeit untersucht, mit welcher Position, welchen politischen, nationalen und ethnischen Vorstellungen und auf welcher Argumentation die separatistische Bewegung „Ambazonia“ diskursiv über Veröffentlichungen und Reden versucht, ihre nationalistischen Bestrebungen zu betonen. Diese teilweise auch von Exil-Kameruner*innen geführte politische Bewegung ist dabei als separatistisch-nationalistisch einzuordnen, was innerhalb der Analyse weiter geprüft und genauer erläutert werden muss. Als zu prüfende These ist dann zu analysieren, auf welchen historischen Argumenten die angestrebte Abspaltung begründet wird und ob diese historischen Argumente auch inhaltlich-theoretische Alleinstellungsmerkmale besitzen im Vergleich zum gesamtkamerunischen nationalen Narrativ.

Die Analyse möchte daher herausfinden, auf welches kollektive Gedächtnis und Erinnerungspolitik Bezug genommen wird und wie die historische Rechtfertigung und Begründung des Nationalismus aussieht (vgl. Schmid 2009). Daraufhin wird analysiert, auf welche Nationsvorstellung(en) Bezug genommen wird und wie die Zugehörigkeiten zur angestrebten Nation verhandelt werden. Wird hier auf Sprache, Geschichte oder Ethnizität Wert gelegt? Wie wird die „*imagined community*“ (vgl. Anderson 2016 [1983]) der angestrebten Nation erdacht? Und lassen sich dabei auch Aussagen treffen, ob es sich bei dem Projekt Ambazonia um einen politischen Nationalismus „von oben“ oder um einen Protonationalismus (vgl. Hobsbawn 2005 [1992]) der Massen handelt?

Seit Beginn des anglophonen Konflikts in Kamerun, haben sich eine Vielzahl akademischer Studien mit der Thematik beschäftigt, fokussieren sich dabei meist auf die Ursachen, Genese und Dynamiken des Konflikts. Die bedeutendste Grundlagenliteratur zu den Problemlagen des „*anglophone struggle*“ wurde seit den 1990ern durch den niederländischen Soziologen Piet Konings veröffentlicht, Großteils jedoch noch ohne das Wissen, dass dieses historisch gewachsene Problemfeld in einem Bürgerkrieg enden würde.

Ein anderer Autor, Doho (2020), klassifizierte nach Anbruch des Bürgerkriegs die Entwicklung des anglophonen Widerstands und Separatismus in Kamerun in drei Generationen. Die erste Generation nach der Unabhängigkeit setzte auf den föderalen Staat und auf Verhandlungen mit den frankophonen Eliten (Doho 2020:219ff.). Diese Hoffnung sei jedoch enttäuscht worden,

als Präsident Ahmadou Ahidjo in den 1960er Jahren die föderale Struktur schrittweise demonitierte. Die zweite Generation der 1990er-Jahre, geprägt von Intellektuellen, Literaten und Juristen, formulierte ihre Kritik am zentralistischen und repressiven Staat in dramatischen und literarischen Werken (Doho 2020:221ff.). Zwar hielten sie an friedlichen Mitteln fest, wurden jedoch durch staatliche Repression zunehmend marginalisiert. Die dritte Generation schließlich – geboren in der Ära von Paul Biyas autoritärer Herrschaft – setzte verstärkt auf bewaffneten Widerstand. Gruppen wie die „*Amba boys*“ treiben seit 2017 die Unabhängigkeit der „*Federal Republic of Ambazonia*“ voran (Doho 2020:226ff.).

Agwanda et al. (2020) analysieren die strukturellen Ursachen des Konflikts und argumentieren, dass das Versagen der kamerunischen Regierung im postkolonialen Staats- und Nationenbildungsprozess maßgeblich zur Eskalation der Spannungen beigetragen habe. Dabei identifizieren die Autoren vier grundlegende Fehlentwicklungen, die den gegenwärtigen Konflikt entscheidend geprägt haben (Agwanda et al. 2020:4f). Erstens verweisen sie auf die räumliche Stratifikation des Landes, die durch administrative Grenzziehungen in anglophone und frankophone Regionen eine binäre Raumstruktur schuf, welche die anglophone Identität in der Bevölkerung langfristig verfestigte. Die territoriale und sprachliche Differenzierung wurde nicht überwunden, sondern institutionell zementiert, was die Herausbildung eines gemeinsamen nationalen Bewusstseins erheblich erschwerte (Agwanda et al. 2020:4).

Zweitens habe die ökonomische Marginalisierung der anglophonen Regionen zu einer wachsenden Entfremdung gegenüber dem zentralstaatlichen Projekt geführt. Trotz wirtschaftlicher Potenziale – insbesondere im Rohstoff- und Agrarsektor – würden die anglophonen Landesteile systematisch von staatlichen Investitionen und Entwicklungsprogrammen ausgeschlossen (Agwanda et al. 2020:5). Drittens kritisieren Agwanda et al. (2020:5) die autoritäre und repressive Regierungsführung in Kamerun, welche demokratische Kanäle der Konfliktbearbeitung blockierte und gewaltfreie Protestformen delegitimierte. Zuletzt betonen sie, dass es neben struktureller Diskriminierung auch zu tatsächlichen kulturellen Spannungen zwischen anglophonen und frankophonen Gemeinschaften gekommen wäre. Diese äußerten sich in der Unvereinbarkeit der unterschiedlichen Rechts- und Bildungssystemen, divergierenden Verwaltungskulturen sowie einer asymmetrischen Repräsentation anglophoner Identität im öffentlichen Raum (ebd).

Eine weitere Studie „*Cartography of War in Southern Cameroon*“ von Afungang (2020) analysiert, wie Territorium, Mobilität, Topografie und Grenzverläufe den Verlauf und die

Intensität des Konflikts beeinflussen. Die Arbeit versteht den Krieg nicht nur als soziales oder politisches Phänomen, sondern explizit als räumlich verankerten Prozess, bei dem Landkontrolle, Bewegungseinschränkungen und symbolische Raumzuweisungen zentrale Rollen spielen würden.

Die Studie von Beseng et al. (2023) mit dem Titel *"From 'Anglophone Problem' to 'Anglophone Conflict' in Cameroon: Assessing Prospects for Peace"* bietet eine fundierte Analyse der historischen, politischen und gesellschaftlichen Dynamiken, die zur Eskalation des anglophonen Problems in Kamerun hin zu einem bewaffneten Konflikt führten. Die Autor*innen verfolgen dabei eine interdisziplinäre Herangehensweise, die historische Ursachen, strukturelle Benachteiligungen sowie den staatlichen Umgang mit den Forderungen der anglophonen Bevölkerung in den Fokus rückt. Sie betonen insbesondere das Missverhältnis zwischen der formal garantierten Gleichberechtigung der anglophonen Regionen und der tatsächlichen politischen und ökonomischen Marginalisierung durch die frankophone Zentralregierung.

Ein zentrales Argument der Arbeit ist, dass der kamerunische Staat auf berechnete Forderungen nach Dezentralisierung, kultureller Autonomie und fairer Repräsentation nicht mit Dialog, sondern zunehmend mit Repression reagiert habe (vgl. Beseng et al. 2023). Diese staatliche Härte, gekoppelt mit einem Mangel an glaubwürdigen politischen Reformen, habe zur Radikalisierung weiter Teile der anglophonen Bevölkerung und zur Herausbildung bewaffneter separatistischer Gruppen geführt. Beseng et al. (2023) analysieren auch die Rolle der internationalen Gemeinschaft, die sie als weitgehend zögerlich und ineffektiv charakterisieren – insbesondere in Hinblick auf die Konfliktmediation und Menschenrechtslage.

Der Bericht *"Anglophone Separatists: Non-State Armed Groups and Illicit Economies in West Africa"* von der *Global Initiative Against Transnational Organized Crime* und dem *Armed Conflict Location & Event Data Project* (ACLED), bietet eine umfassende Analyse der Verflechtungen zwischen bewaffneten Gruppen, illegalen Wirtschaftsaktivitäten und der zunehmenden Gewalt gegen Zivilisten (vgl. Serwat & Beevor 2024). Der Bericht analysiert die Finanzierung und Ressourcenbeschaffung der separatistischen Gruppen, welche sich unter anderem durch Entführungen gegen Lösegeld, illegale Besteuerung des lokalen Handels und andere kriminelle Aktivitäten finanzieren (Serwat & Beevor 2024:20ff.). Solche illegalen Wirtschaftspraktiken würden nicht nur der Finanzierung, sondern auch der Kontrolle über die Bevölkerung und der Aufrechterhaltung ihrer Machtstrukturen dienen. Diaspora-Aktivisten

unterstützen die bewaffneten Gruppen finanziell und ideologisch, indem sie über soziale Medien Spenden sammeln und harte separatistische Narrative verbreiten (Serwat & Beevor 2024:17). Ein umfassendes Verständnis der Verbindungen zwischen illegalen Wirtschaftspraktiken und bewaffneten Gruppen sei für die Autor*innen entscheidend für die Entwicklung effektiver Strategien zur Konfliktlösung und Friedensförderung (Serwat & Beevor 2024:3).

Diese erwähnte akademische Literatur der letzten sechs Jahre, besondere Afungang (2020) und Beseng et al. (2023), analysieren den Konflikt oft aus makropolitischer Sicht, beispielsweise über internationale Reaktionen und Regierungspolitik, ohne systematisch empirische Daten aus der betroffenen Bevölkerung zu integrieren. Es fehlt insgesamt im Themenfeld an aktuellen qualitativen Studien, die lokale Akteure – etwa Dorfbewohner*innen, Binnenvertriebenen oder ehemalige separatistische Kämpfer – erheben und analysieren. Auch jegliche quantitative Erhebungen im Feld, wie die Auswertung von Umfragen oder Statistiken über separatistische Kämpfer, fehlen in der akademischen Literatur. Weiters fehlen systematische Vergleiche mit anderen separatistischen Bewegungen wie beispielsweise jenen in Biafra, Katalonien oder Südossetien.

Desweiteren analysiert keine der bisher publizierten Arbeiten gezielt die Auswirkungen des Konflikts auf Frauen oder wie diese in der Bewegung eingebunden sind oder ausgeschlossen werden - die Genderdimension bildet somit noch eine Forschungslücke. Insgesamt ist der aktuelle Bürgerkrieg, sowohl als der „*anglophone struggle*“ ein - akademisch als auch medial - international ein wenig beachtetes Thema. Aus einem weiteren Blickwinkel deutet Morris-Chapman (2019) zwar an, dass die christlichen Kirchen eine Rolle in der Konfliktvermittlung spielen, auch hier fehlt jedoch eine detaillierte Analyse zur Rolle von Religion in der Mobilisierung für oder gegen die ambazonische Bewegung.

Während die Wirkung der sozialen Medien und die Rolle der kamerunischen Diaspora in Europa und Nordamerika für die Mobilisierung und Finanzierung des Konflikts von Serwat & Beevor (2024) und weiteren beleuchtet wurde, fehlt eine tiefere Analyse der in der Diaspora vertretenen nationalistischen Ideologie und die Motivationsmuster in der Diaspora.

In meiner Forschung beabsichtige ich, die Ideologie und die imaginären Konstruktionen der separatistischen Bewegung Ambazonia aus einer inneren Perspektive, nämlich den eigenen Veröffentlichungen der Bewegung, zu analysieren. Anstatt primär nach Ursachen des Konflikts

zu suchen, steht die diskursive Herausbildung von „Nationalität“ und „Zugehörigkeit“ innerhalb der Bewegung selbst im Zentrum.

Das Ziel ist es, zu rekonstruieren, wie sich die Bewegung selbst historisch verortet, welche Narrative sie zur Legitimation ihres nationalen Anspruchs entwickelt, und wie sie ihre Konzepte zu Souveränität, kollektiver Identität und politischer Subjektivität ausgestaltet. In diesem Zusammenhang sollen auch ideengeschichtliche Bezugspunkte wie ein ambazonischer Protonationalismus, das Verständnis von Kolonialismen sowie die Bezugnahme auf eine nationale Vor- und Frühgeschichte kritisch beleuchtet werden. Diese Herangehensweise ermöglicht es, den ambazonischen Separatismus nicht nur als politische Reaktion auf strukturelle Marginalisierung zu deuten, sondern auch als diskursiv konstruierte Form von (Gegen)Staatlichkeit mit eigenem Selbstverständnis, normativen Ansprüchen und kultureller Imagination.

Methodik

Um mehr Erkenntnisse über die politische Bewegung Ambazonia zu erlangen, soll in dieser Arbeit mit Hilfe des diskurshistorischen Ansatzes à la Ruth Wodak, Schlagwörter, Formulierungen und Betonungen in den separatistischen Veröffentlichungen herausgearbeitet und eingeordnet werden. Der Begriff Diskurs bezieht sich hierbei auf die durch hierarchisierte Sozialverhältnisse erzeugten Grenzen des Sag- und Denkbaren. Sprechakte sind an allgemeinere Regeln gebunden und mit unterschiedlichen Wahrheitswerten ausgestattet, gleichzeitig konstituieren Diskurse die soziale Wirklichkeit.

Ruth Wodaks *Discourse-Historical Approach* ist ein zentraler Ansatz innerhalb der Kritischen Diskursanalyse, der sich durch eine starke historische Kontextualisierung von Diskursen auszeichnet. Das Ziel der Methodik ist es, sprachliche Strukturen und Muster im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen und ideologischen Konstruktionen zu untersuchen. Dabei kombiniert der Ansatz linguistische, soziologische und historische Methoden, um Diskurse nicht isoliert, sondern in ihrem historischen Verlauf und in ihrer sozialen Einbettung zu analysieren (vgl. Wodak & Reisigl 2009:119f).

Ein zentrales Merkmal des *Discourse-Historical Approach* ist die Annahme, dass Diskurse durch historische Kontinuitäten geprägt sind und über verschiedene Zeiträume hinweg analysiert werden müssen, um Veränderungen und Brüche in gesellschaftlichen Debatten

nachzuvollziehen (vgl. Wodak & Reisigl 2009:96ff). Diese Perspektive ermöglicht es, ideologische Strukturen und Machtdynamiken sichtbar zu machen, insbesondere im Kontext politischer Kommunikation, medialer Diskurse und öffentlicher Debatten über soziale Identitäten und Exklusionsmechanismen. Dabei werden spezifische Diskursstrategien identifiziert, die zur Konstruktion von sozialen Gruppen und deren Eigenschaften beitragen. Dazu gehören Nomination (die Benennung von Gruppen oder Ereignissen), Predikation (die Zuschreibung von Eigenschaften), Argumentation (die Rechtfertigung oder Kritik bestimmter Positionen), Perspektivierung (die Positionierung von Sprecher*innen im Diskurs) sowie Intensivierung oder Milderung (die Verstärkung oder Abschwächung bestimmter Aussagen) (vgl. Wodak & Reisigl 2009:94).

Insbesondere in der Untersuchung nationalistischer Narrative und rechtspopulistischer Rhetorik hat sich der *Discourse-Historical Approach* als besonders wirkungsvoll erwiesen, da er aufzeigt, wie Sprache zur Konstruktion gesellschaftlicher Realitäten und zur Legitimation oder Delegitimation sozialer Gruppen beiträgt (vgl. Wodak & Reisigl 2009). Die Methodologie des *Discourse-Historical Approach* kombiniert sowohl qualitative als auch quantitative Verfahren und ist somit für die transdisziplinäre Forschung im Studienbereich der Internationalen Entwicklung geeignet. Beispielsweise können mit seiner Hilfe Diskurse anhand unterschiedlicher Text- und Datenquellen analysiert werden, durch politische Reden, Medienberichte oder Gesetzestexte.

In dieser Arbeit erfolgt die Analyse über verschiedene Materialien aus den Jahren 2018-2025 welche von dem „*Interim Government of the Federal Republik of Ambazonia*“ sowie dem konkurrierenden *Ambazonia Governing Council* (AGovC) veröffentlicht wurden. Im Besonderen beziehe ich mich auf die sogenannte „Charta des AGovC“ bezogen, welche auch im Anhang dieser Arbeit zu finden ist. Auch Publikationen und Statements der *Ambazonia Defence Forces (ADF)* wurden in der Recherche beachtet, aber nicht tiefer analysiert. Auch die seit 2019 aufgekommene „*Ambazonia leadership crisis*“, mit den verschiedenen konkurrierenden Kabinetten unter Dr. Samuel Sako und Sisiku Julius Ayuk Tabe wird zwar kritisch mitreflektiert, aber nicht tiefer beleuchtet, da in der Analyse kaum ein inhaltlich-diskursiver Unterschied zwischen den beiden Fraktionen von Ambazonia festgestellt werden konnte und sich beide auf das gleiche Gründungsdokument beziehen. Dieser Argumentation folgend wird der *Ambazonia Governing Council* mit der Webseite www.agovc.org als Hauptblickpunkt verwendet, während das *Interim Government of the Federal Republik of*

Ambazonia unter Dr. Sako mit der Webseiten-Domain www.ambazoniagov.org nur mitgedacht wird, beziehungsweise zur besseren Rekonstruktion der Ereignisse dient (Interim Government, n.d.-a; n.d.-b). Deren Webseite wurde nach dem Amtsenthebungsverfahren von Dr. Sako ab dem 2. Februar 2022 nicht mehr bespielt und ist zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit 2025 offline gegangen.

Hinweise: Eigene Position und Positionierung

Mein Bezug zur Region ergab sich, als ich von 2011 bis 2012 für einen einjährigen Freiwilligendienst des deutschen Entsendeprogramms „weltwärts“ nach Kamerun ging. Dort arbeitete ich 12 Monate als Projektmitarbeiterin in einer lokalen Nichtregierungsorganisation in der anglophonen Stadt Limbe (Viktoria), an der Küste im Südwesten der Landes. Durch das intensive Schreiben eines Tagebuchs konnte ich viele Ereignisse der Zeit für diese Masterarbeit rekonstruieren. Ich erlebte zwar Studierendenproteste, Streiks und die Präsidentschaftswahlen 2011, nahm allgemein die Lage vor Ort aber als sehr entspannt und politisch stabil wahr. Umso erstaunter war ich persönlich, als die anglophonen Proteste 2016 losgingen und sich über die folgenden Jahre zum handfesten Bürgerkrieg entwickelten. Aufgrund meines privaten Interesses war es mir möglich, viele Aufrufe, Bilder und ähnliches auf den Sozialen Medien und der Webseite des AGovC lokal auf meinem Computer abzuspeichern, zwischen 2018 bis 2020 noch ohne spezifische Intention, ab 2022 mit dem Hintergedanken dieser Masterarbeit. Inzwischen sind viele dieser Webseiten und Profile gelöscht, und relevante abgespeicherte Bilder wurden teilweise in diese Arbeit integriert (Abbildung 1 sowie Abbildungen 7 bis 12).

Die Relevanz der Thematik für den Bereich der Entwicklungsforschung scheint evident: Es geht um Staatenbildung und Nationswerdung in einem postkolonialen Staat sowie um einen im internationalen Diskurs sehr vernachlässigten Bürgerkrieg, welcher die politische und wirtschaftliche Stabilität einer Region extrem beeinträchtigt. Umso bedeutender ist es hinzusehen und sich intensiv und differenziert mit der Thematik und der Lage vor Ort auseinanderzusetzen. Dies ist auch einer der zentralen Beweggründe für diese Masterarbeit.

Ich stehe im Übrigen der politischen Bewegung *Ambazonia*, speziell dem ADF und dem AGovC, kritisch gegenüber und pflege keine persönlichen Kontakte zu ihren Unterstützer*innen.

I. Die Genese des „*anglophone struggle*“

Im Folgenden wird dargestellt, warum es nicht angebracht ist, den Konflikt in den anglophonen Regionen nur als ethnischen oder gar sprachlichen Konflikt zu bezeichnen, wie es in Medien und Berichten teils verkürzt dargestellt wird. Anhand dokumentierter politischer Geschichte und Ereignisse lässt sich argumentieren, dass es sich bei dem „*anglophone struggle*“ um ein durch den Kolonialismus geprägtes, relativ neues gesellschaftspolitisches Konfliktfeld handelt, auf das es verschiedene Antwortmöglichkeiten und politökonomische Erklärungsmuster braucht. Auch externe Akteure prägten diese Entwicklungen durch die vorherrschenden Vorstellungen von Nation, Gesellschaft und Staatlichkeit.

Im Folgenden wird zunächst die Durchsetzung des modernen Nationalstaats in seiner jetzigen Form in Kamerun chronologisch und in Kürze dargestellt. Dabei wird insbesondere auf die koloniale Vorgeschichte der Zweiteilung Kameruns und wichtige politische Ereignisse wie das Referendum von 1961 eingegangen. Der Einfluss theoretischer Konzepte wie „Balkanisierung“ und „*nation-building*“ auf die Entwicklung Kameruns wird in diesem Zusammenhang kritisch diskutiert. Daraufhin werden verschiedene legalistische Argumentationen, welche für eine Sezession der *Southern Cameroons* sprechen, dargelegt. Anschließend wird versucht, die unübersichtlichen Ereignisse seit Ende 2016 in Kamerun und die politischen Reaktionen darauf zusammenzufassen. Diese historische Perspektive ist notwendig, um die Grundzüge nationalistischer oder separatistischer Bewegungen und deren Ideologien genauer zu diskutieren.

Staatlichkeiten vor der kolonialen Ära auf dem afrikanischen Kontinent und im heutigen Kamerun

Vor der Kolonialzeit war das Gebiet des heutigen Kameruns von einer Vielzahl unterschiedlicher Gruppen besiedelt und von höchst unterschiedlichen Sozialstrukturen geprägt (vgl. Tetzlaff 2018:175). Im heutigen Kamerun entwickelten sich vereinzelt Strukturen, die modernen Staaten ähneln, beispielsweise in den kleinstrukturierten Bamum-Königreichen (Tetzlaff 2018:175). Teilweise wurden diese bereits bestehenden Strukturen - in der Literatur oft *Chieftdoms*, Sultanate oder Königreiche bezeichnet- mittels der europäisch-kolonialen Herrschaftstechniken wie „*indirect-rule*“ oder „*Divide et imperia*“ integriert und fortgesetzt. Dies führte zur Festigung einer „ethnischen“ Homogenität, da afrikanische Gruppierungen nun

als „Stämme“ fixiert imaginiert und als solche herrschaftlich verwaltet wurden (vgl. Eckert 2011).

Abgesehen von einzelnen lokal begrenzten staatlichen Strukturen existierten im Gebiet des heutigen Kameruns vor der Hochphase der kolonialen Expansionen keine staatlichen Strukturen, die mit den damaligen europäischen Staaten vergleichbar gewesen wären (Eckert 2011:44). Der moderne rationale Staat im Weberschen Sinne, was modernistische Argumentationen oft übersehen, ist vielmehr als ein spezifisches Produkt der europäischen Geschichte zu verstehen – insbesondere als Ergebnis des Westfälischen Friedens (1648) und der Französischen Revolution (1789) (vgl. Tetzlaff 2004: 113ff.). Zwar existierten Formen staatlicher Herrschaft zu allen Zeiten und auf allen Kontinenten, doch ist der moderne bürokratische Staat eine spezifische Errungenschaft der europäischen Moderne. Erst im 20. Jahrhundert etablierte er sich als universelle und einzige Form legitimer politischer Herrschaft über den Globus, verbreitet vor allem durch den europäischen Kolonialismus und Imperialismus.

Diese Definition von Staatlichkeit verlangt erstens ein klar abgegrenztes Staatsgebiet als ausschließlichen Herrschaftsbereich. Zweitens setzt sie ein Staatsvolk voraus, das als sesshafter Personenverband mit dauerhafter Mitgliedschaft organisiert ist. Drittens erfordert sie eine souveräne Staatsgewalt, die nach innen das Monopol der legitimen Anwendung physischer Gewalt innehat und nach außen von anderen Instanzen rechtlich unabhängig ist (vgl. Eckert 2011:44).

Diese Elemente von Staatlichkeit spiegelten sich jedoch weder vor noch während der aufeinanderfolgenden Kolonialherrschaften im Gebiet des heutigen Kameruns wider. Weder gab es einen klar zugeordneten sesshaften Personenverband, der sich dauerhaft Kamerun zuordnen lässt, noch war das Staatsgebiet bis zuletzt klar abgegrenzt. Diese Vorstellung von Staatlichkeit wird auch weiterhin untergraben, insbesondere durch den im Norden Kameruns weit verbreiteten Nomadismus. Ebenso wenig existierten zu Beginn des europäischen Kolonialismus unter der sesshaften Bevölkerung gemeinsame kulturelle Traditionen oder größere linguistische Gemeinsamkeiten (vgl. Abbildung 4 und 5). Je nach Messmethode werden auf dem Gebiet des heutigen Kameruns bis zu 280 gesprochene Sprachen unterschieden (vgl. Kum Awah 2022:8)

Abbildung 4: Sprachgruppen in Kamerun. Aus: Kum Awah (2022:9)

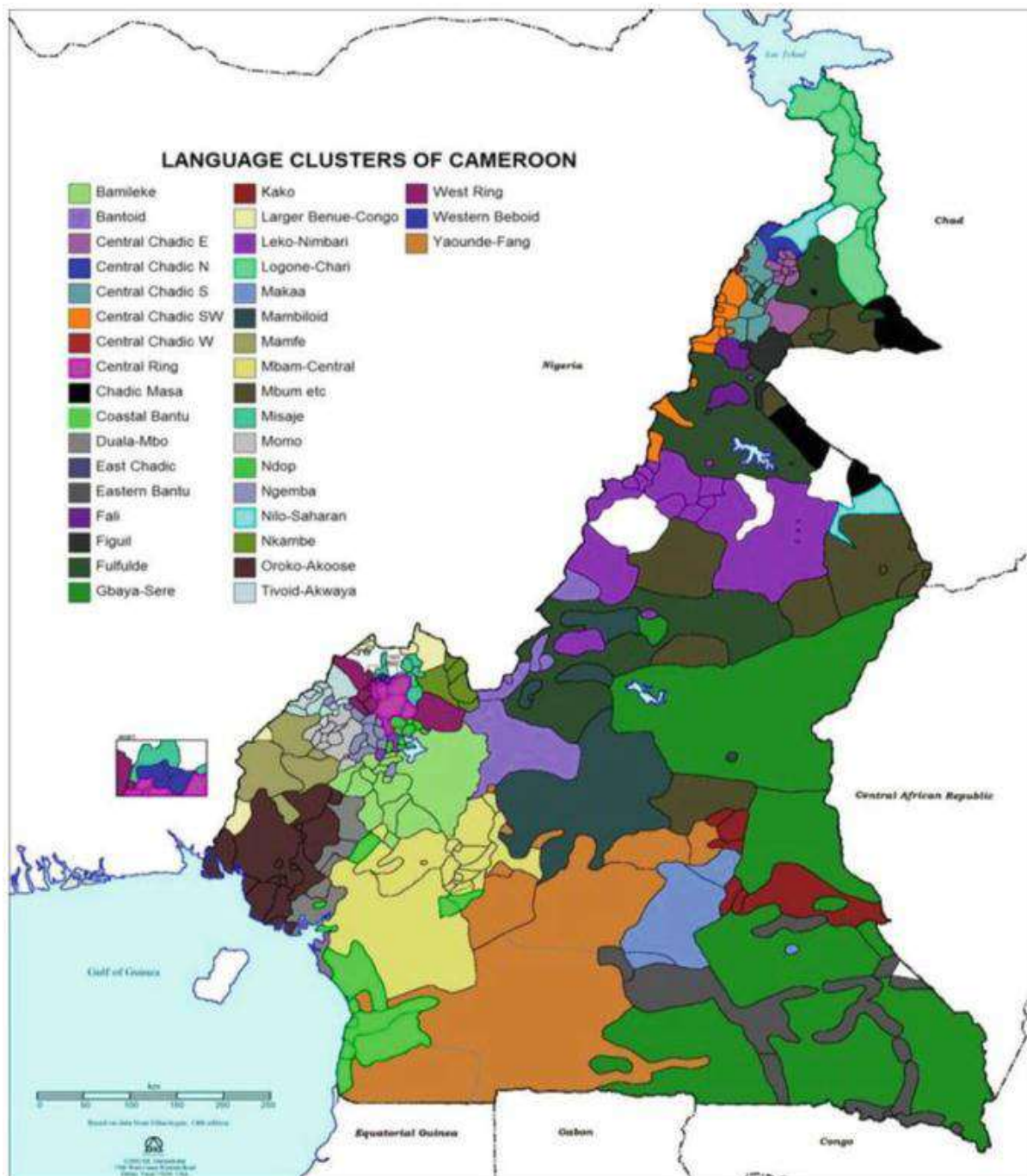
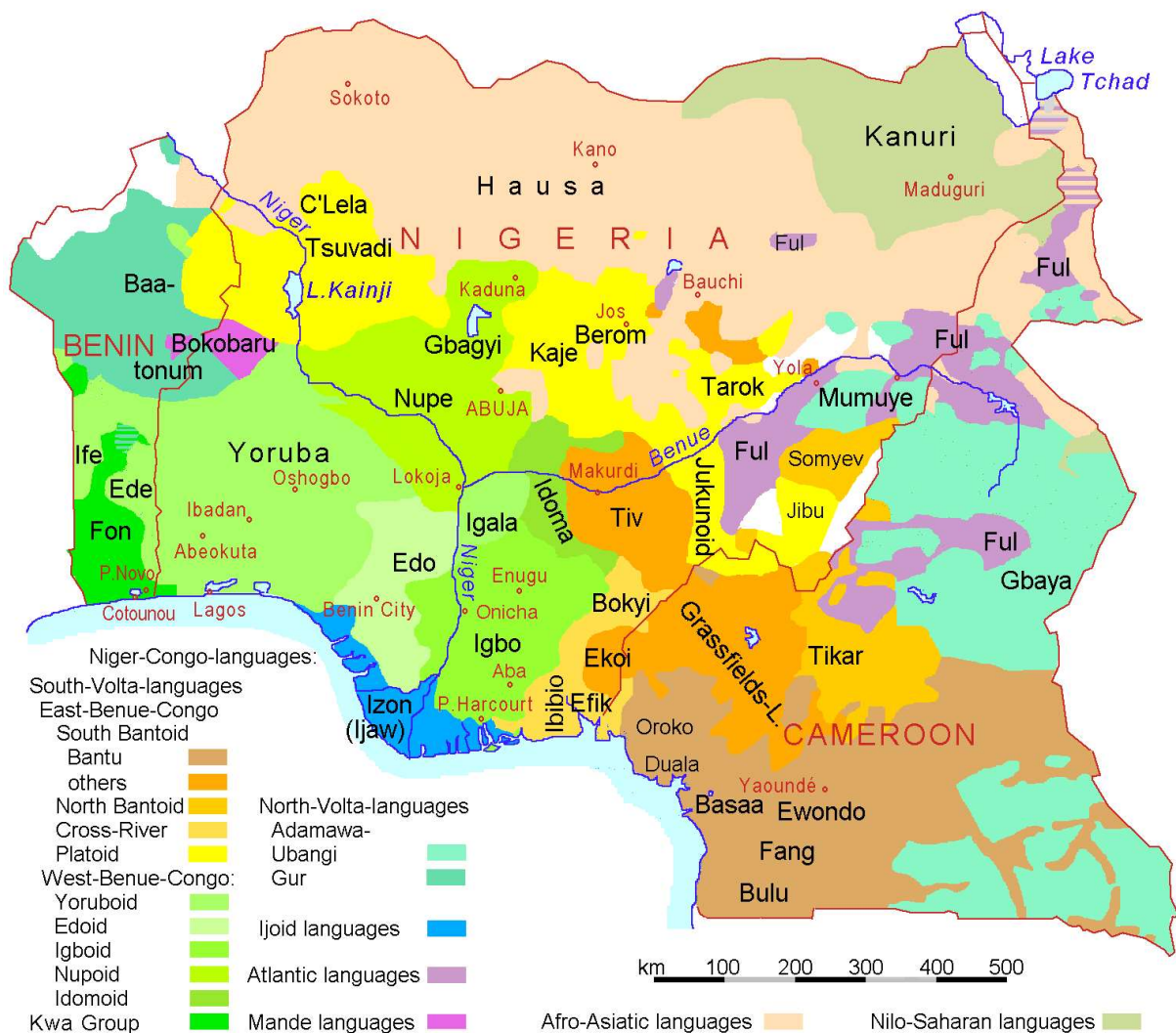


Abbildung 5: Sprachfamilien in Kamerun und Nigeria. Aus: Wikimedia Commons (n.d.)



Sprachliche Annäherungen entwickelten sich jedoch schon vor der europäischen Kolonialisierung im Zuge des transatlantischen Sklavenhandels und anderer handelsbezogener Aktivitäten in der Region. So etablierte sich schon um 1800 eine Variation der englischbasierten Pidgin-Kreolsprache im gesamten Küstengebiet von Westafrika und wird bis heute von weiten Teilen der Bevölkerung als Verkehrssprache genutzt (Kum Awah 2022:5f.). Das in Kamerun verbreitete Pidgin basiert auf dem Englischen und wird im Vokabular durch verschiedenste Sprachen des Golfs von Westafrika beeinflusst. Im heutigen anglophonen Teil Kameruns dominiert Pidgin das Straßenbild, während im frankophonen Teil teilweise das “Camfranglais” - eine Mischung aus westafrikanischem Französisch und Pidgin - von der Bevölkerung bevorzugt wird (Beobachtung J.B.).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die kartographische und administrative Grenzziehung des heutigen Kameruns, wie eigentlich in allen Kolonialgebieten weltweit, rein kolonialökonomischen Interessen bis hin zu Willkür entsprang (vgl. Schicho 2001:54). Oft waren der Grenzziehungen und Landnahme verschiedene kartographische Exkursionen vorangegangen, in denen europäische Reisende sich einen Überblick über die geographischen Begebenheiten und im Besonderen der natürlichen Ressourcen machten. Kamerun wurde durch eine Expedition des Deutschen Gustav Nachtigal entlang des Verlaufs des Fluss Wuri erfasst und erhielt so seine erste kartographische Grenzziehung von der Küste in den Norden hinein (Ketzmerick 2019:52). Im Laufe weiterer Exkursionen, Landnahmen und militärischer Übernahmen erhielt das heutige Kamerun im Laufe der deutschen Kolonialisierung seine heutigen Umrisse. Die vorhandene Besiedlung durch verschiedene ethnische Gruppen, Sprachgruppen oder Religionszusammenhänge spielte dabei keine ausschlaggebende Rolle für politisch-kartographische Grenzziehungen. Vielmehr ging es um das Absichern von potenziellen Ressourcen gegenüber den anderen europäischen Großmächten, im Falle Kameruns um die Abgrenzung zum britisch kolonisierten Nigeria und Französisch-Zentralafrika (Ketzmerick 2019:53).

Dabei ist das Phänomen der willkürlichen Grenzziehung kein spezifisch afrikanisches, sehr wohl jedoch ein spezifisch koloniales. *„Die Demarkierung von Territorien erfolgte mittels einer auf europäischen Rechtsverständnis basierenden Grenzziehung“* (Melber 2011:27). So kumulieren sich in Kamerun heute 5 verschiedene Klimazonen und mehr als 200 gesprochene Sprachen bei weniger als 30 Millionen Einwohner*innen auf einer mit Frankreich vergleichbaren Landesgröße (vgl. Keke 2020:330). Ethnische oder sprachliche Gruppen befinden sich dabei auf beiden Seiten der Grenzen mit den heutigen Nachbarländern und eine physische Barriere als Grenze, wie z.B. Flussverläufe oder Gebirgsketten, existiert in Kamerun faktisch nicht. Infolgedessen ist auch eine effektive staatliche Kontrolle der nomadischen Viehwirtschaft, der staatliche Kampf gegen Schmuggel, nicht-erfasste Migration und andere Phänomene poröser Grenzen weitaus schwieriger politisch zu bewältigen, als dies in den kolonialen „Mutterländern“ der Fall ist (vgl. Eckert 2011:45).

Die kolonial gesetzten kartographischen Grenzziehungen hatten erstmals keine wahrnehmbaren Folgen für den Großteil der ortsansässigen Bevölkerung (siehe Melber 2011:33). Die Verwaltungsgrenzen der teils gigantischen Kolonien waren im Alltag bei weitem nicht so wichtig wie die besser kontrollierten Staatsgrenzen in den europäischen

„Mutterländern“. Beispielsweise war die britische Kronkolonie Nigeria fast viermal so groß wie das heutige Großbritannien, sodass „Grenzen“ im Alltag der Bevölkerung oft kaum bis gar nicht spürbar waren. Selbst die äußeren Landesgrenzen existierten eigentlich nur als Fiktion in den Köpfen der Kolonialverwaltung und auf europäischen Landkarten. Die willkürliche koloniale Grenzziehung wurde für die meisten Länder erst spürbar, als im Zuge der Dekolonialisierung der 1950er und 1960er Jahren aus den kolonialen Verwaltungsgebieten unabhängige Staaten wurden und sich die verschiedenen auf diesen Gebieten vertretenen Gruppierungen gemeinsam an einen Tisch setzen mussten, um die Entkolonialisierung politisch, sozial und wirtschaftlich zu verhandeln (vgl. Hartmann 2011:276).

Abschließend lässt sich anmerken, dass sich die koloniale Grenzziehung trotz der willkürlichen Landesgrenzen heute in Traditionen und gesellschaftlichen Kohärenzen widerspiegelt. So argumentiert Melber (2011), dass die Kolonialzeit mit ihren Grenzziehungen einen neuen Rahmen bot, in dem sich neue Identifikationen herausbilden konnten.

„Die Einführung einer einheitlichen bzw. vereinheitlichenden Verwaltung, Sprache und Rechtsordnung schuf eine territorial gebundene Individualität, sozusagen einen faktisch normativen gesellschaftlichen Raum innerhalb festgelegter äußerer Grenzen. Die vom Kolonialismus 'eingefrorene' Landkarte schrieb somit eine Situation fest, in der die verschiedenen bis dahin vorhandenen Dimensionen gezwungen wurden, sich in den neu geschaffenen Rahmen anzupassen.(...) So führte am Ende die Faktizität der Grenzziehungen zur Neubestimmung von Ethnizität und allgemeiner, kollektiver Identifikationen ohne allzu viel tiefgreifenden Schaden in der gesellschaftlichen Kohärenz anzurichten. Kolonialgrenzen (...) haben so häufig - wie anderswo auch - in der Bildung 'erfundener Traditionen' resultiert.“ (Melber 2011:32)

Auf Basis dieser Erkenntnisse soll im Nachfolgenden der Prozess der Entstehung und Vereinheitlichung von Verwaltung, Sprache und Rechtssystem im heutigen Kamerun historisch umrissen werden. Anschließend soll die Entwicklung und insbesondere die Auseinanderentwicklung der verschiedenen kulturellen, ökonomischen und administrativen Traditionen der beiden *Cameroons* nacherzählt werden.

Der deutsche Kolonialismus

Ab 1884 schloss das Deutsche Kaiserreich in verschiedenen Gebieten des heutigen Kameruns sogenannte Schutzverträge, um die deutschen Handelsgesellschaften abzusichern und damit den kolonialen Rohstoffextraktivismus voranzutreiben. Die Gebiete des heutigen Kameruns, waren zu dieser Zeit besonders wegen der Möglichkeit des Kakao- und Kautschukanbaus interessant. Außerdem wollten die Deutschen die Stellung der einheimischen Zwischenhändler brechen, um ihre Profite zu erhöhen (Schicho 2001:54). Während anderswo Siedlerkolonien entstanden, war Kamerun zuerst als reine Handelskolonie, dann als Plantagen-Kolonie für den deutschen Bedarf an sogenannten Kolonialwaren gedacht (Tetzlaff 2018:81).

Das Deutsche Kaiserreich, 1871 begründet, war im europäischen Vergleich eine recht späte Kolonialmacht und proklamierte gegenüber den anderen europäischen Kolonialmächten erst rund um die Berliner Konferenz 1884-1885 seine Ansprüche auf Kamerun, Togo, Deutsch-Ostafrika sowie Deutsch-Südwestafrika. Dem waren die Gründung von Handelsstützpunkten und christlichen Missionsstationen vorausgegangen, daraufhin wurden - meist ungleiche - Verträge mit lokalen Machthabenden geschlossen (Tetzlaff 2018:176). Der berühmte Afrikareisende Gustav Nachtigal - an dessen Tod noch heute in Douala ein Gedenkstein erinnert - war maßgeblich an der Etablierung des deutschen Schutzgebiets Kamerun ab 1884 beteiligt (ebd.). Nach Vorverhandlungen durch den Handelsunternehmer Carl Woermann unterzeichnete Nachtigal als Sondergesandter im kaiserlichen Auftrag am 12. Juli 1884 einen „Schutzvertrag“ mit zwei Douala-Königen namens Bell und Akwa (Schicho 2001:54).

In den darauffolgenden Jahren ließen die Deutschen Seehäfen, Straßen und Bahnstrecken zur Rohstoffextraktion (Plantagenwirtschaft: Kakao, Kautschuk, Palmöl) errichten (Hartmann 2011:305). Zwangsarbeit und Zwangsumsiedlungen stießen zwar auf Widerstand, der aber immer wieder erfolgreich und brutal niedergeschlagen wurde. Beispielhaft hierfür ist die Hinrichtung des noch heute berühmten Königs Manga Bell 1914 in Douala kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Der westlich erzogene Manga Bell hatte es gewagt, die deutsche Kolonialverwaltung zu kritisieren und wurde ohne faires Gerichtsverfahren hingerichtet (vgl. Eckert 1991:190).

In Limbe, Buea, Douala und anderen Handelszentren entstanden bald größere christliche Missionsschulen, die von europäischen Missionar*innen – zunächst vorwiegend britischen, später auch schweizerischen – finanziert und geleitet wurden. Diese Kolonialschulen nahmen

sich als Auftrag, ein Minimum an formaler westlicher Bildung zu vermitteln, um Personal für die koloniale Sache auszubilden, und insbesondere, um das Christentum weiter zu verbreiten.

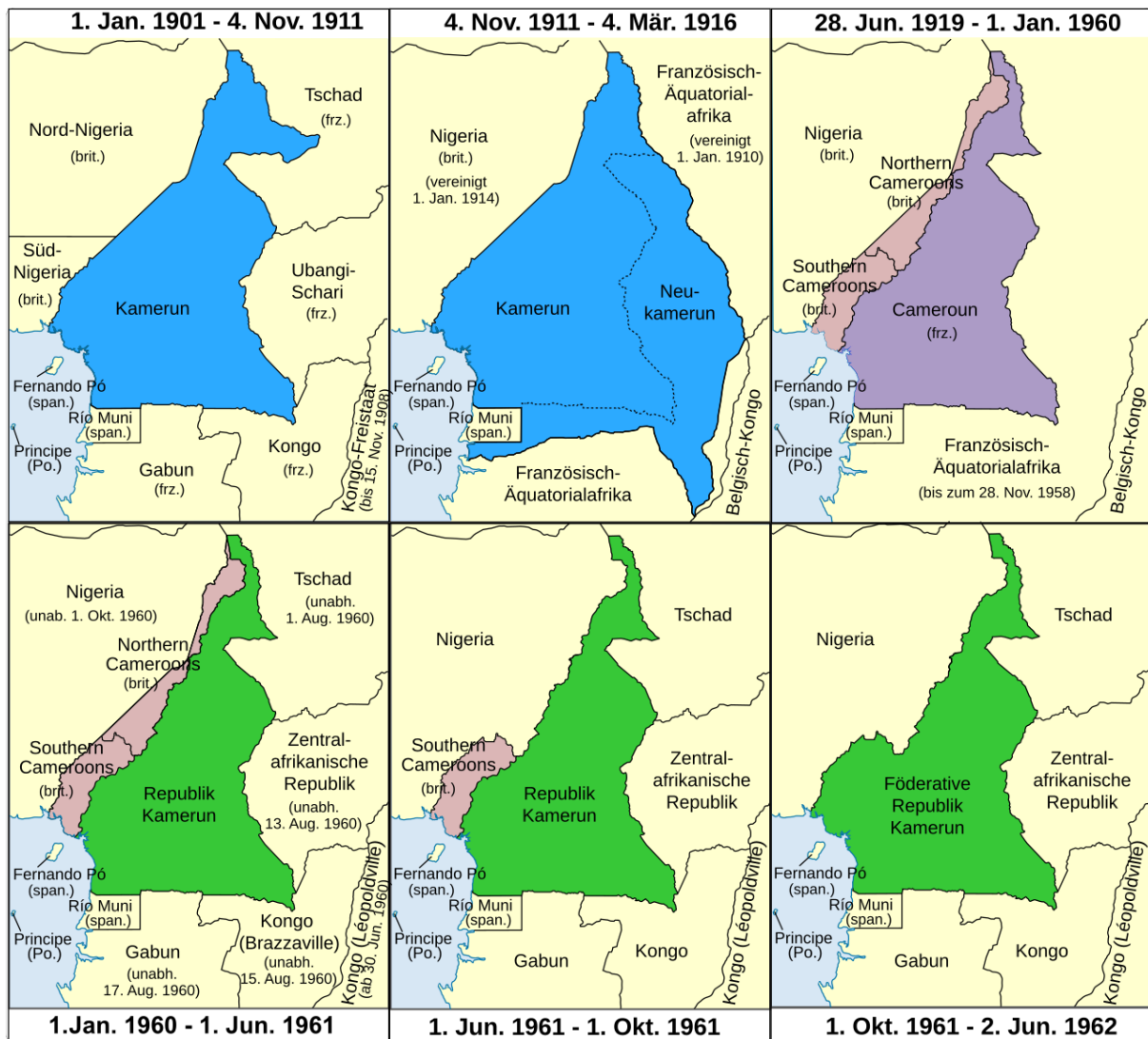
„Neben der Vermittlung von Basiskenntnissen (..) sollten die Kolonialschulen auch ‘europäische Werte’ vermitteln wie Pünktlichkeit, Fleiß, Zuverlässigkeit und Demut. Der Afrikaner sollte zu den Weißen aufschauen, als ,zu einem höheren Wesen‘ ” [sic] (Tetzlaff 2018:82f).

Während der südliche Teil Deutsch-Kameruns für Plantagenwirtschaft vorgesehen war und christlich missioniert wurde, war der muslimisch geprägte Norden mit seiner Weidewirtschaft und fehlenden Ressourcen für die koloniale Exportwirtschaft wenig interessant (Schicho 2001:55). Daher konzentrierten sich nahezu alle Infrastrukturprojekte der deutschen Kolonialgesellschaften auf den Süden des Landes. Sie dienten primär dem Abtransport von Rohstoffen wie Holz, Bananen, Kautschuk, Kakao, Palmöl und Kolanüssen über den Hafen von Douala. Als Verwaltungssitz wurde das am *Mount-Cameroon*-Gebirge gelegene Buea – heute im anglophonen Gebiet – ausgebaut, vermutlich aus klimatischen Gründen (Eckert 1991:99).

Die kolonialen Veränderungen und ihr Einfluss auf Land und Bevölkerung waren infolgedessen im Süden des heutigen Kameruns besonders ausgeprägt, insbesondere durch die bereits erwähnte Christianisierung. Aber auch die Bevölkerungsverschiebungen durch Zwangsarbeit und Sklavenhandel sowie die starken wirtschaftlichen Veränderungen betrafen insbesondere den Süden Kameruns (Vgl. Schicho 2001:55), während der Norden anfangs vergleichsweise weniger von der Kolonialherrschaft beeinflusst wurde.

Die tatsächliche Inbesitznahme der gesamten Landmasse und insbesondere die staatliche Durchdringung waren noch gar nicht vollständig vollzogen, da verlor das deutsche Kaiserreich den offiziellen Kolonialbesitztitel bereits wieder. Durch die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg ging das Mandat für die Kolonialgebiete im Jahr 1919 auf Großbritannien zu einem und Frankreich zu vier Fünftel des Territoriums über (Eckert 1991:195).

Abbildung 6: Entwicklung der territorialer Grenzziehung Kameruns. Aus: Wikipedia (n.d.)



Frankreich übernahm die nördlichen und östlichen Gebiete innerhalb eines eigenständigen Kolonialmandats, während Großbritannien die „Northern Cameroons“ und „Southern Cameroons“ an ihre Kolonie Nigeria annektierte (Konings 1999:291). Die Aufteilung erfolgte grob entlang der Flusslinie des Mungo. Bei dieser erneuten Grenzziehung wurden neuerlich Ethnizitäten, beziehungsweise ökonomische und kulturelle Einflussphären künstlich getrennt, wie Mokham (2016:250) darstellt. Erwähnenswert sind die ethnosprachlichen Gruppen der Mbo sowie die der Bamileke, welche sich plötzlich unter getrennten Kolonialregimen mit Grenzverläufen mitten durch ihr Siedlungsgebiet auseinandersetzen mussten (Mokham 2016:250).

Koloniale Grenzziehungen und die Zweiteilung Kameruns

Die Zweiteilung Kameruns von 1919 legte einen der Grundsteine für den heutigen Konflikt und die Ambazonia-Bewegung. Während der kurzen deutschen Kolonialzeit entwickelte sich keine gesamtgesellschaftliche kamerunische Identität (vgl. Konings & Nyamnjoh 2019:63). Trotzdem hatte die deutsche Kolonialzeit, vor allem im Kontrast mit den darauffolgenden Kolonialherrschaften, bleibende Eindrücke hinterlassen, die wissenschaftlich schon eingehend untersucht wurden (siehe Ndille 2022).

So wird die Erinnerung an die deutsche Kolonialzeit stark verklärt und, da diese konstruierte Erinnerung dem nationalen Projekt zuträglich ist, auch von staatlicher Seite nicht unterbunden. Es wird unter anderem ein Narrativ aufgebaut, welches besonders die bis heute bestehenden deutschen Infrastrukturprojekte der Kolonialzeit in den Fokus nimmt. Die bauliche Standfestigkeit beispielsweise der Eisenbahnstrecke von Douala nach Yaounde wird direkt auf den anscheinend ebenfalls bodenständigen, geradlinigen und verlässlichen Charakter der Deutschen projiziert (Ndille 2022 und eigene Beobachtungen). Vergessen wird dabei die mittels blutiger Zwangsarbeit gebaute Strecke, welche dem kolonialen Extraktivismus und damit der einhergehenden Verschiffung der materiellen Reichtümer Kameruns diente (Schicho 2001:55). Die nachfolgende Kolonialzeit wiederum wird aufgrund einer Vertiefung der kolonialen Durchdringung des Landes als negativ und entwicklungshemmend angesehen (vgl. Ndille 2022).

Nach der Kapitulation der Deutschen in Kamerun 1916 und dem Versailler Vertrag 1919, bestätigte 1922 der Völkerbund die Mandatsverrschaft für die neuen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich im Gebiet des ehemals deutschen Kamerun. Das Gebiet wurde nun ganz offiziell zweigeteilt und durch die beiden westeuropäischen Imperialmächte verwaltet (Schicho 2001:56).

Die flächenmäßig deutlich kleineren *Southern Cameroons* wurden in die östlichste Provinz der riesigen Kolonie Nigeria umgewandelt. Diese Anbindung an Nigeria führte zu neuen Migrationsbewegungen und viele Igbo siedelten sich auf dem Gebiet der *Southern Cameroons* an (DeLancey 1989:19). Da Britisch-Kamerun von Nigeria aus mitverwaltet wurde, waren die *Southern Cameroons* plötzlich die östlichste Provinz Nigerias und dieser geographische wie auch politische Randstatus führte zu einer als peripher und marginalisiert wahrgenommenen ökonomischen, politischen und sozialen Entwicklung (Schicho 2001:60).

Durch seine lange Tradition als Kolonialmacht hatte England schon zuvor diverse koloniale Herrschaftspraktiken entwickelt und perfektioniert. In Nigeria wurde die *indirect rule* sehr kostensparend über lokale Kollaborateure abgewickelt und für die östlichen Landesteile - die *Southern Cameroons* - wurden dazu die sich neu ansiedelnden Igbo vorgesehen (siehe Tezloff 2018:84f). Da nun die von der britischen Kolonialverwaltung taktisch bevorzugten Igbo die meisten wirtschaftlichen und politischen Kolonialpositionen besetzten, fühlten sich besonders die traditionellen alten Eliten der *Southern Cameroons* zusätzlich an den Rand gedrängt (siehe Konings 2005). Dies setzte laut Konings (2019:62) die Grundlage für die bis heute existierenden anti-nigerianischen Ressentiments in den anglophonen Regionen Kameruns, welche auch als Grund für das Abstimmungsverhalten beim Unabhängigkeitsreferendum 1961 angeführt wurden.

Im französisch verwalteten kamerunischen Kolonialgebiet wurde hingegen eine eigene kamerunische Kolonialverwaltung unabhängig von Nachbarkolonien aufgebaut. Auch wurden die von den Deutschen begonnenen Infrastrukturprojekte und insbesondere die Plantagenwirtschaft weiter aufgebaut (Hartmann 2011:305). Als Hauptstadt für das französische Kamerun wurde Yaoundé gewählt, womit sich das politische Zentrum von den Küsten weg ins Landesinnere verlagerte.

Mehr jedoch als geographische und wirtschaftliche Veränderungen brachten die neuen Kolonialherrschaften eine Änderung kultureller Nuancen der kolonialen Herrschaft mit sich. Besonders die französische Kolonialzeit zog viele gesellschaftliche Umbrüche nach sich, denn die „*französische Kolonialdoktrin der Assimilation zielte darauf ab, die Afrikaner im Sinne der französischen Zivilisation 'zu heben'*“ (Tetzloff 2018:90) So wurden im ganzen Land - und zwar unabhängig von den schon bestehenden kirchlichen Institutionen - staatlich geführte Grundschulen aufgebaut. Der Gebrauch der französischen Sprache wurde rigoros verbreitet. Den kolonial Unterdrückten wurde das (utopische und in der Realität unerreichbare) Angebot gemacht, durch das Erlernen der französischen Sprache und Kultur vom *Beherrschten* zur *Bürger*in* aufzusteigen. So waren in Kamerun die Beherrschten in *Indigene* und *Assimilierte* („*évolué*“) unterteilt (Schicho 2001:57). Diese Doktrin wird von einigen postkolonialen Autor*innen (siehe Frantz Fanons *Schwarze Haut, weiße Masken* 2016 und *Die Verdammten dieser Erde* 2015) als noch tiefgreifenderer kolonialer Eingriff in die bestehenden Sozialstrukturen angesehen als beim britischen Konterpart, da sie zu einer stärkeren Entfremdung zwischen den neu aufkommenden Eliten und dem Rest der Bevölkerung führte

(vgl. Schicho 2001:57). Die neu aufkommenden (Bildungs-)Eliten, die *évolués*, verloren den Bezug zur lokalen Bevölkerung, in der Hoffnung, zu gleichberechtigten Bürgern aufzusteigen.

Durch diese unterschiedliche Entwicklung der kolonialen Beherrschung, durch die unterschiedlichen kolonialen Einflüsse auf Bildung, Gesetze, Bürokratie und Weltbild der kamerunischen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Eliten entwickelten sich die zwei Teile Kameruns bis zur Dekolonialisierung der 1960er Jahren wieder weiter auseinander. Besonders die aufstrebenden Eliten wiesen nun sehr unterschiedliche Bildungsbiografien auf. Während in den *Southern Cameroons* die Kinder der Elite (oft beispielsweise die Söhne von lokalen Chiefs oder anderen traditionellen Eliten) für das Studium oder weiterführende Schulen nach England oder in die USA geschickt wurden, besuchten ihre Pendants aus Yaoundé entsprechende Institutionen in Frankreich oder in anderen französischen Kolonien (Eckert 2011:45). Von dort brachten die neuen Bildungseliten in die beiden Teile Kameruns entsprechend unterschiedliche gesellschaftliche, bürokratische, wirtschaftliche und politische Vorstellungen zurück. Diese unterschiedlich geprägten ideologischen Rahmenbedingungen sollten sich später auf die antikolonialen Bewegungen und das postkoloniale *nation-building* auswirken (siehe Schicho 2001:58ff sowie Cooper 2002:75).

Auch die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Landesteile driftete in den Jahren 1919 bis 1960 auseinander, da die jeweiligen Kolonialmächte eigene wirtschaftliche Prioritäten setzten. Frankreich betrieb in *Cameroun* eine stark exportorientierte Wirtschaft, die auf großflächigen Plantagen beruhte. Besondere Schwerpunkte lagen auf dem Anbau von Kakao, Kaffee, Bananen, Palmöl und Baumwolle (Schicho 2001:56). Diese Produkte waren für den Export in das französische Mutterland bestimmt. Die Franzosen investierten verstärkt in Infrastrukturprojekte wie Straßen und die Eisenbahn, um den Transport der Rohstoffe aus dem Landesinneren zum Hafen Douala zu erleichtern (ebd).

Die französische Verwaltung setzte dabei auch auf eine enge wirtschaftliche Integration mit dem übrigen französischen Kolonialreich. Kamerun wurde in das *Franc-Zone*-Währungssystem integriert und war eng mit der Wirtschaft Frankreichs verknüpft. Darüber hinaus führte Frankreich eine *indigénat*-Politik, die eine strenge Kontrolle der einheimischen Bevölkerung und eine verpflichtende Zwangsarbeitspolitik beinhaltete, um die Plantagenwirtschaft zu sichern (Schicho 2001:57).

Im Gegensatz dazu wurden die *Southern Cameroons* wirtschaftlich eng an die britische Kolonie Nigeria angegliedert. Großbritannien betrachtete seine kamerunischen Territorien als wirtschaftlich wenig bedeutsam und investierte kaum in Infrastruktur oder wirtschaftliche Entwicklung (Schicho 2001:59 und Elong Ebolo 2012:15).

Die Dekolonialisierung in *Cameroun*

In den 1950er und 1960er Jahren erreichte die weltweite Welle antikolonialer Kämpfe Westafrika. Frankreich, das den Algerienkrieg immer noch nicht gewonnen hatte, verfolgte nun eine neue Strategie der raschen Unabhängigkeit der Kolonien, verbunden in der Hoffnung, die unvorbereiteten Eliten auf einen profranzösischen Kurs zu bringen (vgl. Cooper 2002:77). In Französisch-Kamerun formierte sich jedoch schon bald die *Union des Populations du Cameroun* (UPC) als Gegner französischer Interessen und ihre kommunistisch angehauchten Ideen erschienen vor dem Hintergrund des aufkommenden Ost-West-Konflikts als brandgefährlich. Ursprünglich eine regionale Bewegung mit Verbindungen zur linken Gewerkschaftsbewegung, entwickelte die UPC ein Programm sozialer Reformen und des politischen Widerstands (vgl. Cooper 2002:75). Dies machte sie zur Zielscheibe der französischen Kolonialverwaltung, die ihre Kampagnen störte, Wahlen manipulierte und sie 1955 verbot.

Infolge des Verbots ging ein Großteil der UPC-Elite unter Führung von Ruben Um Nyobé in den Untergrund und begann im südlichen *Cameroun* einen bewaffneten Widerstand (Cooper 2002:75). Die Repression durch die Kolonialbehörden nahm zu, begleitet von Streiks und urbanen Unruhen, woraufhin die französische Regierung die Partei endgültig zerschlagen wollte. Nach weniger als drei Jahren im Untergrund wurde Ruben Um Nyobé 1958 getötet und die restliche militante Opposition der UPC brutal unterdrückt. Dies hinterließ ein politisches Vakuum, das der aufstrebende Politiker Ahmadu Ahidjo füllte (vgl. Cooper 2002:76). Seine konservative Politik der Kooperation mit Frankreich erwies sich als tragfähiger, auch da sie mit traditionellen gesellschaftlichen Strukturen Nordkameruns harmonierte. Ahidjos gemäßigter Ansatz sicherte ihm breite Unterstützung und ermöglichte ihm die Konsolidierung seiner Macht. Die Zerschlagung der UPC bedeutete somit nicht nur das Ende einer radikalen Unabhängigkeitsbewegung, sondern auch die Weichenstellung für eine konservative politische Ordnung, die Kamerun langfristig prägte.

1957 wurde erstmals ein Übergangspremierminister durch Frankreich eingesetzt, ein Posten, der bald darauf von Ahmadou Ahidjo übernommen wurde. Ahidjo war es auch, der *Cameroun* am 1. Januar 1960 in die offizielle Unabhängigkeit führte (Hartmann 2011:305f. sowie Schicho 2001:64). Ahmadou Ahidjo entschied sich, wie auch die meisten anderen westafrikanischen Länder, dazu Frankreich weiterhin Mitbestimmungsrechte in der Währungs-, Außen- und Verteidigungspolitik zu gewähren (Hartmann 2011:306), ganz im Sinne Frankreichs. Bis heute sind Frankreich und die Eurozone durch einen festen Wechselkurs zwischen dem Euro und dem FCFA (*Franc de la Coopération Financière en Afrique Centrale*) verbunden, Frankreich damit Entscheider über die Währungspolitik in Kamerun.

Die Dekolonialisierung der *Southern Cameroons*

Die westlichen Teile Kameruns, die an das britische Nigeria angegliedert wurden, erlebten zur gleichen Zeit eine marginalisierte Entwicklung und politische Erfahrung. Elong Ebolo (2012:15) schreibt, dass die *Southern Cameroons* als „*a colony within a colony*“ beschrieben werden konnten, da die Gebiete ohne eigenes Budget, ohne lokale weiterführende Bildungsinstitutionen und ohne großartige Wirtschaftsförderung am Rande Nigerias vor sich hinvegetierten. Auf den wenigen Plantagen, die existierten, wurden Kautschuk, Palmöl und Kakao angebaut, doch die Produktion blieb im Vergleich zu den französisch verwalteten Gebieten gering (vgl. DeLancey 1989:34). Viele deutsche Plantagenbesitzer konnten ihren zuvor beschlagnahmten Grundbesitz auf Auktionen in London zurückerwerben, was zu der paradoxen Situation führte, dass 1938 im britischen Mandatsgebiet mehr Deutsche als Briten lebten (Schicho 2001:59).

Die meisten der eingesetzten kolonialen Verwaltungsbeamten kamen aus Zentralnigeria und auch viele Händler der als „Fremde“ wahrgenommenen Igbo-Volksgruppen aus Nigeria siedelten sich an (vgl. Konings 2011:104). Dies führte zu einem zuweilen großen Anti-Nigerianismus in der Region, der laut Elong Ebolo (2012:15) sogar den Anti-Kolonialismus überwog, was sich auch im Referendum von 1961 widerspiegelte (vgl. auch Bayart 1979:110).

Die *Southern Cameroons* erhielten ab den 1950er Jahren erstmalig wieder eigenständige politische Institutionen. 1954 wurde der neue Senat von Premier John Ngu Foncha inauguriert und demokratische Wahlen wurden abgehalten.

Zwei große Parteien - die KNC (*Kamerun National Convention*) im Süden rund um Buea und die KNDP (*Kamerun National Democratic Party*) im Norden rund um Bamenda - prägten die entstehende politische Landschaft. Beide Parteiführungen wechselten mehrfach ihre Positionen bezüglich des Weges aus der Kolonialherrschaft und der weiteren Entwicklung zur Unabhängigkeit. Abwechselnd stand die Idee der Autonomie von Nigeria, des Zusammenschlusses mit den anderen ehemals deutschen Kolonialgebieten, oder einer Konföderation innerhalb Nigerias im Raum (Konings 1999:292, Schicho 2001:60).

1959 gewann die KNDP, die Partei von John Ngu Foncha, die Wahlen. Damit lag es an ihr, die Dekolonisation der *Southern Cameroons* weiter zu verhandeln. Das ehemalige französische Kolonialgebiet *Cameroun* hatte in dieser Angelegenheit schon bald einen Vorsprung. Da dort bereits einen Monat nach der Unabhängigkeit, im Februar 1960, direkt eine neue Verfassung gewählt sowie Parlament und Präsident eingesetzt wurde, war in den *Southern Cameroons* politisch klar, dass möglichst bald Klarheit über eine mögliche „Wiedervereinigung“ hergestellt werden musste, bevor im französischen Teil weitere Fakten geschaffen wurden (vgl. Mougoué 2019:2).

Die Option der Konföderation mit Nigeria war in den muslimisch geprägten *Northern Cameroons* deutlich beliebter als im Süden. Dort waren anti-nigerianische Sentiments verbreiteter und die Idee der „Wiedervereinigung“ mit Französisch-Kamerun beliebter, beispielsweise unter den Bamileke, die durch die nordöstliche Grenze der *Southern Cameroons* von ihren Sprachgenossen in Französisch-Kamerun abgeschnitten waren (Konings 2003:38).

Die Option einer eigenständigen Unabhängigkeit der *Southern Cameroons* wurde vor allem aus zwei Gründen abgelehnt: Erstens sprachen sich UN-Delegierte, aber auch beliebte afrikanische Staatsmänner wie Léopold Senghor, der erste Präsident des Senegals, gegen eine sogenannte „Balkanisierung“ Afrikas aus (Konings 2003:33 und Cooper 2014b:69). Balkanisierung als politisch-polemischer Begriff beschreibt die Zersplitterung einer größeren Region oder eines Staates in kleinere Regionen oder Staaten, die einander feindlich gesinnt oder unkooperativ sein könnten. Sie wird in der Regel durch Unterschiede in der ethnischen Zugehörigkeit, Kultur und Religion sowie durch andere historische Faktoren befeuert. Im speziellen Kontext der Dekolonialisierung warnte Senghor zusätzlich davor, dass zu kleine Staaten keine Chance hätten, gegen ihre ehemaligen Kolonialherren effektiv aufzubegehren und damit nie vollkommen unabhängig werden könnten (Cooper 2002:80).

Sollte das winzige Südkamerun eine eigenständige Unabhängigkeit erlangen, so die damals vorherrschende Meinung, könne dies zu weiteren Konflikten führen. Des Weiteren herrschte die Ansicht, dass kleine neue Staaten, wie z.B. ein potenzielles Südkamerun, wirtschaftlich nicht lebensfähig genug seien, um einen ökonomisch stabilen unabhängigen Staat zu bilden (Konings 2011:106). Ein Bericht des Briten Sir Phillipson aus dem Jahr 1959, der die finanziellen, wirtschaftlichen und administrativen Konsequenzen einer möglichen eigenständigen Unabhängigkeit der *Southern Cameroons* untersuchte, kam zu dem Schluss, dass die Region wirtschaftlich nicht eigenständig lebensfähig wäre (siehe Anyangwe 2010:510ff.). Ein Budgetdefizit von 340.000 Pfund, fehlende Infrastruktur und Verwaltungskapazitäten erforderten externe Hilfe und Sir Phillipson forderte stattdessen eine verlängerte *Trusteeship*-Phase, die jedoch nie zustande kam (vgl. Anyangwe 2010:510ff.).

Der globale Konsens im Jahr 1960, vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs, des Vietnamkriegs und des Algerienkriegs, sprach sich gegen eine fortgesetzte Treuhänderschaft oder gar fortgesetzten Kolonialismus aus. Nachdem die Vereinten Nationen außerdem aus eben erwähnten Gründen einen unabhängigen Staat der *Southern Cameroons* ausgeschlossen hatten, beschränkte sich das UN-finanzierte Referendum auf folgende Wahlmöglichkeiten: „*Wollen Sie die Unabhängigkeit durch den Anschluss an Nigeria oder durch die Wiedervereinigung mit der Republik Kamerun erreichen?*“ (Konings 2003:33) Drei kleinere Parteien fochten diese Formulierung sofort an und bestanden darauf, ein unabhängiges *Southern Cameroon* als dritte Option in die Volksabstimmung aufzunehmen. Sie wandten sich mit mehreren Petitionen an die Vereinten Nationen und drohten mit einem Wahlboykott, sollte ihrem Wunsch nicht entsprochen werden. Ihre Protestaktionen blieben jedoch erfolglos (vgl. Konings 2003:34).

Die Vereinten Nationen legten den 11. Februar 1961 als Termin für das Referendum fest, und es wurde eine öffentliche Aufklärungskampagne gestartet, um über die verfassungsrechtlichen Folgen der zwei Wahlmöglichkeiten aufzuklären. Die entstandene Broschüre „*The Two Alternatives*“ hatte mit ihren komplexen schriftlichen Erklärungen jedoch in einer zum damaligen Zeitpunkt wenig alphabetisierten Gesellschaft keine nennenswerte Wirkung auf das Wahlergebnis (Konings 2003:37f), was auch einen großen Kritikpunkt an der Vorgehensweise der UN darstellt. Vielmehr spielten die schon erwähnten anti-nigerianischen Resentiments, sowie weit verbreitete Fehl- und Falschinformationen eine Rolle (Konings 2003:38).

233.571 Personen stimmten daher im Februar 1961 für die Wiedervereinigung des Treuhandgebietes der *Southern Cameroons* mit der Republik Kamerun, während sich etwas weniger als 30% der Wähler*innen, also 97.741 Personen, für die Integration in Nigeria aussprachen (Konings 2003:39). Trotz regionaler Unterschiede einzelner Bezirke war dies ein ausreichend richtungsweisendes Ergebnis (ebd.). Am 21. April 1961 billigten die Vereinten Nationen offiziell die Abstimmungsergebnisse und forderten Gespräche zwischen den Parteien (ebd.).

Der frankophone Präsident Ahidjo der Republik Kamerun sah sich durch die Ergebnisse des Referendums vor neue Herausforderungen gestellt. Denn während sich die *Southern Cameroons* mit großer Mehrheit für den Anschluss an das frankophone Kamerun entschieden hatten, stimmten die *Northern Cameroons* in einem separaten Plebiszit für den Verbleib innerhalb Nigerias und formierten die heutigen nigerianischen Bundesstaaten Borno, Adamawa und Taraba. Präsident Ahidjo, ein aus dem frankophonen Norden stammender Muslim, fürchtete nun um seine Machtposition und versuchte diese von nun an umso drastischer zu festigen (Konings 2003:40). Die mehrheitlich christliche Bevölkerung der *Southern Cameroons* stellte sich für ihn wahrscheinlich nicht als intuitive Verbündete dar. Besonders fürchtete er eine Allianz seiner frankophonen Opposition mit den neu hinzugekommenen anglophonen Politikern (Konings 2003:41).

Die auf das Referendum folgenden Beitrittsverhandlungen zwischen den Delegationen Französischkameruns und den *Southern Cameroons* stellten sich für die anglophone Seite als Desaster heraus. Nicht nur hatte die Regierung unter Ahmadou Ahidjo in einem Jahr politischer Unabhängigkeit schon viel staatsmännische Erfahrung sammeln können, auch waren die Frankophonen zahlenmäßig weit überlegen und hatten die Unterstützung Frankreichs im Rücken (Konings & Nyamnjoh 2019:65), insbesondere deren ausgebildete Verfassungsrechtler. Politiker beider Seiten kamen vom 17. bis 21. Juli 1961 in Foumban (frankophones Gebiet) zusammen (Konings 1999:296) und verabschiedeten dort die Wiedervereinigung.

Mougoué (2019:33) beschreibt, dass der dort erarbeitete Verfassungstext jedoch schon im Vorhinein in Yaoundé mit der Hilfe von in Frankreich ausgebildeten Rechtswissenschaftlern geschrieben worden war und die anglophone Delegation, großteils aus Überforderung mit den elaborierten Schriftstücken und aus Personalknappheit, nur noch wenige Änderungen einbringen konnte. So wurde der Vereinigungsvertrag von Frankreich beziehungsweise

frankophonen Politikern dominiert. Großbritannien hingegen mischte sich in die Verhandlungen überhaupt nicht ein und stellte weder personelle noch finanzielle Ressourcen bereit. Für Großbritannien war das Thema Kamerun abgehakt, während Frankreich viel stärker versuchte, seine kolonialen Interessen auch im postkolonialen Staat zu vertreten. Dies stellte von Anfang an ein großes Ungleichgewicht dar, sowohl intellektuell als auch realpolitisch.

Präsident Ahmadou Ahidjo, bekannt durch seine eher konservative Politik der Kooperation mit Frankreich, war stark vom zentralistischen politischen System Frankreichs und dem zu dem Zeitpunkt dominanten Modell der ökonomischen Modernisierungstheorie beeinflusst. Ahidjo, der bereits Erfahrungen als Politiker in der parlamentarischen Versammlung der *Union française* gesammelt hatte, war von einem föderalen System nicht überzeugt (Konings 1999:295) und favorisierte eine von starker Hand geführte Zentralregierung. Trotzdem wurden am Verhandlungstisch in Foumban einige Zugeständnisse gemacht und formell ein Föderalstaat festgeschrieben, in welchem ein Vizepräsident einen Teil der exekutiven Gewalt beibehalten sollte (Konings 2003:52). Das Amt des Vizepräsidenten wurde bis zu seiner Abschaffung 1972 von anglophonen Politikern besetzt, um eine Balance der Macht sicherzustellen. Andere Institutionen und Mechanismen der föderalen Gewaltenteilung wurden zwar angedacht, aber letztendlich nie umgesetzt (Konings 1999:304).

Die föderative Republik Kamerun

In den darauffolgenden Jahren kam es in den ehemaligen *Southern Cameroons* zu starken gesellschaftlich-kulturellen Verschiebungen hin zum französischen System. Beispielsweise wurde in den anglophonen Regionen eine *Gendarmerie* eingeführt (in Frankreich gibt es eine spezialisierte Aufgabentrennung zwischen *Police*, *Gendarmerie* und *Armee*), Maßeinheiten wie Meter und Liter ersetzten *Pounds* und *Gallons*, der FCFA wurde zur nationalen Währung und das Rechtsfahrgebot wurde im Straßenverkehr eingeführt (Mokham 2016:253). Von einer gleichberechtigten Annäherung der zwei kolonial geerbten Systeme konnte daher keine Rede sein, eher von einem einseitigen Überstülpen französischer gesellschaftspolitischer und rechtlicher Traditionen.

Auch ökonomisch dominierte die frankophone Region eindeutig. So wurden die beiden anglophonen Häfen Victoria (heute Limbe) und Tiko in die Bedeutungslosigkeit gedrängt, da nun der Großteil des internationalen und regionalen Handels über den Hafen von Douala, die Tiko-Douala-Straße und die Verlängerung der Eisenbahnlinie Douala-Mbanga nach Kumba

betrieben wurde. Auch die Elektrifizierung des Landes wurde vom ehemals französischen Wasserkraftwerk Edéa aus betrieben. Die Ölraffinerie SONARA bei Limbe, welche sich bald als enorme Geldquelle für den Staat etablieren sollte, wurde seit Beginn der Ölförderung in den 1970er Jahren mit rein frankophonem Personal aufgebaut (siehe Konings 1999:304 sowie eigene Beobachtungen).

Das ausgehandelte föderale politische System konnte den Interessen Ahidjos und den geopolitischen Realitäten eines postkolonialen Staates nicht lange standhalten. Mit der Einführung der Einparteiherrschaft 1966 waren faktisch jegliche anglophone, aber auch andere Regionalparteien verboten worden, ebenso wie jede politische Opposition. Ahidjo gelang es, in seiner Strategie der Kooptation und Repression, die anglophonen Parteien gegeneinander auszuspielen und ihre Führungen zur Eingliederung in seine Einheitspartei, die *Union Nationale Camerounaise* (UNC), zu bewegen (vgl. Schicho 2001: 67 und Bayart 1979:10). Offiziell sollte das Einparteiensystem zu einer Eindämmung ethnischer Konflikte zwischen den Parteien führen (Hartmann 2011:307). Gleichzeitig erwies es sich jedoch als ein wirkmächtiges Instrument autoritärer Herrschaftskonsolidierung. Konings (2003:64) kritisiert, dass die anglophone politische Elite mehr an Ahidjos Gunst interessiert schien als an der Wahrung ihrer Autonomie und Identität. Dabei spielten sowohl die ökonomische Bereicherung der Eliten durch die neu entdeckten Ölvorkommen als auch Ahidjos erfolgreiche Politik der Kooptation eine Rolle.

Bayart (1979) analysiert in *L'État au Cameroun* die spezifische Natur der politischen Dynamik des Landes und formulierte eine Erklärung für die lange politische Stabilität des Landes. Im Mittelpunkt seiner Argumentation steht das Konzept der *politique du ventre* (Politik des Bauches) - die Aneignung staatlicher Ressourcen durch klientelistische Strukturen und politische Eliten (vgl. Bayart 1979:9ff.). Diese nutzen den postkolonialen Staat als Instrument zur persönlichen Bereicherung und zur Sicherung ihrer Machtbasis, indem sie wirtschaftliche Vorteile gezielt an loyale Netzwerke verteilen (vgl. Bayart 1979:15 und DeLancey 1989:59).

Während sich also die ehemalige KNDP inklusive John Ngu Foncha der Einheitspartei UNC anschloss, wurden alle anderen anglophonen Stimmen klein gehalten und die Opposition im nun vereinigten Kamerun konnte angesichts einer fortschreitenden Zentralisierung und Machtsicherung Ahidjos politisch nicht Fuß fassen. John Ngu Foncha behielt zwar den Posten des Premierministers bzw. Vizepräsidenten von Kamerun, jedoch nur bis 1970. Im Jahr 1972

wurde dieser Posten, welcher ein Gleichgewicht zwischen den beiden Föderalstaaten gewährleisten sollte, generell abgeschafft (Schicho 2001:67f.).

Als Teil verschiedener politisch weitläufiger autoritärer und zentralistischer Entwicklungen erklärte Ahmadou Ahidjo 1972 den Nationsbildungsprozess für abgeschlossen und damit auch die föderale Frage für erledigt. Durch eine Verfassungsänderung stärkte Ahidjo im selben Jahr seine Rolle als Präsident beider Landesteile (Schicho 2001:67). Eine Namensänderung in *République du Cameroun* und damit die Entfernung des Zusatzes „United“, besiegelte diese Entscheidung 1984 unter seinem Nachfolger Paul Biya (Enonchong 2021:23).

Argumentation bezüglich der Legalität der kamerunischen Wiedervereinigung 1961

Spannend im Bezug zur Forschungsfrage sind ab diesem Punkt jedoch zwei unterschiedliche Argumentationen, welche auf Basis des empirischen Materials einzuordnen sind (vgl. Kapitel IV).

Zum einen gibt es die Argumentation, dass die Zusammenführung mit Französisch-Kamerun keine stabile rechtliche Basis habe, da im erwähnten Referendum 1961 die Möglichkeit der eigenständigen kolonialen Unabhängigkeit der *Southern Cameroons* nicht angeboten wurde. Hätten die Menschen diese Wahlmöglichkeit gehabt, wäre niemals eine Union mit Französischkamerun zustande gekommen, so die Behauptung anglophoner Aktivist*innen (hier eine Vorwegnahme zu Kapitel IV und AGovC 2019:7).

Chem-Langhëë (1995) stellt dar, dass aus verschiedenen geopolitischen und weltpolitischen Gründen, diese Option nie zur Wahl stand, jedoch ein langsamerer Weg zur Wiedervereinigung definitiv der bessere für die *Southern Cameroons* gewesen wäre. Im Besonderen argumentiert Chem-Langhëë (1976 & 1995), dass die Wähler*innen eine andere Erwartung gegenüber einer Wiedervereinigung und ein anderes Verständnis von einem Föderalstaat hatten. So wäre die allgemeine Auffassung gewesen, dass sich die *Southern Cameroons* bei einer Vereinigung mit Kamerun weitgehend eigenständig von Buea aus regieren würden könnten (Chem-Langhëë 1995:21). Da dies nicht eintrat, habe die Volksabstimmung unter falschen Informationen stattgefunden. Die radikalen Widerstandskämpfer*innen von Ambazonia könnten aus dieser Argumentation schließen, dass das heutige Land Kamerun auf keiner legitimen Basis entstanden und daher zu bekämpfen sei.

Zum anderen gibt es die Ansicht, dass mit der Namensänderung 1984 die *République du Cameroun* einseitig den Wiedervereinigungsvertrag aufgekündigt hätte und damit nicht mehr legal über das Gebiet der *Southern Cameroons* herrsche (vgl. Konings 2001:81, Konings & Nyamnjoh 2019:68, sowie Enonchong 2021:24). Der bedeutende anglophone Anwalt Gorji-Dinka verfasste auf Basis dieser Argumentation im März 1985 den Text „Die neue Gesellschaftsordnung“ (Gorji-Dinka 1985a). Darin erklärte er die Biya-Regierung für verfassungswidrig und forderte die Unabhängigkeit der ehemaligen Region *Southern Cameroons*. In diesem Text wurde die Grundsteinlegung für die Idee und besonders auch die Namensgebung „Ambazonia“ gelegt, welche in den folgenden Jahren von verschiedenen Gruppen aufgegriffen wurde und im Laufe dieser Arbeit näher betrachtet wird. Gorji-Dinka jedoch wurde noch im gleichen Jahr verhaftet und ohne Gerichtsverfahren bis Januar 1986 inhaftiert (Enonchong 2021:24). Nachzuprüfen ist im Kapitel V, ob und wie sich die Unabhängigkeitsbewegung Ambazonia auf diese Argumentationen stützt und wie sie sich auf die Person Gorji-Dinka bezieht.

Liberalisierung der 1990er und das Wiederaufkommen des „anglophone struggle“

Spätestens ab 1966 wurde Kamerun unter starker Hand zu einem autoritären Staat unter Führung des Präsidenten aufgebaut. Bayart (1979:69ff.) zeigt, dass Ahidjo seine Macht als uneingeschränkter Herrscher kontinuierlich stärkte und innerhalb scheindemokratischer Vorgänge, wie gefälschter und beeinflusster Wahlen, abwickelte. Die wachsende Bürokratie wurde von Klientelen tribalen Charakters getragen und verfestigt (vgl. Schicho 2001:68). Innerhalb des wachsenden Verwaltungsapparats und der Armee wurden dabei anglophone Personen und Repräsentanten prozentual immer weniger.

Für eine lange Zeit nach der Unabhängigkeit galt Kamerun unter den westlichen Industrieländern als eines der politisch stabilsten Länder im subsaharischen Afrika, denn die politische Führung blieb nicht nur an der Macht, sondern erwirtschaftete ein statistisch gutes Wachstum (Schicho 2001:66). Agro-industrielle Betriebe mit ausländischem Kapital wurden gefördert und *cash crops* dominierten bis zur Entdeckung der Öl- und Gasvorkommen den Exportmarkt. Mit 1977 beginnend, kamen fast 90 Prozent der staatlichen Einnahmen aus der Ölförderung (Schicho 2001:70, TAZ 1996). Mit der Ölkrise 1979/1980 und zusätzlich seit dem Verfall der Weltmarktpreise für Kakao und Kaffee ab 1986 musste jedoch auch Kamerun einige

Strukturanpassungsmaßnahmen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank annehmen (vgl. Schicho 2001:70).

1982 trat Ahidjo, angeblich aus gesundheitlichen Gründen, relativ unerwartet von seinem Amt zurück und übertrug die Präsidentschaft an seinen Premierminister Paul Biya. Biya führte das unter seinem Vorgänger errichtete autoritäre Regime fort, das nach dem gescheiterten Staatsstreich vom April 1984 noch verstärkt wurde (Enonchong 2021:24). Gleichzeitig erlebte Kamerun ab 1984 wieder politische Proteste und Unruhen, die im Laufe der Ereignisse als „*anglophone struggles*“ benannt wurden.

Meinungsfreiheit und Opposition waren in den 1980ern Jahren in Kamerun nicht gegeben. Als Reaktion auf die Umbenennung des Landes und die Streichung des „Föderal“-Zusatzes publizierte der Anwalt Fon Gorji-Dinka im März 1985 den Text „Die neue Gesellschaftsordnung“ (Gorji-Dinka 1985a) mit der Forderung nach Eigenständigkeit der anglophonen Gebiete und wurde daraufhin prompt verhaftet und inhaftiert.

Ab 1990 kamen die von Autor*innen meist als „gesteuerte Liberalisierung“ betitelten politischen Veränderungen in Gange (vgl. Konings 2011:35ff.). Erst hatten die Liberalisierungszugeständnisse nur formellen Charakter, im Jahr 1991 erregten die landesweiten Proteste der „*ville mortes/Ghost Town*“ jedoch enormes Aufsehen. So wurde über Monate hinweg das öffentliche Leben durch Zuhause-Bleiben lahmgelegt und das wirtschaftliche Geschehen eingefroren. Der Vorläufer und Vorbild der heutigen anglophonen Protestform „*Ghost town*“ war damit so erfolgreich, dass weitere Zugeständnisse stattfanden und Neuwahlen sowie eine Verfassungsreform ausgerufen werden mussten (Konings 2011:40ff.).

Im Zuge der Proteste und der Verhaftung Gorji-Dinkas hatten sich schon seit den 90ern einige Autor*innen mit dem „anglophonen Problem“ und den separatistischen Stimmen beschäftigt. Ein Buchkapitel von Piet Konings mit dem Titel „*Political liberalisation and Anglophone secessionist movements in Cameroon*“ ahnte jedoch noch nichts von dem bevorstehenden Konflikt, als er 2011 schrieb:

„[I]t is important to mention that the Anglophone secessionist movement differs from most other secessionist movements in Africa in that it wants to achieve an independent Anglophone state through peaceful negotiations rather than force.“
(Konings 2011:102).

Diese friedliche Sicht auf die anglophonen Aktivist*innen sollte sich nicht bewahrheiten, als die Ereignisse ab 2016 zum Bürgerkrieg hochkochten.

Konings (2011:102) beschrieb den anglophonen Separatismus seit den 1990ern als hoffnungslos, da die kamerunische Regierung mit ihrer Repression stärker sei, die Aktivist*innen in der Diaspora sich weitgehend auf internetbasierte Aufklärungsarbeit reduzierten und, vor allem, da die internen (ethno-regionalen) Gegensätze zu groß seien. All dies sollte sich zwar Großteils nicht bewahrheiten, jedoch ist die Forschung und Chronologie der Ereignisse von Konings eine der detailliertesten Beschreibungen und tiefgehende Analysen des anglophonen Separatismus.

Mit der formellen Wiedereinführung des Mehrparteiensystems 1990 und den ersten freien Parlamentswahlen 1992 konnten sich politische Oppositionsparteien wieder offiziell zusammenfinden (Schicho 2001:71). So erlangte die *Social Democratic Front* (SDF) unter John Fru Ndi in den Präsidentschaftswahlen 1992 direkt 35% der Stimmen (Eyho 1998:257). Aber auch andere Parteien mit starkem regionalen Fokus betraten die politische Bühne in Kamerun, wie die *National Union of Democracy and Progress* (NUDP) oder die *Cameroon Democratic Union* (CDU). Erstere hatte eine starke Basis unter Hausa und Fulani Wähler*innen, zweitere wurde von einem Mitglied des Sultanats von Foumban angeführt und rekrutierte dort die eigene Wählerschaft. Andere politische Strömungen, zum Beispiel eine kommunistische Partei oder dergleichen, schienen so kurz nach dem Fall des Ostblocks überhaupt keinen Reiz auf die kamerunische Bevölkerung zu haben. Eyho (1998:256) argumentiert, dass die Herausbildung von Regionalparteien und ethnisierten politischer Opposition das Ergebnis der Kombination von voranschreitender Korruption und wirtschaftlicher Stagnation gewesen sei, in der viele Ethnien das Gefühl hatten, zu kurz zu kommen.

Neben der Herausbildung politischer Parteien mit regionalem Fokus, wie der SDF, entstanden in der Welle der Liberalisierung weitere Gruppen und Vereinigungen, welche sehr spezifische Forderungen anglophoner Berufs- oder Interessensgruppen äußerten, wie zum Beispiel die *Teachers Association of Cameroon* oder die *Association of Anglophone Journalists* (Konings 2011:111). Errungenschaften dieser Interessensgruppen war unter anderem die Einführung eines separaten anglophonen Bildungsplans, der sich stärker am britischen Schulabschlussmodell orientierte und somit anglophone Schulabschlüsse international anerkannter machte (Konings 2011:111).

Ein Meilenstein der anglophonen Organisation war 1993 und 1994 eine Reihe aufeinanderfolgender Tagungen, die sogenannte *All Anglophones Conference* (AAC). Mehr als 5.000 Personen kamen in Buea und Bamenda zusammen, um das „*anglophone problem*“ lautstark auf die politische Agenda zu bringen und Verfassungsänderungen zu fordern. Die von ihnen ausgearbeiteten Entwürfe einer föderativen Verfassung wurden jedoch vom Biya-Regime komplett ignoriert und als inadäquat abgetan (Konings 2011:113).

Aufgrund der vollkommenen Ablehnung von föderalen Reformen durch die Biya-Regierung wurden separatistische Stimmen innerhalb der AAC immer lauter, und eine namentliche Umbenennung in den *Southern Cameroons National Council* (SCNC) sowie ein angekündigter, aber nicht durchgeführter Unabhängigkeitstag für den 1. Oktober 1996 folgten.

Der SCNC steht seither für die Forderung nach Unabhängigkeit und Sezession der ehemaligen *Southern Cameroons* (Enonchong 2021:26). Jedoch beschränkte sich der Aktivismus bis 2016 durchgehend auf rein friedliche Methoden, wie beispielsweise eine Delegation, welche 1995 eine Petition bei der UN in New York einreichte. Dort forderten die Unterzeichner*innen, dass die UN Verantwortung für den langsam brodelnden Konflikt übernehmen solle. Die Argumentation für die Involvierung der UN war die in ähnlichem Sinne schon 1986 von Fon Gorji-Dinka geäußerte Ansicht, dass mit der Namensänderung 1984 die *République du Cameroun* einseitig den Wiedervereinigungsvertrag aufgekündigt hätte und damit die *Southern Cameroons* - ähnlich wie vor 1961 - wieder ein UN-Schutzgebiet seien.

Diese diplomatischen Versuche, die UN einzuschalten, blieben jedoch erfolglos, genauso wie ein Auftritt des SCNC 2005 vor der *United Nations Commission on Human Rights*. Im Jahr 2003 trat der SCNC dann an die *African Union* (AU) heran, mit der Argumentation, dass die *Southern Cameroons* 1961 illegal annektiert worden wären (vgl. Konings 2011:115).

Auch diese Beschwerde an die AU wurde im Jahr 2009 von einem Unterorgan der AU (der ACHPR) nicht bestätigt, sondern es wurde die Biya-Regierung lediglich zu mehr Dialog aufgerufen (Konings 2011:118). Genauso wenig erfolgreich waren diplomatische Versuche, den ehemaligen Kolonialmächten Großbritannien oder Frankreich die separatistischen Bestrebungen näherzubringen (Konings 2011:118).

Bemerkenswert ist hier, dass der SCNC beide Argumentationsmuster, sowohl die nach der illegalen Annexion als auch die der einseitigen Aufkündigung des Vereinigungsvertrages, je nach Gelegenheit nutzt und darin keinen Widerspruch sieht. Rechtlich gesehen wären dies

allerdings unterschiedliche Argumentationen, die unterschiedliche Verantwortliche für den Konflikt definieren würden. Wäre die „Wiedervereinigung“ mit Französisch-Kamerun 1961 illegitim erfolgt, trügen die Vereinten Nationen sowie die Kolonialmacht Großbritannien eine große Mitschuld. Ist jedoch 1984 einseitig der Wiedervereinigungsvertrag aufgekündigt worden, wäre einzig die Biya-Regierung schuldig zu sprechen und das Gebiet an die UN zur Verwaltung zurückzugeben, bis ein neues Referendum durchzuführen wäre.

II. Der Weg in den Bürgerkrieg

Infolge der diplomatischen Enttäuschungen und der Repressionserfahrungen folgte ab 1996 eine zunehmende Spaltung der anglophonen Bewegung zwischen solchen, die den diplomatischen Weg bevorzugten, und jenen, die einen bewaffneten Kampf für die Unabhängigkeit nicht ablehnten (vgl. Beseng et al 2023:92).

Während der Großteil des SCNC den diplomatischen Weg verfolgte, bildete sich die extremistischere *Southern Cameroons Youth League* (SCYL) heraus. Als ein großes Rekrutierungsfeld der SCYL und damit auch der heutigen Ambazonia-Separatist*innen werden die Studierendenproteste an der Universität von Buea angeführt. Konings (2009:217) berichtet, dass beispielsweise der 1993 von der Universität Buea im Zusammenhang mit Streiks zwangsexmatrikulierte Student Ebenezer Akwange zwei Jahre später die *Southern Cameroons Youth League* (SCYL) gründete, welche militant agierte. Ein weiterer ehemaliger Mitstreiter der SCYL, Ayaba Cho Lucas, ist zum Zeitpunkt 2025 der aktuelle Präsident des *Ambazonia Governing Council*.

Bildung ist in den meisten modernen Gesellschaften ein zentrales Prinzip der Elitenrekrutierung und der gesellschaftlichen Stratifizierung (vgl. Konings 2003). Das Leistungsprinzip strukturiert eine Gesellschaft und legitimiert damit die unterschiedlichen sozialen Positionen insofern, da von einem potenziell universellen Zugang zu Bildung und Chancengleichheit ausgegangen wird. Bis 1993 war dieses Prinzip in Kamerun nachhaltig gestört. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es nur eine staatliche Universität (*Yaounde I*) in Kamerun, welche zwar theoretisch bilinguale Programme anbieten sollte, faktisch aber fast nur auf Französisch lehrte, was Studierende, die ihren Sekundarschulbesuch auf Englisch absolviert hatten, klar benachteiligte (Konings 2003:70). In einem Versuch der Dezentralisierung und um den immer weiter steigenden Studierendenzahlen Herr zu werden, wurden im Jahr 1993 sechs

weitere Universitäten in regionalen Provinzzentren gegründet. Eine davon, Buea, sollte nun rein auf Englisch unterrichten.

Die neoliberale Umstrukturierung und *structural adjustment programs* der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds trafen zum gleichen Zeitpunkt den öffentlichen Sektor in Kamerun. So wurden 1993 die Studienstipendien gestrichen und gleichzeitig Studiengebühren eingeführt (Konings 2009:217). Auch die Lohnkürzungen und eine 50-prozentige Abwertung des FCFA trafen zwar alle kamerunischen Universitäten hart, aber besonders im anglophonen Buea regte sich daraufhin Protest. Höchstwahrscheinlich war es dort von Anfang an für die Studierenden unklar, was die Abschlüsse an einer anglophonen Universität in einem Französisch-dominierten Staat überhaupt 'wert' sein würden.

Der neu gegründete Studierendenausschuss, die *University of Buea Students Union*, initiierte ab 1993 eine Reihe von Streiks (Konings 2009:217), worauf die Universitätsverwaltung mit harten autoritären Maßnahmen und Exmatrikulierungen reagierte. Seitdem haben die Studierenden in Buea eine lange Tradition an Streiks und teils gewalttätigen Protesten vorzuweisen. Konings (2009) berichtet von größeren Protesten 1993-1995, 2004-2005 und 2006. Ich selbst war Zeugin von Streiks der Studierenden in Buea in den Jahren 2011 und 2012. Diese immer wieder aufkochenden und sich wiederholenden Studierendenproteste werden in der Literatur durchweg als ausschlaggebend für die Entwicklung der separatistischen Bewegung Ambazonia genannt, da durch die Repression und Verfolgung der Studierenden breite Ressentiments gegen Politik und Staat unter den anglophonen Alumni geschaffen wurden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass in den anglophonen Regionen ein Narrativ zu existieren scheint, dass die ungleichen Bildungschancen und damit einhergehende Elitenrekrutierungsmechanismen nur dann überwunden werden können, wenn ein neuer Staat entsteht. Innerhalb eines zweisprachigen föderalen Systems wäre die Unterrichtssprache Englisch immer als zweitrangig in der Möglichkeit einer Karriere zu betrachten, während das Erlernen des Französischen eine Aufgabe der eigenen Identität und Assimilation bedeuten würde (vgl. Konings 2009). Nur durch eine Sezession könne für die anglophone Bevölkerung ein egalitärer Zugang zu gesellschaftlichen Elitepositionen erreicht werden. Ob dies auch ein Schwerpunkt der aktuellen Argumentation für Ambazonia ist, wird in der folgenden Analyse kritisch mitgedacht.

Die anglophone Krise seit 2016

In diesem Abschnitt wird versucht, die derzeitige Krise in den anglophonen Regionen Kameruns anhand von internationalen Medien, akademischer Literatur sowie den Veröffentlichungen humanitärer Organisationen zu rekonstruieren. Veröffentlichungen der kamerunischen Regierung, der meisten kamerunischen Medien und der anglophonen Separatist*innengruppen werden hier nicht mit einbezogen, da diese erstens nicht zensurfrei berichten können und zweitens teilweise Gegenstand der späteren Analyse sind.

Besonders in den anglophonen Regionen sind freie Medienschaffende zusätzlich zur staatlicher Repression auch von den wiederkehrenden Internetabschaltungen in ihrer Arbeit behindert (vgl. Beseng et al 2023:90). Separatistisch positiv eingestellte Veröffentlichungen sind, wahrscheinlich unter anderem deswegen, oft aus der Diaspora gesendet und somit auch nur bedingt am Geschehen direkt beteiligt. Aufgrund dieser Schwierigkeiten ist eine neutrale, objektive Darstellung der Geschehnisse am Ehesten über internationale Medien und NGOs, wie die BBC, die *International Crisis Group*, *Amnesty International* und *Human Rights Watch* gegeben, sowie durch die zwei kamerunischen, jedoch auch im Ausland beheimateten Medien *Mimimefo* und *Cameroon News Agency*. Erst im Kapitel IV soll speziell auf die Lesart der Krise durch die Veröffentlichungen der anglophonen Separatist*innen eingegangen werden.

Die Explosion der Spannungen und der darauffolgende Bürgerkrieg begannen im Oktober 2016 mit Demonstrationen von Anwält*innen in mehreren Städten der anglophonen Regionen im Westen Kameruns. Diese traten in den Streik, um gegen das wiederholte Versäumnis des Justizministeriums zu protestieren, auf ihre Beschwerden zu reagieren (vgl. Beseng et al 2023:93). Sie beschwerten sich unter anderem darüber, dass das ihnen zugewiesene französischsprachige Justizpersonal weder das Common-Law-System noch die englische Sprache verstehe und daher nicht in der Lage sei, in diesen Regionen effizient zu arbeiten (Ngala 2020:59).

Ab dem 21. November 2016 schlossen sich Lehrer*innen in der Region den Anwält*innen an (Ngala 2020:59 und Beseng et al 2023:93). In ihren Klagen führten sie an, dass der angelsächsische Charakter des Bildungswesens in den anglophonen Regionen nicht anerkannt werde und im Kollegium frankophone Lehrer*innen eingesetzt würden, die weder die englische Sprache beherrschten noch Kenntnisse über das anglophone Bildungssystem vorwiesen und so die Schüler*innen nicht wirksam unterrichten könnten (Ngala 2020:59). Diese

zivilgesellschaftlichen und Interessensgruppen-bezogenen Proteste verliefen zwar meist friedlich, doch die staatlichen Sicherheitskräfte lösten die Demonstrationen immer wieder gewaltsam auf (Enonchong 2021:179). In den folgenden Wochen kam es zu einer Häufung der Proteste, bei denen die Demonstrant*innen zunehmend lauter die *„Einhaltung der in der Verfassung verbrieften Gleichberechtigung der englischen Sprache in Verwaltung, Justiz, Bildungs- und Gesundheitswesen sowie das Ende der systematischen Benachteiligung der anglophonen Regionen“* forderten (DW 30.09.2019).

Die repressive Haltung der kamerunischen Regierung gegen die Proteste führte ab Dezember 2016 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Sicherheitskräften und Demonstrant*innen. Am 8. Dezember wurde erstmals der Einsatz von scharfer Munition gegen Demonstrant*innen im nordwestlichen Bamenda gemeldet (DW 30.09.2019).

Die Regierung des zu dem Zeitpunkt 83-jährigen Präsidenten Paul Biya setzte zur Mediation und erhofften Beruhigung der Lage einen Ausschuss aus vier frankophonen Ministern ein, ein Schritt, der prompt in eine Legitimationskrise ausartete. Die Situation wurde weiter verschärft, als der prominente anglophone Minister Peter Mafany Musonge behauptete, es gebe kein anglophones Problem (Enonchong 2021:180).

In den folgenden Wochen professionalisierten sich die anfangs oft wilden Streiks des *Cameroon Anglophone Civil Society Consortium* (CACSC) unter der Leitung von Felix Nkongho Agbor Balla (Konings & Niamjoh 2003:78). Diese trat in Verhandlungen mit dem Biya-Regime, jedoch ohne Erfolg. Nach dem Scheitern jener Gespräche wurden ab Januar 2017 regelmäßige *„Ghost Town“*-Aktionen durchgeführt, eine Form des massenhaften zivilen Ungehorsams, welche schon 1991 von der anglophonen Bewegung eingesetzt worden war (Konings & Niamjoh 2003:78 und Beseng et al 2023:93). Die subversive Aktionsform der *„Ghost Town“* beinhaltet, dass alle Einwohner*innen für einen Tag sämtliche Aktivitäten niederlegen und Zuhause bleiben, ähnlich wie bei einem Generalstreik. Schulen und Ladengeschäfte bleiben gleichermaßen geschlossen, mit dem Ziel, das öffentliche Leben lahm zu legen, die Regierung zum Handeln zu zwingen und ihr die Steuereinnahmen zu entziehen (Okereke 2018:2).

Gleichzeitig begannen die kamerunischen Sicherheitskräfte Anfang 2017 mit einer Reihe von gezielten Verhaftungen von Journalist*innen, Mitgliedern zivilgesellschaftlicher Organisationen und anglophonen Aktivist*innen (insbesondere des schon länger existierenden SCNC). Aufgrund des Einflusses der neuen Medien bei der Verbreitung der Proteste und den

wiederholten Veröffentlichungen von Gräueltaten der kamerunischen Sicherheitskräfte auf Social Media, beschloss die Regierung im Januar 2017 den Internetzugang in den anglophonen Regionen über drei Monate hinweg abzuschalten, wahrscheinlich um die extreme Polizeigewalt international zu vertuschen (Okereke 2018:2 und Beseng et al 2023:90). Tatsächlich war diese Abschaltung des Internets sehr effektiv und führte zur völligen digitalen Isolation der anglophonen Regionen, da die einzigen beiden Telefon- und Internetanbieter Kameruns, Orange und MTN, mitspielten. Auch ich persönlich konnte in dieser Zeit keine kamerunischen Bekannten mehr erreichen, selbst die Verwendung von VPNs oder anderen üblichen Mitteln zur Umgehung digitaler Sperren schien nicht erfolgreich zu sein.

Währenddessen ging die Gewalt der Sicherheitskräfte gegen Protestierende nahezu ungestört weiter. Amnesty International (2018) berichtete, dass in Buea Studierende der Universität nach einer Demonstration in ihren Wohnheimen von der Polizei verfolgt und verprügelt wurden, es kam dabei zu sexualisierter Gewalt und Erniedrigungen durch Polizisten. In Bamenda wurden im gleichen Zeitraum hunderte Menschen festgenommen, wahllos Tränengas versprüht und während der Proteste teilweise bis zu zehn Menschen an einem Tag durch Polizeigewalt getötet. Schockierende Videos dieser Gräueltaten landeten in den Monaten nach der Abschaltung des Internets immer wieder im Netz und radikalisierten die Bewegung weiter.

Während Bemühungen um einen Dialog zwischen anglophonen Vertreter*innen und dem Biya-Regime ins Leere liefen, wurden die radikaleren Stimmen immer lauter. Es formten sich mehrere neue separatistisch eingestellte politische Gruppierungen, von welchen die *Southern Cameroons Ambazonia Consortium United Front* (SCACUF) am 1. Oktober 2017 einseitig die Unabhängigkeit der Region als Ambazonia ausrief und den IT-Experten Sisiku Ayuk Tabe als ihren Interimspräsidenten ernannte (Beseng et al 2023:94 und Enonchong 2021:180).

Eine derartige Ausrufung eines eigenständigen Staats in den anglophonen Regionen geschah einstweilen nicht zum ersten Mal. Schon am 1. Oktober 1996 hatte der damalige SCNC die Unabhängigkeit der *Southern Cameroons* vorangekündigt (Konings 2011:113), dieser Versuch verlief jedoch im Sande. Auch am 30. Dezember 1999 hatte ein Mitglied des damaligen SCNC den staatlichen Radiosender CRTV in Buea besetzt, die Unabhängigkeit der *Federal Republic of Southern Cameroons* ausgerufen und einige Unruhen entfacht, welche jedoch durch die kamerunischen Sicherheitskräfte niedergeschlagen wurden (Konings 2011:120).

Die Gründe für das große Momentum der Ambazonia-Bewegung im Herbst 2017 sind schwer zu beantworten. Als Einflussfaktoren sind, meiner Einschätzung nach, neben den vorausgegangenen zivilgesellschaftlichen Protesten das fortgeschrittene Alter des Dauerpräsidenten Paul Biya zu nennen, welche eine realistische Hoffnung auf politische Veränderungen darstellte. Auch die leicht geschwächte militärische Situation, da das kamerunische Militär seit 2013 vermehrt im Norden für die Bekämpfung von Boko Haram eingesetzt wurde, könnte meiner Meinung nach dazu beigetragen haben, dass die kamerunische Regierung die Situation unterschätzte beziehungsweise nicht in der Lage war, effektiv darauf zu reagieren und die Rädelsführer rechtzeitig inhaftieren zu lassen.

Doho (2020) beschreibt die Entwicklung des anglophonen Widerstands in Kamerun anhand drei Generationen. Während die erste und zweite Generation nach der Unabhängigkeit auf Verhandlungen hofften und dann durch staatliche Repression unterdrückt wurden, habe sich die heutige, dritte Generation aufgrund dieser Erfahrungen nun auf bewaffneten Widerstand konzentriert (Doho 2020:221ff.).

Ngala (2020:62) und Serwat & Beevor (2024:17f.) betonen die wichtige Rolle der anglophonen Diaspora bei der Verbreitung separatistischer Ideen und der (finanziellen) Unterstützung separatistischer Milizen. Eventuell war diese Diaspora zu dem Zeitpunkt zahlenmäßig und finanziell genug gewachsen, um erfolgreich und in größerem Ausmaße Guerilla-Gruppen vor Ort zu unterstützen (vgl. Ngala 2020:62). Auch der Einfluss der sozialen Medien, die Verbreitung von Smartphones und die vielfältigen neuen Möglichkeiten des internationalen Geldtransfers sind sicherlich wichtige Faktoren (vgl. Agwanda et al 2020:7f.).

Mit Ende 2017 schwellten der Konflikt und die Gewalt in der Region immer weiter an und internationale Organisationen wurden zunehmend auf den Konflikt aufmerksam, insbesondere durch die stetig steigende Zahl an Geflüchteten im benachbarten Nigeria (Human Rights Watch 2018). Die Ereignisse nahmen eine weitere Wendung, als der selbsternannte Interimspräsident, Sisiku Ayuk Tabe, und weitere Mitglieder seiner Übergangsregierung (das *Interim Government of the Federal Republic of Ambazonia*) im Januar 2018 in einem Hotel in Nigeria verhaftet und nach Kamerun ausgeliefert wurden. Diese staatliche Repression war äußerst erfolgreich im Sinne der Schwächung der Bewegung. Das *Interim Government* wurden schließlich von einem Militärgericht in Yaounde im August 2019 zu lebenslanger Haft verurteilt (Enonchong 2021:180).

Die *Ambazonia Defense Forces*

In dem Zusammenhang der Proteste, der staatlichen Repressionen und der Verhaftungen prominenter Führungspersonen bildeten und bewaffneten sich immer weitere Untergruppen der Ambazonia-Bewegung, die Polizeistationen angriffen und teils schwere Verbrechen und Misshandlungen an Zivilist*innen verübten (Amnesty International 2018). Die bewaffneten Separatisten versteckten sich meist in dichten Waldgebieten oder abgelegenen Dörfern, hatten zeitweise aber auch ganze Dörfer oder Straßenabschnitte unter ihrer Kontrolle. In diesen Gebieten wurde die sogenannte ‘Befreiung Ambazonias’ von den ‘französischen’ Soldaten vorangetrieben, wobei sie aber auch in der Kritik stehen, in großen Mengen Schutzgeld von der lokalen Bevölkerung zu erpressen (Amnesty International 2018). Die Finanzierung der Guerilla-Gruppen erfolgte einerseits über erwähnte Schutzgelder und sonstige lokale Unterstützung, andererseits auch über ausländische Gelder und Spendenaufrufe in der Diaspora (Serwat & Beevor 2024:20f). Erbeutete Waffen aus Polizeistationen und Kämpfen mit dem kamerunischen Militär machen einen Großteil des Arsenal aus (BBC 2018c).

Jedoch sind die kämpfenden Separatisten, auch „Amba Boys“ genannt, nicht einheitlich formiert, stetigen Veränderungen und sich immer neu formierenden Allianzen unterworfen (vgl. Serwat & Beevor 2024:13). Großteils nicht nachvollziehbar und fluid sind die Allianzen der einzelnen Gruppen, welche Kampfnamen wie „*Red Dragons*“, „*Mountain Lions*“ oder „*Manyu Tigers*“ tragen (BBC 2018c). Die Kämpfer¹ schlossen sich den Milizen aus den unterschiedlichsten Gründen an: aus ideologischen Gründen, aber auch um Familienangehörige zu rächen oder weil ihre Häuser und Dörfer niedergebrannt wurden. Andere schlossen sich an, weil sie schlichtweg arbeitslos sind oder sich einen materiellen Vorteil erhofften (Serwat & Beevor 2024:16).

Die *Ambazonia Defence Forces* (ADF) haben sich im Laufe der Jahre als eine der größten dieser Gruppen herauskristallisiert und etabliert: Sie haben verschiedenen Angaben nach in etwa 600 Kämpfer, die hauptsächlich in der Nordwestregion um Momo, Boyo, Bui und Mezam sowie rund um Manyu im Südwesten stationiert sind. Die ADF ist auch auf der Straße Bamenda-Mamfe nach Nigeria aktiv und ist seit 2021 eine Allianz mit den Biafra-Separatisten im Südosten Nigerias eingegangen (BBC 2021). Die Taktiken des ADF haben sich mit der Zeit jedoch gewandelt. Serwat & Beevor (2024:15f) beschreiben, wie sich die Gewalt und

¹ Es finden sich nur wenig Hinweise auf Kämpferinnen bei den „Amba Boys“ (vgl. Serwat & Beevor 2024:17)

Gruppenzusammensetzung über die Jahre gewandelt haben. Anfangs lose Zusammenschlüsse junger Männer, formierten sich die ADF-Gruppen vor Ort in einem Wechselspiel mit ihren Geldgebern aus der Diaspora. Auf der Webseite des AgoV werden die *Ambazonian Defense Forces* 2023 folgendermaßen beschrieben:

„Die ADF wendet eine schnelle Guerillataktik an, um die kamerunische Regierung daran zu hindern, ihre Macht in Ambazonia auszuüben. Die ADF zielt darauf ab, die Kosten für Kameruns illegale Besetzung und terroristische Militärpräsenz höher zu machen als die Gewinne, die das Land aus Ambazonia zieht. Wir kämpfen, um unser Land und unser Volk zu verteidigen, Block für Block, Nachbarschaft für Nachbarschaft.“

(AGovC (n.d.-c), Übersetzung J.B.)

Abbildung 7: Gruppenbild der ADF, wahrscheinlich aus dem Jahr 2022. Aus: AGovC (n.d.-a)



Verifizierte Informationen über Kämpfende der „Amba Boys“ zu erhalten, ist sehr schwer, denn seit Beginn der anglophonen Krise spielen Bilder – in Form von Videos, Fotos und audiovisuellen Berichterstattungen – eine zentrale Rolle als strategische Waffen der Konfliktparteien und ihrer Unterstützer*innen. Der Konflikt wird online teils von einem „Informationskrieg“ geprägt, in dem pro-separatistische und regierungsfreundliche Bewegungen gegeneinander Propaganda verbreiten. Dabei nutzen separatistische Aktivist*innen gezielt gefälschte Fotos und Videos sowie kontextentfremdete Bilder, um die Regierung zu diskreditieren und ihre eigene Sache darzustellen (vgl. Endong 2023:10).

Diese Propaganda vermittelt teilweise den Eindruck, dass die Mehrheit der anglophonen Bevölkerung den Separatismus unterstütze und die Kämpfer der ADF oder anderer „Amba Boys“ effektiv und gut ausgestattet seien (Endong 2023:11f.). In Wahrheit sind mutmaßlich viele der Gruppen zahlenmäßig klein, lediglich mit Macheten und Jagdgewehren ausgestattet und genießen wenig Rückhalt in der lokalen Bevölkerung.

Ab 2018 wurden auch Schüler*innen und Lehrer*innen zum Ziel der Attacken loser Rebellengruppen, wenn sie sich, so der Vorwurf, nicht an die ausgerufenen „Ghost Town Days“ hielten. In spektakulären Aktionen wurden ganze Schulklassen festgehalten oder Schulleiter*innen entführt (vgl. Titz 2018).

Der anhaltende öffentliche Stillstand des öffentlichen Lebens ging vielen lokalen Händler*innen und Selbstständigen aufgrund ökonomischer Einbußen schon bald zu weit. Auch viele Familien fürchteten um die Bildung und Betreuung ihrer Kinder infolge der wochenlangen „Ghost Towns“ und forderten die Wiedereröffnung der Schulen. 80% der Schulen in der anglophonen Region wurden zwischen 2017 und 2020 zeitweise oder ganz geschlossen, wovon schätzungsweise 600.000 Kinder betroffen waren und teilweise noch sind. Bis heute werden auch immer wieder Schulen, die Französisch als Unterrichtssprache oder sogar lediglich als Unterrichtsfach unterrichten, angegriffen (Amnesty International 2018 und Ngala 2020:71f.).

Die wiederholten Angriffe der Rebellengruppen auf Schulkinder auf ihrem Weg in ihre geöffneten Schulen wurden bald schon zum Sinnbild der Verwirrung der kämpfenden Separatisten, insbesondere in der internationalen Medienrezeption. So wird den Separatistengruppen vorgeworfen, Schulkinder anzugreifen und zu töten und sich enorm an Schutzgeldern und Korruption zu bereichern – nicht anders als die Truppen der Regierung (Crisis Group 2019 und Amnesty International 2018). Auch wahllose Entführungen, Ermordungen und andere Menschenrechtsverletzungen und Gräueltaten werden den Rebellengruppen vorgeworfen (Amnesty International 2018). Noch komplizierter wurde die Lage, weil sich in mehreren investigativen Berichten herauskristallisierte, dass manche der Taten den Rebellen lediglich in die Schuhe geschoben wurden, während die wahren Täter*innen durch die kamerunischen Sicherheitskräfte finanziert wurden. Schon bald entwickelte sich eine völlig undurchsichtige Lage, bei der einzelne Taten nie aufgeklärt wurden (Titz 2018).

Staatliche Reaktionen

Gesichert ist, dass die kamerunische Armee ebenso in schwere Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen involviert war. Niedergebrannte Dörfer und regelrechte Hinrichtungen ganzer mutmaßlicher Rebellendörfer durch das Militär erhielten internationale Aufmerksamkeit (BBC 2018a, 2018b). Besonders im Wahljahr 2018 kumulierten sich die Gräueltaten und Gewalt von staatlicher Seite (Crisis Group 2019).

Ungeachtet der bürgerkriegsartigen Zustände fand am 7. Oktober 2018 die geplante Präsidentschaftswahl in Kamerun statt, welche Paul Biya zum siebten Mal seit 1984 gewann. Bekannte Gegenkandidaten waren Joshua Osih von der größten Oppositionspartei SDF und der ehemalige Minister Maurice Kamto von der „Bewegung für die Wiedergeburt Kameruns“ MRC/CRM. Die Wahl wurde jedoch weitläufig boykottiert, besonders in den anglophonen Regionen, während im Norden Kameruns, unter dem Einfluss der Terrororganisation Boko Haram, viele Wahllokale gar nicht erst öffnen konnten. Der eindeutige Wahlsieg mit offiziellen 71% für Präsidenten Paul Biya wundert kaum, gilt Kamerun doch schon seit Jahrzehnten als sogenannte harte Autokratie. Sowieso scheinen die 6,6 Millionen registrierten Wähler*innen im Vergleich zu den 26 Millionen Einwohner*innen schon kaum Repräsentanz zu vermitteln (DW 2018).

Beseng et al (2023:97) beschreiben die Strategie der kamerunischen Regierung gegen die anglophone Krise als „*Hammer-and-lies*“. Die einzige formelle Initiative zur Konfliktlösung, der „Major National Dialogue“ 2019 wurde als oberflächlich und elitär kritisiert, da die großen separatistische Gruppierungen ausgeschlossen blieben (Beseng et al 2023:97). Der vorgetäuschte Dialog diente dazu, die militärischen Absichten der Regierung zu verschleiern um unmittelbar danach mit einer militärischen Niederschlagung zu reagieren (Beseng et al 2023:97f.) Seit 2020 versucht die Regierung mit ihrem Wiederaufbauplan unter Beteiligung des UNDP international zu suggerieren, dass das anglophone Problem gelöst sei. Auch ein Vermittlungsversuch der Schweiz (2019–2022) scheiterte, nachdem sich die kamerunische Regierung zurückzog (Beseng et al 2023:97f.).

Die Ambazonia Führungskrise seit 2019

Mit Mai 2019 begann eine größere Führungskrise innerhalb der Ambazonia-Bewegung, angetrieben durch die staatlichen Repressionen und besonders ausgelöst durch die Verhaftung von Sisiku Julius Ayuk Tabe und seinem *Interim Government of the Federal Republic of*

Ambazonia. Die heftigen internen Spaltungen und die Entstehung verschiedenster Splittergruppen haben infolgedessen die Bewegung extrem geschwächt und zerstückelt. Von Anfang an hatte die Untergruppe des AGovC unter der Führung von Dr. Cho Abaya sowie seine angehängte ADF, die anderen Fraktionen als weich und zu kooperationswillig bezeichnet.

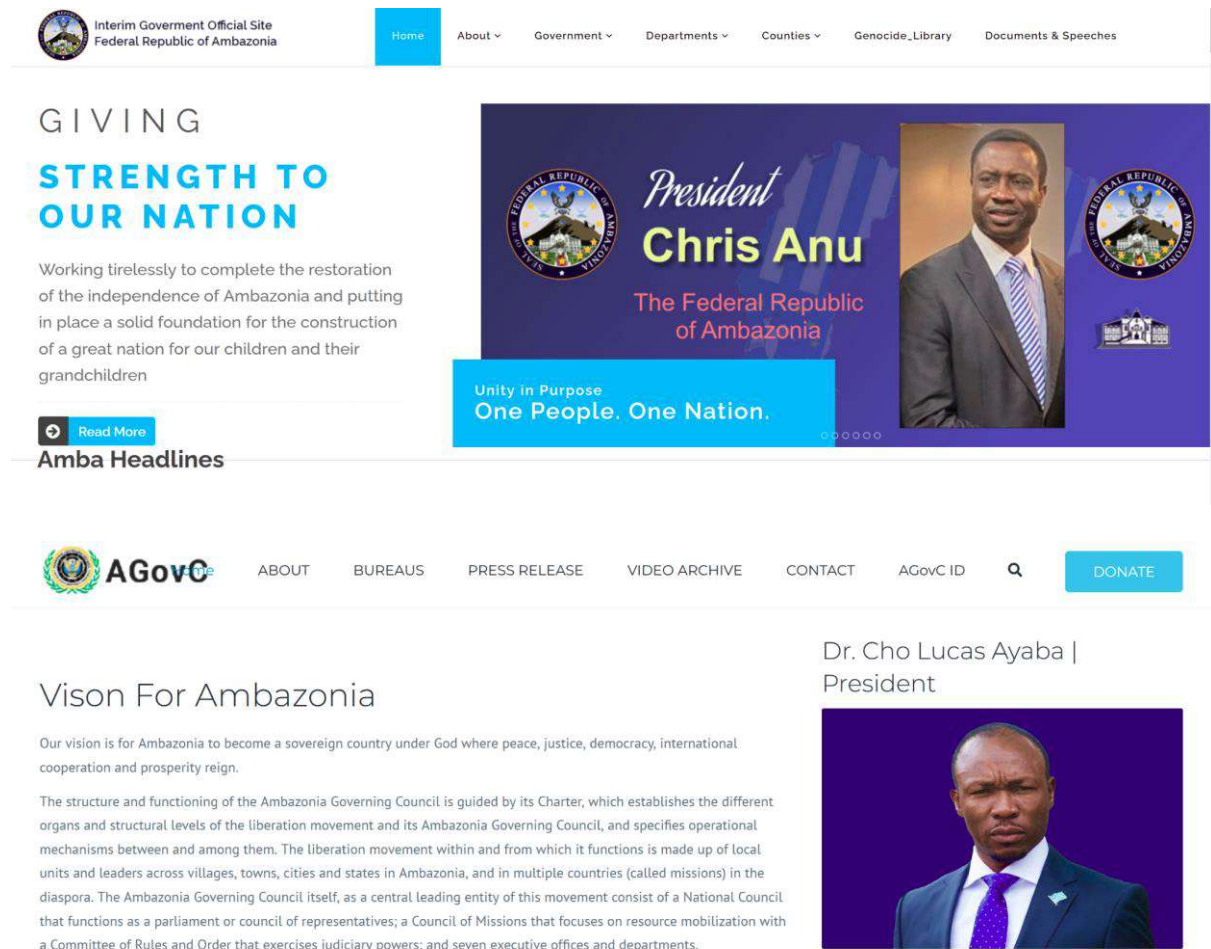
Nun forderte Sisiku Julius Ayuk Tabe, aus der Haft in Yaounde heraus, die Auflösung des in seiner Abwesenheit gebildeten Zwischenkabinetts von Samuel Ikome Sako (Crisis Group 2019). Der in den USA lebende Sako kam dieser Forderung nicht nach. Dies führte dazu, dass es zwei, zwischenzeitlich sogar drei selbsternannte Übergangsregierungen gab, die sich gegenseitig nicht anerkannten (Crisis Group 2019). Auch eine Frau, Marianta Njomia, sollte zwischenzeitlich die Bewegung aus Großbritannien aus anführen. Auffällig ist und bleibt, dass alle genannten Personen sich zum Zeitpunkt in Haftanstalten oder in der Diaspora (meist in den USA, Großbritannien, Deutschland, Norwegen) befanden (Serwat & Beevor 2024:17). Dabei war und ist nicht ersichtlich, wer von den im Exil agierenden Führungspersonen überhaupt Kontakt zu lokal agierenden Kämpfenden hat und hatte. Serwat & Beevor (2024:17f.) beschreiben, wie die Diaspora nach und nach Vertrauen und Kontakt zu lokal agierenden Gruppen verlor, als klar wurde, wie begrenzt deren Geldüberweisungen blieben. Viele lokal agierende Gruppen hätten sich seit 2019 vermehrt auf lokale Geldbeschaffungen wie Entführungen, Lösegeldzahlungen und lokale Steuern konzentriert und sich so von ihren zahlungsscheuen Geldgebern in der Diaspora losgesagt (Serwat & Beevor 2024:21). Es kann also auch durchaus sein, dass seither die Akteure der Internetauftritte, in Interviews und Presseaussendungen völlig unabhängig von den Guerilla-Kämpfer*innen agierten (vgl. Beseng et al 2023:95).

Während des Schreibens dieser Arbeit wechselten Führungspersonen und darstellende Webseiten zweier beziehungsweise von drei konkurrierenden Ambazonia Splittergruppen mehrfach. Trotz der Versuche, diese Vorgänge ständig zu verfolgen, ist mir dies aufgrund des rasanten Wechsels besonders zwischen 2020 und 2022 nur lückenhaft gelungen.

Grob lassen sich auf der diplomatischen Ebene jedoch in diesem Zeitabschnitt zwei wichtige Gruppierungen unterscheiden: das *Interim Government of the Federal Republic of Ambazonia* mit der ehemaligen Webseitenadresse ambazoniagov.org und der *Ambazonia Governing Council* (AGovC) mit der Webseite AGovC.org (Crisis Group 2019; sowie Abbildungen 8: Die Webseiten des konkurrierenden Interim Government und des AGovC. Beide Screenshots erstellt am 20.01.2023. Aus:). Der AGovC, beschreibt sich als politischer Arm der kämpfenden

Ambazonian Defence Forces (ADF) und ist die einzige Gruppierung, die bis heute (2025) noch eine aktive Webseite besitzt.

Abbildungen 8: Die Webseiten des konkurrierenden Interim Government und des AGovC. Beide Screenshots erstellt am 20.01.2023. Aus: Interim Government (n.d.-b) und AGovC (n.d.-b)



Im Jahr 2021 und 2022 waren tödliche Angriffe verschiedener Separatistengruppen auf Militärposten und Fahrzeuge der kamerunischen Armee weiterhin an der Tagesordnung. Die Spaltungen zwischen den einzelnen ADF-Fraktionen, schlechte Kommunikation und Führungslosigkeit unorganisierter „Amba Boys“ werden in verschiedenen Berichten immer wieder deutlich. So wurden Attentate und Entführungen teilweise von mehreren Splittergruppen gleichzeitig beansprucht (VOA 2022).

Derweilen hat jedoch die offizielle kamerunische Nationalregierung mit ihrer Armee und Sicherheitskräften seit 2021 alle großen Städte (Bamenda, Buea, Limbe, Kumba) und Verkehrswege wieder unter ihrer Kontrolle und die meisten Schulen konnten wieder öffnen.

Die Aktivitäten der ADF-Kämpfer haben sich in den Untergrund und in weniger dicht besiedelte Gebiete verlagert (Serwat & Beevor 2024:15f.). Beispielsweise bleibt die größte Straße von Mamfe nach Nigeria hinein Berichten zufolge zumindest teilweise unter der Kontrolle von ADF-Kämpfern, die in Zusammenarbeit mit Biafra-Guerillas Schmuggel betreiben und gemeinsame militante Aktionen organisieren (vgl. BBC 2021 und Serwat & Beevor 2024:24f.).

Forderungen nach einem Waffenstillstand und weitere Eskalation seit 2021

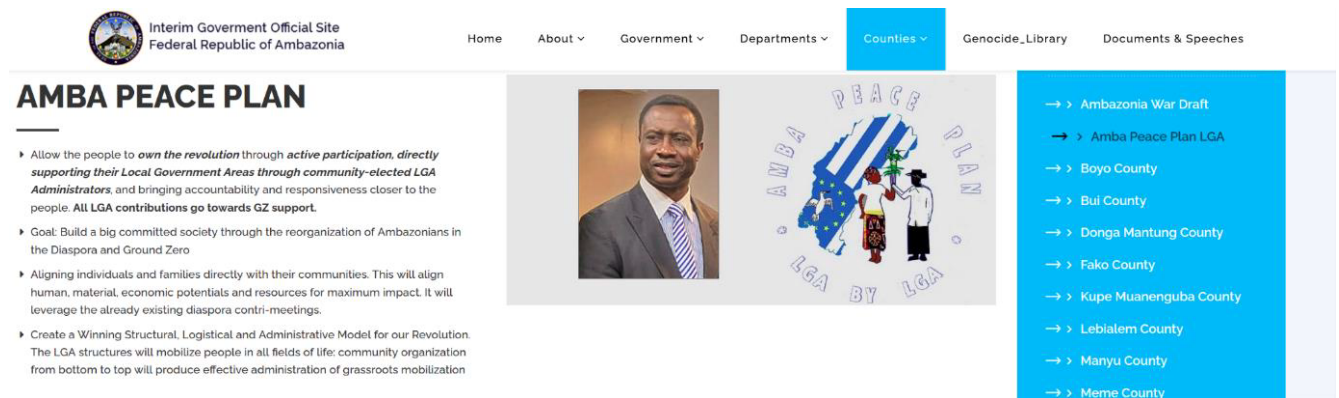
Seit 2019 ist in den anglophonen Regionen Kameruns eine deutliche Spirale der Gewalt zu Ungunsten der zivilen Bevölkerung zu beobachten. Die kamerunische Regierung reagierte durch gezielte Maßnahmen gegen die Geldtransfers aus der Diaspora, die eine wichtige Finanzierungsquelle für die separatistischen Bewegung, speziell die ADF-Gruppierungen dargestellt hatten (Serwat & Beevor 2024:20). Diese Einschränkungen führten zu vielen Festnahmen, einem tatsächlichen Rückgang der Spendengelder aus dem Ausland und einer verstärkten Hinwendung der „Amba Boys“ zu anderen Finanzierungen, wie lokale „Steuern“ oder die Erpressung von Lösegeld (Serwat & Beevor 2024:22). Die somit ansteigende Gewalt gegen Zivilisten zerstörte wiederum das Vertrauen vieler Anglophoner, was die Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung aus der Diaspora kontinuierlich schwinden ließ.

Am 2. Januar 2021 verabschiedete der US-Senat eine Resolution, in der ein Waffenstillstand, Sanktionen gegen Menschenrechtsverletzer und eine Beschäftigung des UN-Sicherheitsrats mit dem Konflikt gefordert wurden (U.S. Senate 2021). Im selben Stil verabschiedete das Europäische Parlament am 25. November 2021 eine Resolution, in der die Regierung und die Separatisten aufgefordert wurden, einen humanitären Waffenstillstand zu vereinbaren und die Friedensgespräche wieder aufzunehmen (Europäisches Parlament 2021). Die Besorgnis dieser ausländischen Gesetzgeber demonstrierte einerseits die Einflussnahme der kamerunischen Aktivist*innen in der Diaspora und andererseits den zunehmenden internationalen Konsens, dass westliche Staaten von außen einen verstärkten Druck auf die Kriegsparteien ausüben sollten (Crisis Group 2024).

In Folge dieser internationalen Schlichtungsversuche erklärte die *Southern Cameroon Defense Forces*, eine Splittergruppe der militanten „Amba Boys“ im März 2021 einen Waffenstillstand.

Auf der Webseite des *Interim Governments* war daher von 2021 bis zur Löschung der Seite Mitte 2023 der sogenannte „*Amba Peace Plan*“ zu finden (siehe Abbildung 9).

Abbildung 9: *Interim Government (n.d.-b) Screenshot der Startseite vom 20.01.2023*



Diese Untergruppierung der Ambazonia-Bewegung scheint sich seither von der Guerilla-Taktik abgewendet und aufgelöst zu haben. Die größte organisierte militante Splittergruppe, die *Ambazonian Defense Forces* (ADF), lehnte den Waffenstillstand jedoch ab, nahm weitere Kämpfer auf und führte ihre Angriffe fort. Das erklärte Ziel der ADF ist es weiterhin, die anglophonen Regionen „unregierbar“ zu machen, bis die Regierung erkenne, dass die Kosten für den Kampf gegen die bewaffneten Milizen höher seien als die Vorteile, die sich aus der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Regionen ergäben (Crisis Group 2019).

Im darauffolgenden Jahr 2022 blieben bedeutende politische Veränderungen in der Anglophonen Krise aus. Der Konflikt zwischen der kamerunischen Regierung und anglophonen Separatisten blieb ungelöst, und es wurden keine wesentlichen Fortschritte in Richtung einer politischen Lösung erzielt. Die Gewalt setzte sich fort beziehungsweise verlagerte sich.

Als Folge des Rückgangs finanzieller Unterstützung durch die Diaspora griffen „Amba Boys“ speziell ab 2022 zunehmend auf Entführungen zu Lösegeldzwecken zurück, um ihre Aktivitäten zu finanzieren (Serwat & Beevor 2024:22). Gleichzeitig verlagerte sich die Finanzierung der Bewegung zunehmend auf lokale illegale Wirtschaftsformen wie (Treibstoff-)Schmuggel, illegale Besteuerungen oder simple Erpressung (Serwat & Beevor 2024:25f). Diese Entwicklungen führten zu einer weiteren Brutalisierung des Konflikts, trafen insbesondere die Zivilbevölkerung in ländlichen Regionen hart und unterminierten

infolgedessen die politische Legitimität und Kohärenz der Bewegung insgesamt. So verstärkte sich ein Kreislauf von Gewalt, Misstrauen und ökonomischer Ausweglosigkeit.

Im Jahr 2023 verschärfte sich die Krise weiter erheblich (Serwat & Beevor 2024:30). Nach Präsident Paul Biyas Neujahrsansprache, in der er das Ende der ambazonischen Rebellion proklamierte, verhängten Separatisten erneut Ausgangssperren und „*Ghost Town Days*“. Trotz der verstärkten Entsendung kamerunischer Armeetruppen konnten die *Ambazonia Defence Forces* (ADF) ihren Einfluss ausdehnen. Die Separatisten intensivierten ihre Angriffe mit Sprengsätzen, darunter beim Sportevent *Mount Cameroon Race of Hope* im Februar 2023, bei dem 19 Athlet*innen verletzt wurden (Reuters 25.02.2023). Vor den Senatswahlen im März 2023 blockierten sie Straßen und griffen Militärkonvois an, während die Armee Dutzende Separatisten tötete. Im Mai töteten separatistische Kämpfer bei einem Angriff in Matouke mehrere Soldaten, und in Babanki wurden 30 entführte Frauen verletzt freigelassen. Im Juli wurden in Bamenda zehn Menschen bei einem Angriff getötet, gefolgt vom Egbekaw-Massaker im November mit mindestens 20 Opfern (Aljazeera 06.11.2023).

Eine größere Wende im Konflikt kam im Jahr 2024, als der aktuell amtierende AGovC-Präsident und selbsternannte ADF-Streitkräfteführer Lucas Ayaba Cho in Norwegen festgenommen wurde (BBC 2024). Cho wird vorgeworfen, von Norwegen aus die Bewegung maßgeblich gesteuert zu haben. Ayaba Cho gehörte zu den anglophonen Kamerunern, die Anfang der 1990er Jahre aufgrund staatlicher Repression gegen die studentischen Proteste in Buea das Land verließen. Cho gelang die Flucht nach Deutschland, wo er die Staatsbürgerschaft erhielt, bevor er sich in Norwegen niederließ (Crisis Group 2024). Er wird nun beschuldigt, für Kriegsverbrechen verantwortlich zu sein, die von der ADF oder anderen „Amba Boys“-Gruppierungen begangen wurden. Seine mögliche Auslieferung durch die norwegischen Behörden an Kamerun könnte erhebliche Auswirkungen auf die ambazonische Bewegung und deren zukünftige Strategien haben (Crisis Group 2024).

Die aufgrund des Konflikts in den anglophonen Regionen massenhaft geschlossenen Schulen sind größtenteils wieder geöffnet, und das öffentliche Leben in den größeren Städten (Bamenda, Buea, Limbe, Kumba) kehrte schon seit 2021 schrittweise zurück. Die Kämpfe haben sich vermehrt in weniger dicht besiedelte Gebiete, beispielsweise rund um Bui verlagert (Serwat & Beevor 2024:16). Gleichzeitig wird vermutet, dass über 70.000 kamerunische Geflüchtete nach wie vor in Nigeria leben sowie eine halbe Millionen Binnengeflüchtete in urbanen Gebieten Kameruns prekären Lebensbedingungen ausgesetzt sind (OCHA 2024).

Die Hochphase der Proteste, geprägt von großen und weitreichenden Demonstrationen, flächendeckenden „*Ghost Towns*“ und Schulschließungen, lässt sich zeitlich vor allem auf den Zeitraum zwischen 2017 und 2021 eingrenzen (vgl. Beseng et al 2023:93). Die Jahre 2019 und 2020 waren durch die Führungskrise(n) innerhalb der Ambazonia-Bewegung und der zunehmenden Aufsplitterung der verschiedenen ADF-Gruppen geprägt. Seit 2021 herrschen einerseits eine prekäre Sicherheitslage, wachsendes internationales Desinteresse und hohe politische Repression, andererseits stetig zunehmende kleinstrukturierte Kämpfe und Anschläge (Serwat & Beevor 2024:4).

Die anglophone Krise gilt dabei jedoch absolut nicht als gelöst. Sie beeinträchtigt die gesamte politische Landschaft sowie die ökonomischen Entwicklungen des Landes, insbesondere auch die landwirtschaftliche Produktion. Auch die COVID-Pandemie und wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg sind nicht spurlos an Kamerun vorbeigegangen. Genauso gefährdet die islamistische Terrorgruppe Boko Haram weiterhin die politische Stabilität im Norden Kameruns, der Grenzregion zu Nigeria.

III. Theoretisierung Nationalismen

Im folgenden Kapitel werden zentrale theoretische Ansätze zum Verständnis von Nationalismus und Nationalstaat als soziale Konzepte untersucht, um die Veröffentlichungen der Ambazonia-Bewegung in der späteren Analyse theoretisch einordnen zu können. Zur Strukturierung der Untersuchung werden zunächst breit angelegte holistische Theorien betrachtet, bevor eine spezifische Auseinandersetzung mit dem Themenbereich Separatismus in Afrika erfolgt.

Um das separatistische Projekt Ambazonia im Kontext des Nationalismus zu analysieren, ist es zunächst erforderlich, die Begriffe Nation, Nationalismus und Ethnizität zu definieren und kritisch zu hinterfragen. Darüber hinaus werden die charakteristischen Merkmale nationalistischer Bewegungen herausgearbeitet und in den Kontext antikolonialer Strömungen eingeordnet. Die Analyse beginnt mit dem Konzept der „Nation“, das als gesellschaftspolitische Grundlage dient, auf der verschiedene nationalistische Ideologien und politische Bewegungen aufbauen.

Die Nation

Benedict Anderson definierte 1983 die Nation in seinem Buch *Die Erfindung der Nation* (2016:15) als eine „vorgestellte politische Gemeinschaft – vorgestellt als begrenzt und souverän“. Damit beschreibt er die Nation als ein soziales Konstrukt, das nicht auf direkter persönlicher Interaktion beruht, sondern auf der Vorstellung einer gemeinsamen Identität.

Der Begriff „vorgestellt“ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Mitglieder einer Nation sich selbst als Teil einer größeren Gemeinschaft begreifen, auch wenn sie nur einen Bruchteil der anderen imaginierten Mitglieder jemals persönlich treffen werden. Dennoch existiert eine starke emotionale Verbundenheit, die durch gemeinsame Symbole, Traditionen, Rituale und kollektive Erinnerungen gestärkt wird (vgl. Anderson 2016). Diese Vorstellung einer geteilten Identität basiert häufig auf kulturellen, sprachlichen oder historischen Gemeinsamkeiten, während individuelle soziale oder wirtschaftliche Unterschiede in den Hintergrund treten.

Die Nation wird als „begrenzt“ betrachtet, weil sie im Gegensatz zu universalistischen Weltanschauungen klare territoriale und/ oder ethnische Grenzen zieht und nicht den Anspruch erhebt, die gesamte Menschheit zu umfassen. Nationalstaaten definieren sich durch spezifische

geografische Räume, innerhalb derer sie Souveränität beanspruchen, sowie einem „Innen“ und „Außen“. Diese Begrenzung ist essentiell für das Konzept des Nationalismus, da dieser sich stets auf eine bestimmte Gruppe von Menschen bezieht, die sich durch ihre Zugehörigkeit zu einem bestimmten Territorium oder einer bestimmten Kultur definieren (vgl. Anderson 2016).

Zudem betont Anderson (2016) die Souveränität der Nation. Dies bedeutet, dass sich Nationalstaaten als unabhängige, politisch eigenständige Einheiten verstehen, die sich von anderen Gemeinschaftsformen abgrenzen. Während vormoderne Gesellschaften häufig von religiösen oder monarchischen Herrschaftsstrukturen geprägt waren, ist die moderne Nation eng mit dem Prinzip der Volkssouveränität verbunden. Sie basiert auf der Idee, dass die politische Macht vom Volk ausgeht und nicht durch göttliche oder dynastische Legitimation bestimmt wird oder nur durch diese ergänzt wird (vgl. Anderson 1983).

Nationen werden durch Symbole, Traditionen, Rituale und kollektive Erinnerungen geschaffen und geprägt. Diese Elemente spielen eine zentrale Rolle in der nationalen Identitätsbildung und schaffen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit. Flaggen, Nationalhymnen, gewisse historische Persönlichkeiten sind dabei von besonderer Bedeutung, da sie in symbolischen Akten immer wieder reproduziert und gefeiert werden (vgl. Anderson 2016).

Heute ist die Vorstellung eines Europas ohne Nationen für die Meisten undenkbar – nur unter einigen transnationalen ethnischen Gruppen wie Roma, Sinti, Sami oder in anarchistischen Strömungen gibt es mitunter über- oder anti-nationale Narrative. Gellner (1991:15) betont, dass die Idee eines Menschen ohne Nation in der Moderne kaum vorstellbar ist. Woraus aber entstehen diese nicht-mehr-wegzudenkende Nationen und wie werden sie aufrechterhalten und reproduziert?

Nationalismus

Nationalismus ist die zugehörige politische Ideologie zur Vorstellung der Nation, und die Vorbedingung zur Entstehung und Aufrechterhaltung eines realen Nationalstaats. Gellner (1991:8) schreibt dazu, dass allen Nationalismen das politische Prinzip gemeinsam sei, *„das besagt, politische und nationale Einheiten sollten deckungsgleich sein“*. Allen Formen von Nationalismen ist die Leit- oder Zielvorstellung einer homogenen Nation gemeinsam, sowie die einer vollständig souveränen Nation. Souverän meint, dass die Nation frei ist, das heißt: sich selbst regiert und nicht fremdregiert wird, idealerweise innerhalb eines eigenen Staates.

Der britische Soziologe Anthony Smith (2006) fasst Nationalismus zusammen als

"eine ideologische Bewegung zur Erlangung und Aufrechterhaltung von Autonomie, Einheit und Identität im Namen einer Bevölkerung, die von einigen ihrer Mitglieder als eine tatsächliche oder potenzielle 'Nation' angesehen wird" (Smith 2006:175).

Ein anderer Theoretiker der Nationalismusforschung, der schon erwähnte Benedict Anderson (1983), beschreibt Nationalismus zudem als von drei Paradoxen geprägt (2016:14f). Erstens ist die Nation historisch betrachtet eine relativ junge Erscheinung, obwohl nationalistische Bewegungen sie oft als uralte, naturgegebene Struktur darstellen. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts, im Zuge der Französischen Revolution und weiterer nationalistischer Bewegungen in Europa, gewann die Idee politisch an Bedeutung. Zweitens sei im Nationalismus die essentialistische Vorstellung verankert, dass jeder Mensch eine Nationalität haben sollte, obwohl die Realität weitaus komplizierter ist. So wird essentialistisch davon ausgegangen, dass sich jeder Mensch einer einzigen Nation zugehörig fühlt, ein Konzept dass durch transnationale Migration, doppelte Staatsbürgerschaft oder Staatenlosigkeit in Frage gestellt wird. Interessant hier im Bezug auf den Diskurs der politischen Bewegung Ambazonia ist, ob jene sich als einzig wahre Identitätsstiftung für ihre Mitglieder halten, oder ob duale Zuschreibungen zu Kamerun sowie Ambazonia möglich sind.

Drittens beschreibt Anderson (2016:15), dass der politischen Schlagkraft des Nationalismus „seine philosophische Armut“ gegenübersteht. „Mit anderen Worten: Anders als andere ‚-Ismen‘ hat der Nationalismus nie große Denker hervorgebracht - keinen Hobbes, keinen Marx und keinen Weber“ (Anderson 2016:15). So gebe es laut Anderson zwar jede Menge nationalistische politische Parteien, jedoch keine tieferen philosophischen Abhandlungen über die wahre Natur der Nation, welche tiefer geht als eine Beschreibung der subjektiven Gefühle ihr gegenüber jener. Diese subjektiven Gefühle äußern sich jedoch in vielfältigen Aktivitäten, denen auch politische Schlagkraft zugute kommt, wie Nationalhymnen, Trachtenfeste und patriotische Gedichte.

Diese Symbolen und Aktivitäten reichen meist vor die Entstehung des Nationalstaats zurück. Laut Eric Hobsbawm (2005:59) sind solche Identitätsformen meist an lokale, sprachliche, religiöse oder ethnische Gemeinschaften gebunden, jedoch nicht immer mit dem Konzept des souveränen Nationalstaats verknüpft. Der Begriff Protonationalismus wurde von Eric Hobsbawm genutzt, um frühere Formen nationaler Identität zu beschreiben, die vor der Entstehung des modernen Nationalismus existierten. Im Kontext von Hobsbawm kann

Protonationalismus als eine Art kultureller oder ethnischer Zugehörigkeit verstanden werden, die sich zwar auf gemeinsame Merkmale wie Sprache, Traditionen oder historische Erfahrungen stützt, aber noch nicht die volle politische Dimension des modernen Nationalismus erreicht hat (vgl. Hobsbawm 2005:66).

Hobsbawm betont, dass Protonationalismus oft ein Elitenphänomen war, das erst mit der Industrialisierung, der Verbreitung von Bildung und der politischen Mobilisierung der breiten Bevölkerung in einen modernen Nationalismus überging. Protonationalismus basiert häufig auf einer eher vagen Vorstellung einer „Volksgemeinschaft“ oder „Nation“. Erst durch gezielte politische und kulturelle Konstruktionen, etwa durch Schulbildung oder Massenmedien, wurden solche identitären Elemente zu einem umfassenden nationalen Bewusstsein geformt.

Diese subjektiven Gefühle der Nation gegenüber, der Zugehörigkeit und der kulturellen oder ethnischen Verbindung, sind für Nationalisten zutiefst identitätsstiftend.

Anderson (1983) argumentiert, dass Nationalismus nicht notwendigerweise mit einer expansiven oder imperialistischen Ideologie gleichzusetzen ist. Kein Nationalismus erhebt den Anspruch, die gesamte Welt zu umfassen oder umfassen zu wollen, da sich nationale Identitäten stets in Abgrenzung zu anderen Nationen definieren. Im Gegensatz zu religiösen Missionen, die oft eine universelle Wahrheit verbreiten wollen, oder Konzepten wie dem Panafrikanismus oder Panarabismus, bleibt der Nationalismus auf die eigene Nation fokussiert und begrenzt.

Gegenbewegungen zum Nationalismus sind unter anderem Internationalismus, der die Grenzen von Nationalstaatlichkeit zu transzendieren versucht, und Kosmopolitismus. Kosmopolitismus betont im Gegensatz zum Nationalismus, dass politische Bürgerschaft sich nicht auf ein begrenztes Gebiet beschränkt, sondern alle Menschen Bürger*innen der gesamten Welt sind und politische Handlungen dementsprechend angepasst werden müssen. Eine andere Reaktion auf engen Nationalismus ist beispielsweise auch der Supranationalismus, welcher die Aufweichung nationaler Orientierungen propagiert und entsprechende Regelungen, Institutionen und Gesetze auf die supranationale Ebene, beispielsweise auf die Ebene der Europäischen Union zu bringen versucht (Schubert et al 2018:330).

Föderalismus ist nach Schubert et al. (2018:129) eine Methode zur Bewältigung von Vielfalt und Autonomie in einem Land, während Nationalismus die Betonung auf die Einheit und Souveränität einer Nation legt. Föderalismus ist ein politisches System, bei dem die Macht zwischen einer zentralen Regierung und verschiedenen Teilstaaten oder Regionen aufgeteilt

werden soll, mit unterschiedlichen Ebenen der Zuständigkeiten zwischen dem Gesamtstaat und den Teilstaaten. Im föderalen System arbeiten die Teilstaaten in der Regel zusammen, um gemeinsame Ziele zu erreichen und kooperieren in ihren Aufgaben und Verantwortlichkeiten. Föderalismus findet häufig in multikulturellen Gesellschaften Anwendung, in denen verschiedene ethnische, kulturelle oder regionale Gruppen innerhalb des Staatsgebiets eine gewisse Autonomie besitzen (Schubert et al 2018:129).

Auch in Kamerun herrscht eine Art von Föderalismus, welcher jedoch seit der Unabhängigkeit 1960 stetig abgebaut wurde (vgl. Mehler 2014:55ff.). So ist zu beobachten, dass in Kamerun die Divergenz zwischen der real existierenden Situation und dem eigentlich in der Verfassung festgelegten Föderalismus einer der Hauptverursacher der Proteste in den anglophonen Regionen ist.

Kollektives Gedächtnis und Erinnerungspolitik

Um sich den Spezifika des ambazonischen Nationalismus anzunähern, sind dessen Schriftstücke auf Phänomene wie das kollektive Gedächtnis und die Erinnerungspolitik hin zu durchsuchen. Diese sind Phänomene, welche nationalistische Narrative prägen und eine Nation diskursiv umreißen können. Das kollektive Gedächtnis bezeichnet die gemeinsam geteilte Erinnerung einer sozialen Gruppe oder Gesellschaft an vergangene Ereignisse. Der Begriff wurde maßgeblich durch den französischen Soziologen Maurice Halbwachs geprägt, der argumentierte, dass Erinnerungen nicht individuell, sondern im Wesentlichen sozial konstruiert sind (Schmid 2009:8f). Das kollektive Gedächtnis entsteht durch soziale Interaktion und wird durch Institutionen wie Schulen, Medien oder Gedenkstätten weitergegeben. Es beeinflusst infolgedessen Identitätsbildung, Geschichtsnarrative und politische Entscheidungen, wobei die verschiedenen gesellschaftliche Akteure um die Deutungshoheit von historischen Ereignissen ringen (Schmid 2009:9).

Im Kontext von Kamerun und der separatistischen Bewegung Ambazonia ist zu prüfen, auf welche historischen Ereignisse hingewiesen wird und wie diese gedeutet und wiedergegeben werden. Dies ermöglicht ein besseres Verständnis des ambazonischen Nationalismus. Gleichzeitig bilden das kollektive Gedächtnis und die Erinnerungspolitiken die Grundlage für historische Identitätsbildung. Die Erinnerungspolitik, betrieben durch die Protagonisten des (ver)öffentlich(t)en Diskurses: Akteure der staatspolitischen und der medialen Arenen, bezeichnet die strategische Gestaltung und Einflussnahme auf das kollektive Gedächtnis. Sie

umfasst Maßnahmen wie Denkmäler, Gedenktage, Schulcurricula oder offizielle Stellungnahmen, die eine bestimmte Interpretation historischer Ereignisse fördern und wachhalten (Schmid 2009:9). In postkolonialen oder postdiktatorischen Gesellschaften sind die Erinnerungspolitiken oft zentral für Versöhnungsprozesse oder Aufarbeitungsstrategien (Schmid 2009:8). Im Kontext von Ambazonia soll in der folgenden Analyse herausgearbeitet werden, ob und wie strategische Einflussnahme auf historische Ereignisse genommen wird. Auf welche Personen und Ereignisse wird hingewiesen und in welchem Kontext werden diese gestellt? Welche Namen werden wiederholt und welche Gedenktage gefeiert? Werden diese Kontexte, Namen und Erinnerungen konfliktiv oder integrativ verwendet?

Für diese Einordnung helfen die Analysemethoden des *Discourse-Historical Approach*, bei welchen Diskursstrategien identifiziert werden, die zur Konstruktion von Erinnerungspolitik und dem kollektiven Gedächtnis beitragen. Dazu gehören die Benennung von Gruppen oder Ereignissen (Nomination), die Zuschreibung von Eigenschaften (Prädikation), die Rechtfertigung oder Kritik bestimmter Positionen (Argumentation), die Positionierung von Sprecher*innen im Diskurs (Perspektivierung oder Repräsentation) sowie die Verstärkung oder Abschwächung bestimmter Aussagen (vgl. Wodak & Reisigl 2009:94).

Ethnizität und Nationalismus

Ethnonationalismus identifiziert den Zweck der Nation als Institution der Erhaltung von (der vermeintlichen) Homogenität. Er geht davon aus, dass nur eine homogene Nation, die alle „anderen“ ausgrenzt oder gar aus ihrem Gebiet aussiedelt, einen stabilen Staat bilden kann. Ethnische Säuberungen, Zwangsumsiedlungen oder gar Genozide sind extreme Konsequenzen dieser Lesart. Als Extrembeispiel für Ethnonationalismus wird das Dritte Reich und im Besonderen dessen Konsequenz, die Shoa gesehen. Aber auch nach der Auflösung der Sowjetunion und dem Verfall Jugoslawiens spielten ethnonationalistische Ideologien eine große Rolle und führten zu Vertreibungen, Völkerwanderungen und der Etablierung der heutigen Staatsgebilde in diesen Regionen (Hobsbawn 2005:157, 203).

Im Fall Kameruns, ist die Bedeutung von Ethnizität und nationaler Identität eine sehr große und heiß diskutierte Frage. Denn die Frage bleibt, wo eine ethnische und wann eine nationale Identität beginnt und auch auf welchen historischen Vorgängern beide Konzepte beruhen. Gellner schreibt,

„Afrika südlich der Sahara ist eines der besten und sicherlich das ausgedehnteste Prüffeld für die Macht des nationalistischen Prinzips, das die Übereinstimmung von ethnischen und politischen Grenzen fordert“ (Gellner 1991:124)

Nationen als auch Ethnien sind nicht statisch, sondern entwickeln sich durch Migration, wirtschaftlichen Austausch und kulturelle Interaktion weiter. Ethnonationalistische Konzepte verkennen diese Realität und versuchen, eine idealisierte Vergangenheit zu bewahren, die es so nie gegeben hat. Historische Fakten werden selektiv ausgelegt, um ein Narrativ zu erschaffen, das eine uralte, unveränderliche Identität der eigenen Ethnie oder der eigenen Nation betont.

In der im Kapitel IV folgenden Analyse soll festgestellt werden, wie sich die separatistische Bewegung Ambazonia in der Dichotomie Ethnizität-Nationalismus positioniert. Ob die Bewegung Ambazonia in ihrem Separatismus ethnonationalistische Elemente aufweist, lässt sich an ihren Formulierungen, ihrer Selbstbeschreibung und ihrer Beschreibung „der anderen“ ablesen. Dabei wäre es wichtig, sich anzuschauen, wer als „anglophon“ definiert wird, wer davon ausgeschlossen ist und was das Ziel der erhofften Nation Ambazonia ist. Ist das Ziel die Aufrechterhaltung der eigenen Homogenität? Wie wird diese Homogenität definiert?

Ethnizität und Rassedenken als koloniales Erbe

Ethnizität dient der Benennung bestimmter kultureller Identitäten. Gemäß Max Weber ist Ethnizität ein Konzept einer Gruppe von Menschen, die sich durch den subjektiven Glauben an eine gemeinsame Abstammung und Kultur konstituiert und so eine homogene Gruppenidentität bildet (vgl. Eckert 2011:41). Dabei werden Elemente wie Sprache, Kleidung, Brauchtum und Religion, aber auch von außen sichtbare phänotypische Abgrenzungsmerkmale verwendet.

Die Konzepte von Rassedenken und Ethnizität haben dabei viele Gemeinsamkeiten. So verbindet beide die

„Annahme, dass die Menschheit aus einer Reihe von klar zu unterscheidbaren ‘Völkern’ bestehe, die über eine jeweils eigene, authentische und homogene Kultur verfügen würden“ (Eckert 2011:52).

Desweiteren herrscht die Vorstellung, dass Menschen einer Ethnie durch eine Art Blutsverwandtschaft miteinander verbunden sind. Biologie, Anthropologie und Soziologie sind sich großteils einig, dass eine solche Vorstellung an der Realität scheitert. Denn wie Anderson (2016:16) sagt: *„In der Tat sind alle Gemeinschaften, die größer sind als die dörflichen mit*

ihren face-to-face-Kontakten, vorgestellte Gemeinschaften“. Nur sehr kleine Gemeinschaften können über eine tatsächliche biologische Verwandtschaft verfügen, außerdem sind biologische Verwandtschaften kaum deckungsgleich mit kultureller Ähnlichkeit (Eckert 2011:41). Auch ist zu beachten, dass sich Kulturen im stetigen Wandel befinden, sich neu vermischen und ineinander aufgehen. Auch die Idee, dass innerhalb einer begrenzten Gruppe oder Kultur alle Mitglieder homogene Lebens- und Gesellschaftsvorstellungen haben, ist zu bezweifeln. So sind demnach Abgrenzungserscheinungen selten statisch, und eine daraus interpretierte Ethnizität wird immer wieder vermischt und neu erfunden (vgl. Eckert 2011:41).

In ihrer Extremform, dem Tribalismus, wird Ethnizität als Hauptbetätigungsfeld des politischen Handelns gefasst. Der Begriff Tribalismus steht für die Tendenz, der „Stammes“zugehörigkeit eine höhere Bedeutung für das politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben beizumessen als der Staatsangehörigkeit. In dieser Denkweise wird die gesamtstaatliche Entwicklung und eine effektive zentralistische Regierung durch das Hochhalten des Konzepts der Ethnizität und ihrer Extremform des Tribalismus in seiner Wirkweise gefährdet (vgl. Eckert 2011:41).

Hingegen belegen afrika-historische Forschungen, dass das Konzept der Ethnie oder des „Stammes“ erst durch den europäischen Kolonialismus eine dermaßen hohe Wirkmächtigkeit erfahren hat. Als Herrschaftsinstrument des Kolonialismus wurde das Projekt ethnischer Fixierung bewusst betrieben, bestärkt durch Missionare und Kolonialbeamte (vgl. Sonderegger 2021:31). So setzte die Einsetzung von „Stammesführern“ und „chiefs“ in einer *divide-and-rule* Herrschaftstechnik keine tatsächlichen vorherigen Zusammengehörigkeitsgefühle der betroffenen Gruppe voraus, sondern entstand in einer Koproduktion mit dem Kolonialismus (Sonderegger 2021:31). Auch die Definition von Sprachgruppen, erfolgte größtenteils aus dem missionarischen Erfordernis der Bibelübersetzung in „Stammessprachen“ und geschah dabei wenig systematisch oder anhand lokaler Interessen (vgl. Eckert 2011:47) und ist somit auch eine von außen konstruierte Unterscheidungskategorie in beispielsweise verschiedene Sprachfamilien, mitsamt ihrer ethnisierenden Implikationen.

Ethnizität und Nationalismus in Kamerun

Trotz des Voranschreitens eines von Nationalität geprägten Zeitalters, und ungeachtet ihrer Entstehungsmechanismen sind ethnische Gruppen in der heutigen Welt und auf dem afrikanischen Kontinent real existierende Identitätsgruppierungen, welche auch in einer globalisierten Welt noch vielerorts Relevanz besitzen.

In Kamerun beschreibt Andreas Eckert (2011:55f), eine wechselseitige Geschichte der Bedeutung von Nationalität versus Ethnizität. Wissenschaftlich gesehen gibt es keine genauen Angaben zur Anzahl vertretener Ethnien, nur eine grobe Schätzung von über 280 gesprochenen Sprachen und Sprachgruppen im heutigen kamerunischen Gebiet (Kum Awah 2022:8). Die Erforschung der Frage nach einer ethnischen Zugehörigkeit der Kameruner*innen war sowieso in den Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit 1960 verpönt, widersprach sie doch dem Ideal des „*Nation-building*“ unter Präsident Ahmadou Ahidjo (Eckert 2011:55).

Nation-Building als Begriff der Politikwissenschaften umfasst im Gegensatz zum Begriff des „*State-Building*“ inhaltlich deutlich mehr als dieser. Dabei geht es nicht nur um den Aufbau real existierender staatlicher Strukturen (=state-building) wie beispielsweise der Bürokratie, der Armee und der Gesetzestexte. Das umfassendere *Nation-Building* ist vielmehr der Versuch, eine gesamte gesellschaftliche Einheit zu erschaffen, die die Einwohner*innen ethnisch, sozial und politisch integriert und somit ein größeres umfassenderes Gemeinschaftsgefühl der Nation weckt (vgl. Eckert 2011:53). Ahidjo, der *Cameroun* in die Unabhängigkeit von Frankreich führte und die Vereinigung mit den *Southern Cameroons* anleitete, vertrat ein autoritäres Konzept der nationalen Einheit, nicht zuletzt durch seine Einführung des Einparteiensystems. Unter der bis heute bestehenden Regentschaft von Paul Biya seit 1982 gewann Ethnizität jedoch wieder mehr an Dynamik und wurde teils auch (erneut) in *divide-and-rule* Taktiken inkludiert (vgl. Konings & Nyamnjoh 2003). Beispielsweise erfuhr die ethnische Gruppe der Beti eine bevorzugte Behandlung in der Vergabe öffentlicher Posten (Konings 2003:70). Im Zuge der Liberalisierung und der Öffnung des Parteiwesens weg vom Einparteiensystem, führte politische Ethnizität im äußerst heterogenen Land zu einer Aufsplitterung der politischen Opposition. Dass dies politisch vom Regime Biya gewollt war und auch aktiv avanciert wurde, um die Opposition klein zu halten, bejahen viele Autoren (siehe Eckert 2011:56 und Konings & Nyamnjoh 2003:111ff.).

Nationalismus als politische Bewegung kann in diesem Kontext als Überwindung des Ethnizismus (oder gar des Tribalismus) gesehen werden. So wird der Weg in die Moderne in dieser Sicht ohne die „rückständigen“ Solidaritäten innerhalb von Stämmen oder Ethnien gedacht. Afrikanische Traditionen, welche innerhalb Ethnizitäten länger konserviert bleiben würden, gelten als überkommen und entwicklungshemmend auf dem Weg in die Moderne. Jedoch gab und gibt es auch andere Motivatoren, welche eine Abwendung von Ethnizitäten hin zu einer nationalen Identität fordern. Wie Mougoué (2019) schreibt, ist der Zusammenhang

zwischen Nationalismus, Frauenemanzipation und Ethnizität in Kamerun bisher völlig missachtet worden. In ihrem Buch *Gender, Separatist politics, and embodied nationalism in Cameroon* (2019) beschreibt sie, wie Frauen der anglophonen Elite in den *Southern Cameroons* maßgebliche Triebkräfte des (anglophonen) Nationalismus waren da sie den nationalistischen Kampf auch als Befreiung von traditionellen Geschlechterrollen führten, welche sie innerhalb ihrer traditionell geprägten Ethnizitäten nicht führen konnten oder wollten. Mougoué (2019) argumentiert in ihrer Forschung zu Geschlechterrollen in den nationalistischen Bewegungen Kameruns, dass Frauen einen weitaus größeren Teil zu den Nationalismen in Kamerun beigetragen haben, als in der akademischen Literatur anerkannt wird. In der Hoffnung, durch Nationalismus eigener eng gestrickter ethno-kultureller anti-feministischer Frauenbilder zu entkommen, seien anglophone Frauen, besonders die Ehefrauen bekannter Politiker, die Vorreiterinnen eines kulturellen *nation-building* gewesen. So war der kurz vor der kolonialen Unabhängigkeit beginnende anglophon-nationalistische Diskurs eine Möglichkeit für die aus weiblicher Sicht erhoffte Modernisierung der Gesellschaftsstrukturen. Diese Forschung von Mougoué zeigt dabei auch, dass die Ablehnung von ethnisch exklusiven Identitätsmerkmalen in den anglophonen Regionen Kameruns eine lange Geschichte hat. Auch zeigt sie, wie der Gruppe der Frauen eine zu kleine Rolle im Prozess des *nation-building* zugeschrieben wird.

Nationalismus als Transferideologie

Eine weitere Sichtweise auf Nationalismus, speziell im Kontext kolonialer Herrschaft, ist das Framing des Nationalismus als „Transferideologie“ (Wehler 2011:52). Somit ist der Nationalismus mehr Mittel als Zweck einer Unabhängigkeit von Unterdrückung und kolonialer Herrschaft (vgl. Wehler 2011:90ff.). Dabei ist Nationalismus eher in einer Reihe mit verschiedensten ideologischen Bewegungen zu sehen, welche unterschiedliche Antworten auf soziale und wirtschaftliche Problem- und Schief lagen bieten (vgl. Wehler 2011:96f.). Allen Transferideologien gemeinsam, ist der Wunsch nach einer Auflösung von globalen asymmetrischen Machtbeziehungen.

Die Idee des Panafrikanismus als Transferideologie für kolonialisierte Gebiete war anfangs besonders in der afrikanischen Diaspora, vor allem in den USA und der Karibik beliebt. Erste Intellektuelle der Bewegung wie W.E.B. Du Bois, Marcus Garvey und George Padmore brachten Themen wie Selbstbestimmung, Antirassismus, kulturelle Wiederbelebung und afrikanische Einheit und Solidarität auf den Tisch (vgl. Sonderegger 2021:186ff.). Im Jahre

1900 organisierte der Trinidadier Henry Sylvester Williams eine erste Panafrikanischen Konferenz in London. Es folgten nach dem Ersten Weltkrieg weitere Kongresse, die Forderungen nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung Afrikas stärkten und wiederholten (siehe Sonderegger 2021:190). Besonders nach dem Zweiten Weltkrieg gewann der Panafrikanismus durch antikoloniale Kämpfe und die politischen Unabhängigkeitsbewegungen in Afrika an Auftrieb. Kwame Nkrumah, später der erste Präsident Ghanas und einer der prominentesten Panafrikanisten, setzte sich für eine politische Einheit Afrikas ein und war 1963 an der Gründung der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU), der Vorgängerorganisation der Afrikanischen Union beteiligt (Sonderegger 2021:198).

Nationalismus als Transferideologie stellt somit die eigene Emanzipation in den Vordergrund, das Erwachen einer Gruppe als selbstbestimmte politische Einheit (vgl. Wehler 2011:93). Gellner (1991:87) betont, „*Es ist der Nationalismus, der die Nationen hervorbringt, und nicht umgekehrt*“. Afrikanische Nationalismen können in dieser Argumentation als Mittel zum Zweck der Unabhängigkeit erklärt werden, als ein strategisches Instrument, das im Kontext der Dekolonisierung Afrikas genutzt wurde, um politische Souveränität zu erlangen. Dabei war die Errichtung eines Nationalstaates nicht das primäre Ziel dieser antikolonialen Bewegungen, sondern vielmehr ein Mittel, um eine (kurz- oder langfristig) tragfähige politische Ordnung zu schaffen, welche dabei auch internationale Anerkennung erreichen würde (Hobsbawn 2005:162f).

Im Zuge von Unabhängigkeitsbewegungen gewann die Ideologie des Nationalismus als Transferideologie enorm an Bedeutung und übernahm einen Großteil der Diskussionen zur kolonialen Befreiung in afrikanischen Ländern, aber auch im Nahen Osten, Südostasien und Südamerika (vgl. Wehler 2011:95f.). Im Gegensatz dazu, bekämpften sozialistische und kommunistische Strömungen die weltweiten wirtschaftlichen Machtstrukturen mit einem globaleren Fokus und betrachteten Kolonialismus lediglich als Teil des globalen Kapitalismus und die Durchdringung der globalen peripheren Räume als unabdingbare Notwendigkeit der kapitalistischen Expansion (vgl. Wehler 2011:96).

Nationalismus war also sicherlich nicht die einzige denkbare mögliche Transferideologie, konnte sich jedoch durchsetzen als effektives Mittel (Hobsbawn 2005:176). Ab 1945 wurde der Einfluss des politischen Nationalismus als staatspolitische Agenda auf dem afrikanischen Kontinent immer größer. Afrikanische Intellektuelle und Politiker diskutierten intensiv darüber, wie und in welcher Form die Unabhängigkeit am besten zu erreichen sei. In diesem

Zusammenhang warnte der spätere Präsident Senegals, Léopold Sédar Senghor, vor der „Balkanisierung“ Afrikas, also der Aufteilung in zahlreiche kleine und wirtschaftlich schwache Nationalstaaten (Cooper 2014b:69ff), welche nicht nur wirtschaftlich kaum Chancen gegen die Übermacht der ehemaligen Kolonialstaaten hätten.

Auch im britischen Mandatsgebiet der *Southern Cameroons* wurde die Option der eigenständigen Unabhängigkeit aus erwähnten Gründen abgelehnt. Deren Politiker und Kolonialbeamte befürworteten eine enge Kooperation zwischen den ehemaligen Kolonien, sowie eine gewisse Anbindung an die ehemaligen Kolonialmächte, um wirtschaftliche und politische Stabilität zu gewährleisten. Dennoch setzte sich letztlich das Modell des souveränen Nationalstaates durch, da es als das politisch praktikabelste Mittel zur Erlangung von Unabhängigkeit erschien (Cooper 2014b:75).

Nationalismus diente in diesem Kontext nicht nur als Mobilisierungsinstrument gegen die koloniale Herrschaft, sondern auch als Legitimationsstrategie für die neu gegründeten Staaten (Wehler 2011:95f.). Die nationalistischen Bewegungen konstruierten eine Erzählung der Einheit, um eine gemeinsame Identität zu schaffen, auch wenn diese oft künstlich war und über bestehende ethnische und soziale Unterschiede hinwegsehen musste (ebd.). Das Erwachen als Nation, als „Kameruner“ oder „Nigerianer“ vereint im Kampf gegen die Fremdherrschaft, erschien die optimale Mobilisierungsgrundlage für die Unabhängigkeit zu sein. Auch entsprach sie der von den Kolonialherrschaften am ehesten geduldete Ideologie. Gleichzeitig jedoch nutzten die entstehenden politischen Eliten den entstandenen Nationalismus nicht nur zur Abgrenzung vom Kolonialregime, sondern auch zur Konsolidierung ihrer eigenen Macht innerhalb der neuen Staaten (Cooper 2014b:97).

Gellner schreibt, das Besondere am afrikanischen Nationalismus sei, dass selten auf tatsächliche protonationalistische Gefühle zurückgegriffen werden konnte. Weder führten die Bewegungen eine

„lokale Hochkultur fort noch erfinden sie eine solche neu, noch erheben sie eine frühere Volkskultur zu einer neuen, politisch sanktionierten Schriftkultur, wie es bei europäischen Nationalismus häufig war“ (Gellner 1991:124)

Vielmehr wurde *„eine fremde, europäische Hochkultur“* genutzt und fortgeführt, beispielsweise die französische oder britische, mitsamt Rechtssystem, Bildungsverständnis und Sprache. Diese Gemeinsamkeit als Grundlage der Nation steht in den meisten multiethnischen

afrikanischen postkolonialen Ländern auf wackeligen Beinen. Gellner (1991:124) prophezeit daher, dass „*Afrika südlich der Sahara eines der besten und sicherlich das ausgedehnteste Prüffeld für die Macht des nationalistischen Prinzips*“ sei.

Separatismus und Nationalismus

Die Macht des nationalistischen Prinzip wird unter anderem durch separatistische Bestrebungen in Frage gestellt. Das Wort Separatismus kommt aus dem Lateinischen für „trennen“, *separare*. Separatismus bezeichnet das Bestreben einer Gruppe, sich von einem bestehenden Staat abzuspalten, um eine eigene, unabhängige Einheit zu bilden. Dies geschieht oft aus ethnischen, kulturellen, religiösen oder wirtschaftlichen Begründungen. Separatismus als Ideologie kann sich dabei mit Regionalismus oder Ethnonationalismus überschneiden. Separatismus lässt sich nicht zwangsläufig in einem Parteiensystem abbilden, und hat keine spezifische Position auf einer politischen Rechts-Links-Achse. Separatistische Bewegungen fordern entweder mehr Autonomie innerhalb eines Staates oder die vollständige Unabhängigkeit (vgl. Schubert et al. 2018:302).

Separatismus kann friedlich oder gewaltsam verlaufen, je nach Reaktion des Staates und der Bewegung selbst. Manche Bewegungen führen zu erfolgreichen Abspaltungen (zur Sezession), während andere scheitern oder unterdrückt werden. Separatismus als politische Bewegung wird von den meisten Staaten innenpolitisch meist kritisch gesehen, da es deren territoriale Integrität gefährdet. In Demokratien können separatistische Stimmen jedoch per Referenden ausgetragen werden, während autoritäre Regime vergleichsweise repressiver reagieren (vgl. Schubert et al. 2018:283).

Die erfolgreiche Ablösung einzelner Landesteile aus einem bestehenden Staat mit dem Ziel, einen eigenen unabhängigen und neuen souveränen Staat zu bilden oder sich einem anderen Staat anzuschließen, wird als Sezession bezeichnet. Ein wichtiger Schritt für eine erfolgreiche Sezession ist auch immer die internationale Anerkennung, was vielfach ein Problem darstellt, nicht zuletzt aus geopolitischen Überlegungen (Bereketeab 2015:8).

Separatismus ist ein weit verbreitetes Phänomen, das in vielen Teilen der Welt auftritt. Historisch gesehen haben Regionen mit einer langen Geschichte eigener Identität, wie Katalonien, Schottland oder Québec, oft starke separatistische Bewegungen (Engelbert & Hummel 2005:406). Wirtschaftliche Unterschiede tragen ebenfalls dazu bei, dass beispielsweise wohlhabende Regionen ihre Unabhängigkeit fordern, wenn sie sich

benachteiligt fühlen, wie zum Beispiel Norditalien mit der Lega Nord. Darüber hinaus können geopolitische Veränderungen, wie der Zerfall von Staaten wie Jugoslawien oder der Sowjetunion, separatistische Ideen exponentiell ans Tageslicht fördern. Weltweit ist Separatismus ein historisch als auch aktuell auftretendes politisches Phänomen, wenngleich nur wenige dieser politischen Bewegungen tatsächlich zur Unabhängigkeit führen (vgl. Englebert & Hummel 2005:402).

Besonders bezüglich des afrikanischen Kontinents haben sich Forrest (2004), Englebert & Hummel (2005) und Bereketeab (2015) mit den Besonderheiten afrikanischen Separatismus auseinandergesetzt. Forrest (2004:2) zeigt, dass die Betrachtung von vorkolonialer Geschichte und Kultur das eher vereinzelte Aufkommen von separatistischen Bewegungen in Afrika nicht in ausreichender Form erklären kann. So finden sich nur sehr wenige Bezüge der politischen separatistischen Bewegungen auf irgendartige vorkolonialen politischen Gebiete oder Gebilde. Vielmehr hat die sich fortsetzende Geschichte der kolonialen Manipulation einen Einfluss auf regionale Unterschiede, langfristige wirtschaftliche Ungleichgewichte, sowie auf die bewusste oder zugeschriebene Zugehörigkeit zu ethnischen oder regionalen Identitätsmustern (vgl. Forrest 2004:2).

Der afrikanische Kontinent, so die Erkenntnis von Bereketeab (2015:4), sei nur wenig von Separatismus und erfolgreichen Sezessionismus betroffen, Großteils aus globalhistorischen und geopolitischen Tendenzen. Seit der Zeit der kolonialen Unabhängigkeiten der 1960er haben sich nur Eritrea und der Südsudan von ihren ehemaligen Nationalstaaten abgetrennt und erfolgreich ihre Souveränität international anerkannt bekommen (Bereketeab 2015:3f). Die wenigen weiteren politischen separatistischen Ideen und Kämpfe, wie beispielsweise der Bürgerkrieg im nigerianischen Biafra (1967-1970), waren hingegen nicht erfolgreich (vgl. Bereketeab 2015:180ff.).

Englebert & Hummel (2005) führen den „Sezessionsmangel“ Afrikas auf die wirtschaftlichen Vorteile zurück, die afrikanische Eliten innerhalb bestehender Staaten genießen. Die ökonomischen Vorteile aus Kooptation und Korruption seien höher als aus einer eigenständigen Staatsgründung. Auch die internationale Anerkennung eines neuen Staates sei so schwierig zu erreichen, dass viele (beispielsweise ethnische) Gruppen eher nach Autonomie innerhalb eines Staates streben als nach vollständiger Unabhängigkeit (Englebert & Hummel 2005:425).

Forrest (2004:3f) stellt fest, dass subnationale Bewegungen in Afrika meist zwischen „uni-ethnischen“ und „interethnischen“ Gruppen unterschieden werden können. Während „uni-ethnische“ Gruppen (beispielsweise die Unabhängigkeitsbewegung Biafra in Nigeria) oft exklusive Identitäten betonen, versuchen interethnische Bewegungen breite Allianzen aufzubauen (vgl. Forrest 2004:3f). Diese gemeinsamen Elemente zwischen den ethnischen und multiethnischen separatistischen Bewegungen umfassen die Tendenz beider, ihre Autonomieansprüche auf einen imaginierten historischen territorialen Anspruch zu stützen. Die separatistischen Bewegungen beanspruchen häufig eine vorkoloniale Verbindung, unabhängig davon, ob diese Verbindungen real oder imaginiert sind (vgl. Forrest 2004).

Mit welchem Ziel jedoch möchte sich eine Gruppe innerhalb eines Staates unabhängig machen und was erhoffen sich Aktivist*innen eines Separatismus von dieser Abspaltung?

Gellner (1997: 64) beschreibt, wie Separatismus meist im Zuge einer Modernisierung der kapitalistischen Wirtschaft entsteht. Dabei wird eine Gruppe frühzeitiger in das kapitalistische System eingebunden als die andere(n) und hat sich diese Situation zunutze gemacht. Durch das kollektive Erlernen der neuen Wirtschaftsweise entstehen Institutionen, welche die neue Gesellschaftsordnung bearbeiten. Die später nachfolgende Gruppe wird dann schon vor beschlossene Tatsachen gestellt, auf die sie erst verspätet reagieren kann. Somit befindet sich die nachkommende Gruppe plötzlich in einer nachrangigen Stellung:

„Häufig entstehen zwischen denen, die frühzeitig in die neue Ordnung der industrialisierten Gesellschaft eingetreten sind, und nachfolgenden Gruppen tiefe Interessenkonflikte. Wenn solche Nachzügler feststellen, daß die neue Ordnung einer anderen Gruppe, die die verbotene Frucht schon gekostet und sich zunutze gemacht hat, bereits eine privilegierte Stellung zugewiesen hat, sind erstere von vornherein mit einer gewissen Ohnmacht erschlagen. Sollte es ihnen jedoch gelingen, sich von ihren Unterdrückern kulturell zu unterscheiden, ist es für die von großem Vorteil, wenn sie sich bei geeigneter Gelegenheit von ihnen politisch abspalten und das Projekt der Modernisierung unter eigener Flagge, das heißt im Rahmen eines eigenen souveränen Staates, fortsetzen. Nur so können sie sich vor der bedrohlichen Konkurrenz seitens der überlegenen Gruppe schützen.“ (Gellner 1997: 64)

Das Projekt der Modernisierung, die Eingliederung in die kapitalistische Weltordnung, kann durch die erfolgreiche Abspaltung neu gestartet werden. Das Wahrnehmen als eigene kulturelle

Gruppe unterstützt das „Reset“, den erforderlichen Neuanfang, welcher nun wieder neu, mit eigener Lernkurve und in der eigenen Geschwindigkeit ablaufen kann.

Separatismus in Kamerun

Auch anhand der Geschichte der beiden Landesteile Kameruns lässt sich eine derartige Tendenz herauslesen. Durch die spezielle Situation zwischen den beiden ehemaligen kolonialen Teilmandaten entstand eine Dynamik, in welcher sich die *Southern Cameroons* mehrfach als „Nachzügler“ wiederfanden, als Peripherie der kapitalistischen Modernisierung, sowie als politische Peripherie. Zwei Mal - nach der Übernahme des Mandatsgebiets durch die Briten 1919/1922 sowie nach der Wiedervereinigung mit Kamerun 1961 - waren die *Southern Cameroons* jeweils die „Zuspätkommer“. Die schon etablierte Kolonie Nigeria ermöglichte den Nachkommenden kaum, durch Schulbildung oder andere koloniale Mechanismen in privilegierte Stellungen im kolonialen Staatsapparat zu gelangen. Über 40 Jahre später, nach der Wiedervereinigung 1961, hinkten die *Southern Cameroons* den Französisch-Kamerunern plötzlich ein Jahr in ihrer politischen Unabhängigkeit und wirtschaftlichen Neuordnung nach Ende der kolonialen Herrschaft hinterher.

So kann es als kollektive Erfahrung interpretiert werden, in der ambazonischen Ohnmacht gegenüber den staatlichen Strukturen festzustecken. Die Bewohner und insbesondere die gesellschaftlichen Eliten der *Southern Cameroons* waren nach der Unabhängigkeit plötzlich in einer Situation, nur nachrangig profitablere Stellungen des souveränen Kameruns einnehmen zu können, da die privilegierten Positionen schon vergeben waren. Dieses Phänomen setzte sich daraufhin transgenerational fort, da die erwachsen-werdenden anglophonen Bildungseliten aufgrund ihrer sprachlich-geographischen Zuordnung ähnliche Erfahrungen machten. Ihnen wurden, trotz Schul- und Universitätsbildung als Anglophone, viele Positionen im staatlichen Bürokratieapparat verwehrt. Gleichzeitig war auch die wirtschaftliche Entwicklung nach der kolonialen Unabhängigkeit Kameruns pfadabhängig eng an Frankreich gebunden, ein Handels- und Investitionspartner, mit dem die ökonomischen Gebilde der *Southern Cameroons* noch keinerlei Erfahrung sammeln konnten.

Diese Arbeit behauptet also auf Basis der im vorherigen Kapitel beschriebenen politischen und wirtschaftlichen Geschichte Kameruns, dass der von Gellner beschriebene Separatismus in erwähnter Form getragen wird. Der Versuch, sich kulturell von der privilegierten Gruppe (den frankophonen Kamerunern) zu unterscheiden, basiert auf der Hoffnung, die eigene Ohnmacht

gegenüber der kapitalistischen Moderne zu überwinden und von Neuem in sie einzutreten. Die intellektuelle Schicht in den anglophonen Regionen und der Diaspora sehnt sich teilweise danach, das Projekt der Modernisierung unter eigener Flagge durchzusetzen und somit endlich privilegierte Positionen zu ergattern, die ihnen als „Nachzügler“ verwehrt geblieben sind. Anhand der Analyse des Quellenkorpus in Abschnitt IV ist nun zu prüfen, ob es für diese Behauptungen Anhaltspunkte gibt und ob sich solche Ideen in den Dokumenten der Separatistenbewegung widerspiegeln.

Anhaltspunkte für diese Denkweise wären erstens ein Rückbezug auf vermeintliche kulturelle Werte und Gemeinsamkeiten, besonders aber in Abgrenzung zur privilegierten Gruppe. Zweitens müsste in dieser Herangehensweise der frankophone Staats- und Wirtschaftsapparat als Unterdrücker der *Southern Cameroons* definiert werden. Drittens darf dabei jedoch keine Systemfrage gestellt werden, das Modernisierungsprojekt nicht abgelehnt werden, wie es beispielsweise von einer sehr traditionalistischen Gruppe abgelehnt werden würde (als Beispiele könnten die anti-westlichen Ideologien der Taliban in Afghanistan oder Boko Haram in Nordnigeria dienen). Die Hoffnung, von „der Ohnmacht befreit“ sich neu und konkurrenzlos in die kapitalistische Moderne zu stürzen, muss dabei in den Äußerungen und Dokumenten klar werden. Denn für ein im Sinne Gellners gemeintes politisches Sezessionsprojekt, wären sozialistische oder kommunistische Töne und Äußerungen in den Dokumenten widersprüchlich. Des Weiteren muss zur Beweisführung diese These, die Hoffnung auf eine kapitalistische Modernisierung nach der Sezession eine gefestigte ideologische Rolle und angestrebte Utopie für den Separatismus spielen.

IV. Analyse des Quellenkorpus: Charta der Freiheitsbewegung Ambazonia

Um sich der politischen Bewegung Ambazonia anzunähern, werden im Folgenden deren Veröffentlichung betrachtet und analysiert. Neben den Webseiten der Bewegung wird ein spezifischer Fokus auf die sogenannte „*Charter of the Ambazonia Mission Freedom Movement and its Ambazonia Governing Council*“ aus dem Jahr 2018 gelegt. Der Titel dieses pdf-Dokuments kann mit „Charta der Freiheitsbewegung Ambazonia und des Ambazonia-Regierungsrat“ übersetzt werden, umfasst 100 Seiten und ist auf der Webseite des *Ambazonia Governing Council* (AGovC) zu finden, aber auch dieser Arbeit angehängt.

Die Charta behauptet am 4. Februar 2018 mit einer Zweidrittelmehrheit durch den „Council of Missions“ verabschiedet zu sein und erfuhr am 27. Januar 2019 eine geringfügige Änderung (AGovC 2019:100). Unterschrieben worden scheint es durch Dr. Julius Nyih, damaliger AGovC Präsident, und Mado Mambo, Vorsitzenden des *Council of Missions* (AGovC 2019:100). Weitere Autor*innen lassen sich nicht identifizieren, auch das Veröffentlichungsdatum lässt sich nicht verifizieren. Außer einem Logo beziehungsweise Wappen, sowie einer Karte der betroffenen Region, befinden sich keine visuellen Elemente im Text (vgl. AGovC 2019:1f.).

Zu finden ist das Dokument aktuell wieder unter der offiziellen Webseite des AGovC <https://AGovC.org/AGovC-charter/>. Zwischenzeitlich, zwischen Anfang 2020 und Mai 2022, durchlief der AGovC eine innere Führungskrise, teilweise als „*anglophone leadership crisis*“ benannt. Dieser Führungswechsel verursachte mehrere parallele Webseiten sowie Führungsansprüche des AGovC. Zeitweise war durch diesen Wechsel das betroffene Dokument nicht mehr auf der Webseite zu finden, dann wiederum war es auf beiden parallelen Webseiten des AGovC sowie dem *Interim Government* zu finden. Es scheint das wichtigste Grundlagendokument zu sein, denn alle Aktivist*innen der sogenannten Freiheitsbewegung Ambazonia beziehen sich immer wieder darauf. Trotz der Führungswechsel und Aktualisierungen der Bewegung ist die Charta auch nach 7 Jahren weiterhin prominent auf der Webseite platziert.

Die Charta ist inhaltlich in zwei Teile und viele Unterkapitel gegliedert. Im ersten Teil, der Präambel und Einleitung werden ausführlich die Gründe und die Notwendigkeit eines souveränen Ambazonia, sowie die Geschichte der politischen Bewegung erläutert AGovC

2018:4-14). Im zweiten Teil folgen strikte und verklausulierte Beschreibungen der Bewegung, ihrer politischen Organe und deren (erhofften) Organisation (AGovC 2018:15-100). Inhaltlich relevant für die Analyse ist im Besonderen die "Präambel" die beansprucht, die inhaltliche Grundlage der gesamten Bewegung zusammenzufassen.

In dem prägnanten Stil einer Erwägungsgründung werden in dieser Präambel in kurzen Absätzen verschiedenste Themen und Konfliktfelder angesprochen. Auf zehn Seiten wird auf die Interpretation der ambazonischen Kolonialgeschichte bis in die jüngste Zeit eingegangen. Es werden mehrere politische Statements dazwischen geschoben und diverse Gräueltaten der Republik Kamerun beschrieben. Auffällig in der Präambel ist, dass stets das Verbindungswort „*Whereas*“, am Satzanfang steht und dieses visuell hervorgehoben wird. Der Aufbau des Textes bedient sich dabei sehr klar dem typischen Aufbau einer „Erwägungsgründung“, ähnlich einem typischen völkerrechtlichen Vertrag oder anderen deklarativen Rechtsgrundlagen, wie beispielsweise EU-Rechtsakte.

Die Zielgruppe des Textes scheint also ein internationales Publikum zu sein. Dafür spricht auch die Komplexität der sprachlichen Formulierungen, des teilweise schwer verständlichen juristischen Vokabulars und die Verwendung von britischem Englisch. Eine Übersetzung der Charta ins Französische ist online nicht zu finden, sie richtet sich daher nicht spezifisch an Leser*innen aus dem frankophonen Teil Kameruns. Ein Großteil des zweiten Teils der Charta ist für eine Feinanalyse kaum geeignet, denn die detaillierten, aber teils redundanten Beschreibungen der einzelnen erhofften Organe der politischen Bewegung Ambazonias gehen nach bürokratischer Manier bis ins kleinste Detail, wie an dem Ausschnitt in Abbildung 10 zum geplanten „Komitee für Recht und Ordnung“ sichtbar wird.

Die detaillierte Aufführung von Grundsätzen, Verfahrensweisen und administrativen Vorgängen entspricht eher einem Verwaltungstext als einem Dokument, welches zur Massenmobilisierung oder ideologischer Festigung verwendet werden würde. Hierfür würden sich kürzere Texte, aber auch eine Verschriftlichung unter Verwendung des im betreffenden anglophonen Teil Kameruns üblichen Pidgin-English besser eignen. Die Formulierung insbesondere im international anerkannten Rechtsstil deutet auf die spezielle Zielgruppe von Diplomat*innen, internationalen Journalist*innen und Politiker*innen hin.

Abbildung 10: Ausschnitt der “Charter of the Ambazonia Governing Council”. Aus: AGovC (2019:52)

- 35.4.6.4. Disciplinary Hearing
- 35.4.6.4.1. The decision-maker will be the Committee for Rules and Order
- 35.4.6.4.2. The members will be informed of the following in writing in advance of the disciplinary hearing: The status of the meeting or written clarification, i.e. that it is a formal disciplinary hearing under Stage 4 of the disciplinary procedure.
- 35.4.6.4.3. The possible outcome of the hearing, i.e. it may result in a decision to terminate his/her member.
- 35.4.6.4.4. Copy of the investigation team’s report and all relevant documentation must be filed.
- 35.4.6.4.5. The disciplinary hearing will be conducted as follows:
- (a) The accused will be informed of the purpose of the disciplinary hearing, the nature of the allegation and the findings of the investigation.
 - (b) The members and his/her representative will have the opportunity to present his/her case in response to the findings of the investigation.
 - (c) The disciplinary hearing is not intended to repeat the investigation but the member will be able to raise any concerns regarding the investigation process if s/he feels that these concerns were not given due consideration by the investigation team.

Trotzdem werden in diesem Dokument viele fundamentale, richtungsweisende Aussagen getroffen, welche die Bewegung Ambazonia prägen.

Die einseitige Einleitung der Charta beschreibt das Ziel und den Zweck der Charta folgendermaßen:

„This Charter defines the and [sic] nature of the liberation front and its AGC. It prescribes the rights and duties of the Ambazonian people as the freedom front and their leadership. It reflects the AGC's dual position as liberation front guard and governing Council. Its implementation should reflect the values of respect for the rule of law, democracy, equality, transparency, collaboration, determination, innovation and hard work that will characterize a prosperous sovereign Ambazonia country.”
(AGovC 2019:4)

Zusammengefasst erhoffen sich die Autor*innen der Charta mit dieser das Wesen der Befreiungsfront und des AGovC zu definieren, sowie die doppelte Position des AGovC als Frontkämpfer und als (vorläufiger) Regierungsrat darzustellen. Dabei werden die Werte „*Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Gleichheit, Transparenz, Zusammenarbeit, Entschlossenheit, Innovation und harte Arbeit*“ (AGovC 2019:4, Übersetzung J.B.) betont. Desweiteren wird in der Einleitung klargestellt, dass es beim Projekt Ambazonia vor allem um die künftigen Generationen gehen soll, welche die „*Freiheit unseres Heimatlandes*“ erleben sollen, sowie um „*das Wohlergehen der ganzen Welt, denn Ungerechtigkeit an einem Ort ist Ungerechtigkeit überall.*“ (ebd.4)

Weiterhin wird in der Einleitung klargestellt, dass es sich bei dem Projekt Ambazonia um ein umstrittenes politisches Projekt handelt, in welchem verschiedene Stimmen Forderungen äußern, der AGovC diese jedoch zu bündeln versuchen will.

„Der AGC wird durch die Vielfalt der Ansichten, Erfahrungen und Potenziale der Menschen in Ambazonien bereichert. Wir schätzen diese Vielfalt, ohne dabei die notwendige Konzentration auf das Ziel der Unabhängigkeit unseres Heimatlandes und dessen Wachstum und Wohlstand aufzugeben.“ (AGovC 2019:4, Übersetzung J.B)

Geschichte von Ambazonia

Die Präambel der Charta beginnt mit der Klarstellung, dass mit Ambazonia das Gebiet des „*United Nations Trust Territory*“ der ehemals britischen *Southern Cameroons* gemeint ist. Das Volk der Ambazonier strebe danach, „*seine Freiheit von der Kolonialherrschaft Kameruns zurückzufordern.*“ Es bestehe seit der sogenannten Annexion von 1961 eine illegale Besetzung von Ambazonia durch die Republik Kamerun, und es bestünden „*Misstände in der Staatsführung und die Verweigerung der Rechte auf Leben, Freiheit und das Streben nach Glück*“ (AGovC 2019:5, Übersetzung J.B).

Die Präambel argumentiert, dass diese Angliederung 1961 der *Southern Cameroons* durch den heutigen Staat Kamerun weder auf einer verfassungsmäßigen Vereinbarung noch auf einem verbindlichen Vertrag basiere, sondern einseitig durch Französisch-Kamerun durchgeführt worden sei. Die UN-Resolution 1608 (XV) vom 21. April 1961 habe gefordert, dass die britische Regierung, die Regierung von *Southern Cameroons* und die Republik Kamerun die Bedingungen einer Union aushandeln sollten. Kamerun stimmte dieser Resolution jedoch nicht

zu und es wäre nie ein formeller Vertrag zwischen *Southern Cameroons* und der Republik Kamerun unterzeichnet worden. Die sogenannte Föderation von 1961 sei ohne eine Ratifizierung durch das Parlament oder die Bevölkerung von *Southern Cameroons* unterzeichnet worden. Stattdessen verabschiedete die Nationalversammlung der Republik Kamerun einseitig eine „Bundesverfassung“ ohne Beteiligung von *Southern Cameroons*. Die Foumban-Konferenz im Juli 1961, welche die Bedingungen der Vereinigung klären sollte, sei aufgrund der manipulativen Vorgehensweise der Republik Kamerun gescheitert (AGovC 2019:6). Weiter wird betont, dass bei der Konferenz die britische Regierung durch Abwesenheit auffiel, obwohl diese gemäß der UN-Resolution hätte teilnehmen sollen (AGovC 2019:7). Die Republik Kamerun habe außerdem nicht die UN-Mitgliedschaft für die neu formierte Föderation mit den *Southern Cameroons* beantragt, was rechtswidrig sei (ebd.7).

Hier wird also - in einer fragwürdigen historischen Rekonstruktion - die Legalität Kameruns in Frage gestellt. Zusammenfassend argumentiert die Charta in diesem Teil, dass es niemals eine legitime, verfassungsmäßige oder völkerrechtlich bindende Union zwischen *Southern Cameroons* und der Republik Kamerun gegeben habe. Vielmehr handele es sich um eine Annexion, die im Widerspruch zum internationalen Recht stehe.

Die systematische Marginalisierung und Unterdrückung des Volkes von Ambazonia durch die Republik Kamerun wird im weiteren Text ausführlich dargestellt. Dazu werden politische, wirtschaftliche und kulturelle Diskriminierung, Menschenrechtsverletzungen und die Missachtung internationaler Verträge und Grundsätze wie das Recht auf Selbstbestimmung aufgeführt (AGovC 2019:12).

Den Beginn der politischen Bewegung Ambazonia verortet der AGovC im Jahr 1972, als die Ahidjo Regierung das Militär in die *Southern Cameroons* geschickt habe, um einen drohenden Aufstand zu unterdrücken. Durch eine Verfassungsänderung stärkte Ahidjo in diesem Jahr seine Rolle als Präsident beider Landesteile und schaffte die Rolle des Vize-Präsidenten ab, welche bis dato durch anglophone Politiker besetzt war (vgl. Schicho 2001:67). Hier wird in der Charta auch Augustine Ngom Jua erwähnt, der von 1965 bis 1968 Premierminister der *Southern Cameroons* unter Ahidjo gewesen war. Er wird im Dokument als erster, der sich gegen die „expansionistische Politik“ Kameruns gewehrt habe, dargestellt (AGovC 2019:7)

Was genau geschah, wird nicht näher erläutert, nur dass die Bevölkerung „mit der Annexion ihres Territoriums“ (AGovC 2019:8, Übersetzung J.B.) völlig unzufrieden gewesen sei. Der AGovC kritisiert, dass bei dem Referendum zur Verfassungsänderung von 1972 „die Mehrheit

der Bevölkerung der Republik Kamerun zu Unrecht mit abgestimmt hat, obwohl nur die Bevölkerung von Southern Cameroon (...) ihre Selbstverwaltung verlieren würde” (ebd.8)

Ab diesem Absatz im Dokument wird zum ersten Mal begonnen, die neue Situation mit Begriffen wie Kolonialisierung zu erklären. Interessant hierbei ist, dass das Wort „*colonization*” erst im Bezug auf die Situation nach 1972 benutzt wird. Im Gegensatz hierzu wird der deutsche, britische und französische Kolonialismus in Kamerun mit Begriffen wie „Treuhandgebiet“ oder „Protektorat“ (AGovC 2019:5) belegt und damit diskursiv beschönigt. Mit dieser Wortwahl wird verschleiert, dass schon die Herausformung der modernen Herrschaft im heutigen Kamerun rein fremdbestimmt ablief, und die Aufteilung in die *Southern Cameroons* und Französisch-Kamerun infolge kolonialer Interessen erfolgte. Auch werden durch eine solche Formulierung die Kolonialverbrechen und vor allem das bewusste koloniale Zerstören der ursprünglichen Gesellschaften und Kulturen auf dem Boden des heutigen Kameruns nahezu kleingeredet, bzw die „Verbrechen” durch die heutige *Republique du Cameroun* im Vergleich erhöht.

Auffällig ist auch, dass in der Charta häufig falsche Jahreszahlen und historische Irrtümer vorkommen. Ein Beispiel hierfür ist die Behauptung, Deutschland hätte das Kolonialgebiet 1884 von Großbritannien erhalten. Auch die Behauptung, dass die Zweiteilung Kameruns 1915 anstelle von 1919 erfolgte, ist historisch nicht richtig. Es wird behauptet, dass

„die britische Verwaltung Southern Cameroons von 1858 bis 1887 und dann von 1915 bis 1961 dem Land ein angelsächsisches Erbe hinterlassen hat: die Amtssprache ist Englisch, und die Kultur und die Wertesysteme in den Bereichen Bildung, Recht, Verwaltung, Politik, Regierungsführung und Institutionen stammen alle aus dem Englischen” (AGovC 2019:5, Übersetzung J.B)

Historisch falsch dargestellt ist in diesem Absatz , dass Southern Cameroon von 1858 bis 1887 britisch verwaltet worden sei. Nach 1884, als die ersten Schutzverträge von Gustav Nachtigall und den Vertretern der Douala unterzeichnet wurden, wurde das Gebiet erstmals zu einem kolonialen Territorium (Schicho 2001:54). Britische Händler und Missionare hatten zwar zuvor schon intensiven Austausch und Handel in der Gegend betrieben, aber keinerlei Verwaltungsaufgabe oder gar Herrschaft über lokale Bevölkerungen ausgeübt (ebd). Von einer „britischen [Kolonial-]Verwaltung“ kann keine Rede sein, auch wenn diese Zeit der Handelskontakte einen kulturellen Einfluss hinterlassen haben. Hingegen erwähnt die Charta

den enormen kulturellen Einfluss durch Deutschland zwischen 1884 und 1915 nicht, den beide kamerunischen Landesteile erlebten und der als Grundlage der Wiedervereinigung 1961 diente.

Eine besonders hervorstechende undurchsichtige Behauptung der Charta ist die Darstellung der Naturkatastrophe 1986 am Lake Nyos im westlichen Kamerun. Gesichert und vielfach belegt ist, dass aufgrund einer sogenannten limnischen Eruption im August 1986 das im Nyos-Seewasser gelöste Kohlendioxid schlagartig freigesetzt wurde. Rund 1,6 Millionen Tonnen freigesetztes Kohlendioxid in den umliegenden Täler erstickten über 1700 Menschen (vgl. Preger 2016, Wiedemann 2008). Dahingegen wird in der Charta behauptet, dass es sich hierbei um ein Chemiewaffenangriff der Republique du Cameroun gehandelt haben soll.

“On 21 August 1986 more than 3,000 people and an untold number of livestock and other animals in the vicinity of Lake Nyos in Southern Cameroons perished from inhaling a gas later identified as a mixture of carbon dioxide and hydrogen sulphide, an incident the people of Southern Cameroons (Ambazonia) continue to hold firmly as a chemical weapon attack on their very existence orchestrated by the hands of La Republique du Cameroun” (AGovC 2019:10)

Sollte diese Naturkatastrophe eine geplante Chemiewaffenattacke der Republik Kamerun gewesen sein, hätte die kamerunische Regierung astronomische Mengen an Kohlendioxid und nahezu göttliche Naturkontrolle zur Verfügung gehabt. Der Republik Kamerun werden somit also wirklich übermenschliche Fähigkeiten und widernatürliche Gräueltaten zugemutet.

Im Bezug auf den angeblichen Kolonialismus der *République du Cameroun* wird jedoch vor allem die wirtschaftliche Ausbeutung und die bewusste Unterentwicklung von Ambazonia angeprangert. Die natürlichen Ressourcen wie Öl, Gas, Holz und Gummi würden systematisch ausgebeutet, ohne dass die Region davon profitierte. Gleichzeitig würden Unternehmen und Infrastrukturprojekte, die in den *Southern Cameroons* initiiert worden waren, zerstört oder stillgelegt. Als Beispiele hierfür werden die Schließung der Cameroons Bank (CAMBANK), und die Stilllegung von Häfen in Victoria, Tiko und Ndian sowie des Tiko International Airports genannt (vgl. AGovC 2019:9).

Die Republik Kamerun wird außerdem für die Unterdrückung der Bildung und Kultur in Ambazonia kritisiert. Lehrer Bildungsstätten würden geschlossen, der Bildungshaushalt stark gekürzt, und das „anglo-sächsische Common-Law-System“ würde durch das fremde, „französischstämmige“ Zivilrechtssystem verdrängt, das *„foreign to the heritage of the people*

of Southern Cameroons“ sei (AGovC 2019:9). Dies führe zu einem schleichenden Verlust der kulturellen und rechtlichen Identität von Ambazonia.

Auffällig bei dieser Argumentation ist, dass das angelsächsische Erbe sehr betont wird, obwohl dieses Erbe in den *Southern Cameroons* ja erst 1919 angetreten wurde und kaum 40 Jahre später, im Jahr 1961, ja schon die „Wiedervereinigung“ mit Französisch-Kamerun erfolgte. Im kollektiven Gedächtnis Ambazonias und besonders in der Erinnerungspolitik der politischen Bewegung sind diese 42 Jahre anscheinend jedoch der zentrale Bezugspunkt des Nationalismus.

Weiters beschreibt die Präambel die Formierung der organisierten Widerstandsbewegungen in den *Southern Cameroons*. Hier werden die schon erwähnten Veröffentlichungen 1985 von Fon Gorji-Dinka, insbesondere auf zentrale Dokumente wie „*The New Social Order*“ (Gorji-Dinka 1985a), „*The Letter to the L'État Major of Cameroun: Defuse the Timed Bomb*“ (Gorji-Dinka 1985b) und „*The Revolt of Ambazonia*“ (Gorji-Dinka 1985c) erwähnt, in denen Gorji-Dinka die Unrechtmäßigkeit der kamerunischen Herrschaft anprangerte. Diese Schriften legten nach Eigenaussage den Grundstein für die breitere Unabhängigkeitsbewegung, welche Gorji-Dinka als einen ihrer Vordenker betrachtet und sich auf seine Schriften als historische und rechtliche Grundlage für ihren Anspruch auf Unabhängigkeit bezieht.

Gorji-Dinka war im Übrigen augenscheinlich auch die Person, die zum ersten Mal das Wort „Ambazonia“ nutzte, eine Worterfindung aus den Komponenten „*ambas bay*“ und „Zone“. Die „*ambas bay*“ ist ein kurzer Strandabschnitt ein bisschen abseits gelegen in Limbe. Hier gründete der britische Baptisten-Missionar Alfred Saker im Jahr 1858 eine Siedlung, die als *Victoria Colony* bezeichnet wurde (vgl. Underhill 1881:88). Es handelte sich hier jedoch um eine Missionsstation mit britischen Missionaren, nicht um eine staatlich sanktionierte Herrschaftskolonie Großbritanniens. Warum dieser Bucht im heutigen anglophonen Separatismus eine dermaßen große Bedeutung zugemessen wird, ist nicht ersichtlich, besonders da das heutige Zentrum der Kleinstadt in der benachbarten *Morton Bay* gelegen ist, inklusive dem ehemaligen Hafen, der *Alfred-Saker-Street* und allen größeren historischen Bauwerken.

Als weiterer historischer Bezugspunkt wird in der Charta die „*All Anglophone Conference*“ von 1993 und 1994 genommen. Dort hätten sich die Menschen der *Southern Cameroons* zum ersten Mal seit 1972, wieder „als Volk“ versammeln können, jedoch „*vor dem Hintergrund von Terror und Störungen durch das kamerunische Militär*“ (AGovC 2019:10) Der daraus entstandene

Southern Cameroons National Council (SCNC) sei in der Interpretation der Ambazonia-Bewegung daraufhin beauftragt worden, sich um die Unabhängigkeit der Region zu bemühen. Die Charta schreibt, dass der SCNC im Jahr 2005 ein eigenes Referendum durchgeführt habe, da die Republik Kamerun keinerlei Bereitschaft gezeigt habe, auf die Forderungen einzugehen (AGovC 2019:10). Von den angeblich 300.000 Teilnehmenden des Referendums hätten 99 % für die Unabhängigkeit der *Southern Cameroons* von Kamerun abgestimmt (AGovC 2019:11). Diese Abstimmung wäre jedoch von der kamerunischen Regierung nicht anerkannt worden und von Repressionen begleitet gewesen, bei denen zahlreiche Menschen verhaftet, gefoltert oder getötet wurden. Hier werden namentlich Abel Apong, Chrispus Keenebie, John Kudi und Paul Chiajoy Juangwa genannt (AGovC 2019:11).

Für diese angebliche historische Abstimmung lassen sich weder online noch in akademischer Literatur Verweise, Abschriften, Presseartikel oder ähnliches finden. Auch die hohe Anzahl an angeblichen Teilnehmenden sowie das Abstimmungsverhalten sind nicht realistisch. Jedoch werden drei der genannten Personen in einem Report von Amnesty International des Jahres 1998 aufgeführt (siehe Amnesty International 2000), da sie laut Amnesty bei der Sammlung von Unterschriften festgenommen wurden. Trotzdem muss meiner Ansicht nach, infolge meiner Recherche davon ausgegangen werden, dass zumindest die Ergebnisse jener angeblichen Abstimmung im Jahr 2005 frei erfunden sind.

Insgesamt bekräftigt die Präambel im Weiteren das Ziel, einen souveränen Staat Ambazonia zu errichten, der durch Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden und Wohlstand gekennzeichnet sein werde. Sie verweist auf internationale Gesetze und Resolutionen, wie die UN-Resolution 1514 (XV) und die Afrikanische Charta der Menschenrechte, die das Recht der Völker auf Selbstbestimmung schützen. Außerdem hebt sie die Verpflichtung hervor, Frauenrechte, die Rechte von Minderheiten sowie soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit zu fördern (vgl. AGovC 2019:4ff.).

Die Präambel schließt mit einem Aufruf an das Volk von Ambazonia, vereint für die Unabhängigkeit und die Errichtung eines stabilen, demokratischen und wohlhabenden Staates zu kämpfen (AGovC 2019:14). Sie definiert die Charta als oberstes Regelwerk zur Organisation und Führung des Befreiungskampfes und zur Etablierung einer souveränen Nation. Auf die Präambel folgend werden im zweiten Teil die organisatorische Struktur und die Funktionsweise einzelner Organe auf 75 Seiten detailliert erläutert.

Dort beschreibt die Charta, dass die Bewegung aus zwei Kernstrukturen besteht: der *Ambazonia Mission*, die als Befreiungsfront fungiert, und dem AGovC, das als Leitungsgremium dient (AGovC 2019:16 - 19). Es soll verschiedene Verwaltungsebenen geben, von lokalen Einheiten bis hin zu nationalen und internationalen Vertretungen (AGovC 2019:25 - 33). Die *Ambazonia Women's Brigade* und die *Ambazonia Youth Brigade* werden als spezialisierte Einheiten für Frauen und Jugendliche innerhalb der Bewegung aufgeführt (AGovC 2019:34 - 37). Es werden weiters verschiedenste Gremien, Committees und Organe aufgelistet, darunter der Nationale Rat, der *Council of Missions* und das Amt des Präsidenten (AGovC 2019:40 - 70). Der Präsident soll die Führungsrolle innerhalb des AGovC übernehmen und die strategischen und politischen Entscheidungen koordinieren (AGovC 2019:71 - 76)

Darüber hinaus sind mehrere Ministerien und Verwaltungsorgane vorgesehen, die verschiedene Zuständigkeiten abdecken. Dazu gehören ein Innenministerium, Außenministerium, das Ministerium für Kommunikation und Informationstechnologie, ein Bildungsministerium, ein Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und natürliche Ressourcen sowie ein Finanzministerium. Jedes dieser Ministerien habe die Aufgabe, bestimmte Aspekte des Übergangsprozesses zur Unabhängigkeit sowie die spätere Regierungsführung zu planen (AGovC 2019:77 - 97).

In den Abschnitten zu Finanzen wird detailliert auf die Finanzverwaltung des AGovC eingegangen (AGovC 2019:92ff.). Hierbei geht es um Haushaltsplanung, Transparenz und Kontrollmechanismen zur Sicherstellung der Ressourcen. Die Organisation betont, dass sie alle finanziellen Mittel strategisch für den Befreiungskampf sowie für den Aufbau einer funktionierenden Verwaltung nach der Unabhängigkeit nutzen wollen. Zudem werden in den letzten Kapiteln verschiedene organisatorische und rechtliche Bestimmungen festgelegt, die sicherstellen sollen, dass die Bewegung „*diszipliniert, effizient und strategisch*“ (AGovC 2019:4, Übersetzung J.B.) agiert.

Zugehörigkeit zu Ambazonia und den Southern Cameroons

Des Weiteren soll in dieser Analyse anhand der Charta herausgearbeitet werden, wer innerhalb des Diskurses der Unabhängigkeitsbewegung überhaupt Teil von Ambazonia sei. In der Charta des AGovC wird klargemacht, dass jeder auf ambazonischen Boden geborene Mensch automatisch Teil der Freiheitsfront sei (AGovC 2019:20). Diese sehr inklusive Darstellung gleicht dem amerikanischen Staatsbürgerschaftsverständnis. Während das in Europa übliche Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*) an die Staatsbürgerschaft der Eltern anknüpft, scheint für das Imaginum Ambazonia ein gewisses Geburtsortprinzip (*ius soli*) vertreten zu sein. Jede Person, unabhängig von ihrer Herkunftsfamilie, kann somit als Ambazonier*in geboren werden, frei von ethnonationalistischen Zuschreibungen.

Daher scheint die nationale Idee Ambazonia, eine nicht durch ethnische Zugehörigkeiten definierte. Elemente eines ethnischen Nationalismus sind in der Charta des AGovC, aber auch auf jeglichen anderen Publikationen oder der Webseite nicht zu finden. Es finden sich nicht einmal Beschreibungen (Nomination) oder Predikationen, die auf im Gebiet vertretene Ethnien hinweisen. Darüber hinaus sei nicht nur jeder auf ambazonischen Boden geborene Mensch automatisch Teil der *Freedom front*, sondern diese Möglichkeit erstreckt sich auch auf deren Ehepartner und Kinder. Eine irgendwie geartete Form der Blutsverwandtschaft wird nicht abverlangt, denn

„Auch alle anderen Personen, die eine klare Identifikation mit dem ambazonischen Volk und Unabhängigkeit und der Gründung und dem Aufbau des souveränen Staates Ambazonia haben, finden einen Platz in der Befreiungsfront der Mission Ambazonia.“
(AGovC 2019:20, Übersetzung J.B.)

Freiwilligkeit sei hier jedoch nicht gegeben, denn die Bereitschaft für die Unabhängigkeit Ambazonias einzustehen, wird implizit aufgezwungen. Die Möglichkeit, dass ambazonische Bewohner*innen sich weiterhin für einen Föderalismus einsetzen, wird hier kategorisch ausgeschlossen und verurteilt.

„Da die Befreiungsfront für die Freiheit Ambazonia ist, sind alle Ambazonier von Geburt an ipso facto Mitglieder der gesamten Befreiungsfront und akzeptieren ihre Ziele, Prinzipien, Politiken und Programme und sind bereit, diese Charta und Regeln zu befolgen.“ (AGovC 2019:20, Übersetzung J.B.)

In dem zitierten Satz wird argumentiert, dass alle Ambazonier*innen von Geburt an automatisch Mitglieder der Befreiungsfront sind, einfach aufgrund der Tatsache, dass sie Ambazonier*innen sind. Es wird impliziert, dass ihre Zugehörigkeit allein durch ihre Geburt in dieser Identität begründet ist, ohne dass sie sich aktiv anmelden, beitreten oder dies ausdrücklich erklären müssen.

Der Satz legt fest, dass es eine untrennbare Verbindung zwischen der Identität als Ambazonier und der Mitgliedschaft in der Befreiungsfront gibt. Weiters wird klar gemacht, dass zwar von allen Bewohner*innen ideologische Unterstützung abverlangt wird, jedoch nicht jeder dann auch gleich Teil der Bewegung sein kann. Nur jene Erwachsenen, welche die *„festgelegten regelmäßigen monatlichen finanziellen Beiträge zur Förderung der Sache der Freiheit leisten und die einen Treueeid auf die Mission, die Werte und die Ziele des AGovC geleistet haben“* (AGovC 2019:20, Übersetzung J.B.) sind dann tatsächlich Mitglied in des AGovC. Finanzielle Unterstützung nimmt bei der Mitgliedschaft also einen großen Stellenwert ein. Dies bezüglich wird auch viel von Wegezöllen und erpressten „Schutzgeldern“ der militanten Separatisten berichtet (vgl. Serwat & Beevor 2024:22ff.).

Auch das Thema rund um „Verrat“ spielt in der Charta wie auch vor Ort eine Rolle. Die Charta schreibt im Absatz 5.12.

„Jedes Mitglied, das die Sache der Unabhängigkeit Ambazonias verrät, insbesondere durch die Weitergabe von geheimen Informationen an die Feinde unseres Volkes, das dem Feind den Aufenthaltsort unseres Volkes, um entführt oder getötet zu werden, verrät [sic], verliert allein durch die Tatsache einer solchen Handlung dauerhaft die Mitgliedschaft in der AGovC.“ (AGovC 2019:21, Übersetzung J.B.)

Diese vergleichsweise sanfte Formulierung zum Thema der Abtrünnigkeit oder Kollaborateure wird vor Ort in den umkämpften Gebieten anders gehandhabt. Den Ambazonia-Kämpfenden werden teils schwerste Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen (vgl. Human Rights Watch 2018 sowie Serwat & Beevor 2024:22ff.). Bewaffnete Separatisten nahmen und nehmen immer wieder Menschen ins Visier, die sie beschuldigen, nicht auf ihrer Seite zu stehen, mit der Armee zu kollaborieren oder die „Befreiungssteuer“ nicht zu bezahlen. Bekannt wurde beispielsweise der Fall von der Gefängniswärterin Ayafor Florence, welche 2019 von „Amba Boys“ unter dem Vorwurf des Verrats öffentlich enthauptet wurde (BBC Pidgin 2019). Auch andere vergleichbare Verbrechen haben es in die internationale Öffentlichkeit geschafft (Amnesty

International 2018, Human Rights Watch 2021, OCHA 2024). Entführungen und Erpressungen traditioneller Oberhäupter und anderer sind leider in den betroffenen Regionen auch 2025 noch an der Tagesordnung (CNA 2025, Serwat & Beevor 2024:22ff.).

Was genau jetzt die Kultur oder Einstellung der *Southern Cameroons* ausmache, wird im Dokument nicht genauer beschrieben. Es wird jedoch auf ein Urteil der Afrikanischen Kommission für Menschenrechte und Rechte der Völker (ACHPR) hingewiesen, welches 2003 vom SCNC angerufen wurde. Darin wird festgestellt, dass

„das Volk [people] von Southern Cameroon als ein „Volk“ [people] bezeichnet werden kann, weil es zahlreiche Merkmale und Gemeinsamkeiten aufweist, darunter eine gemeinsame Geschichte, eine sprachliche Tradition, eine territoriale Verbindung und eine politische Einstellung. Noch wichtiger ist, dass sie sich selbst als ein Volk mit einer eigenen und unverwechselbaren Identität identifizieren. Die Identität ist ein angeborenes Merkmal innerhalb eines Volkes. Es obliegt anderen, externen Völkern, diese Existenz anzuerkennen, aber nicht zu verleugnen.
(AGovC 2019:12, Übersetzung J.B)

So wird die anglophone Identität zwar nahezu ethno-kulturell vermischt, Referenzen zu beispielsweise benötigter Hautfarbe, gesprochenen Sprachen oder ethnischen Zugehörigkeiten oder dergleichen sind aber nicht zu finden. Zwar wird von einer „sprachlichen Tradition“ gesprochen, der Gebrauch des Englischen scheint jedoch kein Kriterium für die Mitgliedschaft und Zugehörigkeit zu den *Southern Cameroons* zu sein. So bleibt teilweise offen, was mit dieser „sprachlichen Tradition“ gemeint ist, was wiederum für das höchst inklusive und interethnische Verständnis von Ambazonier*innen gedeutet werden kann.

Auch stellt diese Darstellung die Überschneidung der Identifikation von anglophone Kameruner*innen und Ambazonier*innen infrage. Es zeigt, dass in der Vorstellung der politischen Bewegung, das zukünftige Ambazonia nicht per se englischsprachig sein muss. Es zeigt dabei auch, dass es beim Konflikt um tiefgreifendere Identifikationsmuster als um *Sprache* geht, ein Faktum, welches in der medialen Darstellung des Konfliktes im internationalen Diskurs oft weichgespült wird. Genauso ist die Imagination von der Gesellschaftskategorie „Ethnie“ nicht so relevant und identitätsstiftend für den ambazonischen Nationalismus, wie aus einer europäischen Denkweise heraus gedacht werden könnte. Die Frage nach einer Übereinstimmung von ethnischen und politischen Grenzen wird im ambazonischen Nationalismus gar nicht gestellt, vertretene Ethnien nicht einmal beim Namen

genannt. Somit scheint die politische Bewegung Ambazonia, eine „interethnische“ Bewegung im Sinn von Forrest (2004:3f) zu sein, welche vielmehr versucht eine breite Allianz aufzubauen.

Die imaginierte Gemeinschaft Ambazonia versteht sich als eine Bewegung der „*Vielfalt der Ansichten, Erfahrungen und Potenziale*“ (AGovC 2019:4, Übersetzung J.B). Der Bedarf nach einer tieferen Definition der eigenen authentischen und homogenen Kultur wird hier klar eine Absage erteilt, genauso, wie jenem nach notwendiger Blutsverwandtschaft, um Teil der ambazonischen Befreiungsbewegung zu sein. Ethnizität als Identitätsmerkmal wird sogar explizit abgelehnt, denn die Bewegung Ambazonia sei „*gegen jede Form von tribalistischem Exklusivismus oder ethnischem Chauvinismus*“ (AGovC 2019:18, Übersetzung J.B). Warum Ethnizität und Tribalismus dermaßen abgelehnt werden, wird zwar nicht detaillierter erläutert, es zeigt jedoch, dass diese als hemmend für gesamtstaatliche Entwicklung und effektive Regierung angesehen werden. Das Imaginum Ambazonia, welches frei von diesem Exklusivismus gedacht wird, soll sich damit auch von der Ist-Situation im heutigen Kamerun abgrenzen.

Ambazonia als Abgrenzung

So ist zwar klar, was Ambazonia und der AGovC nicht sind oder nicht sein wollen, jedoch scheint diese Definition sich im Besonderen auf die Abgrenzung zu etwas anderem zu beschränken. Dahingegen werden „die Anderen“, wird Französischkamerun sehr detailliert negativ beurteilt. In seiner Selbstdefinition beschreibt sich der AGovC in seiner Arbeitsweise als „*nicht-nepotisch, nicht-zonal gespalten, nicht-prebendalistisch, nicht-sexistisch, antirassistisch*“ (AGovC 2019:18, Übersetzung J.B). Interessant ist, dass das Wort „prebendalistisch“, um Schutzherrschaftsverhältnisse zu bezeichnen, in der akademischen Literatur nicht häufig verwendet wird, sondern fast nur im Zusammenhang mit Nigeria (vgl. Joseph 1987). Ansonsten wird das gleiche Phänomen oft als „neopatrimonial“ bezeichnet.

Französisch-Kamerun sei von anfang an seinem britischen Teil feindselig und unnachgiebig gegenüber gestanden und zeigte stets „*mangelnde Bereitschaft zu einem Dialog mit den Southern Cameroons*“ (AGovC 2019:13, Übersetzung J.B). Wörter, mit denen Französisch-Kamerun beschrieben wird, sind „manipulativ“ und „gierig“. Firmen in den *Southern Cameroons* seien durch Französisch-Kamerun absichtlich in den Ruin getrieben worden, oder die Firmensitze in den frankophonen Teil Kameruns verlegt worden. In einem langen Absatz

wird ausführlich aufgezählt und beschrieben, welche Firmen in den *Southern Cameroons* absichtlich und „böswillig“ (=maliciously) durch die Regierung geschlossen wurden (AGovC 2019:9)

Blutiger wird es auf den Seiten 12 und 13 der Charta, in denen den „Söldnern der Regierung Französisch-Kameruns“ vorgeworfen wird, junge Mädchen zu vergewaltigen, und Bürger der *Southern Cameroons* würden von denselben gezwungen, Abwasser zu trinken.

„Das Militär der Republik Kamerun ertränkte und ertränkt immer noch den gewaltlosen, friedlichen Widerstand der Bevölkerung Southern Cameroons gegen die Ungerechtigkeiten der Republik Kamerun im Blut der unbewaffneten Südkameruner“
(AGovC 2019:12, Übersetzung J.B).

Ähnlich einem „Othering“ wird hiermit versucht, die eigene Identität durch eine Abgrenzung zu etwas anderem zu formieren. In einer Perspektivierung (vgl. Wodak & Reisigl 2009:94) wird Ambazonia als das deklariert, was Französisch-Kamerun nicht ist: friedlich, gerecht, demokratisch, menschen- und wirtschaftsfreundlich (AGovC 2019:17).

Der Fokus auf die externalisierten Probleme – wie die vermeintliche Annexion durch Französisch-Kamerun – lenkt trotzdem enorm von den internen Herausforderungen ab, die auch in einem unabhängigen Ambazonia existieren. Themen wie der Umgang mit ethnischen Spannungen, wirtschaftliche Ungleichheit oder politische Korruption werden im Charta-Text kaum behandelt. Es fehlt eine klare Vision, wie Ambazonia als unabhängiger Staat solche internen Herausforderungen bewältigen will. Der Ton der Charta signalisiert, dass alle negativen Auswirkungen durch einen eigenen Nationalstaat beseitigt werden würden. Somit erscheint der Nationalismus als defensiv und reaktiv, ohne einen positiven Plan für die Zukunft zu bieten.

Eine kritische Auseinandersetzungen mit der Bewegung oder abweichende Meinungen innerhalb der Bevölkerung werden implizit und explizit als Verrat dargestellt (AGovC 2019:21). Diese ideologische Starrheit unterdrückt den notwendigen Raum für interne Diskussionen, Meinungsvielfalt und Selbstkritik, die für eine starke und widerstandsfähige nationale Bewegung erforderlich sind. Dadurch wird der ambazonische Nationalismus anfällig für Autoritarismus einerseits, für interne Spaltungen andererseits.

Die Imagination „Ambazonia“

Demokratie und Wirtschaft

Die Beschreibungen der Imagination „Ambazonia“ bezüglich ihrer historischen Verortung und wirtschaftspolitischen Vorstellungen geben Aufschluss über die inhaltlich-theoretischen Alleinstellungsmerkmale und Positionierungen dieser politischen Bewegung. Daher wird weiters versucht, herauszuarbeiten, welche Benennungen und diskursiven Intensivierungen (vgl. Wodak & Reisigl 2009:64) in der Charta zu finden sind.

Die Charta des *Ambazonia Mission Freedom Movements* beschreibt die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung von Ambazonia nach der angestrebten Unabhängigkeit als eine Phase des schnellen Wachstums, der Stabilität und des Wohlstands (AGovC 2019:13). Dabei steht die wirtschaftliche Entwicklung hin zu einem modernen kapitalistischen Nationalstaat im Fokus:

Erstens solle Ambazonia eine eigenständige Wirtschaft aufbauen, die nicht mehr von der Republik Kamerun abhängig ist. Dies beinhaltet die nachhaltige Nutzung und Verwaltung der Bodenschätze wie Öl, Gas, Holz und der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Die Einnahmen aus diesen Ressourcen sollen direkt der Bevölkerung zugutekommen und für den Aufbau von Infrastruktur, Bildung und sozialen Diensten genutzt werden (AGovC 2019:87f). Die Charta betont die Notwendigkeit einer raschen Industrialisierung und technologischen Modernisierung. Bildung, Forschung und technologische Entwicklung sollen als Motoren für nachhaltiges Wirtschaftswachstum dienen (AGovC 2019:17). Nach der Unabhängigkeit soll Ambazonia ein attraktives Land für ausländische Investoren werden (AGovC 2019:18,87).

Zweitens erhofft sich Ambazonia daraus resultierend eine gerechtere Verteilung von Wohlstand und wirtschaftlichen Chancen. Konkret wird das kapitalistische Ideal vertreten, eine Gesellschaft zu werden, in der jeder Bürger die Möglichkeit hat, durch harte Arbeit und Innovation erfolgreich zu sein. Sie wünschen sich den

„Aufbau eines chancenreichen Ambazoniens, in dem harte Arbeit zu persönlichem und gesellschaftlichen Erfolg und Wohlstand führt, mit einem weitverbreiteten Patriotismus und Loyalität, in dem die kulturelle, die kulturelle, sprachliche, geographische und religiöse Vielfalt der Menschen anerkannt, geschätzt und in das

ganzheitliche wirtschaftliche Wachstum des Landes integriert wird.“
(AGovC 2019:18, Übersetzung J.B.)

Drittens sollen Ungleichheiten, die durch die lange Periode der kamerunischen Herrschaft entstanden seien, beseitigt werden (AGovC 2019:18). Die aktuell regierende Republik Kamerun wird in dieser Interpretation als der Region gegenüber wirtschaftsfeindlich angesehen, als Wachstumshemmer einer industrialisierten, fortschrittlichen Ökonomie. Allgemein ist die wirtschaftliche Strategie der Ambazonia-Bewegung recht allgemein, aber hoffnungsvoll gehalten, ohne konkrete Ideen bezüglich Wirtschaftsstrategien oder beispielsweise bevorzugter Handelspartner (ebd.).

Daraus schließen lässt sich jedoch, dass es sich bei der politischen Bewegung Ambazonia um ein separatistisch-nationalistisches und kapitalismus-orientiertes Projekt handelt. Andere wirtschaftspolitische Ideologien, wie beispielsweise Sozialismus oder Kommunismus, sind nicht vertreten. Vielmehr scheint es, wie Gellner (1997: 64) schreibt, dass der Separatismus im Zuge des verspäteten Nachzugs in die kapitalistische Moderne entstanden ist. Das Ziel der im solchen Sinne „nachkommenden Gruppe“, den anglophonen Kamerunern, ist es augenscheinlich, *„das Projekt der Modernisierung unter eigener Flagge, das heißt im Rahmen eines eigenen souveränen Staates, fort(zu)setzen. Nur so können sie sich vor der bedrohlichen Konkurrenz seitens der überlegenen Gruppe schützen.“* (Gellner 1997: 64) In der Hoffnung auf einen eigenen souveränen Staat schwingt hier die Hoffnung auf einen erfolgreichen Neuanfang in der kapitalistischen Moderne mit.

Demokratie im Gegenzug spielt für diesen Neuanfang eine untergeordnete Rolle. Zwar kommt das Wort 19-mal im Dokument vor, jedoch stets im Rahmen einer Aufzählung verschiedener Schlagworte:

„das Volk von Ambazonia hat beschlossen, als freies Volk in einem souveränen Staat Ambazonia zu leben, der sich durch Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden und Wohlstand auszeichnet“ (AGovC 2019:5, Übersetzung J.B.)

Die Demokratie wird zwar als Zielvorstellung benannt (Nomination), jedoch nicht als zentrales Identitätsmerkmal hervorgehoben (Milderung, vgl. Wodak & Reisigl 2009:94). Auch in den vorgesehenen Strukturen der AGovC Befreiungsfront findet demokratische Teilhabe nur wenig Raum. Obwohl demokratische Elemente wie Abstimmungen in der Charta erwähnt werden, scheint die tatsächliche Entscheidungsgewalt nicht gleichmäßig verteilt zu

sein. Die Beschreibungen der einzelnen Positionen sind stark hierarchisch geprägt, und es gibt kaum Feedbackmechanismen für Führungspositionen, wie beispielsweise für den Präsidenten des AGovC, ein Amt, das in einer der Splittergruppen seit 2018 von Herrn Dr. Ayaba Cho bekleidet wird. Zudem bleiben die Wahlmodalitäten für politische Ämter innerhalb des AGovC unklar, insbesondere für jene Position des Präsidenten (AGovC 2019:71–72). Dieses Amt hat einen überproportionalen Einfluss, insgesamt wirkt die Struktur oligarchisch und pseudodemokratisch.

Kollektives Gedächtnis und Erinnerungspolitik

Wie jedoch schafft es sich Ambazonia kulturell ein- und abzugrenzen? Wie schon erwähnt, werden in der Charta einige Eigenschaften aufgezählt, welche bei den anglophonen Kamerunern im Gegensatz zu den frankophonen Kamerunern nicht vertreten seien und somit die eigene Identität markieren. Weiters sind sinnstiftende Referenzen auf bedeutende Persönlichkeiten zu finden, welche im „kollektiven Gedächtnis“ Ambazonia ihren Platz haben würden.

Dazu zählen Politiker wie der bereits erwähnte Fon Gorji-Dinka, Verfasser mehrerer Schriften der Unabhängigkeitsbewegung, John Ngu Foncha, ehemaliger Premierminister der *Southern Cameroons* und Vizepräsident der Republik Kamerun, der sich für eine Föderation mit gleichberechtigtem Status einsetzte, sowie Augustine Ngom Jua, ebenfalls ehemaliger Premierminister der *Southern Cameroons*. Außerdem werden diverse vermeintliche Widerstandskämpfer namentlich erwähnt, darunter ein Matthew Titiahonjo (getötet 2002), neun Personen unter dem Pseudonym „Bepanda Nine“, Emmanuel Konsek, Mathias Ngum, Joseph Ndifon und viele andere. Diese werden allerdings diskursiv nicht als Märtyrer oder dergleichen innerhalb der Ambazonia-Bewegung benannt, sondern als Opfer des Kolonialismus der Republik Kamerun. Auch ist in diesem Fall nicht herausgestellt, ob diese für ein souveränes Ambazonia gekämpft haben, oder nur die allgemeine kamerunische oder anglophone Opposition repräsentiert haben. Die neun Personen der „Bapenda Nine“ waren beispielsweise neun frankophone junge Männer im frankophonen Douala, welche 2001 unter ungeklärten Umständen aus einer Haftanstalt verschwanden. Welchen Bezug diese zu Ambazonia haben, ist unklar. Vielmehr wirkt die Aufzählung berühmter Menschenrechtsfälle als Unterstützung der Argumentation des „Unrechtsstaats“ *Cameroun*.

Insgesamt imaginiert die politische Bewegung ein Ambazonia aufgrund einer romantisierten und vereinfachten Geschichtsdarstellung. Sie basiert in der Konstruktion binärer Gegensätze zwischen Französisch-Kamerun und den *Southern Cameroons* und setzt sich nur unzureichend mit internen Herausforderungen und praktischen Realitäten auseinander. Der Fokus auf historische Ungerechtigkeiten und rechtliche Ansprüche verdeckt die Notwendigkeit, ein differenziertes Konzept für den Staat Ambazonia zu entwickeln. Die Vision eines prosperierenden, demokratischen und technologisch fortschrittlichen Ambazonia wird in der Charta sehr idealistisch formuliert, ohne wirtschaftliche und geopolitische Realitäten zu berücksichtigen oder argumentativ einzubinden. Es bleibt unklar, wie Ambazonia als kleiner Staat in der Region wirtschaftlich überleben und sich gegen geopolitische Herausforderungen behaupten will. Gut umschreiben lässt sich das Imaginarium „Ambazonia“ deshalb als Mittel zum Zweck der Befreiung. Der vertretene Nationalismus ist ein Mittel zum Zweck der Unabhängigkeit von der als Kolonialmacht wahrgenommenen Republik Kamerun.

Wie eben erwähnt schwächelt die geschichtliche Einordnung der „imagined community“ Ambazonia in der Charta wie auch in anderen Publikationen der politischen Bewegung. Wie Gellner (1991:124) schon prophezeite, ist es für eine afrikanische politische Bewegung im Besonderen schwer, auf protonationalistische Gefühle zurückzugreifen. So wird Großteils auf die Periode der britischen Treuhandverwaltung, so wie auf eine vorgestellte (Vor-) Geschichte an der „Ambas Bay“ hingedeutet. Afrikanisch-autochthone Referenzen fehlen als Zugriffspunkt des ambazonischen Nationalismus. Da eine lokale Hochkultur nicht als Zugriffspunkt verwendet wird, muss „eine fremde, europäische Hochkultur“ (Gellner 1991:124) herhalten.

Die britisch geerbte Gesellschaftsordnung wird dabei in der Charta des AGovC durchweg romantisiert. Elemente dieser Romantisierung der britischen Kolonialherrschaft sind vielfach zu finden, indem sie die britische Verwaltung von *Southern Cameroons* als positiv, fair und im Gegensatz zu der nachfolgenden französischen und kamerunischen Kontrolle idealisiert (AGovC 2019:5). Die britische Kolonialherrschaft wird weiters für die Einführung eines effizienten Verwaltungs- und Bildungssystems gelobt, das den Menschen Ambazonias Chancen und Stabilität geboten habe (AGovC 2019:9). Es wird suggeriert, dass das britische Modell den Grundstein für eine eigenständige, prosperierende Nation gelegt habe:

„die Amtssprache ist Englisch, und die Kultur und die Wertesysteme in den Bereichen Bildung, Recht, Verwaltung, Politik, Regierungsführung und Institutionen stammen alle aus dem Englischen“ (eigene Übersetzung, Charta des AGovC, S. 5)

Weiters wird argumentiert, dass das englische Rechtssystem (*Common Law*) gerechter und besser geeignet sei als das französisch inspirierte *Civil Law*, das von der Republik Kamerun eingeführt wurde, beziehungsweise welche seit parallel 1961 wirkten. Die Briten hinterließen laut der AGovC-Charta eine gerechte und transparente Rechtskultur, während das französisch-kamerunische Rechtssystem als fremd und repressiv dargestellt wird (AGovC 2019:9). Tatsächlich ließe sich jedoch genauso argumentieren, dass beide Rechtssysteme dem afrikanischen Land historisch und kulturell gesehen „fremd“ und erst durch die koloniale Herrschaft eingeführt wurden.

Solche Darstellungen übersehen oder verschweigen die typisch kolonialen Machtverhältnisse, die mit der britischen Herrschaft einhergingen, einschließlich wirtschaftlicher Ausbeutung und begrenzter politischer Selbstbestimmung. Die britische Herrschaft wird implizit als humaner und gerechter dargestellt, insbesondere im Vergleich zur französischen Kolonialtradition, die von der Republik Kamerun übernommen wurde. Das angelsächsische Erbe wird als Basis einer demokratischeren und gerechteren Gesellschaft dargestellt, während die französisch inspirierte Zentralisierung und Assimilation Kameruns als autoritär und repressiv beschrieben wird. Dabei wird ausgeblendet, dass auch die britische Kolonialverwaltung primär ihren eigenen imperialen Interessen diene, dass koloniale Herrschaftssysteme in jederlei Form systematisch die lokale Bevölkerung politisch und wirtschaftlich marginalisierten. Diese selektive Erinnerung blendet die Machtungleichheiten und wirtschaftlichen Nachteile aus, die auch unter britischer Verwaltung existierten. Das Charta-Dokument erwähnt nicht, ob es auch während der britischen Herrschaft lokalen Widerstand und Unzufriedenheit mit der kolonialen Kontrolle gab. Es wird damit eine verzerrte, konfliktfreie Darstellung der britischen Ära gezeichnet. Dieses Narrativ entpolitisiert die britische Kolonialherrschaft und romantisiert sie als „goldenes Zeitalter“, was die komplexen Realitäten und Ambivalenzen dieser Periode übersieht.

Weiters thematisiert der AGovC in seiner Charta die UN-Abstimmung von 1961 und die Wiedervereinigung der *Southern Cameroons* mit der Republik Kamerun. Großbritannien wird in dieser Darstellung jedoch kaum für sein Versäumnis kritisiert, sich entschieden für die Selbstbestimmung der Region einzusetzen. Vielmehr liegt der Fokus auf der „Ungerechtigkeit“ der kamerunischen „Annexion“, während die britische Mitverantwortung nur erwähnt, aber

heruntergespielt wird (AGovC 2019:6-7). Großbritannien wird somit indirekt als neutraler Verwalter dargestellt, der *Southern Cameroons* in seiner kulturellen und institutionellen Entwicklung förderte, ohne eine Rolle in der späteren politischen Krise zu spielen. Diese Darstellung ignoriert, dass Großbritannien kein intrinsisches Interesse hatte, der Region eine souveräne Zukunft zu garantieren, sondern lediglich seine kolonialen Interessen schützte.

Insgesamt bleibt der Nationalismus des AGovC historisch sehr schwach verortet, protonationalistische Gefühle sind nicht identifizierbar. Hinweise auf einen „völkischen“, ethnonationalistischen Separatismus sind nicht zu finden, sondern werden sogar vehement abgelehnt. Die Autor*innen schaffen es in ihrer Charta kaum, besondere kulturellen Errungenschaften Ambazonias zu erwähnen, lediglich die Besonderheit und Vorteile des angelsächsischen Erbes, insbesondere in Bezug auf die Bildung, das Rechtssystem, die Verwaltung und die politische Kultur werden hervorgehoben. Die notwendige Abgrenzung, um sich von ihren „Unterdrückern“ - den frankophonen Kamerunern - kulturell zu unterscheiden, gelingt kaum. Dies ist fatal für eine interethnische Gruppierung, welche darauf bauen muss, breite Allianzen aufzubauen (vgl. Forrest 2004:3f). Der Aufbau einer imaginierten vorkolonialen Verbindung der anglophonen Kameruner wird kaum versucht, weder in der Charta, noch in anderen Publikationen. Lediglich der indirekte Hinweis über die Namensgebung von Ambazonia auf die Missionsstation an der „Ambas Bay“ von Alfred Saker schafft eine gewisse Vorgeschichte der Ambazonier*innen, auf welche jedoch, zumindest in der Charta und auf der Website des AGovC nicht tiefer eingegangen wird. Afrikanisch-autochthone Referenzen hingegen fehlen gänzlich.

Insgesamt jedoch entsteht eine gewisse theoretische Armut des ambazonischen Separatismus, der vielleicht auch erklärt, warum dieser trotz der vielen Kämpfe seit 2016 nicht die breite Unterstützung vor Ort aufbauen konnte, die für einen Erfolg der politischen Bewegung notwendig wäre.

V. Schwierigkeiten in der Analyse

Die Neutralität in der Berichterstattung über den Ambazonia-Konflikt ist aus mehreren Gründen schwierig. Im folgenden Unterkapitel soll erläutert werden, warum die Analyse des Diskurs einerseits durch die Komplexität des Konflikts und die darin mit sehr unterschiedlichen Interessen agierenden Akteure und andererseits durch die Form und Nutzung der Kommunikationsmedien erschwert wird und warum im Rahmen dieser Forschungsarbeit beispielsweise ein Interview mit Aktivist*innen der Bewegung als nicht zielführend für die weitere Erkenntnisgewinnung erachtet wurde.

Komplexität des Konflikts

Der Konflikt in den anglophonen Regionen Kameruns ist, wie schon erwähnt, von einer erheblichen Diskrepanz zwischen der internationalen Wahrnehmung und den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort geprägt. Während Exil-Kameruner der Diaspora in englischsprachigen Internetauftritten ihre eigenen spezifische Narrative über die Geschehnisse verbreiten, zeigt sich in Kamerun vor Ort ein weitaus komplexeres Bild (vgl. Serwat & Beevor 2024). Um solche Kontexte zu durchforschen und tiefgreifend zu verstehen, bedarf es viel Hintergrundwissen oder aber technische Fähigkeiten, um den Verlauf und die Tragweite von Berichterstattungen objektiv nachzuvollziehen, wie im Folgenden erläutert werden soll.

Besonders deutlich wird dies in der Entwicklung des Konflikts, der ja ursprünglich mit friedlichen Protesten anglophoner Anwälte und Lehrer gegen die wahrgenommene politische und wirtschaftliche Marginalisierung begann. Diese Proteste eskalierten jedoch in Richtung des bewaffneten Widerstands und Guerilla-Kriegs, angefeuert durch die gewaltvolle Repression der kamerunischen Staatssicherheit. Parallel zu den Protesten und Kämpfen erschloss sich ein ganzes Feld der Schattenwirtschaft in den umkämpften Gebieten (Serwat & Beevor 2024:24ff.)

Im Laufe der Zeit haben sich die Ziele und Taktiken der Kämpfe dabei zunehmend verändert (Serwat & Beevor 2024:13ff.). Während zu Beginn eine breit gefächerte Bewegung die verstärkte politische Autonomie oder Gleichberechtigung innerhalb des kamerunischen Staates forderte, kämpfen heute die bewaffneten Gruppen für eine alternativlose vollständige Unabhängigkeit der anglophonen Regionen. Diese Entwicklung wurde durch verschiedene Faktoren begünstigt, darunter die zunehmende Militarisierung der Auseinandersetzungen, aber

auch eventuelle externe Einflussnahmen der Diaspora und ideologische Verschiebungen innerhalb der separatistischen Bewegung (vgl. Serwat & Beevor 2024:18).

Der Konflikt wird inzwischen nicht nur durch strategische Planungen der beteiligten Akteure bestimmt, sondern folgt vielfach einem selbstverstärkenden Mechanismus: Beispielsweise dominieren Racheakte zunehmend das Kampfgeschehen zwischen ADF-Gruppen, dem kamerunischen Militär und lokaler Bevölkerung. Dies hat zur Folge, dass lokale Machtdynamiken und persönliche Fehden eine immer größere Rolle spielen, wodurch sich der ursprüngliche politische Charakter des Konflikts mit der Zeit verwischt. Insbesondere die sogenannten „Amba Boys“, bewaffnete Separatistengruppen, agieren heute in Guerilla-Taktiken und verüben Überfälle, die sich nicht nur gegen staatliche Institutionen, sondern auch gegen zahlreiche Zivilisten richten. Damit hat sich der Konflikt weit von seinen anfänglichen Zielen entfernt und ist in eine komplexe Spirale aus Gewalt, Vergeltung und unvorhersehbaren Entwicklungen übergegangen (vgl. Serwat & Beevor 2024:29f.).

Ein Beispiel der Schwierigkeit der Diskursanalyse in diesem komplexen Feld ist der Umgang mit dem sogenannten ambazonischen Führungskonflikt zwischen 2019 und 2022. Dieser führte unter anderem zu Löschungen und zur Abschaltung von Webseiten. Für über zwei Jahre existieren zwei parallele Webseiten, die für sich beanspruchten, den AGovC zu repräsentieren. Die Analyse der vorliegenden Arbeit basierte anfangs Großteils auf Veröffentlichungen des „*Interim Government of the Federal Republik of Ambazonia*“ unter Dr. Sako (Interim Government, n.d.-a). Nach dem Zerfall dieser Splittergruppe der Ambazonia-Bewegung, sowie der Löschung der Webseite im Jahr 2023, fiel der Fokus der Analyse wieder zurück auf die ursprüngliche Webseite jenes „*Ambazonia Governing Council*“: <https://agovc.org/> . Dies beeinflusste mein Schreiben zwar nicht per se inhaltlich, da sich beide Splittergruppen auf das gleiche Gründungsdokument berufen, brachte aber viel Verunsicherung hinein, inklusive meiner Befürchtung die gesamte Bewegung könnte sich vor Fertigstellung der Arbeit auflösen und damit die Relevanz der Forschung verringern.

Akteure im Diskurs

Trotz aller Schwierigkeiten können im Folgenden die wichtigsten (Diskurs-)Akteure und ihre erkennbaren Interessen beschrieben werden: Regierung und Separatisten, Online-Aktivismus in der Diaspora, Akteure mit primär wirtschaftlichen Interessen und schließlich die sogenannten „Blacklegs“, Imposter, die versuchen, über gefälschte Identitäten Informationen über Separatisten zu finden. Diese sind zwar keine Hauptakteure, machen aber deutlich, wie schwierig es ist, authentische Informationen zu identifizieren und zu verifizieren.

Informationskontrolle und Propaganda durch Hauptakteure: Regierung und Separatisten

Seit dem Beginn des anglophonen Konflikts 2016 betreiben sowohl die kamerunische Regierung als auch separatistische Gruppen gezielte mediale Desinformation, was die Bewertung und Einordnung des Konflikts enorm erschwert (vgl. Endong 2023, Irwin 2023, Ngam 2020). Dabei lassen sich unterschiedliche narrative Framings des Konflikts identifizieren, die jeweils den strategischen Interessen der beteiligten Akteure dienen.

Regierungskontrollierte Medien charakterisieren den Konflikt primär als sicherheitspolitische Herausforderung und diskreditieren die separatistischen Akteure als „Terroristen“ (vgl. Endong 2023). Demgegenüber rahmen separatistische Medienschaffende den Konflikt als einen Kampf um Selbstbestimmung gegen eine unterdrückerische Regierung und blähen dabei die Anzahl und Motivation ihrer Anhängerschaft künstlich auf. Beide Seiten nutzen sowohl analoge als auch digitale Medien, um ihre jeweiligen Narrative zu verbreiten und die öffentliche Wahrnehmung zu beeinflussen (vgl. Endong 2023).

Unabhängigen Beobachtern sowie international vernetzten Journalist*innen wird der Zugang zu den betroffenen Gebieten durch eine Vielzahl von Restriktionen erheblich erschwert. Neben Sicherheitsbedenken und gezielten Internetabschaltungen tragen insbesondere von der kamerunischen Regierung verhängte Betretungsverbote zur Einschränkung einer objektiven Berichterstattung bei (vgl. Beseng et al 2023:90). Auch gibt es keine unabhängigen Befragungen oder Statistiken, die beispielsweise Aufschluss über die Anzahl der Ambazonia-Anhänger*innen gäben. Genauso wenig publiziert der kamerunische Sicherheitsapparat konkrete Berichte oder Statistiken über seine anti-separatistischen Aktivitäten, welche indirekt Aufschluss über die Bewegung geben könnten.

Der Onlineaktivismus der Diaspora: Keyboard Warlords und Fake News

Es gibt eine gewaltige Diskrepanz zwischen dem Onlineauftritt der Diaspora und den Meinungen und dem Geschehen vor Ort. Auf der Webseite des AGovC finden sich viele Berichte über Diaspora-Aktivitäten, wenig jedoch über Aktivitäten vor Ort (dem selbsternannten “ground zero”). In den sozialen Medien wird viel über Aktivitäten und Lobbyismus in den USA oder Ländern der Europäischen Union berichtet. Während des Schreiben und Recherchieren für diese Arbeit kam dabei teilweise das Gefühl auf, dass es über die Jahre inzwischen mehr Ambazonia-Supporter in westlichen Ländern gibt als vor Ort in Kamerun. Serwat & Beevor (2024) zeichnen in ihrer Studie hierzu ein widersprüchliches Bild. Einerseits hätten sich lokal agierende Gruppen– in der Hoffnung auf Geldüberweisungen - bewusst bestimmten Personen in der Diaspora angegliedert. Andererseits agierten die meisten Gruppen vor Ort völlig unabhängig von ihren vermeintlichen Drahtziehern in westlichen Ländern (Serwat & Beevor 2024:17f.).

Die Rolle der Diaspora wird auch in dem investigativen journalistischen Artikel „Cameroon: The Keyboard Warlords of the Breakaway Republic“ auf *African Arguments* verdeutlicht (Irwin 2023). Dort befasst sich Irwin (2023) mit der Rolle von Aktivisten, die von der Diaspora aus den Konflikt um Ambazonia maßgeblich beeinflussen. Diese Aktivisten, von ihm als „Tastatur-Kriegsherren“ bezeichnet, nutzen soziale Medien, um Propaganda zu verbreiten, Unterstützer zu mobilisieren und Strategien für den Unabhängigkeitskampf zu koordinieren. Der Artikel hebt hervor, dass prominente Mitglieder der ambazonischen Diaspora, darunter Mark Bareta und Eric Tataw, eine zentrale Rolle in der digitalen Mobilisierung spielen. Beide leben in Großbritannien und verbreiten Nachrichten, organisieren Spendenkampagnen und geben Anweisungen an bewaffnete Gruppen vor Ort (Irwin 2023). Ihre Botschaften haben sowohl unterstützende als auch spaltende Auswirkungen auf die Bewegung. Die „Keyboard Warlords“, obwohl geographisch weit entfernt, haben weitreichende Konsequenzen für die Menschen in den umkämpften Gebieten. Ihre digitale Mobilisierung beeinflusst die Strategien der bewaffneten Gruppen und trägt zur Verlängerung des Konflikts bei. Gleichzeitig verschärfen ihre polarisierenden Botschaften die Gewalt und die humanitäre Krise in der Region. Dieser enorme Online-Aktivismus und die Finanzierung des Guerilla-Krieges über solche Kommunikationswege verleitete die kamerunische Regierung zwischen Ende 2017 und Anfang 2018 zu der erwähnten Abschaltung des Internets in den anglophonen Regionen (vgl. Beseng et al 2023:90 und Serwat & Beevor 2024:17).

Inwieweit den veröffentlichten Publikationen des politischen Arms der Bewegung, beispielsweise dem AGovC zu vertrauen ist, ist schwer zu sagen. Auf ihrer Webseite befinden sich viele offensichtliche Falschaussagen, welche sich im Bereich harmlos bis abstrus bewegen. Kleinere Fehler wie falsche Jahreszahlen oder zurückdatierte Dokumente wechseln sich mit nahezu abstrusen Behauptungen ab. Beispielsweise wurde im Januar 2025 behauptet, als Ambazonia-Delegation in die USA zur Verteidigung des Präsidenten Donald Trump eingeladen worden zu sein, ohne dazu Belege vorzulegen (siehe Abbildung 11). Diese abstruse Behauptung dient zwar der Legitimierung des AGovC als einem anerkannten internationalen Verhandlungspartner, ist jedoch faktisch falsch.

Abbildung 11: Facebook Foto des ACN vom 20.01.2025, zeigt vermeintliche Delegierte der Befreiungsbewegungen Ambazonia und Biafra in Washington DC, parallel zur Inauguration des US-Präsidenten Donald Trump. Aus: ACN (2025)



Unter solchen Umständen zu versuchen, ein Interview mit dem Führungskader des AGovC oder des ADF oder dergleichen zu finden, ist nicht zielführend. Dagegen sprechen sowohl die inhaltlich-ideologischen Diskrepanz zwischen Diaspora und „ground zero“, als auch jene zwischen Realität und Wunschenken der ambazonischen Protagonisten. Im Sinne meiner Fragestellung nach den national-ideologischen Grundgedanken der Bewegung, war es somit nützlicher und zielführend, die öffentlich zugänglichen Dokumente zu nutzen.

Akteure mit ökonomischen Interessen: Scamming und Spendenkampagnen

Scamming ist ein lukrativer Zweig der kamerunischen Schattenwirtschaft, da es tief in die sozioökonomischen Bedingungen und historischen Entwicklungen des Landes eingebettet ist. Wie Fuh (2021:399) in seiner Analyse darlegt, sind die wirtschaftliche Not und die strukturellen Unsicherheiten wesentliche Treiber dieses Phänomens. Wirtschaftskrisen und die darauffolgenden Strukturanpassungsmaßnahmen führten zu weit verbreiteter Arbeitslosigkeit und fehlenden Zukunftsperspektiven für viele junge Menschen, die sich gezwungen sehen, alternative Einkommensquellen zu erschließen. Scamming, besonders mit dem Verkauf nicht-existierender Produkte auf Online-Plattformen, wird dabei oft nicht nur als kriminelle Praxis betrachtet, sondern auch als kreative Strategie des Überlebens und des wirtschaftlichen Aufstiegs (Fuh 2021:399). Hinzu kommt eine dekoloniale Rhetorik, die Scamming in einen Kontext des sozialen Widerstands rückt. Viele Betrüger rechtfertigen ihre Aktivitäten als eine Art Vergeltung für koloniale und neokoloniale Ungerechtigkeiten (Fuh 2021:393). Besonders im Bereich des Internetbetrugs, etwa bei Haustier-Scams, wird dieser Aspekt deutlich: Westliche Gesellschaften würden immense Summen für Haustiere ausgeben, während viele Kameruner in prekären Verhältnissen leben. Diese Diskrepanz wird von Betrügern als Beweis für die Doppelmoral des globalen Kapitalismus gewertet und dient als Rechtfertigung für ihre Aktivitäten (vgl. Fuh 2021:395). Darüber hinaus ermöglicht das Internet neue Formen des Betrugs, die mit vergleichsweise geringen Investitionen große Gewinne ermöglichen. Die Anonymität und Reichweite digitaler Plattformen machen es einfach, Opfer weltweit zu täuschen. Fuh (2021:391) schreibt, dass besonders in anglophonen Städten wie Bamenda sich eine regelrechte Betrugskultur etabliert habe.

Mit dem Hintergrund dieses Wissens fällt es teils schwer, Online-Aktivistinnen der Ambazonia-Bewegung in ihrer Seriosität und ihren Motiven einzuschätzen. Denn auch hier fließt Geld, auf Webseite und Social-Media-Accounts werden permanent Spendenaufrufe geteilt, die die Bewegung vor Ort finanziell unterstützen sollen. Die inzwischen gelöschte Webseite des *Interim Government* rief stets dazu auf, ihre „Staatsanleihen“, die „*Freedom bonds*“ für je 1000 Dollar zu erwerben (Beobachtung J.B.). Der noch existente AGovC wiederum ruft auf seiner Webseite sowie in seiner Charta zur „Steuerzahlung“ für Ambazonia auf (siehe Abbildung 12).

Abbildung 12: Werbebanner der Startseite sogenannte „Steuern“ für Ambazonia zu zahlen.
Aus: AGovC (n.d.-d) Aufruf vom 28.02.2025



Fellow Ambazonia

On the recommendation of the War Council Chairman, I authorized men into Cameroun.

Their operation was successful and they are safely back to base.

Dr. Cho Ayaba
Ambazonia War of Liberation Leader

More than 30.000 killed in 5 years, millions killed in 60 years of murderous occupation, millions displaced as refugees, millions in the bushes, thousands of homes razed down, dozens of children summarily executed amidst a carefully planned genocide being waged against a people whose only insistence is to own, govern and preserve their land.

Be reminded by the grim statistics that Ambazonia is at war, and we will fight this enemy till our last breath.

[PAY YOUR TAX](#)

Amidst the shadows of oppression, in the heart of adversity, the flame of liberty burns brighter than ever

The time will come when we cast aside the shackles, and our homeland shall know the embrace of liberty once more.

Read Liberation Tax Laws:

- [For Ground Zero](#)
- [For Diaspora](#)

Ambazonia Governing Council advises global mission leaders on their most critical assignment

Ambazonia Mobilization to defend homeland

We deliver only comprehensive surgical military operations against the occupier, coupled with aggressive targeted diplomacy. Community School expansions, Humanitarian services to refugees, IDPs and wounded soldiers. We encourage you fellow comrades to "Commit" and immensely support our war of liberation.

[COMMIT TODAY](#)

Ob diese Gelder jedoch tatsächlich vor Ort ankommen, oder ob es sich hier um Online-Scamming handelt, ist ohne geheimdienstliche Methoden mir unmöglich einzuschätzen. Unklar ist auch, für welche spezifischen Aktivitäten das Geld gesammelt wird. Auf der Webseite wird von Militäroperationen, Diplomatie, „*Community Schools expansions* [sic]“, sowie von Humanitärer Hilfe für Geflüchtete und verwundete Soldaten gesprochen (siehe Abbildung 12), jedoch finden sich keine Berichte über den tatsächlichen Einsatz der Gelder vor Ort in Kamerun. Vermutlich wird für den Unterhalt der Ambazonia-Aktivisten in der Diaspora sowie für Tätigkeiten im internationalen Lobbyismus das meiste Geld ausgegeben (vgl. Serwat & Beevor 2024:21). Diese Ambivalenzen machen es zugleich schwer, die intellektuellen Inhalte, welche online geteilt werden, einzuordnen. Welche soziale Basis haben die Verfasser*innen und wo sind sie geographisch verortet? Welche Formulierungen ergeben höhere

Spendensummen? Wer täuscht dabei wen? Von wem gehen die ideologischen Impulse aus, von der Diaspora oder den Kämpfenden vor Ort?

Serwat & Beevor (2024) konnten in ihrem Bericht zu der Schattenwirtschaft in den Anglophonen Gebieten diese Fragen nur teilweise beantworten. Zwar sei der Einfluss der Diaspora seit der Versicherheitlichung im Konflikt seit 2019 konstant gesunken, trotzdem bleibt deren Hauptaufgabe die Akquisition von „Spenden“ und „Steuern“ für Kämpfende vor Ort (Serwat & Beevor 2024:21).

„Blacklegs“ und Imposter

Ein weiteres Gegenargument für die Durchführung von (online-)Interviews im Rahmen dieser Masterarbeit war die hohe Gefahr durch *Scammer* und *Imposter*, auf Pidgin sogenannte „Blacklegs“. Damit sind grob gesagt Menschen gemeint, welche aus unterschiedlichen Motiven behaupten, Ambazonia-Aktivisten zu sein, es aber nicht sind.

So entdeckte der investigative Journalist Zane Irwin unter anderem die pro-kamerunische Gruppierung „*Ma Kontre Pipo De*“, welche über die Erstellung von Fake-Accounts versucht, Ambazonia-Aktivisten und militante „Amba Boys“ ausfindig zu machen um deren Standorte und persönliche Informationen an das kamerunische Militär weiterzuleiten (Irwin 2023). Auch auf der Webseite des AGovC wird immer wieder von „Blacklegs“ berichtet, die beispielsweise einzelne Kommandanten des ADF in einen Hinterhalt gelockt hätten. Beispielsweise schreibt der AGovC am 16 Februar 2025 auf seiner Webseite:

„Abduction and Disappearance General JC Funwi Christopher. the Commander of the Ambazonian Defense Forces (ADF) in Alabukam, Bamenda Menzam State, was abducted by Cameroon Occupation Forces. His capture resulted from Blacklegs' betrayal, which exposed his location. He was lured to Lira Hotel in the Cheongwa neighborhood, where a fierce exchange of fire occurred before his eventual capture and disappearance at the hands of Cameroon Occupation Forces. [sic]”
AGovC (2025)

Um Kämpfende ausfindig zu machen, tarnen sich diese „Blacklegs“ online beispielsweise als Anglophone in der Diaspora, welche mit Spendengeldern die Kämpfenden unterstützen wollen und arrangieren ein Treffen, bei dem es zu einer Verhaftung durch die Sicherheitsbehörden

kommt. Wer sich also mit welchen Motiven als Ambazonia-Aktivist*in ausgibt, ist mit Vorsicht zu behandeln.

Die Unterscheidung zwischen „Blacklegs“ und ambazonischer Diaspora ist im Besonderen schwierig, da zweiterer sowieso vorgeworfen werden kann, wenig tatsächlichen Kontakt zu Kämpfenden vor Ort zu haben. Vor dem Hintergrund der weit verbreiteten persönlichen Bereicherung, Scamming und Spendenkampagnen, wirkt die Unterscheidung zwischen „Blackleg“ und Diaspora wie ein fließendes Kontinuum.

Informationskanäle und deren Spezifika

Zensur separatistischer Accounts auf den Sozialen Medien

Ein weiterer Faktor der Informationsbeeinflussung und -kontrolle sind Löschungen. So werden Webseiten und Social-Media-Auftritte der Separatisten nicht nur durch geheimdienstliche Einflussnahme gesperrt, sondern auch durch interne Wirkmechanismen der Social-Media-Plattformen stillgelegt.

So ist die Einordnung einzelner pro-separatistischer Medienschaffender schwierig, und ambazonische Influencer sind, genauso wie die politische Bewegung an sich, inzwischen von fast allen Social-Media-Plattformen verschwunden. Auffällig ist beispielsweise, dass der AGovC keine eigene Facebook Seite mehr besitzt, obwohl Facebook die beliebteste Medien-Plattform in Kamerun ist (vgl. Endong 2023:9). Exemplarisch am Beispiel des Facebook-Accounts „Barreta News“ entdeckte Irwin (2023), dass *Anti-Ambazonia*-Aktivisten diesen mit Meldungen und Löschanträgen derartig überschwemmt hatten, dass er 2022 vom Meta-Konzern von den entsprechenden Plattformen gelöscht wurden. Vor 2022 war „Barreta News“ einer der größten parteiischen Berichterstatter der Ambazonia-Bewegung abseits von den offiziellen Webseiten des AGovC und dem illegalisierten Fernsehsender ACN (*Ambazonia Communication Network*, siehe <https://www.acnlive.net/>).

Genauso ist der kamerunische Staat dahinter, pro-separatistische Medieninhalte klein zu halten. Auch die gezielten Internetabschaltungen 2017 und 2018, sowie internationale Haftbefehle der kamerunischen Regierung schränken die Reichweite der ambazonischen Online-Medien ein (vgl. Crisis Group 2024).

Zensur und Beeinflussung: Manipulierte Bilder in den Sozialen Medien

Auffällig bei der Recherche für diese Arbeit wurde, wie wenig über den „anglophone conflict“ in internationalen Medien und in der internationalen Politik berichtet wird, sodass die wenigen Berichte umso mehr von Beeinflussung betroffen sind. Aktuelle Informationen, Videos und Bildmaterial aus den Konfliktregionen gelangen häufig einzig über soziale Medien – insbesondere über Plattformen des Meta-Konzerns wie Facebook und WhatsApp – in den internationalen Diskurs.

Im Laufe des Konflikts haben internationale Medien wie die BBC und Human Rights Watch gezielt auf den Sozialen Medien geteilte Videos und Bilder analysiert, um deren Wahrheitsgehalt zu beurteilen. Eine zentrale Beobachtung meinerseits, der BBC (2018a) und Endong (2023), ist die weitreichende Manipulation von Bildern durch beide Seiten. Beispielsweise verwendeten Separatisten manipulierte Bilder, um vermehrte Unterstützung ihrer Bewegung zu suggerieren, oder um das kamerunische Militär als Menschenrechtsverletzer darzustellen. Die ADF veröffentlichen immer wieder gestellte oder manipulierte Fotos ihrer Kämpfenden oder ihres Waffenarsenals.

Umgekehrt verwendet auch die Regierung manipulierte Inhalte, um Separatisten zu diskreditieren und deren vermeintliche Brutalität zu betonen. Somit müssen Bilder von Gräueltaten, Gruppenbilder der Separatisten und Bildberichte über Überfälle und andere Verbrechen mit großer Vorsicht betrachtet werden. Endong (2023:3) betont, dass solche Taktiken darauf abzielen, internationale Unterstützung zu gewinnen und die jeweiligen Gegner zu entmenslichen. Die zunehmende Digitalisierung und der Zugang zu sozialen Medien verstärken diesen Trend und machen den Einsatz von Faktenchecks und kritischem Denken unerlässlich (vgl. Endong 2023:16).

Schwierigkeiten der Autorin: Pidgin-Englisch

Ein weitere Schwierigkeit der Analyse und Einordnung des Diskurs rund um Ambazonia entsteht durch die Verwendung und Verfügbarkeit von (verschriftlichter) Sprache.

Während die im vorhergehenden Kapitel im Detail analysierte Charta des AGovC in erstaunlich pidgin-freiem britischem Englisch geschrieben wurde (vermutlich unter dem Einfluss von Aktivist*innen in der Diaspora), sind andere Veröffentlichungen des AGovC und der Ambazonia-Bewegung von Pidgin-Englisch geprägt. So erfolgt die Informationsvermittlung an die kamerunische Zielgruppe vorwiegend über audiovisuelle Medien wie online gestellte Videos, Live-Übertragungen und in der Region beliebte Radiosendungen, die eine größere Reichweite und Verständlichkeit für die breite Bevölkerung gewährleisten. Auch der illegalisierte Fernsehsender ACN überträgt sein Programm in Pidgin-Englisch, beziehungsweise auf dem Spektrum zwischen britischem Englisch und Pidgin (vgl. ACN Television, n.d.). Dies reflektiert die soziolinguistische Realität, in der Pidgin als Alltagssprache eine zentrale Rolle spielt, jedoch in offiziellen oder dokumentarischen Kontexten nur begrenzt etabliert ist. Diese Situation stellt sowohl methodische als auch inhaltliche Herausforderungen dar.

Obwohl ich über ein solides sprachliches Verständnis von Pidgin verfüge, gestaltete sich die Recherche nach geeigneten Materialien der Ambazonia-Bewegung in dieser Sprache als herausfordernd. Dies liegt unter anderem daran, dass es nur wenige schriftliche Dokumente in Pidgin gibt, da die Sprache traditionell nahezu ausschließlich mündlich verwendet wird. Pidgin fungiert primär als gesprochene Verkehrssprache und wird selten für formale oder gar akademische Zwecke genutzt, was die Verfügbarkeit schriftlicher Quellen erheblich einschränkt. Jene Dokumente, die schriftliche Verbreitung finden, richten sich daher meist an eine internationale Zielgruppe, was erwartungsgemäß inhaltliche Verschiebungen mit sich bringt.

Fazit und Ausblick

Die vorliegende Arbeit analysierte die separatistische Bewegung Ambazonia in Kamerun aus einer diskursanalytischen Perspektive. Im Zentrum stand die Frage, auf welchen historischen, ethnischen, politischen und ideologischen Argumenten die Bewegung Ambazonia ihre Forderung nach Unabhängigkeit stützt und inwiefern sie ihre nationalistischen Bestrebungen imaginiert. Dabei wurde insbesondere auf die historische Entwicklung der anglophonen Regionen Kameruns, die politische Marginalisierung der anglophonen Kameruner*innen und die daraus resultierenden gesellschaftlichen Spannungen eingegangen. Mithilfe eines diskurshistorischen Ansatzes wurde versucht, ideologische Strukturen und Dynamiken sichtbar zu machen und einzuordnen, insbesondere im Kontext der Zuschreibung, Historisierung, Konstruktion von sozialen Gruppen und Exklusionen. Es wurde die Perspektive der ambazonischen Unabhängigkeitsbewegung in ihre gesellschaftlichen und historischen Umstände eingebettet.

Die Forschungsergebnisse bestätigen, dass nationalistische Bewegungen in einem postkolonialen Staat oft auf einem komplexen Zusammenspiel von Geschichte, politischer Macht und sozialer Identität basieren. Die Ambazonia-Bewegung sowie der breitere „*Anglophone struggle*“ sind sehr anschaulich bezüglich der komplexen Kolonialgeschichte und der identitätsstiftenden Imaginationen von Nationalität und Zugehörigkeit.

Die Analyse zeigt, dass sich der anglophone Separatismus in Kamerun nicht auf ethnische oder sprachliche Differenzen reduzieren lässt, sondern vielmehr aus spezifischen historischen und politischen Gegebenheiten resultiert. Die willkürliche Grenzziehung der Kolonialmächte, die unterschiedliche Kolonialpolitik Frankreichs und Großbritanniens sowie die anschließende Marginalisierung anglophoner Gruppen in der kamerunischen Wiedervereinigung haben einerseits zur Herausbildung einer spezifischen anglophonen Identität in den *Southern Cameroons* beigetragen, andererseits nicht zur staatlichen Unabhängigkeit selbiger geführt. Die neuerlich 2016/2017 entstandene Bewegung Ambazonia konstruiert ihre Legitimität sowohl aus dem historischen Argument einer unrechtmäßigen Annektierung der *Southern Cameroons* als auch aus dem Narrativ einer systematischen Benachteiligung innerhalb des zentralistischen kamerunischen Staates.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die zuvor deutsche Kolonie Kamerun zwischen Frankreich und Großbritannien aufgeteilt. Diese Zweiteilung führte zu unterschiedlichen administrativen,

wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in beiden Gebieten. Während Frankreich den größten Teil des kamerunischen Gebiets übernahm, wurden die sogenannten *Southern Cameroons* britisches Mandatsgebiet. Im Jahr 1961, im Zuge der Dekolonialisierung, wurde der nun anglophonen Bevölkerung in den *Southern Cameroons* aufgrund globaler politischer Prozesse nicht die Möglichkeit einer unabhängigen Staatlichkeit gegeben, sondern nur die Wahl zwischen einem Anschluss an Nigeria oder eine „Wiedervereinigung“ mit der bereits unabhängigen französisch geprägten Republik Kamerun. Die Mehrheit entschied sich für die Wiedervereinigung, in der Hoffnung auf ein föderales System, das die Besonderheiten der anglophonen Regionen bewahren würde. Doch bereits in den 1970er Jahren begann die Zentralregierung unter Ahmadou Ahidjo die föderalen demokratischen Strukturen aufzulösen. 1972 wurde das Modell des Einheitsstaates umgesetzt, das die Autonomie der anglophonen Gebiete de facto beendete. Die Namensänderung 1984 in *République du Cameroun* wird von den Ambazonia-Separatist*innen als symbolische Beendigung des Vereinigungsvertrages von 1961 gewertet.

Die 1990er Jahre brachten mit politischen Reformen und der Wiedereinführung des Mehrparteiensystemen eine neue Phase des Widerstands. Die *All Anglophones Conference* von 1993 und 1994 artikulierte deutliche Forderungen nach einer föderalen Neustrukturierung Kameruns, stieß jedoch auf Ablehnung seitens der kamerunischen Regierung. Infolgedessen entwickelten sich radikalere Strömungen, von denen letztendlich einige eine Sezession als einzige Lösung ansahen, um ihren Stimmen ausreichend Gehör zu verschaffen. Die Krise eskalierte ab 2016, als friedliche Proteste in den anglophonen Regionen gewaltsam niedergeschlagen wurden. Daraus entwickelte sich die militante separatistische Bewegung Ambazonia, die bis heute in einen andauernden Konflikt mit der Regierung, mit schwerwiegenden humanitären Folgen, verwickelt ist.

Die diskursanalytische Untersuchung der Texte des *Ambazonia Governing Council* sowie anderer relevanter Dokumente verdeutlicht, dass die Bewegung eine Mischung aus historischer Rekonstruktion, nationalistischen Narrativen und politische Mobilisierung nutzt, um ihre Forderungen zu rechtfertigen. Wichtige Schlagworte wie Betrug, Marginalisierung und Kolonialherrschaft strukturieren den Diskurs und verleihen ihm moralische Dringlichkeit. Dabei wird die historische Zweiteilung und Wiedervereinigung zwischen anglophonem und frankophonem Kamerun als irreversibler Identitätsbruch dargestellt, der nur durch eine staatliche Neugründung und eigenständige Souveränität behoben werden könne. Ethnische

Motive spielen in dieser Imaginierung interessanterweise kaum eine Rolle und werden auch entschieden abgelehnt als etwas, das vielmehr den jetzigen kamerunischen Staat kennzeichnet. Ambazonier*in hingegen könne und müsse jeder auf ambazonischen Boden geborene Mensch sein.

So lehnt die ambazonische Bewegung Tribalismus und ethnischen Exklusivismus in ihrer Charta, dem Grundlagendokument der Bewegung von 2019 [2018], ab. In dieser Charta imaginiert die Bewegung das zukünftige Ambazonia als ein Land rascher kapitalistischer Entwicklung und demokratischer Teilhabe, auch wenn letzterer kein großer Stellenwert beigemessen.

Der Nationalismus von Ambazonia kann als eine Transferideologie betrachtet werden, bei der weniger die Vorstellung einer klar umrissenen Nation im Vordergrund steht, sondern vielmehr der Wunsch nach Befreiung dominiert. Die Bewegung fokussiert primär darauf, sich von bestimmten als unterdrückend wahrgenommenen Strukturen zu lösen. Dazu zählen der Tribalismus, wirtschaftliche Ausbeutung, Korruption und gesellschaftliche Spaltung. Als unterdrückende Macht wird in der ambazonischen Bewegung der frankophone Teil Kameruns definiert und als „Kolonialmacht“ und „Besetzer“ diskursiv aufgezeigt.

Wie Gellner (1991:124) schon prophezeite, ist es für eine afrikanische politische Bewegung im Besonderen schwer, auf protonationalistische Gefühle zurückzugreifen. Da eine lokale Hochkultur nicht als Zugriffspunkt verwendet werden kann, muss „*eine fremde, europäische Hochkultur*“ erhalten, die aber nicht die notwendige Schlagkraft für eine kraftvolle nationalistische Bewegung bereitstellen kann. So ist im Fall von Ambazonia der Verweis auf das britische Erbe ein konfliktbehaftetes Thema, bei dem dieses Erbe einerseits hochgehalten wird als gerecht und fair, andererseits verklärt und geschichtsverfremdet wird. Das protonationalistische Narrativ entpolitisiert dabei die britische Kolonialherrschaft und romantisiert sie als goldenes Zeitalter, was die komplexen Realitäten und Ambivalenzen dieser Periode übersieht. Gleichzeitig reicht das britische Erbe und die englische Sprache nicht als vereinendes Identitäts- und Alleinstellungsmerkmal von Ambazonia aus.

Im Gegensatz zu anderen nationalistischen Bewegungen wird die Zukunftsvision einer eigenständigen Nation Ambazonia nur begrenzt imaginiert. Vielmehr liegt der Schwerpunkt auf der Emanzipation der anglophonen Bevölkerung Kameruns und auf ihrem Erwachen als

selbstbestimmte politische Einheit. In diesem Sinne fungiert Nationalismus vor allem als Mittel zum Zweck des antikolonialen Kampfes.

Abstruse unwissenschaftliche Behauptungen wie die Einordnung der Lake Nyos Nyos Katastrophe von 1986 als Chemiewaffenangriff, das angeblich durchgeführte Referendum von 2005, sowie falsch zugeordnete Jahreszahlen, schmälern jedoch die Glaubwürdigkeit des AGovC und der Ambazonia-Bewegung sowie deren objektive Beobachtung. Gleichzeitig verhindert ein Mangel an verlässlichen Quellen sowie der vielfältige Einsatz offener propagandistischer Materialien eine neutrale Einschätzung der Bewegung und ihrer Basis vor Ort. Unklar bleibt, wie viele Befürworter*innen die Bewegung in Kamerun überhaupt hat, da der Aktivismus der Diaspora-Gemeinde besonders auch in der medialen Eigendarstellung viel Raum einnimmt. Deren, in dieser Arbeit beschriebene, teilweise sehr unprofessionelle Einsatz von propagandistischen Narrativen schmälert meiner Meinung nach die Schlagkraft des Aktivismus in der Diaspora. Der große Fokus auf das Eintreiben von Spendengeldern, ohne Berichte über deren Verwendung vor Ort, erzeugt den Eindruck von finanziellem Betrug.

Seit 2019 bleibt die Bewegung durch fehlende kohärente Führung, militärisches Versagen sowie interne Kämpfe geschwächt. Die mangelnde Einigkeit innerhalb der verschiedenen Fraktionen hat die Mobilisierung erschwert, während umstrittene Gewaltakte, insbesondere Racheaktionen gegen die eigene Bevölkerung, die Unterstützung vor Ort erheblich geschmälert haben. Diese Entwicklungen haben dazu beigetragen, dass die ambazonische Unabhängigkeitsbewegung nicht die erhoffte Schlagkraft entfalten konnte und weiterhin auf der Suche nach einer tragfähigen Strategie für eine erfolgreiche Sezession bleibt.

Generell bleibt die Frage offen, ob ein ambazonischer Nationalismus als Transferideologie tatsächlich das geeignete Mittel darstellt, eine umfassende gesellschaftliche Befreiung in den anglophonen Regionen Kameruns zu erreichen. Diese Befreiung ist zwar notwendig, jedoch eventuell auch mit anderen Mitteln zu bewerkstelligen. Die Bewegung Ambazonia zeigt trotz des Versuchs, eine integrative nationale Identität zu konstruieren, eine inhärente Exklusivität. Insbesondere frankophone Bewohner Kameruns werden nicht in das Konzept einer unabhängigen ambazonischen Nation einbezogen, weder durch die Verwendung der französischen Sprache noch durch die Nennung ihrer Anwesenheit. Dies stellt die wahre integrative Wirkung des Projekts infrage, da die Trennung zwischen anglophonen und frankophonen Bewohner*innen eine Fließende ist. Nicht nur durch „gemischte“ Familien, sondern auch durch Schulbesuche in der jeweils anderen Sprache oder durch

Auslandsaufenthalte, ist für viele Kameruner*innen die Frage nach ihrer Sprachtradition eine nicht eindeutig beantwortbare. Tatsächlich haben jedoch die politischen Unruhen, die vielen Angriffe auf Schulen durch die Rebellen und die gesamte angespannte Situation zu Migrationsbewegungen geführt, die die trennende Identität zwischen Anglophon und Frankophon auch geographisch festigen könnte. Der ambazonische politische Nationalismus hat somit de facto, wie in ihrer Konsequenz eigentlich alle Nationalismen, zur Auftrennung in exklusive Identitäten und Vertreibung ganzer gesellschaftlicher Gruppen geführt.

Auch könnte die ambazonische Bewegung eine breitere Unterstützungsbasis mobilisieren, wenn sie eine stärkere imaginative Kraft entwickeln würde. Eine utopische Vision, die beispielsweise demokratische Prinzipien und eine klare Zukunftsperspektive beinhaltet, könnte zur Stärkung der Identifikation mit der Bewegung beitragen. Bisher ist es den ambazonischen Nationalisten nicht gelungen, ein einheitliches Narrativ zu schaffen, das eine starke gemeinsame Identität formen könnte. Eine solche Erschaffung von Zusammengehörigkeit könnte eine stärkere emotionale Bindung innerhalb der Bewegung bewirken und somit breitere Unterstützung generieren.

Die Auswirkungen der anglophonen Krise und der Guerilla-Kämpfe der ambazonischen Bewegung sind weiterhin katastrophal. Zum Stand 2025 gibt es in den westlichen anglophonen Regionen Kameruns immer noch eine halbe Millionen Binnenflüchtlinge. Das Koordinationsbüro der Vereinten Nationen OCHA (2024) schreibt im April des vergangenen Jahres zur Krise in der Region:

„Die Krise im Nordwesten und Südwesten ist nach wie vor durch Menschenrechtsverletzungen und -missbrauch, kurzfristige Vertreibungen sowie Pendelbewegungen aufgrund von Gewalt, Angst vor Anschlägen und Feindseligkeiten zwischen den Parteien gekennzeichnet. Fast 500.000 Menschen haben keine angemessene Unterkunft. Bildungseinrichtungen, Personal und Schulkinder werden weiterhin von nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen angegriffen, und 36 % der Schulen sind nicht funktionsfähig. Es kommt immer wieder zur Zerstörung von Häusern und Bauernhöfen sowie zur Plünderung von Eigentum, was den Zugang der betroffenen Menschen zu angemessenen Unterkünften und Nahrungsmitteln einschränkt. Schutz, Ernährungssicherheit, Zugang zu Bildung und Trinkwasser sind die dringendsten Bedürfnisse in diesen Regionen.“ (OCHA 2024)

Angesichts der politischen Situation in Kamerun stellt sich zudem die Frage, ob eine Fokussierung auf die nationale Unabhängigkeit der anglophonen Regionen der effektivste politische Weg für die kamerunische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit ist. Eine Alternative könnte der gemeinsame Widerstand von frankophonen, als auch anglophonen Gruppen gegen das autoritäre Regime von Dauerpräsident Paul Biya sein. Ein solcher Ansatz würde jedoch eine breitere Allianz erfordern, die verschiedene gesellschaftliche Gruppen einbindet, sowie glaubwürdige Führungspersonlichkeiten, die in der Lage sind, eine kohärente und inklusive Oppositionsbewegung zu gestalten.

So bleibt offen, welche langfristigen Auswirkungen der Konflikt auf das politische Gefüge Kameruns haben wird. Die Gefahr besteht, dass der Konflikt nochmals oder immer wieder eskaliert, wenn die Ausgangsproblematiken des „*anglophone struggle*“ nicht behoben werden. Andererseits könnte eine tiefgreifende Reform des politischen Systems, insbesondere eine echte Dezentralisierung, eine Alternative zur Sezession bieten.

Die nächsten Präsidentschaftswahlen in Kamerun sind für Oktober 2025 angesetzt und der mittlerweile 91-jährige Präsident Biya wird erneut kandidieren. Paul Biya, der das Land seit 1982 regiert, hat das politische System über Jahrzehnte geprägt, doch spätestens mit seinem Tod wird Kamerun vor tiefgreifenden politischen Veränderungen stehen.

Viele meiner Fragen bleiben auch bei Fertigstellung dieser Arbeit offen. So ist das Imaginarium Ambazonia eines, welches zwischen Realität und Wirklichkeit schweben bleibt. Aber egal ob die Kämpfenden noch aktiv vor Ort sind oder nicht, das Imaginarium Ambazonia lebt weiter, und das „*anglophone problem*“ in Kamerun ist bis heute ungelöst. So bleibt die Idee Ambazonia ungeachtet ihrer realen Chancen auf Sezession weiterhin bestehen. Denn es ist wie Gellner (1991:87) ganz richtig erkannte „*der Nationalismus, der Nationen hervorbringt, und nicht umgekehrt.*“

Primärquellen

ACN Television (n.d.). Ambazonia Communication Network. <https://www.acnlive.net/> sowie <https://www.facebook.com/acntelevision>

ACN Ambazonia Communication Network (2025, 20. Januar). First Images from Washington DC [Foto]. Facebook. Siehe unter: <https://tinyurl.com/ambazonia> (Aufruf vom 20.01.2025)

AGovC (n.d.-a). Unbetitelttes Foto [Gruppenbild der ADF Kämpfer, vermutlich aus April 2022]. Ambazonia Governing Council. Siehe unter: <https://agovc.org/wp-content/uploads/2022/04/Capture.jpg> (letzter Aufruf 19.01.2025)

AGovC (n.d.-b). Startseite. Ambazonia Governing Council. Siehe unter: agovc.org (Aufruf vom 20.01.2023)

AGovC (n.d.-c). The Ambazonia Defense Forces (ADF). Ambazonia Governing Council. Siehe unter: <https://AGovC.org/defense/> (letzter Aufruf 19.01.2025)

AGovC (n.d.-d). Startseite. Ambazonia Governing Council. Siehe unter: agovc.org (Aufruf vom 28.02.2025)

AGovC (2019). Adopted Charter of the Ambazonia Governing Council. Ambazonia Governing Council. Siehe unter: <https://AGovC.org/AGovC-charter/> und im Anhang

AGovC (2025, 16. Februar). Abduction and Disappearance of Ambazonian General. Ambazonia Governing Council. Siehe unter: <https://agovc.org/abduction-and-disappearance-general-jc-funwi-christopher-by-cameroon-forces/> (letzter Aufruf 19.02.2025)

Gorji-Dinka, Fon Fongum (1985a). The New Social Order [Abschrift einer Rede]. Siehe unter: <http://web.archive.org/web/20230117180914/https://ambazonia.org/media/pdfs/The%20New%20Social%20Order.pdf> (Aufruf vom 20.01.2023)

Gorji-Dinka, Fon Fongum (1985b). An Open Letter to Cameroun the L' Etat-Major of Cameroun [Offener Brief]. Siehe unter: <http://web.archive.org/web/20220318160634/https://ambazonia.org/media/pdfs/An%20Open%20Letter%20to%20Cameroun%20the%20L'Etat-Major%20of%20Cameroun.pdf> (Aufruf vom 20.01.2023)

Gorji-Dinka, Fon Fongum (1985c). The Rebellion of Ambazonia [Bericht]. Siehe unter: <http://web.archive.org/web/20230117180913/https://ambazonia.org/media/pdfs/The%20Rebellion%20of%20Ambazonia.pdf> (Aufruf vom 20.01.2023)

Interim Government (n.d.-a). Interim Government Official Site, Federal Republik of Ambazonia [Startseite]. Siehe unter: <http://web.archive.org/web/20220421194606/https://www.ambazoniagov.org> (Aufruf vom 11.04.2022)

Interim Government (n.d.-b). Interim Government Official Site, Federal Republik of Ambazonia [Startseite]. Siehe unter: <http://web.archive.org/web/20230117072456/https://www.ambazoniagov.org> (Aufruf vom 20.01.2023)

Sekundärliteratur

Afungang, Roland (2020). Failed Decolonization of Africa and the Rise of New States: Cartography of the War in Southern Cameroons Ambazonia. *Africana Studia*, 33, S.53-75.

Agwanda, Billy; Nyadera, Israel & Asal, Ugur (2020). Cameroon and the Anglophone Crisis. In: Richmond, O. P. & Visoka, G. (Hg.) *The Palgrave Encyclopedia of Peace and Conflict Studies*. Cham: Palgrave Macmillan.
https://doi.org/10.1007/978-3-030-11795-5_115-1

Al Jazeera (2023, 6. November). Anglophone separatist gunmen kill 20 in Cameroon's South-West region. Siehe unter: <https://www.aljazeera.com/news/2023/11/6/anglophone-separatist-gunmen-kill-20-in-camerouns-south-west-region>

Amnesty International (2000). Annual Report 2000. Siehe unter: <https://www.refworld.org/reference/annualreport/amnesty/2000/en/21466>

Amnesty International (2018). Annual Report Cameroon 2018. Siehe unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/afr17/8481/2018/en/>

Amnesty International (2016, 15. December). Cameroon: Excessive force that led to deaths of protesters must be urgently investigated. Amnesty International. Siehe unter: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2016/12/cameroon-excessive-force-that-led-to-deaths-of-protesters-must-be-urgently-investigated/>

Anderson, Benedict (2016) [1983]. Imagined communities: Reflections on the origin and spread of nationalism. London, New York: Verso.

Anyangwe, Carlson (2010). The Secrets of an Aborted Decolonisation: The Declassified British Secret Files on the Southern Cameroons. Bamenda: Langaa RPCIG.

Ardener, Edwin & Ardener, Shirley (1996). Kingdom on Mount Cameroon: Studies in the History of the Cameroon Coast 1500-1970. New York, Oxford: Berghahn Books.

Bayart, Jean-Francois (1979). L' état au Cameroun. Paris: Presses de la Fondation Nationale des Sciences Politiques.

BBC Pidgin (2019, 12. Oktober). America say make Cameroon goment investigate killing for prison official. Siehe unter: <https://www.bbc.com/pidgin/50025674>

BBC (2018a, 25. Juni). Burning Cameroon: Images you're not meant to see. Siehe unter: <https://www.bbc.com/news/world-africa-44561929>

BBC (2018b, 2. Oktober). Cameroon elections: Anglophone crisis overshadows polls. Siehe unter: <https://bbc.com/news/world-africa-45723211>

BBC (2018c, 4. Oktober). Cameroon's Anglophone crisis: Red Dragons and Tigers - The rebels fighting for independence. Siehe unter: <https://bbc.com/news/world-africa-45723211>

BBC (2021, 28. September). Why separatists in Cameroon and Nigeria have united. Siehe unter: <https://www.bbc.com/news/world-africa-58726231>

BBC (2024, 26. September). Cameroonian separatist leader arrested in Norway. Siehe unter: <https://www.bbc.com/news/articles/c114dj79lneo>

Bereketeab, Redie (2015). Self-determination and secession in Africa: The post-colonial state. Abingdon, New York: Routledge.

Beseng, Maurice; Crawford, Gordon & Annan, Nancy (2023). From "Anglophone problem" to "Anglophone conflict" in Cameroon: Assessing prospects for peace. *Africa Spectrum*, 58(1), S. 89 – 105.

Cameroon News Agency (n.d.). Homepage. Siehe unter: <https://cameroonnewsagency.com/>

Cameroon News Agency (2025, 17. Januar). Nso Traditional leaders kidnapped by Separatist Group in Bui. Siehe unter: <https://cameroonnewsagency.com/nso-traditional-leaders-kidnapped-by-separatist-group-in-bui/>

Chem-Langhëë, Bongfen (1976). The Kamerun plebiscites 1959-1961: Perceptions and strategies [PhD thesis]. University of British Columbia. Siehe unter <https://open.library.ubc.ca/collections/ubctheses/831/items/1.0093934>

Chem-Langhëë, Bongfen (1995). The road to the unitary state of Cameroon 1959-1972. *Paideuma*, 41, S.17–25.

Cooper, Frederick (2002). Africa since 1940: The past of the present. Cambridge: Cambridge University Press

Cooper, Frederick (2014a). Citizenship between Empire and Nation: Remaking France and French Africa, 1945-1960. Princeton: Princeton University Press.

Cooper, Frederick (2014b). Africa in the World: Capitalism, Empire, Nation-State. Cambridge, MA and London, England: Harvard University Press.

Crisis Group (2019, 2. Mai). Cameroon's Anglophone Crisis: How to Get to Talks? Siehe unter: <https://www.crisisgroup.org/africa/central-africa/cameroon/272-crise-anglophone-au-cameroun-comment-arriver-aux-pourparlers>

Crisis Group (2020, 3. Dezember). Easing Cameroon's ethno-political tensions, on and offline. Siehe unter: <https://www.crisisgroup.org/africa/central-africa/cameroon/295-easing-cameroons-ethno-political-tensions-and-offline>

Crisis Group (2023, 21. März). A second look at Cameroon's Anglophone special status. Siehe unter: <https://www.crisisgroup.org/africa/central-africa/cameroon/b188-second-look-cameroons-anglophone-special-status>

Crisis Group (2024, 16. Oktober). Arrest of separatist leader puts spotlight on Cameroon's Anglophone crisis. Siehe unter: <https://www.crisisgroup.org/africa/central-africa/cameroon/arrest-separatist-leader-puts-spotlight-cameroons-anglophone>

DeLancey, Mark (1989). *Cameroon: Dependence and Independence*. Boulder, Colorado: Westview Press.

Deutsche Welle (2018, 22. Oktober). Biya bleibt an der Macht. Siehe unter:
<https://www.dw.com/de/biya-bleibt-pr%C3%A4sident-in-kamerun/a-45987936>

Doho, Gilbert (2020). From literary concept to self-proclaimed state: Three generations of Anglophone-Cameroonians at war. *Journal of the African Literature Association*, 14(2), S. 216–235.
<https://doi.org/10.1080/21674736.2020.1717122>

Eckert, Andreas (2011). Nation, Staat und Ethnizität in Afrika im 20. Jahrhundert. In: Sonderegger, A., Grau, I. und Englert, B. (Hg.) *Afrika im 20. Jahrhundert: Geschichte und Gesellschaft* (S. 40-59). Wien: Promedia.

Elong Eboho, Eric (2012, Dezember). Sovereignty in the Making: The Case of Anglophone Cameroon [Conference Paper]. Workshop on Sovereignty in the Making, University of Oslo. Siehe unter:
https://www.researchgate.net/publication/269575409_Sovereignty_in_the_Making_The_Case_of_Anglophone_Cameroon

Endong, Floribert (2023). Visual propaganda and (anti-)separatism in the Cameroonian cyberspace: A conceptual perspective on the role of images in the Ambazonia war. *EthioInquiry Journal of Humanities and Social Sciences*, 2(2), S. 1–18.

Englebert, Pierre & Hummel, Rebecca (2005). Let's stick together: Understanding Africa's secessionist deficit. *African affairs*, 104(416), S. 399–427. <https://doi.org/10.1093/afraf/adi008>.

Enonchong, Laura-Stella (2021). *The Constitution and Governance in Cameroon*. London und New York: Taylor & Francis Group.

Europäisches Parlament (2021). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2021 zur Menschenrechtslage in Kamerun (2021/2983[RSP]). Siehe unter:
https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0483_DE.html

Eyoh, Dickson (1998). Conflicting Narratives of Anglophone Protest and the Politics of Identity in Cameroon. *Journal of Contemporary African Studies*, 16, S. 249-276.

Fanon, Frantz (2016) [1952]. *Schwarze Haut, weiße Masken*. Wien: Turia + Kant.

Fanon, Frantz (2015) [1961]. *Die Verdammten dieser Erde* (15. Aufl.). Berlin: Suhrkamp.

Forrest, Joshua (2004). *Subnationalism in Africa : Ethnicity, alliances, and politics*. Boulder, Colorado: Lynne Rienner Publishers.

Fuh, Divine (2021). Chihuahua Promises and the Notorious Economy of Fake Pets in Cameroon. *Journal of African Cultural Studies*, 33(3), S. 387-403.

Gellner, Ernest (1991). *Nationalismus und Moderne*. Berlin: Rotbuch-Verlag

Gellner, Ernest (1997) [1983]. *Nations and nationalism*. Oxford: Blackwell

- Gellner, Ernest (1999). Nationalismus: Kultur und Macht. Berlin: Siedler
- Hartmann, Jürgen (2011). Staat und Regime im Orient und in Afrika. Wiesbaden: VS Verlag, Springer Fachmedien.
- Hobsbawm, Eric (2005) [1992]. Nationen und Nationalismus: Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt, Main: Campus-Verlag.
- Hobsbawm, Eric (2013) [1997]. The invention of tradition. Cambridge: Cambridge University Press.
- Human Rights Watch (2018, 19. Juli). “These killings can be stopped”: Abuses by government and separatist groups in Cameroon’s Anglophone regions. Siehe unter: <https://www.hrw.org/report/2018/07/19/these-killings-can-be-stopped/abuses-government-and-separatist-groups-cameroons>
- Human Rights Watch (2021). Report: “They Are Destroying Our Future” Armed Separatist Attacks on Students, Teachers, and Schools in Cameroon’s Anglophone Regions. Siehe unter: <https://www.hrw.org/report/2021/12/16/they-are-destroying-our-future/armed-separatist-attacks-students-teachers-and>
- Irwin, Zane (2023, 5. Juni) Cameroon: The Keyboard Warlords of the Breakaway Republic. Pulitzer Center. Siehe unter: <https://pulitzercenter.org/stories/cameroon-keyboard-warlords-breakaway-republic>
- Joseph, Richard (1987). Democracy and prebendal politics in Nigeria: The rise and fall of the second republic. Cambridge: University Press.
- Keke, Reginald (2020). Southern Cameroons/Ambazonia conflict: A political economy. *Theory & Event*, 23(2), S.329–351. <https://doi.org/10.1353/tae.2020.0030>
- Ketzmerick, Maria (2019). Staat, Sicherheit und Gewalt in Kamerun: Postkoloniale Perspektiven auf den Dekolonisierungsprozess unter französischer UN-Treuhandverwaltung. Bielefeld: transcript.
- Konings, Piet (1999). The Anglophone struggle for federalism in Cameroon. In: Bastia, L. R. & Ibrahim, J. (Hg.) *Federalism and decentralization in Africa: The multicultural challenge* (S. 289-325). Fribourg: Institut de fédéralisme.
- Konings, Piet & Nyamnjoh, Francis (2003). Negotiating an Anglophone identity: A study of the politics of recognition and representation in Cameroon. Leiden: Brill. Siehe unter: <https://openaccess.leidenuniv.nl/handle/1887/12878>
- Konings, Piet (2009). University crisis and student strikes in Africa: The Case of the University of Buea. *JHES/RESA*, 7(1&2), S. 211-230.
- Konings, Piet (2011). The politics of neoliberal reforms in Africa: State and civil society in Cameroon. Leiden: African Studies Centre & Langaa Publishers.
- Konings, Piet & Nyamnjoh, Francis (2019). Anglophone Secessionist Movements in Cameroon: Aspiration, Grievance, Performance, Disenchantment. In: De Vries, L., Englebert, P. & Schomerus, M. (Hg.) *Secessionism in African Politics* (S. 59-89). Cham: Palgrave Macmillan.

- Krämer, Anna Maria (2019). Repräsentationen von Staat in Afrika. Postkoloniale Kritik eines Diskurses. Kassel: Nomos.
- Kum Awah, Paschal (2022). Multilingualism in Cameroon: An Expression of Many Countries in One Country. In: Jiang, X. (Hg.) *Multilingualism - Interdisciplinary Topics*. IntechOpen.
- Lee, Alexander & Schultz, Kenneth (2012). Comparing British and French colonial legacies: A discontinuity analysis of Cameroon. *Quarterly Journal of Political Science*, 7, S. 1–46. Siehe unter: https://www.rochester.edu/college/faculty/alexander_lee/wp-content/uploads/2014/07/lee-schultz-2012.pdf
- Mehler, Andreas (2014). Why Federalism Did Not Lead to Secession in Cameroon. *Ethnopolitics*, 13(1), S.48-66.
- Mokham, David (2016). Former Southern Cameroons: Between Nationalism and Secessionism (1959-2012). *Danubius*, 34(1), S. 245–266.
- Morris-Chapman, Daniel (2019). An Ambazonian theology? A theological approach to the Anglophone crisis in Cameroon. *HTS Teologiese Studies / Theological Studies*, 75(4). <https://doi.org/10.4102/hts.v75i4.5371>
- Mougoué, Jacqueline-Bethel (2019). Gender, separatist politics, and embodied nationalism in Cameroon. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Ndille, Roland (2022, 22. Februar). Wie der Geschichtsunterricht das Gedächtnis der Kolonialgeschichte prägt. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Siehe unter: <https://www.rosalux.de/news/id/45997/wie-der-geschichtsunterricht-das-gedaechtnis-der-kolonialgeschichte-praegt>
- Ndille, Roland (2023). Higher education in British and French mandated Cameroon: A comparative analysis. *Stichproben – Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien*, 45, S. 45–68. Siehe unter: https://stichproben.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/p_stichproben/Artikel/Nummer45/05_Ndille_Higher_Education_in_British_and_French_Mandated_Cameroon.pdf
- Ngala, Bernard (2020). The Impact of the Resurgent Anglophone Crisis in Cameroon on Language Education and Policy. In: McIntosh, K. (Hg.) *Applied Linguistics and Language Teaching in the Neo-Nationalist Era* (S. 51-76). Palgrave Macmillan Cham.
- Ngam, Confidence Chia (2020). Their spirits are high and willing but that is not enough: Profiling the Cameroon separatist Anglophone radical militia (Amba Boys). *Youth and Globalization*, 2(2), S. 210–231. <https://doi.org/10.1163/25895745-02020005>
- Nyamnjoh, Francis & Rowlands, Michael (1998). Elite Associations and the Politics of Belonging in Cameroon. *Africa: Journal of the International African Institute*, 68(3), S.320-337.
- OCHA (2024, April). Humanitarian Needs Overview Cameroon. Humanitarian Programme Cycle 2024. United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. Siehe unter: <https://www.unocha.org/cameroon>

Okereke, Nna-Emeka (2018). Analysing Cameroon's Anglophone Crisis. *Counter Terrorist Trends and Analyses*, 10(3), S. 8–12. Siehe unter: <http://www.jstor.org/stable/26380430>

Preger, Anne (2016, 22. August). 1986 entweicht eine tödliche Gaswolke aus dem Nyos-See. WDR 5 ZeitZeichen. Siehe unter: <https://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/zeitzeichen/nyos-see-kamerun-100.html>

Reuters (2023, 25. Februar). Nineteen athletes wounded after blasts at race in Cameroon. Siehe unter: <https://www.reuters.com/world/africa/nineteen-athletes-wounded-after-blasts-race-cameroon-doctor-2023-02-25/>

Schicho, Walter (2001). Handbuch Afrika. Band 2: Westafrika und die Inseln im Atlantik. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel, Wien: Südwind.

Schmid, Harald (2009). Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis: Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis. Göttingen: V & R Unipress.

Schubert, Klaus & Martina Klein (2018). Das Politiklexikon: Begriffe, Fakten, Zusammenhänge. Bonn: Dietz.

Serwat, Ladd & Beevor, Eleanor (2024). Non-State Armed Groups and Illicit Economies in West Africa: Anglophone Separatists. ACLED – Armed Conflict Location & Event Data Project sowie Global Initiative Against Transnational Organized Crime. Siehe unter: <https://acleddata.com/2024/09/10/non-state-armed-groups-and-illicit-economies-in-west-africa-anglophone-separatists/>

Shabazz, Faheem (2022). Innere Kolonisierung in Kamerun: Ambazonien zwischen Frankophon und Anglophon. *analyse & kritik*, 681. Siehe unter: <https://www.akweb.de/gesellschaft/innere-kolonisierung-kamerun-ambazonien-frankophon-anglophon/>

Smith, Anthony (2006). Ethnicity and Nationalism. In: Delanty, G. & Kumar, K. (Hg.) *The Sage Handbook of Nations and Nationalism* (S. 169-181). SAGE Publications: London, Thousand Oaks, New Delhi.

Sonderegger, Arno; Grau, Ingeborg & Englert, Birgit (Hg.) (2011). Afrika im 20. Jahrhundert: Geschichte und Gesellschaft. Wien: Promedia-Verlag.

Sonderegger, Arno (2021). Afrika und die Welt: Betrachtungen zur Globalgeschichte Afrikas in der Neuzeit. Wiesbaden: S. Marix Verlag.

TAZ (1996, 11. Mai). Das Öl entzweit Nigeria und Kamerun. Siehe unter: <https://taz.de/Das-Oel-entzweit-Nigeria-und-Kamerun/!1457667/>

Tetzlaff, Rainer (2018). Afrika: Eine Einführung in Geschichte, Politik und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer VS.

Titz, Christoph (2018, 6. November). Kamerun unter Paul Biya: Die rätselhafte Kinder-Entführung von Ambazonien. DER SPIEGEL. Siehe unter: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/kamerun-unter-paul-biya-die-raetselhafte-kinder-entfuhrung-von-ambazonien-a-1236941.html>

U.S. Senate (2021). A resolution calling for a peaceful resolution to the conflict in the Anglophone regions of Cameroon (S.Res. 684, 116th Congress). Verabschiedet am 1. Januar 2021. Siehe unter: <https://www.congress.gov/bill/116th-congress/senate-resolution/684>

Underhill, Edwar Bean (1881). Alfred Saker, Missionary to Africa: A Biography. London: Alexander & Shephard

VOA Voice of America (2018, 21. September). Campaigns start in Cameroon presidential poll. Siehe unter: <https://www.voanews.com/a/campaigns-start-in-cameroon-presidential-poll/4582832.html>

VOA Voice of America (2022, 26. September). Cameroon's Separatists Say Splinter Groups Kill, Abduct Fighters. Siehe unter: <https://www.voanews.com/a/cameroon-s-separatists-say-splinter-groups-kill-abduct-fighters-/6764157.html>

Wehler, Hans-Ulrich (2011). Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen. München: C.H.Beck.

Wiedemann, Charlotte (2008, 17. April). Kamerun: Das große Schmieren. DIE ZEIT. siehe unter: <https://www.zeit.de/2008/17/Kamerun>

Wikipedia (n.d.). Cameroon boundary changes [Karte]. Siehe unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/Kamerun_\(Kolonie\)/#/media/Datei:Cameroon_boundary_changes-de.svg](https://de.wikipedia.org/wiki/Kamerun_(Kolonie)/#/media/Datei:Cameroon_boundary_changes-de.svg) (Aufruf vom 6.3.2025)

Wikimedia Commons (n.d.). Nigeria, Benin, Cameroon languages [Karte]. Siehe unter: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Nigeria_Benin_Cameroon_languages.png (Aufruf vom 6.3.2025)

Wodak, Ruth & Reisigl, Martin (2009). The discourse-historical approach (DHA). In: Wodak R. & Meyer, M. (Hg.), *Methods of critical discourse analysis* (S. 87–121). London: SAGE.

CHARTER OF THE AMBAZONIA MISSION FREEDOM MOVEMENT AND ITS AMBAZONIA GOVERNING COUNCIL



“All peoples have the right of self-determination; by virtue of that right they freely determine their political status and freely pursue their economic, social and cultural development”
International Bill of Human Rights, Pt.1, Art.1(1) (1966)

MAP OF AMBAZONIA (THE ERSTWHILE SOUTHERN CAMEROONS)

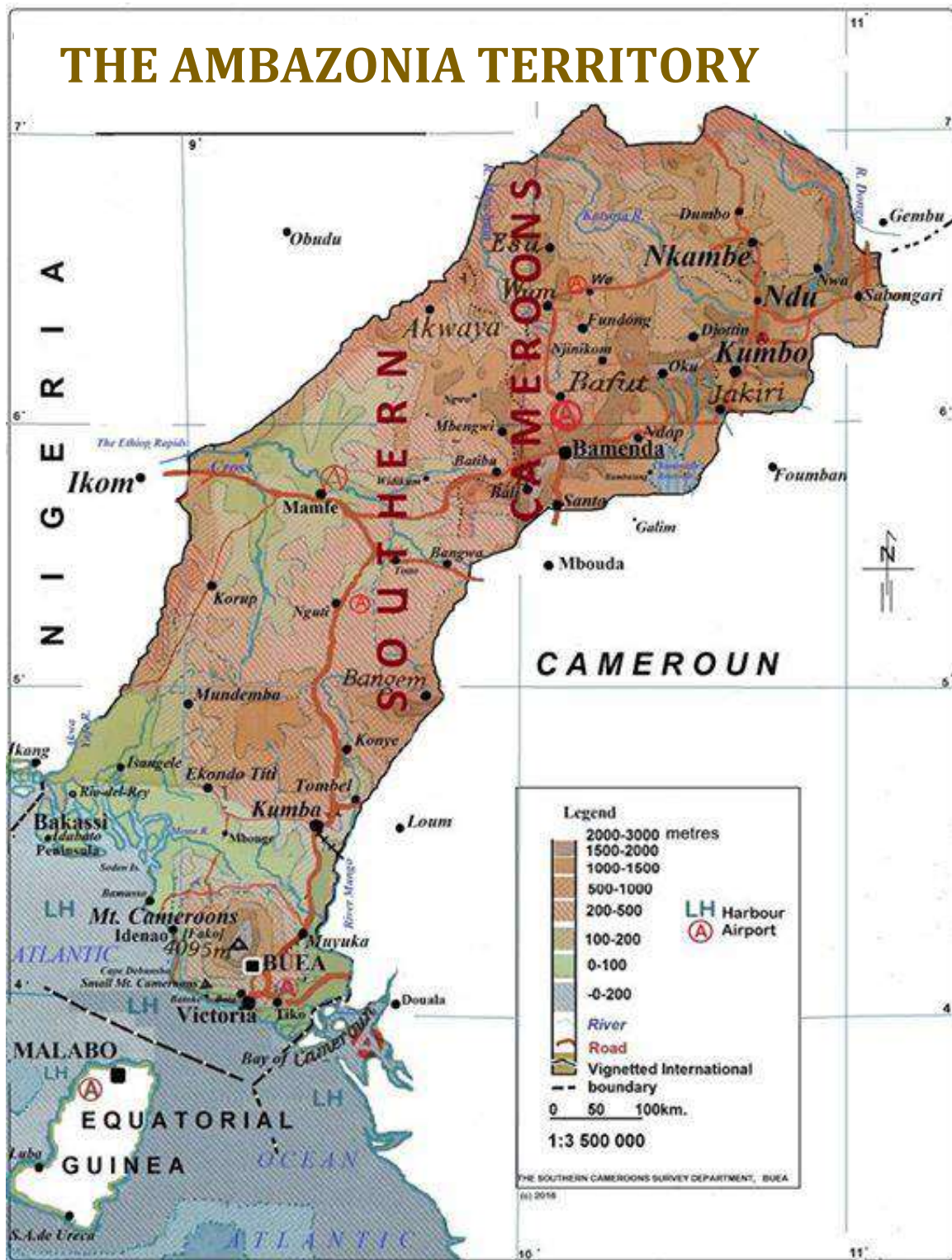


TABLE OF CONTENTS

Introduction.....	4
Preamble.....	5
TITLE 1	
IDENTITY OF THE AMBAZONIA MISSION LIBERATION FRONT AND ITS AGC	
Chapter 1: Name, Vision and Mission, Aims and Objectives, and Character.....	16
Chapter 2: Membership.....	20
TITLE 2	
STRUCTURE	
Chapter 3: Organizational Structure.....	25
Chapter 4: The Ambazonia Women’s Brigade.....	34
Chapter 5: The Ambazonia Youth Brigade.....	36
TITLE 3	
THE NATIONAL FRONT	
Chapter 6: Composition.....	39
Chapter 7: Council of Missions.....	40
Chapter 8: National Council.....	57
Chapter 9: Office of the President.....	70
Chapter 10: Department of Interior Affairs.....	76
Chapter 11: Department of Foreign Affairs.....	79
Chapter 12: Department of Communication and Information Technology.....	82
Chapter 13: Department of Education, Science, Technology and Innovation.....	84
Chapter 14: Department of Economic Development and Natural Resources.....	86
Chapter 15: Department of Human Rights and Human Services.....	89
Chapter 16: Department of Finance.....	91
Chapter 17: Cabinet.....	98
Chapter 17: Miscellaneous.....	99

INTRODUCTION

As a successful freedom movement, the Ambazonia Mission liberation front and its Ambazonia Governing Council (AGC) strive to represent the freedom aspirations of the diverse Ambazonia people from annexation and its consequent evils by the Republic of Cameroun. We constantly seek to be in tune with the strongest urgings of Ambazonians so as to ensure that we remain the voice, hands and feet in the liberation struggle, and we bequeath to future generations a free, stable, peaceful, democratic and prosperous sovereign Ambazonia.

It is not foremost for ourselves that we lay our lives for the freedom of our homeland; it is above all for the future generations of Ambazonians and the prosperity of the world at large, for injustice anywhere is injustice everywhere.

The AGC is enriched by the diversity of views, experiences and potentials of the Ambazonia people. We cherish this diversity without forgoing the necessary focus on the goal of the independence of our homeland and its growth and prosperity.

The AGC must constantly revamp itself to enter the future, the critical years of revolution and governance, with its house in order. This requires reviewing the effectiveness of our structures, resources, strategies, and operations at all levels so as to face the liberation task and the establishment of a stable and prosperous Ambazonia state with continuing vigor and success. The freedom front and the AGC by extension should constantly examine their actions to ensure that they fit into the liberation spirit characterized by steadfastness, discipline, sacrifice, justice, and the comradeship.

The AGC and the restoration quest it engages in, embodies, and reflects is judged not only by the performance and personality of individual members, but also as a collective, as an organization. Its strength lies in its capacity to embrace all people of Ambazonia without losing sight of its vision, mission, and goals and without failing to achieve them. All Ambazonians have a role to play in the freedom and consequent stability and speedy development of the homeland.

The liberation front must maintain political power in its strategies of diplomacy, legality and community mobilization as recognized under international law in the freedom of our homeland and the transformation of the current underdeveloped Ambazonia into a modern developed sovereign state. Therefore, the voluntary basis of membership in the AGC implies not only rights but acceptance of obligations to the AGC and the Ambazonia homeland at large.

As the vanguard of the Ambazonia independence cause, the AGC must never back out if others chose to lay down the most honorable freedom cause. The AGC must never lay down its responsibility in the prosecution of this cause of the freedom and independence of Ambazonia, and the transformation of the Ambazonia territory into a beacon of hope, peace and prosperity in Africa. In this regard, all Ambazonians in the spirit of the AGC should demonstrate unshakable tenacity, dedication, commitment and sacrifice in the independence cause.

This Charter defines the and nature of the liberation front and its AGC. It prescribes the rights and duties of the Ambazonian people as the freedom front and their leadership. It reflects the AGC's dual position as liberation front guard and governing Council. Its implementation should reflect the values of respect for the rule of law, democracy, equality, transparency, collaboration, determination, innovation and hard work that will characterize a prosperous sovereign Ambazonia country.

PREAMBLE

WHEREAS the erstwhile United Nations Trust Territory of the British Southern Cameroons is now called “AMBAZONIA”;

WHEREAS the people of Ambazonia striving to reclaim their freedom from colonial rule by Cameroun, rejecting the illegal occupation of AMBAZONIA by the Republic of Cameroun, and denouncing all vices of governance and deprivation of the rights to life, liberty and the pursuit of happiness associated with this annexation since 1961;

WHEREAS the people of Ambazonia have determined that they shall live a free people governed under the rule of law in a sovereign Ambazonia state characterized by justice, democracy, peace and prosperity;

WHEREAS the Southern Cameroons territory (now AMBAZONIA) was originally British from 1858 to 1887, then ceded to Germany and subsequently incorporated into the contiguous German protectorate of Kamerun, which had been acquired from the United Kingdom earlier in 1884;

WHEREAS the 1913 Anglo-German Treaty territorially defined the international boundary between Nigeria and the Southern Cameroons, subsequently emphasized in a 1954 British Order in Council;

WHEREAS the Anglo-French Treaty of 1916 (the Milner-Simon Declaration) defined the international boundary between the British Cameroons and French Cameroun; subsequently confirmed by the League of Nations in 1922 when the two territories were separately placed under the Mandates System;

WHEREAS the territorial alignment between Southern Cameroons and French Cameroun was further confirmed by the Anglo-French Treaty of 9 January 1931, signed by the Governor-General of Nigeria and the Governor of French Cameroun;

WHEREAS the British administration of the Southern Cameroons from 1858 to 1887, and then from 1915 to 1961, bequeathed to it an Anglo-Saxon heritage: official language being English, and its educational, legal, administrative, political, governance and institutional culture and value systems being all English-derived;

WHEREAS on 1 October 1960 the Southern Cameroons was separated from Nigeria and by 1961 the Southern Cameroons had attained a full measure of self-government in its Government of Southern Cameroons, except on matters of defense and foreign affairs that remained under Britain as provided in the *Southern Cameroons Constitution Order in Council*;

WHEREAS at the 849th meeting of the Fourth Committee of the UN on 25th February 1959, Mr. Ahmadou Ahidjo of La Republique du Cameroun solemnly assured the UN: “We are not annexationists. ... If our brothers of the British zone wish to unite with independent Cameroun, we are ready to discuss the matter with them, but we will do so on a footing of equality;”

WHEREAS on 11 February 1961 the UN held a plebiscite in which the choice of attaining independence as a sovereign nation was eliminated from the ballot against the will of the people of

Southern Cameroons, and the said people voted to achieve independence by joining La Republique du Cameroun on precise terms;

WHEREAS the said terms of Southern Cameroons' achievement of independence by joining La Republique du Cameroun as provided in "The Two Alternatives" pre-plebiscite pamphlet included:

- The Southern Cameroons and Republique du Cameroun would unite to create a Federal State to be called the 'Federal United Cameroon Republic', outside the British Commonwealth and the French Community;
- The component states of the Federation would be the Southern Cameroons and Republique du Cameroun, legally equal in status;
- Each federated state would continue to conduct its affairs consistently with its colonially-inherited state-culture, with only a limited number of subject matters conceded to the Union government;
- Nationals of the federated states would enjoy Federal Cameroon nationality;
- The Federation would have a bicameral Parliament consisting of a Federal Senate and a Federal National Assembly;
- Federal laws will only be enacted in such a way that no measures contrary to the interests of one state will be imposed upon it by the majority.
- Constitutional arrangements would be worked out after the plebiscite by a post-plebiscite conference comprising representative delegations of equal status from the Southern Cameroons and Republique du Cameroun, in association with the United Kingdom Government and the United Nations;
- The post-plebiscite conference would have as its goal the fixing of time limits and conditions for the transfer of sovereignty powers to an organization representing the future federation; and
- Those entrusted with the affairs of the united Cameroon would put the would-be federal constitution to the people of the Southern Cameroons and Republique du Cameroun to pronounce themselves on it;

WHEREAS on April 21, 1961, the United Nations in Resolution 1608 (XV) recognized the results of the plebiscite and asked that the British Government, the Government of Southern Cameroons and La Republique du Cameroun urgently meet and discuss with a view to finalizing the post-plebiscite arrangements by which the agreed and declared policies of the parties concerned will be implemented before Southern Cameroons could join La Republique du Cameroun following the former's achievement of independence on October 1, 1961;

WHEREAS La Republique du Cameroun voted "No!" to UN Resolution 1608 (XV), thereby declaring it neither intended to nor could it be compelled by the UN to enter a union with Southern Cameroons;

WHEREAS the said 'agreed and declared policies' were not and have never been finalized and declared to make British Southern Cameroons and La Republique du Cameroun one country;

WHEREAS the Fouban Conference held in La Republique du Cameroun from the 17th to the 21st of July 1961 between the Southern Cameroons and La Republique du Cameroun to finalize, agree upon and declare the terms of the agreement scattered because of manipulative bad faith on the part of La Republique du Cameroun, and the absence of the government of the United Kingdom contrary to the provision of UN Resolution 1608 (XV) (5).

WHEREAS without the process of negotiating the terms of the agreed federal union having been completed, without any federal constituent assembly having met, and without any draft federal constitution having been established, La Republique du Cameroun unilaterally drafted a document which that country's Assembly, meeting without any Southern Cameroons participation, enacted into 'law' on 1 September 1961 as 'the Constitution of the Federal Republic of Cameroon' to enter into force on 1 October 1961;

WHEREAS La Republique du Cameroun's unilateral 'federal constitution' was never submitted for endorsement to and was never endorsed by the people or the parliament or the Government of the Southern Cameroons;

WHEREAS this same 'federal constitution' had no provision in the document to the effect that the Southern Cameroons and Republique du Cameroun shall be united in one sovereign Republic; no provision to the effect that the federation was 'one and indivisible'; and no claim that the document represented *consensus ad idem* of the Southern Cameroons and Republique du Cameroun;

WHEREAS in September 1961 an army of La Republique du Cameroun crossed the border into the Southern Cameroons at Ebubu village near Tombel and massacred thirteen CDC workers in cold blood, and some other soldiers of the same La Republique du Cameroun crossed in Santa near Bamenda, killed Southern Cameroonians without cause and destroyed property;

WHEREAS the government of La Republique du Cameroun, being aware that the federation lacked a legally valid founding union treaty and only existed as a mere *de facto* existence, never applied for UN membership of the federation and so the federation was never a member of the UN, and so there exist no treaty or official map at the UN in which the two territories of Southern Cameroons and La Republique du Cameroun are combined and sealed as one country;

WHEREAS even though the terms of any union between Southern Cameroons and La Republique du Cameroun had not been agreed upon and declared as required in UN Resolution 1608 (XV) (5), and no treaty established between the government of Southern Cameroons and La Republique du Cameroons to become one country, La Republique du Cameroun moved her military into Southern Cameroons territory on October 1, 1961, occupied and annexed Southern Cameroons without the terms of agreement as demanded by the people of Southern Cameroons in "The Two Alternatives" pamphlet having been finalized, agreed upon and declared, and without the consent of the government of Southern Cameroons acting on behalf of its people;

WHEREAS the imposed police and military of La Republique du Cameroun massacred 236 Bakossi men, women and children of Southern Cameroons in Tombel in May 1967;

WHEREAS for standing up to La Republique du Cameroun's expansionist agenda Prime Minister Augustine Ngom Jua from Southern Cameroons was labeled '*un autonomiste avant tout*' ('a die-hard autonomist') and dismissed by Ahidjo, the governing president of La Republique du Cameroun, and

when Vice President Foncha reminded the government of La Republique du Cameroun that there was no valid union accord or treaty between the Southern Cameroons and Republique du Cameroun, and that it was high time such an accord is concluded between the two parties, Ahidjo, president of Republic of Cameroun dismissed Foncha from his office of Vice President;

WHEREAS from the 1960s to this day nationals of the Southern Cameroons are appointed, if at all, as a matter of grace, and then to subordinate positions as assistants or deputies to nationals of Republique du Cameroun, and the government of La Republique du Cameroun has systematically made key government positions such as the republican presidency, secretary general at the presidency, the commander of the armed forces, director-general of the lone oil industry in Southern Cameroons, the ministry of finance, the ministry of defense, the ministry of the interior, the ministry of foreign affairs, the ministry of post and telecommunication, the ministry of economy, planning and regional development, and ambassadorship to Nigeria, France, Britain, United States and the United Nations out of bounds to Southern Cameroonians;

WHEREAS the appointed governors, and the so called Senior Divisional Officers (SDOs) and Divisional Officers (DOs) that are foreign to the Anglo-saxon administrative heritage have been imposed on Southern Cameroonians (Ambazonia) by the government of La Republique du Cameroun without their consent, and these officers have consistently held absolute and unchecked powers over the peoples of Southern Cameroons, including the power to torture, to detain indefinitely, to confiscate property, to control the movement of persons and goods, to censor the press, and to disperse any assembly, prohibit any meeting, and disband any association against the fundamental human rights of the people of Southern Cameroons;

WHEREAS in early 1972 the government of La Republique du Cameroun poured in more troops into Southern Cameroons to stop a possible uprising for the independence of Southern Cameroons as the people were totally dissatisfied with the annexation of their territory;

WHEREAS on May 6, 1972 Ahidjo, president of La Republique du Cameroun announced in the Federal National Assembly: “I have decided to end the federation,” and then proceeded to hold a referendum in which the majority people of La Republique du Cameroun unjustly voted in although it was the people of the Southern Cameroons alone who had voted at the plebiscite, and them alone stood to lose their self-government;

WHEREAS the government of La Republique du Cameroun in order to fully colonize the people of Southern Cameroons imposed an administrative politics of divide and rule by cutting up the one Southern Cameroons territory into North West and South West Provinces, now South West and North West Regions, which have since continued to be administered from Republique du Cameroun through a hierarchy of colonial-type district commissioners known as ‘*sous-prefets*’, ‘*prefets*’, ‘*gouverneurs*’, and ‘*commandants des legions*’ from Republique du Cameroun as dependencies of that country;

WHEREAS to continue the systematic and effective ploy and destruction of the territory, culture and people of Southern Cameroons, the government of La Republique du Cameroun aligned the schools calendar in the Southern Cameroons to that in Republique du Cameroun, teacher training colleges in the Southern Cameroons were closed down, primary education under-funded and secondary education under constant threat of adulteration, and the government of La Republique du

Cameroun requested the American government to shut down the American educational programmes such as African Scholarship Program for American Universities (ASPAU) and AFGRAD that provided scholarships to deserving Southern Cameroons students to enable them study in the USA, and demanded that Britain stop the British Technical Assistance that it was providing to Southern Cameroons;

WHEREAS the government of La Republique du Cameroun has and continues to exploit ruthlessly the natural resources in the Southern Cameroons such as oil and gas, timber, rubber and palms without any benefits accruing to the Southern Cameroons or its people in accordance with distributive justice.

WHEREAS over the years financial and other establishments set up by the Government of the Southern Cameroons as well as private businesses by Southern Cameroons businessmen have all been purposefully and systematically snuffed out: the Development Agency was destroyed; the Cameroons Bank (CAMBANK) was moved to Republique du Cameroun, looted and then closed down; the Marketing Board was looted and its financial reserves of over 78 billion cfa francs (approx. USD160 million) misappropriated with impunity; the Electricity Corporation (POWERCAM) in Yoke, Mika was closed down, its assets confiscated and the hydro-electricity installations in the territory demolished to establish the Edea Hydroelectric Power dam outside of Ambazonia; the Cameroons Timber Company based in Muyuka was closed down and its assets confiscated; John Holt Ltd, Cardbury and Fry, Unilever, UCTC, CCC, and Britind Company Ltd in Limbe were shut down; Fomenky's Direct Supplies company, Niba Automobile company, Nangah company, Kilo Brothers company, Union Profess in Kumba, and Che company were ordered to relocate in Republique du Cameroun and then were deliberately starved of credit and squeezed out; agro-industrial establishments such as Santa Coffee Estate, Obang Farm Settlement, and Wum Area Development Authority were maliciously closed down; also maliciously closed down were Cameroons Air Transport (CAT), the Tiko International Airport, the Besongabang Airport, the Bali Airport, the Weh Airstrip, the Victoria deep sea port, the Tiko sea port, the Ndian sea port, and the Mamfe inland port on the Cross River;

WHEREAS although oil and gas come from the Southern Cameroons no oil storage facility has been constructed in the territory, and refined petroleum product is taken from the refinery at Victoria by tankers to Republique du Cameroun and from there a little quantity is then brought back to the Southern Cameroons for retail sale at prices higher than in Republique du Cameroun;

WHEREAS foreign investors intending to invest in the Southern Cameroons have always been coerced to invest in Republique du Cameroun instead, for example, the oil company PECTEN and the breweries, GUINNESS and ISENBECK, wanted to set up shop in the Southern Cameroons but were pressurized by the government of La Republique du Cameroun to locate in La Republique du Cameroun.

WHEREAS La Republique du Cameroun has undermined and tried to systematically eradicate the practice of Common Law that pertains in Southern Cameroons and has sought to impose civil law practices foreign to the heritage of the people of Southern Cameroons;

WHEREAS in February 1984, Mr. Paul Biya (another citizen of Republique du Cameroun who had been picked by Ahidjo and handed the Presidency in 1982) discarded Ahidjo's 'republique unie du

Cameroun' contraption, and signed a law formally reverting to the denomination and identity 'Republique du Cameroun,' a denomination that had officially not been in use since 1 October 1961, and which confirmed the formal colonization of the Southern Cameroons.

WHEREAS throughout the 1980s the people of the Southern Cameroons, as individuals or as groups, continued to revolt against what was openly annexation of Southern Cameroons by Republique du Cameroun, especially after the issuance of "The New Social Order" on March 15, 1985, "The Letter to the L'Etat Major of Cameroun: Defuse the Timed Bomb" on May 5th, 1985, and "The Revolt of Ambazonia" on July 11, 1985, all by Fon Fongum Gorji-Dinka of the Ambazonia Restoration Movement in Southern Cameroons;

WHEREAS on 21 August 1986 more than 3,000 people and an untold number of livestock and other animals in the vicinity of Lake Nyos in Southern Cameroons perished from inhaling a gas later identified as a mixture of carbon dioxide and hydrogen sulphide, an incident the people of Southern Cameroons (Ambazonia) continue to hold firmly as a chemical weapon attack on their very existence orchestrated by the hands of La Republique du Cameroun;

WHEREAS in 1993 and 1994, against the backdrop of terrorization and disruptions by the Camerounese military, the people of the Southern Cameroons, assembled for the first time as one people since early 1972, where they created the Southern Cameroons National Council (SCNC) and sought constitutional talks with Republique du Cameroun on the basis of an agreed federal constitution;

WHEREAS the SCNC was further mandated, if the Yaoundé regime refused to engage in meaningful constitutional talks or if it failed to engage in such talks within a reasonable time, to so inform the people of the Southern Cameroons by all suitable means and the people of Ambazonia thereupon proclaim the revival of the independence and sovereignty of the Southern Cameroons and take all measures necessary to secure, defend and preserve the independence, sovereignty and integrity of the Southern Cameroons;

WHEREAS six years afterwards, in 1999, Republique du Cameroun had not as much as indicated a willingness to talk with the people of Ambazonia, and the SCNC so informed the people of the Southern Cameroons, served notice that 'reasonable time' had expired;

WHEREAS in 2001 there were at least two Southern Cameroons citizens among the nine people who were disappeared by the military in Douala in what became known as the 'Bepanda Nine'; Republique du Cameroun soldiers murdered 4 youths in the Southern Cameroons town of Kumbo during a peaceful celebration marking the 40th anniversary of Southern Cameroons independence, and in the same year Matthew Titiahonjo was arbitrarily arrested in the Southern Cameroons town of Ndop in May, severely tortured and then taken to Bafoussam in Republique du Cameroun where he was held captive under atrocious conditions before being killed by the military forces of La Republique du Cameroun on 14 September 2002;

WHEREAS between September and November 2005, against a backdrop of intensified violent repression in the Southern Cameroons (Ambazonia) the SCNC organized a signature referendum to ascertain the wishes of the people of the Southern Cameroons whether they wished to be independent or to be a part of Republique du Cameroun; 300,000 voters indicated their choice by

signing the appropriate ballot paper, and of this number, which accurately reflects the voting population of the Southern Cameroons, 99% voted for independence.

WHEREAS during the signature referendum as an exercise in democracy and the freedom to hold political opinion, many people of Southern Cameroons were arrested, tortured or disappeared, among which were Abel Apong and Chrispus Keenebie who were taken to Douala in La Republique du Cameroun and tortured for weeks on end; and John Kudi and Paul Chiajoy Juangwa who were taken to Yaounde in the same La Republique du Cameroun and disappeared;

WHEREAS in April 1997, the government of La Republique du Cameroun arrested more than 400 Southern Cameroons youths, members of the Southern Cameroons Youth League (SCYL), subjected them to the third degree (what the Camerounese press itself calls '*interrogation musclée*'); detained some in solidarity confinement for years, locked up others in deplorable inhumane conditions, tried them in military courts, and killed many, including Emmanuel Konsek, Mathias Ngum, Joseph Ndifon, Richard Ngwa, Julius Ngwa, Samuel Tita, Mathias Gwei, Daniel Tita, Lawrence Fai, and Patrick Timbu, because they stood up for the rights of all peoples to self-determination as eshrined in the International Bill of Human Rights;

WHEREAS in the Case Concerning the Land and Maritime Boundary Between La Republique du Cameroun and the Federal Republic of Nigeria, filed by the government of La Republique du Cameroun at the International Court of Justice (ICJ) on 29 March 1994, La Republique du Cameroun asked the ICJ to adjudge and declare the Bakassi Peninsula as Cameroonian because Nigeria's claim of ownership over the said land "violated and is violating the fundamental principle of respect for frontiers inherited from colonization (*uti possidetis juris*);"

WHEREAS the frontiers of La Republique du Cameroun at its independence on January 1, 1960 totally excluded the territory of Southern Cameroons that was then still a protectorate of the UN under British Administration;

WHEREAS in June 2006, the president of La Republique du Cameroun, Mr. Paul Biya, signed the Greentree Agreement with the Federal Republic of Nigeria in which he promised to respect the boundaries of La Republique du Cameroun as it pertained at the independence of the said La Republique du Cameroun;

WHEREAS since December 8, 2016, the Republic of Cameroun has intensified her killing of Ambazonians for standing on their right to self-determination, including the October 1, 2017 massacre when more than one hundred Ambazonians were killed, scores maimed and hundreds abducted and detained by the military forces of Cameroun in deplorable conditions outside of Ambazonia;

WHEREAS on December 4, 2017, Mr. Paul Biya, President of Cameroun declared war on Ambazonia, followed by the chasing away of thousands of Ambazonians from their homes into foreign countries as refugees by the military and administrators of Cameroun, the burning of Ambazonian villages and Ambazonians in their homes as in the cases of Kembong and Kwakwa (December 17 and 18, 2018) by the military forces of Cameroun;

WHEREAS UN Resolution 1514 (XV) "solemnly proclaims the necessity of putting a rapid and unconditional end to colonialism in all its forms and manifestations" based on the conviction that

“all peoples have an inalienable right to absolute freedom, to the exercise of their sovereignty and to the integrity of their national territory;”

WHEREAS the African Charter on Human and Peoples’ Rights provides for the equality of all peoples and freedom from domination (art. 19), the right to existence and to self-determination (art.20 (1)), the right to freely dispose of wealth and natural resources (art.21 (1)), the right to economic, social and cultural development (art.22 (1)), the right to peace and security (art. 23 (1)), and the right to a general satisfactory environment (art. 24);

WHEREAS the African Charter on Human and Peoples’ Rights guarantees the right to enjoyment of rights without discrimination (art.2), the right to equality before and of equal protection of the law (art.3 (1)(2)), the right to life and to integrity of the person (art.4), the right to dignity and to freedom from torture (art.5), the right to personal liberty and security (art.6), the right to procedural fairness (art.7 (1)), the right to receive information and to express and disseminate opinions (art.9(1)(2)), the right to freedom of association (art.10 (1)), the right to freedom of assembly (art.11), the right to freedom of movement (art.12 (1)(2)), and the right to education (art.17(1));

WHEREAS the African Commission on Human and Peoples Rights (ACHPR) in the case of SCAPO and the SCNC vs. the Republic of Cameroon, in Communication 266/2003 of May 2009, found that “the people of Southern Cameroons’ qualify to be referred to as a ‘people’ because they manifest numerous characteristics and affinities, which include a common history, linguistic tradition, territorial connection and political outlook. More importantly they identify themselves as a people with a separate and distinct identity. Identity is an innate characteristic within a people. It is up to other external people to recognise such existence, but not to deny it;”

WHEREAS the same ACHPR accepted in Communication 266/2003, no.191 that under the African Charter, the self-determination of a people can be exercised in the context of self-government, confederacy, or federation;

WHEREAS La Republique du Cameroun rejected the confederacy proposed by the people of Southern Cameroon through their prime minister, John Ngu Foncha, at the Founban Conference of 1961 and has rejected the federation proposed by the Anglophone Civil Society Consortium as evident in the arbitrary arrest and detention of its leaders and massive abductions, detention, torture and killing of proponents, thereby leaving the people of Southern Cameroons with no option but self-determination in the context of self-government as a sovereign country;

WHEREAS the International Bill of Human Rights, provides that “All peoples have the right of self-determination; by virtue of that right they freely determine their political status and freely pursue their economic, social and cultural development” (Pt.1, Art.1(1)).

WHEREAS it is a purpose of the United Nations as enshrined in its Charter “to develop friendly relations among nations based on respect for the principle of equal rights and self-determination of peoples, and to take other appropriate measures to strengthen universal peace” (Ch.1, Art.1(2));

WHEREAS the military of La Republique du Cameroun drowned and continues to drown even non-violent pacific resistance of the people of Southern Cameroons to the injustices of La Republique du Cameroun in the blood of unarmed Southern Cameroonians, while Southern Cameroon young girls who survive are raped without hesitation by the forces of the government of

La Republic du Cameroun, and other citizens of Southern Cameroons are rubbed in and forced to drink sewage by the same mercenaries of the government of La Republique du Cameroun;

WHEREAS thousands of Southern Cameroons or Ambazonians citizens are continuously brutalized even in the inner recesses of their houses, tortured, abducted, held in captivity under atrocious conditions, and killed in La Republique du Cameroun for their belief in the self-determination and independence of their homeland, Ambazonia;

WHEREAS from November 2016, La Republique du Cameroun intensified its abduction of many Southern Cameroons youth to unknown locations, and gross violation of the human rights of so many Southern Cameroonians in daylight and under cover of darkness;

WHEREAS La Republique du Cameroun has showed its unwillingness to ever dialogue with Southern Cameroonians on the oppressions that it has for decades meted on the people of Southern Cameroons by the recent arrests of leaders of the Anglophone Civil Society Consortium (created in December 2016) and other peace loving Anglophone civilians such as teachers and judges who simply point out governmental elements of oppression against the sons and daughters of former UN Trust Territory of British Southern Cameroons and propose peaceful solutions thereto;

WHEREAS these abductions, tortures, consciously crafted and systematically implemented acts of individual and collective punishments such as the deprivation of internet services to the entire population in the former UN Trust Territory of Southern Cameroons under British Administration only, for months, while maintaining internet services in the historical UN Trust Territory of Cameroun under French Administration, and tyrannical oppressions in all its forms, including the rampant and endless killings of the people of Southern Cameroons by the government of La Republic du Cameroun for decades, indicate plainly that Southern Cameroonians will never know true peace, stability, freedom, and sustainable individual and societal development, to the fullness of our God given potentials in the rich land of Southern Cameroons in the Amba Bay zone in the West Coast of Africa (thus, Ambazonia) UNLESS the people of Southern Cameroons (Ambazonians) achieve full independence as a self-governing sovereign nation;

WHEREAS it is now far more evident that there is no limit, not even moral, as to what La Republique du Cameroun can do within the territory of Ambazonia to punish, torture, deprive the enjoyment of life, liberties and freedom, and exterminate the people of Ambazonia;

WHEREAS the Ambazonia Governing Council (AGC) was founded in 2015 to advance and defend the right of the people of Ambazonia to external self-determination from Cameroun and to establish an independent, sovereign, stable, peaceful, investment friendly, and fast-growing state of Ambazonia;

WHEREAS in the course of fulfilling this unique aim, the AGC emerges as the vanguard of the struggle of all democratic and patriotic forces to end the annexed state of Ambazonia and usher in the reign of the free and sovereign state of Ambazonia as a nation under God marked by unity, bribery and corruption free, fast and balanced development, stability, economic prosperity, socio-political pluralism, the reign of the rule of law, respect of human rights, and democracy in which the people as a whole shall govern and all shall enjoy equal rights;

WHEREAS from past experiences of the sufferings and dehumanization of Ambazonians under rule by Cameroun and the labors for our freedom, the AGC stands in the position of the central organizer,

inspirer and resistance center of a vast popular upsurge against the neocolonialization of Ambazonia by Cameroun, involving a great array of social, cultural, religious, trade union, professional and political entities;

WHEREAS the fundamental goal of the AGC remains an end to the occupation of Ambazonia by Cameroun, and a replacement of the rule of Ambazonia by Cameroun with the rule of Ambazonia by Ambazonians;

WHEREAS the historic multiple organizations meeting of 2013 has placed the AGC in the position of responsibility as vanguard in the process of freedom, followed by intensive and expansive nation building, aimed at eradicating the problems of annexation, poverty and inequality created by Cameroun, and creating a just and equitable economic and social order in Ambazonia;

WHEREAS the liberation cause requires discipline, sacrifice, steadfastness, strategies that work, human and material resources, swift adaptation to realities, collaboration, camaraderie, and courageous, committed, skillful and visionary leadership, that seize the opportunity to change things for the better;

Now, therefore, the Ambazonia independence liberation front, duly constituted and represented in the assembly of coordinators of different countries, affirming all rights of the people of Ambazonia under international law with emphasis on the right to self-determination, cognizant of the unique and historic mission of the AGC and of the need to establish the free Ambazonia homeland, build a mass based democratic structure to enable it to fulfil its historic mission, goals and objective, and establish a stable, democratic and prosperous sovereign state of Ambazonia under God, do hereby adopt and set into force this amended Charter of the AGC as the Supreme Text governing the organization and functioning of the Ambazonia Mission liberation front and its Ambazonia Governing Council, the AGC.

TITLE ONE

**IDENTITY OF THE AMBAZONIA MISSION LIBERATION
MOVEMENT AND ITS AGovC**

CHAPTER ONE

NAME, VISION AND MISSION, AIMS AND OBJECTIVES, AND CHARACTER

Article 1: Name

- 1.1. The names of the bodies to which this Charter applies are the Ambazonia Mission freedom movement and its Ambazonia Governing Council (AGovC or AGC).
- 1.2. A fundamental distinction exists between the Ambazonia Mission and the AGovC. The Ambazonia Mission is the liberation front; it is the Ambazonia people engaged in the life-bound mission of freeing the Ambazonia homeland and attaining the full restoration of the independence and sovereignty of Ambazonia. The AGovC is constituted by and proceeds from the Ambazonia Mission as the leadership institution of the liberation front at different organization levels.

Article 2: Vision and Mission

2.1. Vision

The task of the liberation of the homeland in the twenty first century cannot be isolated from our history, socio-economic context, the illegality of the occupation of Ambazonia by Cameroun, the nature of the occupying Cameroun's forces and administrators in our Ambazonia homeland, and the global political and economic system. In this regard, we do not envision our path to freedom as a walk in the park. Therefore, the simultaneous applications of broad and collaborative mobilization of the Ambazonia people and the peoples of the world at large, diplomatic support from countries and institutions, and the right to self-defense are imperative.

For the liberation front and its AGovC leadership, the prosecution of the human right of Ambazonians to self-determination must be relentless and rooted in discipline, steadfastness, continuous selflessness, sacrifice of material resources for the freedom of the homeland, strategy and tactfulness, justice, and collective action in a spirit of camaraderie.

Our vision is for Ambazonia to become a sovereign country under God where peace, justice, democracy, international cooperation and prosperity reign.

Peace: We must achieve national harmony among the people and sectors of our country, ensure our country is stable, and eliminate all discriminations that are based on tribal identities, regional divisions and biases created by Cameroun, gender identity, linguistic, religious and class lines.

Justice: To ensure the separation of executive, legislative and judiciary powers, provide an accessible system of justice that is characterized by the equality of all before the law, and is engendered by a high degree of public trust and confidence.

Democracy: Our vision is for Ambazonians to live freely, pursue their happiness, and be active in the political life of their country, making decisions and administering the public life according to their will at the different administrative and political levels of our federal united states

International cooperation: To establish the attractive Ambazonia that is respected in the international

community by co-existing in harmony and cooperating with neighbors and other states for mutual interests through bilateral and multilateral relationships, and contributing significantly in the areas of development, security, respect for human rights, and peace in the Gulf of Guinea, in Africa and in the world at large.

Prosperity: A technologically advanced Ambazonia of educated, healthy, skillful and innovative citizens, where hard work pays off, our resources are managed and protected and are available for everyone to use and enjoy and we use them sustainably for the development of our homeland to make Ambazonia the inspiration and beckon of hope for the transformation of African countries into developed nations. We shall guarantee to ourselves a minimum living standard above the poverty line, the equality of all before opportunities in services, wealth, and self-growth, and foster the end to poverty in the world.

2.2. Mission

Our mission is to free the Ambazonia homeland from colonial rule by Cameroun and bequeath to future generations the foundations of a peaceful, just, democratic and prosperous sovereign Ambazonia.

Article 3: AIMS AND OBJECTIVES

The aims and objectives of the liberation front and its AGovC shall be:

- 3.1. To mobilize and unite the people of Ambazonia for the complete liberation of Ambazonia from all forms of annexation, neocolonial occupation and national oppression.
- 3.2. To end the rule of Cameroun over Ambazonia in all its forms, and thus achieve the sovereignty of Ambazonia.
- 3.3. To harness, and effectively and efficiently manage the resources needed for the liberation of Ambazonia and to establish the country as a successful state (as opposed to a failed state) especially within the first decade of its existence as an autonomous state.
- 3.4. To work towards establishing the Ambazonia that is ready to exist as a sovereign country on and from the day of independence as a sovereign state.
- 3.5. To transform Ambazonia as rapidly as possible into a united, bribery and corruption free, balanced development, stable, economically prosperous, socio-politically plural, human rights respecting, and democratic country of educated, healthy and productive citizens in all sectors of life based on the principles of equity and legal equality, and the pursuit of happiness and perfection.
- 3.6. To defend the freedom gains of the people and to advance towards a society in which the government at the federal, state, and other state subdivision levels is freely chosen by the people according to the principles of universal suffrage and remains transparent and accountable to the people.
- 3.7. To fight for social and economic justice and to eliminate the vast inequalities created by Camerounese prebendalism, corruption, taxation without representation and the system of

government oppression.

- 3.8. To build an Ambazonia of opportunities where hard work translates into personal and societal success and fruitfulness, with a common patriotism and loyalty in which the cultural, linguistic, geographic and religious diversity of the people is recognized, valued and integrated into the holistic growth consciousness of the country.
- 3.9. To promote economic development for the benefit of all, especially through education, fast technological advancement and industrialization, infrastructural development, security, and investment attraction and protection.
- 3.10. To support and advance the cause of continuous national liberation from colonial rule, development, world peace, disarmament and sustainable development.
- 3.11. To promote peace and stability in Africa and the world at large, especially in the Gulf of Guinea.
- 3.12. To support and promote the struggle for the rights of women, children, the disabled, the vulnerable and the underprivileged.

Article 4: THE CHARACTER OF THE LIBERATION FRONT AND ITS AGovC

- 4.1. The Ambazonian Mission liberation front and its AGovC is institutional, accountable, democratic, inclusive, non-nepotic, non-discriminative, non-tribal, and non-sexist.
- 4.2. Its policies are determined by the membership and its leadership is accountable to the membership in terms of the procedures laid down in this Constitution.
- 4.3. The AGovC relates with other liberation movements and entities in a spirit of respect for one another, collaboration, transparency, unity of purpose, consultations and multilateral decision making, respect of statutes and agreements, and intolerance to deceitful manipulations and lack of due process.
- 4.4. The liberation front and its AGovC uphold the liberalization of the freedom revolution landscape that allows for spontaneous individual legal actions that advance the cause without jeopardizing the ultimate goal: this is intrinsic to the *BlockbyBlock – NeighborhoodbyNeighborhood* (BB-NN) liberation philosophy, strategy and mantra!
- 4.5. The AGovC shall, in its composition and functioning, be non-nepotic, anti-zonal divisions, non-prebendalistic, non-sexist, anti-racism, and against any form of tribalistic exclusivism or ethnic chauvinism.
- 4.6. While striving for the maximum collaboration in unity of purpose and functioning, the AGovC shall respect the cultural, social and religious diversity of its members.
- 4.7. The AGC shall support the emancipation of women, combat sexism and abuse of minors, and ensure that the voice of women is fully heard in the governing body, and that women are properly represented at all levels.
- 4.8. The principles of freedom of speech and free circulation of ideas and information on a need

to know basis shall operate within the AGovC.

- 4.9. Membership of all organs of the AGovC will be open to all men and women in the governing council without regard to family ties, tribe, socio-economic status, or creed – in so far as such a person professes the independence of Ambazonia, adheres to the three-throng liberation strategy of community mobilization, diplomacy, and legality, and stands for all other goals of the AGovC prescribed herein.
- 4.10. If and when an interim or transitional governmental authority of Ambazonia is endorsed by the National Council, and this endorsement is ratified by the Council of Missions, the organs of the AGovC shall continue to exist in their own right as the vanguard of the self-determination of Ambazonia while providing support to the endorsed government; absence such endorsement, the AGovC shall exist and function *causa sui*.
- 4.11. The functionality of the freedom front and its AGovC is built on four principal traits at the center of which is camaraderie. These traits are discipline, strategy, sacrifice and steadfastness.

CHAPTER TWO

MEMBERSHIP

Article 5: MEMBERSHIP

- 5.1. A clear distinction must be made between membership in the Ambazonia Mission, which is the people of Ambazonia in the homeland, and in the different cities and countries of the world standing for the liberation of Ambazonia, and in the AGovC, which is a council exercising governance powers in the independence revolution and the establishment of the ready sovereign state of Ambazonia.
- 5.2. As the liberation front is for the freedom of Ambazonia, all Ambazonians by birth are ipso facto members of the liberation front at large, accepting its goals, principles, policies and programs and are prepared to abide by this Charter and rules.
- 5.3. Spouses or children of Ambazonians, who do not hail from Ambazonia by birth, who have manifested a clear identification with the Ambazonian people and its struggle are not to be excluded from the liberation front.
- 5.4. All other persons who have manifested a clear identification with the Ambazonian people and their independence cause and the establishment and building of the sovereign state of Ambazonia have a place in the Ambazonia Mission liberation front.
- 5.5. Membership in the AGC shall be restricted to persons who are enrolled in the Ambazonia Missions at their branch structural levels, who are at least 18yrs of age, who make the established regular monthly financial contributions to advance the freedom cause, and who have taken the oath of fidelity to the mission, values and goals of the AGovC.
- 5.6. The Council of Missions may, acting on its own or on the recommendation of branch or the National President, grant honorary membership in the Ambazonia Missions to those men and women who do not qualify for membership under Sections 5.1, 5.2, 5.3 and 5.4, but who have demonstrated an unwavering commitment to the liberation front and its AGovC's mission and policies.
- 5.7. Enrolment in the Ambazonia Mission shall be considered by the branch AGovC.
- 5.8. Where membership is disputed, the case shall be referred to the Council of Missions and the decision of the Council of Missions shall be final.
- 5.9. Members shall make monthly contributions as determined by the Council of Missions following the recommendation of the National Finance Department.
- 5.10. Non-earning members or those on reduced incomes will make monthly contributions as are determined by the Council of Missions.

On being accepted in the AGovC, a new member shall make the following solemn declaration to the body or person designated to administer such oaths:

I (Name), solemnly declare that I will abide by the aims and objectives of the Ambazonia

Governing Council as set out in the Charter of Ambazonia Mission freedom front and its AGC, the Freedom Charter and other duly adopted policy positions; that I will seek steadfastly to fulfil the mission of the liberation front and its AGC; that I am joining the Council voluntarily and without motives of material advantage or personal gain; that I agree to respect the structures of governance and to work as a loyal member of the Council; that I will place my energies and skills at the disposal of the organization and carry out my tasks faithfully; that I will work towards making the AGC an even more effective instrument of liberation in the hands of the Ambazonian people; that I shall be disciplined, selfless and steadfast; and that I will defend the unity and integrity of the liberation front and its AGC, and combat any tendency towards disruption, or treason, conscious that my words, actions and omissions are sealed by the blood of the martyrs of the Ambazonia independence revolution. For Ambazonia I take this oath – so help me God!

5.11. There shall be no oath for enrolment in the Ambazonia Mission.

5.12. Any member of the Ambazonia Mission who stands in an election into the branch AGovC, Country AGovC, Regional AGovC or National AGovC or acts as the election agent shall be in good standing at the structural level.

5.13. Any member who betrays the cause of the independence of Ambazonia especially by the delivery of secret information to the enemies of our people, who shows the location of our people to the enemy to be abducted or killed, shall by the very fact of such action loose membership in the AGovC permanently.

Article 6: RIGHTS AND DUTIES OF MEMBERS

6.1 RIGHTS:

A member of the Ambazonia Mission liberation front and/or the AGC shall have the right to:

- 6.1.1. Take a full and active part in the discussion, formulation and implementation of the policy of the Ambazonia Mission or the AGC to which the person is duly a member of.
- 6.1.2. Receive and impart information on all aspects of AGC policy and activities to which the person is duly deserving on a need to know basis of in the structural body to which he or she is a member.
- 6.1.3. Offer constructive criticism of any member, official, policy programme or activity of the Ambazonia Mission and AGC within its structures.
- 6.1.4. Take part in elections and be elected or appointed to any committee, structure, commission or delegation of the AGC where such a person qualifies to vote and be voted for as applicable.
- 6.1.5. Submit proposals or statements to the branch, country, region or national structural level, provided such proposals or statements are submitted through the appropriate structures.

6.2. DUTIES:

A member of the Ambazonia Mission and its AGovC shall:

- 6.2.1. Stand for, defend, and promote the right to self-determination of the people of Ambazonia
- 6.2.2. Belong to and take active part in the life of the Ambazonia Mission in his or her branch, country, continent, and globally
- 6.2.3. Regularly contribute his or her self, time, abilities and skills, knowledge and material resources – including finances – to promote, defend, sustain and achieve the mission of the AGovC.
- 6.2.4. Take all necessary steps to understand and carry out the aims, policy, strategies and programs of the Ambazonia Mission and its AGovC.
- 6.2.5. Deepen his or her understanding of the historical, legal, social, cultural, political, military and economic context in which the self-determination quest of Ambazonia exists local and globally, and to apply such understanding towards the independence of Ambazonia.
- 6.2.6. Defend to the fullest extent possible the aims, policies and programs of the liberation front and its AGC to the people.
- 6.2.7. Combat propaganda detrimental to the interests of the Ambazonia Mission liberation front and its AGC, irrespective of its source.
- 6.2.8. Fight against tribal chauvinism, zonal discriminations and any other forms of discrimination or chauvinism, sexism, religious and political intolerance, dictatorship, fraud and corruption in the liberation process and the foundation of the new free and prosperous sovereign Ambazonia
- 6.2.9. Observe discipline, behave honestly and carry out loyally decisions arrived at by appropriate authorities
- 6.2.10. Refrain from publishing and/or distributing any materials that hurt the image of the Ambazonia Mission and its AGC, and ultimately the cause of the freedom of the Ambazonia homeland.
- 6.2.11. AGC members who hold office at any organizational level are required to be regular members of the Ambazonia Mission in their neighborhoods, villages, towns, cities, countries, regions, and/or continents, to function within the rules of the organizational level and abide by its decisions under the general provisions of this Charter and the constitutional structures of the liberation front and its AGC.

6.2.12. Freely dedicate self, knowledge, resources and time to the liberation cause.

TITLE TWO

STRUCTURE

CHAPTER THREE

ORGANIZATIONAL STRUCTURE

Article 7: Organizational Ladder

7.1. The Ambazonia Mission freedom front and its AGC shall consist of the following structural levels:

- 7.1.1. The Neighborhood or Quarter Front, which shall elect its Neighborhood or Quarter AGC and be headed by the Neighborhood or Quarter AGC.
- 7.1.2. The Village, Town or City Front, which shall be headed by the Village, Town or City AGC elected by two representatives from each constituent Neighborhood or Quarter Front.
- 7.1.3. The Regional Front, which shall be headed by the Regional AGC elected by two representatives from each constituent Village, Town or City Front.
- 7.1.4. The Country Front, which shall be headed by the Country AGC elected by the General Assembly of the Country Front. The Country AGC shall establish the geographical boundaries of its constituent Regional front.
- 7.1.5. The Continental Front, which shall be headed by the Continental AGC elected by two representatives from each Country Front. The North America Continental AGC shall be elected by ten representatives from each constituent Country Front.
- 7.1.6. The National Front, headed by the National AGC that shall be constituted as provided in Title Three of this Charter.
- 7.1.7. All structural fronts, except the national front, are under the auspices of the Council of Missions, and the Council of Missions may adopt resolutions that shall be applicable to a specific structural front unit as the state of the liberation may demand.

7.2. Only some structural levels may exist in a country as the liberation from with the direction of its AGC at the country level may decide depending on the membership, strategic conservation of resources, and other reasons as the country structural unit may deem applicable.

Article 8: The Neighborhood or Quarter, (the Zonal), and the Village, Town or City Fronts

8.1. The following are the duties and functions of the Neighborhood or Quarter, the Zonal, and the Village, Town or City Structural levels:

- 8.1.1. Organize members
- 8.1.2. Recruit, encourage, and create comrade bonds among members
- 8.1.3. Strategically raise funds
- 8.1.4. Encourage members to engage in local political, social, economic, security and community issues, projects and programs
- 8.1.5. Take strategic steps to enforce the decolonization of Ambazonia

- 8.1.6. In the homeland, foster stable transitional governance of the liberated spaces within their geographical sphere of residence and function.
- 8.1.7. Adopt decisions and implement them.
- 8.2. The Village, Town or City Front may create other zonal groupings that are larger than the Neighborhood or Quarter Front but smaller than the Village, Town or City Front if the Village, Town or City AGC determines that the membership of the Village, Town or City front is too large, or the geographical proximity of Neighborhoods or Quarters to each other so warrant, or other strategic reasons so demand, that such zonal groupings will be necessary to facilitate engagement and effective participation of members. In this case, the zonal grouping shall be headed by a Zonal AGC elected by three representatives from each constituent Neighborhood AGC. The Zonal AGC shall have the same officers as the Village, Town or City AGC, who shall have the same roles at the zonal level that officers of the Village, Town or City AGC have at the Village, Town, or City level.
- 8.3. The Neighborhood or Quarter front shall meet as often as it so determines, but at least once weekly at a site or through appropriate media communication platforms.
- 8.4. The zonal and the Village, Town or City liberation front shall meet at least once every annual quarter. The zonal and the Village, Town or City AGC, however, shall meet at least biweekly at a site or through appropriate media communication platforms.
- 8.5. Meetings at any structural level within the homeland shall be determined by prevailing conditions of the prosecution of the right to self-determination of the Ambazonia people within the homeland.
- 8.6. The membership of the AGC leadership at the Neighborhood or Quarter, the Zonal, and the Village, Town or City Front shall be constituted as provided in Sections 11.1.1 to 11.1.7 of this Charter

Article 9: State, Provincial, Regional, Country and Continental Fronts

- 9.1. The following are the duties and functions of the State or Provincial, the Regional, the Country and the Continental Structural Levels
- 9.1.1. Organise and mobilise Ambazonians through lower structures and by their own structural units to embrace and engage in the freedom cause in line with the vision and strategic path of the AGC.
- 9.1.2. In the homeland, foster stable transitional governance of the liberated spaces within their geographical sphere of function.
- 9.1.3. Organize events and programs at their structural levels to promote cohesion, globalize the freedom cause, raise funds, and achieve other purposes as necessary to achieve the goals and objectives of the Ambazonia Mission liberation front and its AGC.
- 9.1.4. Receive and consider reports from their sub-structural levels

- 9.1.5. Formulate policies, programs and actions within their areas of jurisdiction and competence in harmony with the national policies
- 9.1.6. Raise funds to support and facilitate the freedom of the homeland and the establishment of a stable and thriving Ambazonia state.
- 9.1.7. Secure and provide assistance that facilitates the work of the different national departments and offices of the liberation front and its AGC.
- 9.1.8. Adopt resolutions
- 9.1.9. Implement and promote the decisions of the national councils, departments and offices.
- 9.2. Countries that have states or provinces within the regions may create State or Provincial Front if the Regional Front AGC determines that the membership of the Regional Front is too large and State or Provincial Front will be necessary to facilitate engagement and effective participation of members. In this case, the State or Provincial Front shall be headed by a State or Provincial AGC elected by two representatives from each constituent Village, Town or City Front. The State or Provincial AGC shall have the same officers as the Regional AGC, who shall have the same roles at the state or provincial level that officers of the Regional AGC have at the regional level.
- 9.3. The regional, state and/or provincial liberation front shall meet at least biannually. The regional, state and/or provincial AGC, however, shall meet at least once every month at a site or through appropriate media communication platforms.
- 9.4. The country and the continental liberation front shall hold a congress annually. The country and continental AGC, however, shall meet at least once every two months at a site or through appropriate media communication platforms.
- 9.5. Meetings at any structural level within the homeland shall be determined by prevailing conditions of the prosecution of the right to self-determination of the Ambazonia people within the homeland.
- 9.6. The membership of the AGC leadership at the State or Provincial, Regional, or Continental Fronts shall be constituted as provided in Sections 11.1.1 to 11.1.7 of this Charter
- 9.7. The membership of the AGC leadership at the Country Front shall be constituted as provided in Sections 11.1.1 to 11.1.9 of this Charter

Article 10: The Headquarters

- 10.1. The site of the headquarters at each structural level shall be chosen by each AGC that heads the structural level. The headquarters of the National Level shall be Buea. The National President with the approval of the National Council may move the National Headquarter in the interim to other location as may be strategically necessary.
- 10.2. The national liberation front must meet annually in a worldwide national congress. The location and date(s) of the congress shall be chosen by the Council of Missions that shall be charged with

the planning of the congress. The decisions of the national congress shall be supreme. The National AGC meets daily in its different organs. The heads of the different organs may call for special weekly or monthly meetings of the organs as necessary.

Article 11: The AGC at the Different Structural Levels of the Liberation Front

11.1. The Neighborhood or Quarter, the Zonal, the Village, Town or City, the State or Provincial, the Regional, and the Country structural levels shall have at least the following officers in their respective AGC that shall be elected by a simple majority vote of the eligible members constituted as provided in Sections 7.1.1 to 7.1.6 and Sections 7.2 to 7.3 of this Charter: The Coordinator, The Deputy Coordinator, the Secretary, the Deputy Secretary, the Treasurer, the Secretary of Finance, and Two Programs Coordinators. At the Country structural level, there shall be an Attaché and a Deputy Attaché.

11.1.1. The Coordinator

The Coordinator shall:

- 11.1.1.1. Be the head and chief directing officer who shall oversee the general smooth functioning of the structural unit.
- 11.1.1.2. Convene and preside over the meetings and gatherings of the Ambazonia Mission at the structural unit.
- 11.1.1.3. Periodically present to the structural unit a comprehensive statement of the state of the structural unit as he or she deems necessary and/or as established by the structural unit.
- 11.1.1.4. Remain the custodian of the decisions taken by the structural unit, or those decisions taken by higher structural level applicable to the unit in his or her charge, and ensure that all such decisions are implemented.
- 11.1.1.5. Under the overall supervision of the Council of Missions, orient and direct the activities of the Ambazonia Mission freedom front at the structural unit in his or her charge.
- 11.1.1.6. Sign the acts of the structural unit in his or her coordination.
- 11.1.1.7. At the country level, the Country Coordinator shall be a member of the Council of Missions

11.1.2. The Deputy Coordinator

The Deputy Coordinator shall:

- 11.1.2.1. Assist the Coordinator in his or her functions
- 11.1.2.2. Deputize for the Coordinator when necessary and carry out whatever functions are entrusted to him or her by the structural unit
- 11.1.2.3. Strategically lead the recruitment effort of the structural unit
- 11.1.2.4. Lead the engagement and encouragement of new members joining the liberation front
- 11.1.2.5. Succeed the Coordinator in the event of death or permanent incapacity or resignation of the Coordinator.
- 11.1.2.6. Engaging the structural unit in assisting with humanitarian or relief assistance as may be necessary.

11.1.3. The Secretary

The Secretary General shall:

- 11.1.3.1. Head the secretariat at the structural level
- 11.1.3.2. Keep the minutes of the structure, as well as other records as may be provided to him or her by the Coordinator
- 11.1.3.3. Conduct the correspondences of the structure and send out notices as may be necessary
- 11.1.3.4. Convey the decisions and instructions of the structure to the appropriate recipient
- 11.1.3.5. Prepare annual reports on the work of the structural unit and such other documents that may from time to time be demanded of the structure
- 11.1.3.6. In the absence of the Coordinator or the Deputy Coordinator, the Secretary General shall assume the functions of the Coordinator.

11.1.4. The Deputy Secretary

The Deputy Secretary General shall:

- 11.1.4.1. Assist the Secretary General in the discharge of his or her duties, deputize for him or her when necessary and carry out the functions entrusted to him or her by the structural level freedom front.
- 11.1.4.2. Lead the communications element of the secretariat, which shall include, among others, the production of materials for fulfilment of the goal and objectives of the Ambazonia Mission liberation front in all its forms such as audio recordings, videos, fliers, letters, brochures, website messaging and management, social media communications, etc.
- 11.1.4.3. Be the spokesperson of the structural unit

11.1.5. The Treasurer

The Treasurer shall:

- 11.1.5.1. Be the chief custodian of the funds and property of the Ambazonia Mission liberation front at the structural unit
- 11.1.5.2. Receive and keep/bank all monies on behalf of the Ambazonia Mission liberation front at the structural unit, and together with the Secretary of Finance of the structural unit, (and the Deputy Coordinator if the structural unit determines necessary and appropriate), operate a banking account.
- 11.1.5.3. At the country structural level, work and collaborate with the national Finance Department on planning and raising funds
- 11.1.5.4. Manage the income and expenditure flows of the structural unit

11.1.6. The Secretary of Finance

The Secretary of Finance shall:

- 11.1.6.1. Keep such books of account and record clearly the financial position of the structural unit
- 11.1.6.2. Submit to the structural unit a report showing the income and expenditure account and balance sheet of the structural unit, and shall submit periodic reports to the structural unit
- 11.1.6.3. Be disposed for enrolment in to national Finance Department as may be determined by the Secretary of the Treasury.
- 11.1.6.4. Ensure financial accountability and transparency at the structural unit while protecting the success of the mission of the liberation front

11.1.7. Programs Coordinator(s)

Each structural level unit shall have one or two programs coordinators as the unit may deem necessary. The Programs Coordinator(s) shall be in charge of:

- 11.1.7.1. Scheduling of rallies, demonstrations, Town Halls, and other events as necessary
- 11.1.7.2. Working with persons on the ground to ensure all logistics are properly in place for the events and that roles such as MC, etc are appropriately assigned and fulfilled
- 11.1.7.3. Reaching out to speakers for events
- 11.1.7.4. Preparing events agendas
- 11.1.7.5. Making available supplies for the liberation such as flags, T-Shirts, Banners, pictures, any insignias, etc
- 11.1.7.6. Assisting the Deputy Coordinator with recruitment of freedom fighters
- 11.1.7.7. Ensuring security during events

11.1.8. Attaché

An Attaché shall exist at the country structural level. He or she shall:

- 11.1.8.1. Work with the national Secretary for Foreign Affairs of the AGC to build and promote supportive diplomatic relations between the country of residence, international organizations in the country of residence, and Ambazonia.
- 11.1.8.2. Work with the national Secretary for Human Rights and Human Services to engage human rights institutions in the country of residence to promote human rights in Ambazonia during the prosecution of the right to self-determination in the homeland.
- 11.1.8.3. Work with the coordinators at the different country sub-structural levels to foster appropriate and suitable collaboration between the Ambazonia Mission liberation front and its AGC, and other movements that may be involved in the liberation of the homeland.

11.1.9. Deputy Attaché

- 11.1.9.1. The Deputy Attaché shall exist at the country structural level. He or she shall assist the Attaché in carrying out the duties listed in Sections 10.1.8.1 to 10.1.8.3 of this Charter.
- 11.1.9.2. A member of the AGC in a higher front, in other words a member of the leadership of the liberation front at a higher structural level, is subject to the leadership of the lower structural level in which he or she lives except when he or she is acting or functioning in official capacity at the higher structural level in which he or she is in leadership position or is acting on official mission to the lower structure for the freedom of the homeland and the establishment of a sovereign Ambazonia state.

Article 12: Tenure

- 12.1. All officers of the Neighborhood or Quarter Structure, the Zonal Structure, the Village, Town or City Structure, the State or Provincial Structure, the Regional Structure, the Country Structure, and the Continental Structure shall serve one year terms renewable.
- 12.2. An officer may be replaced at any time by a duly constituted body that elected him or her voting by simple majority to effect the replacement if the welfare of the revolution and the life of the structural unit absolutely demands so, or by *Revolutionary Order* of the Committee on Rules and Order in the Council of Missions where the officer poses a real threat to the success of the freedom of the homeland in general. If an officer proposed for replacement feels the replacement is an act of injustice, he or she can appeal to the Committee on Rules and Order in the Council of Missions. The replacement shall be delayed until the said Committee makes a ruling within one week of submission of the appeal that must be made before the date of the meeting when the replacement vote may take place.

Article 13: The National Front

- 13.1. The liberation front in its entirety constitutes the membership of the national front
- 13.2. The national AGC, constituted as provided in Title Three of this Charter is the supreme leadership of the national front.

Article 14: Finances

- 14.1. The Ambazonia Mission liberation front at its different structural levels shall raise its funds from membership monthly or annual contributions as the national Department of Finance shall agree with each country in the Council of Missions.
- 14.2. Each structural unit shall also engage in at large funds raising through sale of items, solicitation from individuals, grants, donations and contributions from the public and private foundations, enterprises, institutions, charities, etc. At least eighty percent of the funds raised in this way shall be deposited with the Consolidated Treasury towards the prosecution in the homeland and abroad of the right of Ambazonians to self-determination and the charitable care of any

displaced persons, etc. The Council of Missions may, by an act of resolution, change this percentage on a case by case basis that may be presented to it by the Coordinator of the country concerned. Before voting on the resolution, the Council of Missions shall seek and consider the recommendation of the national Department of Finance.

- 14.3. Structural level units may raise funds for specific projects associated with the liberation of the homeland, and directly sponsor such projects. However, a brief description of the project and the total funds to be committed shall first be submitted to the Secretary of the Treasury to ensure duplication and waste are avoided before commitment of the funds to project execution. Structural level units shall generally follow the recommendation of the Secretary of the Treasury as funds may be urgently needed for some other projects.
- 14.4. Each structural level shall have the right to manage the funds apportioned to its treasury without interference from another structural level or unit, except that the Division of Accounting and Auditing of the Consolidated Treasury have the right to demand accountability or audit the treasury of any structural entity as the said Division may deem necessary at any time.
- 14.5. In the month of January every year, the national Department of Finance shall work with each country to set the minimum mandatory monthly or annual contribution of members in the country, and this amount shall be enforced from February of each year upon ratification by the Council of Missions.
- 14.6. A minimum of sixty percent of the monthly contributions of each freedom fighter shall be allocated to the Consolidated Treasury for the prosecution in the homeland and abroad of the right of Ambazonians to self-determination. This percentage may be increased or decreased by an act of Resolution of the Council of Missions as may be requested to it by the coordinator of the country concerned. Before voting on the request, the Council of Missions shall solicit and consider the recommendation of the national Department of Finance.
- 14.7. Each structural level unit is accountable to the membership of the structural level unit to whom it reports at plenary meetings of the unit. The national Department of Finance is accountable to the liberation front through the Finance Oversight Committee in the National Council, where the Secretary of the Treasury in collaboration with the Registrar of the Treasury must present a balance sheet and answer any questions of transparency and accountability when summoned by the Chairperson of the Finance Oversight Committee.
- 14.8. The management of Finances at the national structural level shall be in accordance with the provisions of Chapter Fifteen of this Charter
- 14.9. Five percent (5%) of revenue from all paraphernalias or items produced by the national AGC and sold by a substructural unit shall be entitled to that substructural unit.

Article 15: Internal Rules and Regulations

A structural level unit, including the Ambazonia Women's Brigade and the Ambazonia Youths Brigade, may adopt other rules and regulations or standing orders for the day-to-day operations of the unit considering local circumstances. Such rules and regulations, however, shall not be in opposition to any of the provisions of this Charter. Where such conflicts exist, this Charter shall rule.

Article 16: Dissolution of a Structural Level Unit

- 16.1. It is expected that each structural level unit shall have a life span that shall endure until the statehood of Ambazonia is established.
- 16.2. A ninety-five percent vote of the membership of a structural unit in favor of the death of the unit is required for the dissolution of the unit.
- 16.3. If a structural unit suffers death and decay, its material resources shall be transferred to the AGC of the immediate high ranking structure through the Coordinators of both the dissolving and recipient structures.
- 16.4. The national structural front shall be immune to death till the restoration of the independence of Ambazonia as a sovereign country.

CHAPTER FOUR

THE AMBAZONIA WOMEN'S BRIGADE

Article 17: Identity

- 17.1. There shall be established an Ambazonia Women's Brigade of the liberation front and its AGC. The Ambazonia Women's Brigade shall comprise of female Ambazonians or affiliates aged 18 years and above, and which shall fall under the auspices of the Chairperson of the Council of Missions.
- 17.2. The goal of the Ambazonia Women's Brigade shall be to defend and advance the rights of women, both inside and outside the Ambazonia Mission and its AGC, against all forms of national, social and gender oppression and to ensure that women play a full role in the life of the organization, in the people's freedom revolution and transformation, and in the birth and nature of the new Ambazonia country.
- 17.3. Subject to this Charter, the Ambazonia Women's Brigade shall be entitled to organizational autonomy; that is, the Ambazonia Women's Brigade will function as an autonomous body within the overall structure of the Ambazonia Mission liberation front and its AGC, of which it will be an integral part, and may have its own rules and regulations at any structural level, provided that these shall not be in conflict with this Charter and policies of the national AGC.
- 17.4. The Ambazonia Women's Brigade shall exist at the structural levels of the freedom front.

Article 18: National Executive Council of the Ambazonia Women's Brigade

There shall be a National Executive Council of the Ambazonia Women's Brigade to be composed of the same officers as provided in Sections 11.1.1 to 11.1.7 of this Charter.

Article 19: Duties and Functions of the Ambazonia Women's Brigade

The Ambazonia Women's Brigade is established to achieve the following under the general direction of the Ambazonia Women's Brigade National Executive Council:

- 19.1. Play an instructive role in the mobilization of women for the vision, goals and objectives of the freedom front and the ultimate freedom of the homeland.
- 19.2. Perform the specific function of identifying, analyzing, developing and advocating women's issues, including promoting an awareness of such issues in the liberation front.
- 19.3. Assist with funds raising, funding of specific projects in the freedom of the homeland and its territory governance in the interim till a government of a sovereign Ambazonia is established, and ensure accountability thereto. The Ambazonia Women's Brigade can identify and take up these projects by itself, after consultation with the national Secretary of the Treasury to ensure duplicity and waste are avoided.
- 19.4. Generate projects to realize objectives of the Women's Brigade

- 19.5. Spearhead the promotion of self-help and self-reliance programs including establishment of cooperatives and other organizations as may be necessary in conjunction with the Department of Interior Affairs during the liberation of the homeland and its internal territorial governance.
- 19.6. Promote programs aimed at inculcating family values, social cohesion and moral regeneration of society both during the prosecution of the right to self-determination in the homeland and in the establishment of the constitution and other laws of the sovereign state of Ambazonia.
- 19.7. Formulate and execute programs of education, socioeconomic development aimed at empowering the Ambazonian women folk during the liberation process to fight poverty, disease and ignorance, promote the general welfare of their communities, and to provide assistance to displaced persons.
- 19.8. Devise strategies and programmes to promote women's full participation in the mainstream economic activities, politics and governance of territory under Ambazonia control
- 19.9. Act with the advice of the President or the National Council of the Women's Brigade and in accordance with approved policy;
- 19.10. Have power to investigate acts of their members which violate provisions of this Charter and refer findings to the Committee for Rules and Order for purposes of disciplinary inquiry in accordance with the provisions of Article 35 of this Charter.
- 19.11. Hold conferences and a global congress of the Ambazonia Women's Brigade as necessary.
- 19.12. Participate in global women's programs and events to bring greater exposure and awareness to the Ambazonia independence cause.

CHAPTER FIVE

THE AMBAZONIA YOUTH BRIGADE

Article 20: Identity

- 20.1. There shall be established an Ambazonia Youth Brigade of the liberation front and its governing council, and which shall fall under the auspices of the Chairperson of the Council of Missions.
- 20.2. The Ambazonia Mission freedom front and its AGC Youth Brigade shall be open to all persons between the ages of 14 and 35. It will operate with the same structural ladder as provided in Sections 7.1.1 to 7.1.5 of this Charter.
- 20.3. The goal of the Ambazonia Youth Brigade shall be to fully engage the youth in the freedom of the Ambazonia homeland, and ensuring that the interest of the youth is safeguarded in the birth of Ambazonia state.
- 20.4. Subject to this Charter, the Ambazonia Youth Brigade shall be entitled to organizational autonomy. In this regard, the Ambazonia Youth Brigade will function as an autonomous body within the overall structure of the Ambazonia Mission freedom front, of which it will be an integral part, and may have its own Constitution, rules and regulations, provided that these shall not be in conflict with this Charter and policies of the national AGC.
- 20.5. The Ambazonia Youth Brigade may exist at the structural levels of the freedom front.
- 20.6. Members of the Ambazonia Mission freedom front and its AGC Youth Brigade over the age of 18 shall be expected to play a full part in the general strategic, tactical and political life of the liberation front and its AGC.

Article 21: National Executive Council of the Ambazonia Youth Brigade

There shall be a National Executive Council of the Ambazonia Youth Brigade to be composed of the same officers as provided in Sections 11.1.1 to 10.1.7 of this Charter.

Article 22: Duties and Functions of the Ambazonia Youth Brigade

The Ambazonia Youth Brigade is established to achieve the following under the general direction of the National Executive Council of the Ambazonia Youth Brigade to achieve the following:

- 22.1. Play a vanguard role of upholding and consolidating the existing policies and gains of the liberation front and its AGC
- 22.2. Be the training ground for future leaders especially on the values of discipline, education, hard work, human rights, patriotism, and democracy.
- 22.3. Be the forum for political education and nurturing of the youth in the fundamental values and philosophy of the liberation and the nature of the new Ambazonia nation

- 22.4. Spearhead the mobilization of the youth to engage and participate in the defend of the right of Ambazonia to self-determination as provided in the Charter of the African Union and the United Nations
- 22.5. Spearhead the promotion of aims and objectives of the Ambazonia Mission liberation front and its AGC among the youth;
- 22.6. Formulate developmental and entrepreneurial programs for the benefit of its members and the youth in general during the freedom cause
- 22.7. Advocate for the interest of the Ambazonia youth in the Constitution of the Ambazonia state and the establishment of institutions beneficial to the youth during the freedom cause and in the sovereign nation.
- 22.8. Devise and tactically embark on programs that encourage youth to obtain education and skills that will make them productive citizens of the new Ambazonia country. The duration of the liberation cause is indeterminate; the youth must not remain uneducated at its end but have the knowledge and skills to provide the workforce of the new sovereign Ambazonia country. The freedom cause methodologies, therefore, must be strategically woven into the education and skills training of the Ambazonian Youth.
- 22.9. Inculcate patriotism, nationalism, sacrifice, steadfastness, resilience, self-restraint and discipline among the youth
- 22.10. Promote the spirit of volunteerism, self-help and self-reliance among the youth
- 22.11. Encourage the participation of the Ambazonia youth in the local and national interim governance of the homeland.
- 22.12. Carry out any instructions as directed by the President
- 22.13. Have power to investigate acts of their members which violate provisions of this Charter and refer findings to the Committee for Rules and Order for purposes of disciplinary inquiry.

TITLE THREE

THE NATIONAL FRONT

CHAPTER SIX

COMPOSITION AND ORGANIZATION

Article 23: Membership of the National Liberation Front

Ambazonians worldwide engaged in the liberation of the homeland from colonial rule, through the prosecution of the right to self-determination as provided in the African Union Charter and the United Nations Charter, and through those means and by assertion of those rights recognized in international law constitute the national liberation front *de facto*.

Article 24: Special Status

Ambazonians within the homeland shall have special status and responsibilities within the national front that are associated with, and are dictated by the fact of domicile in the homeland, the living conditions in the homeland, and the state of the prosecution of the liberation in the homeland.

Ambazonians in the diaspora likewise have special responsibilities dictated by the fact of their living outside of the homeland, among which is the commitment of their resources, knowledge, skills and abilities to engage in and to support the freedom of the homeland.

Article 25: Membership of the National AGC

The membership of the National AGC shall be spread across the world, and shall be the supreme governing body of the liberation front. With its seat in the homeland, it shall have special relations with the structural levels of the front within the homeland as necessary to facilitate the freedom and efficient and effective governance of the homeland by the Ambazonian people during the prosecution of the right to self-determination.

Article 25: Organization

The AGC at the national level comprises of multiple councils, offices, departments, committees and other specialized organs that all function in a service and leadership network for the external self-determination of Ambazonia and the establishment of a stable, just, democratic and prospering sovereign Ambazonia state.

CHAPTER SEVEN

COUNCIL OF MISSIONS (CM)

Article 26: Identity

The Council of Missions (CM) is the highest integrated or cross-missions leadership body in the AGC. The CM is a liaison between the national AGC and the liberation front in the different countries. It fosters understanding and collaboration between units of the liberation front worldwide. Its scope of activities includes financing the independence cause, projects, programs, community mobilization, and judiciary.

Article 27: Responsibilities

- 27.1. Frame, organize, approve and evaluate projects of the organization, not exceeding a six months' achievement timeframe. A project as used here shall be a temporary entity established to deliver specific (often tangible) outputs in line with predefined time, cost and quality constraints. A project should always be defined and executed and evaluated relative to an approved case that balances the costs, benefits and risks of the project.
- 27.2. Ensure basic essential services are available in the homeland during the freedom cause
- 27.3. Mobilize the local and international community to embrace the Amazonian independence cause without jeopardizing the necessary focus and victory that the revolution requires and deserves
- 27.4. Elect the President and Vice President of the AGC and where necessary, removing either or both from office, and establishing succession planning
- 27.5. Deliberate and approve revenue raising resolutions binding on members of the liberation front and its AGC throughout the world.
- 27.6. Mobilize the human and material resources across the world to prosecute the Ambazonia independence revolution.
- 27.7. Satisfy themselves that quality and financial information is accurate and that controls and systems of risk management at all structural levels are robust and defensible.
- 27.8. Within the national AGC, represent the interest of the liberation front in the different countries within the national AGC
- 27.9. Exercise general oversight over the liberation front and its brigades in the different countries.
- 27.10. Uphold the rule of law in the national AGC
- 27.11. Ensure the AGC at the national level acts in the best interest of the liberation front across the world.
- 27.12. It shall be completely out of the purview of the Council of Missions to deal with strategic and tactical self-defense issues.
- 27.13. Group the membership of the National Council into different standing committees conversant with and considering the dedication, intellectual power, skills, and experience of members of the National Council (NC) from their different countries,
- 27.14. Approve this Charter by a two-thirds majority vote before it becomes effective

- 27.15. Deliberate and decide on amendments to this Charter if such revisions are referred to it by the NC. The CM may only deliberate and approve or reject those revisions referred to it by the NC; the CM shall not initiate amendments itself.

Article 28: Membership

The following shall be members of the Council of Missions:

- 28.1. All country Coordinators of the Ambazonia Missions liberation front in each country in which the liberation front and its AGC has been established
- 28.2. All continental Heads of Ambazonia Missions from where the liberation front and its continental AGC structure has been established.
- 28.3. Coordinator of the national Ambazonia Women's Brigade
- 28.4. Coordinator of the national Ambazonia Youth Brigade
- 28.5. Deputy Chairperson of the National Council, who shall be an ex-officio member of the CM and shall not have voting rights in the CM
- 28.6. The President of the AGC in ex-officio capacity or his appointed representative, either of whom shall have no voting rights in the CM. The President or his representative shall not be required to be in the assembly at all times.
- 28.7. The Secretary of the Treasury, who shall be an ex-officio member of the CM and shall not have voting rights in the CM
- 28.8. The Secretary of Interior Affairs, who shall be an ex-officio member of the CM and shall not have voting rights in the CM.
- 28.9. A member of the Council of Missions must be one who meets all of the following four conditions:
 - 28.9.1. fall in one of the categories listed in Sections 28.1 to 28.8 above;
 - 28.9.2. be a regular member of the Ambazonia Mission Chapter in his or her country of residence;
 - 28.9.3. one who is making monthly financial contributions, and be up to date, at the Ambazonia Mission country level; and
 - 28.9.4. one who has taken the oath of office in the Council of Missions

Article 29: Structure

- 29.1. The CM shall function in committees and as a general sitting assembly. The committee structure shall permit members of the CM to study a particular subject intensely, to formulate a recommendation motion from their studies, and to table the motion to the CM Assembly for general deliberation and adoption.
- 29.2. The CM shall have two standing or permanent committees: the Committee for Rules and Order and the Ways and Means Committee.
- 29.3. When the CM identifies a matter within its purview of responsibilities to be handled by the CM, or when such matter is referred to it, it belongs to the Chairperson of the CM to decide whether to permit discussions and decisions on the general floor on the matter exclusively or to create an ad hoc committee that shall gather information, evaluate alternatives, and

- recommend a position to the general assembly of the CM if no standing committee is apt to study the subject.
- 29.4. In creating ad hoc committees, the Chairperson of the CM must establish clearly its role, specify its membership and head of the ad hoc committee, and establish its duration of existence that shall not last beyond completion of the task or role.

Article 30: Officers

- 30.1. The CM shall have five officers: Chairperson, Deputy Chairperson, General Secretary, Deputy General Secretary, and Chief Whip. No more than three of these officers shall hail from the same Ambazonia zone, no more than one officer shall hail from the same Ambazonia county, and at least two of the officers must be female.
- 30.2. Officers of the CM shall be elected by the CM assembly for a one-year term renewable twice by a simple majority open vote in so far as the officer is still retained within the CM by the structural entity that he or she represents.
- 30.3. Officers of the CM shall be limited to country and continental heads of missions.
- 30.4. Members of the CM from each continent shall caucus and each caucus shall propose a list of one candidate for each position, and submit to the Chairperson of the Committee for Rules and Order. The nominees in each list must be spread across at least two counties.
- 30.5. The Committee for Rules and Order shall be the electoral commission for the election of officers of the CM. It shall have the powers to establish specific rules of the electoral process that are not contained in this Charter, such as the duration allocated to the casting of votes, etc. This Charter shall override any such rule that contradicts any provision of this Charter.
- 30.6. The Committee for Rules and Order shall compile the list of candidates and contact each nominee privately for consent. This consultation period shall not exceed 48hrs from the moment the last list from a caucus is received by the Committee for Rules and Order. A no response from a nominee shall be construed as denial of consent.
- 30.7. Before voting begins, the Chairperson of the Committee for Rules and Order shall reveal the complete list of nominated candidates and of those who have granted their consent. Only candidates who have consented shall be elected. Speeches from candidates shall neither be required nor necessary.
- 30.8. The election of one position shall be completed before the other shall begin following the order of positions as listed in this Charter. The total election period shall not exceed seventy-two hours from when election begins.
- 30.9. Upon completion of election, the Committee for Rules and Order shall declare the final list of elected officers within one hour of close of elections.
- 30.10. All elected officers shall take or sign the oath of office within forty-eight hours of declaration of elections results and submit the oath to the Chairperson of the Committee for Rules and Order.
- 30.11. The Chairperson of the Committee for Rules and Order shall declare the officers installed, and they shall begin functioning immediately.

30.12. Chairperson

It shall be the duties of the Chairperson to:

- 30.12.1. Oversee the general functioning of the CM
- 30.12.2. Swear in new members to the CM
- 30.12.3. Admit for discussion, table and call motions of the CM
- 30.12.4. Coordinate deliberations of the CM
- 30.12.5. Ensure good relations between the CM and all structural levels of the liberation front
- 30.12.6. Establish ad hoc committees of the CM as need arises after consulting other Officers of the CM
- 30.12.7. Appoint heads of ad hoc committees of the CM
- 30.12.8. Take emergency disciplinary actions in the CM *pro tempore* to ensure the proper conduction of the order of business of the chambers, while referring the matter to the Committee for Rules and Order as he or she may determine necessary for a final decision
- 30.12.9. Sign decisions of the MC.

30.13. Deputy Chairperson

The Deputy Chairperson shall:

- 30.13.1. Assist the office of the Chairperson, and act in the absence of the Chairperson.
- 30.13.2. Be an ex-officio member of all ad hoc committees of the CM where his or her role shall be to ensure that with the leadership of the head of the committee, the specialized work of the special is completed.
- 30.13.3. Assist new members to understand and adapt to the functioning of the CM, cultivate their loyalty and spirit of participation, and assist them in becoming acquainted with the rules and functioning of the CM.

30.14. Secretary General

It shall be the duties of the Secretary General to:

- 30.14.1. Assist with phrasing motions from members
- 30.14.2. Document and maintain a record of decisions of the CM, obtain and affix the signature of the Chairperson on them, and attest with his or her own signature.
- 30.14.3. Complete any writings for the AGC that may be assigned to him or her by the Chairperson of the CM
- 30.14.4. Conduct the correspondences of the CM with sub structures of the liberation front through the associated member Country Coordinator or Continental Coordinator as applicable
- 30.14.5. Prepare annual reports on the work of the CM in particular and, upon approval by the CM, distribute copies to the different Ambazonia Missions as may be necessary.

- 30.14.6. Submit to the CM and the Office of the President a monthly summarized report of the state of the liberation front and its AGC in the different countries following his or her consultations with the various Ambazonia Mission Coordinators
- 30.14.7. In the absence of the Chairperson and the Deputy Chairperson, the Secretary General shall assume the functions of the Chairperson.

30.15. Deputy Secretary General

It shall be the duties of the Deputy Secretary General to:

- 30.15.1. Assist the Secretary General in the performance of his or her duties
- 30.15.2. Assume the duties of the Secretary General in the event of his or her temporal or permanent absence.

30.16. Chief Whip

It shall be the duties of the Chief Whip to:

- 30.16.1. Assist the Chairperson as may be necessary in ensuring order in the activities of the CM
- 30.16.2. Ensuring that this Charter and other resolutions applicable to the CM are respected in the business of the CM

Article 31: Deliberation Procedures

31.1. Principles

- 31.1.1. Only one subject may claim the attention of the assembly at one time.
- 31.1.2. Each proposition presented for consideration is entitled to full and free debate. However, the Chairperson or the presiding officer as the case may be shall decide whether the proposition be given full debate immediately or suspended if a subject has already claimed the floor.
- 31.1.3. Every member has rights that are equal to every other member.
- 31.1.4. The will of the majority must be carried out, and the rights of the minority must be preserved.
- 31.1.5. The personality and desires of each member should be merged into the organizational unit.

31.2. Issues and Motions

- 31.2.1. An issue shall be clearly distinguished from a motion. Issues are to be discussed, while motions are to be voted upon. Members table issues for discussions and

when the discussion is over, the member may draft the issue, duly considering the discussions content, into a motion and submit to the Chairperson for a vote.

- 31.2.2. Issues shall be placed on the floor for consideration beginning with the sentence: “Honorary Members, permit me table this issue.”
- 31.2.3. Once an issue is tabled to the Council and the Chairperson or presiding officer declares it open for discussions, all discussions must be confined to the question that is before the assembly.
- 31.2.4. Members shall direct the tabling of all motions to the Chairperson, beginning with “Mr. Chairman, I move that” or “Madame Chairlady, I move that”. Anything not so framed shall not be considered a motion for a vote.
- 31.2.5. A member can revise an issue after or in the course of deliberations and resubmit to the Assembly for discussion and decision.
- 31.2.6. The Chairperson or presiding officer shall determine by discretion how long a discussion on a proposition may proceed. At the end of the timeframe, the member shall frame the final motion and submit to the floor. The Chairperson or presiding officer shall declare voting on the motion open, and specify the voting timeframe.
- 31.2.7. Once voting on a proposition has started, any and all discussions on the proposition shall be forbidden till the votes are tallied and the Chairperson or presiding officer calls the votes for the records.
- 31.2.8. While voting is ensuing, it shall be forbidden to place any proposition or subject on the floor. Whoever desires to do so must first submit the proposition to the Chairperson or presiding officer, who shall examine and decide whether to interrupt the voting process with the proposition or not based on the urgency of the subject.
- 31.2.9. Once the allotted voting timeframe has elapsed, the Chairperson or presiding officer shall call the vote.
- 31.2.10. The Secretary General shall prepare a written resolution adopting the outcome of the vote within 24 hours for the records and implementation.
- 31.2.11. Any subject submitted in the CM not framed as provided in Section 11.2.1 for Issues or Section 11.2.2 for Motions shall be considered a commentary that requires no reaction from the Council.

Article 32: Standing Committees of the Council of Missions

- 32.1. Each Standing Committee shall be headed by a Chairperson who shall control the committee’s business, schedule hearings, meetings, markups, invite witnesses and panels, present opening remarks, and ultimately decide what is scheduled.

- 32.2. Each Committee shall have a Secretary who shall assist the Chairperson in his duties, record the minutes of the meetings of the committee and its other acts, read and produce the records when necessary, and preserve such records.

Article 33: Ways and Means Committee

- 33.1. The role of the Ways and Means Committee is to constantly identify, examine and recommend Ambazonians to the different departments of the AGC who can be drafted to improve the work of the department. These must be Ambazonians who embrace the vision of the liberation front and its AGC.
- 33.2. It shall also be the role of the Ways and Means Committee to constantly identify and vet Ambazonians, and develop classified succession plans for the President, Vice President, Heads of Departments, and Deputy Heads of Departments to ensure the AGC is constantly functional without lack of personnel.
- 33.3. It shall work with the Secretary of the Treasury on financial matters within the purview of the CM and make recommendations as motions to the general floor.
- 33.4. The Ways and Means Committee shall be a permanent Committee of six members, one from each continent. Voting members of the CM from each of these continents shall deliberate and provide a member from their continent for this Committee.

Article 34: Committee for Rules and Order

- 34.1. The Committee for Rules and Order shall be the judiciary arm of the AGC.
- 34.2. The Chairperson of the Committee for Rules and Order shall be the Chief Justice of the liberation front and its AGC. He or she shall have the powers to install the President and the Vice President of the AGC into office, and to install all officers of the CM.
- 34.3. It shall be the responsibility of the Committee for Rules and Order to adjudicate cases of conduct at the national AGC level as may be brought to it by an oversight committee in the National Council, by a Department of the AGC, by a country's disciple chief whip, or by the Office of the President.
- 34.4. The Committee for Rules and Order shall be a permanent Committee of five members. Two members shall hail from the Northern Zone and Three from the Southern Zone, each from a different county, and at least two being women. Voting members of the CM from each of these zones shall consult among themselves and provide a member from zone of origin for this Committee.
- 34.5. The Committee for Rules and Order shall follow the procedure laid down in Article 35 of this Charter in adjudicating matters of conduct brought before it.

Article 35: Disciplinary Procedure

35.1. Objectives:

- 35.1.1. This disciplinary procedure is to ensure that all members of the freedom front and its AGC adhere to the required standards by making them aware of any shortcomings and identifying how the necessary improvements can be achieved.
- 35.1.2. The procedure seeks to be fair and to be seen to be fair by internal and external stakeholders of the liberation front and its AGC.
- 35.1.3. It promotes conflict and grievance resolution in both an informal and a formal mechanism.
- 35.1.4. It strives to be innovative and to incorporate alternative dispute resolution mechanisms in the implementation of discipline in the liberation front structures and processes.
- 35.1.5. It assists members to maintain the required standards, rather than impose penalties.
- 35.1.6. This procedure does not cover acts and any conduct deemed by the Ethics and Disciplinary Committee as 'grave' and/or 'absolutely damaging' to the immediate and long term functioning of the AGC. They WILL NOT follow the formal procedure and will announce appropriate disciplinary action after convening a meeting with or without the accused.

35.2. Principles

- 35.2.1. Every effort will be made by the member's immediate supervisor/Department head to address shortcomings in conduct through informal process without invoking the disciplinary procedure.
- 35.2.2. While the disciplinary procedure will normally be operated on a progressive basis, in cases of serious misconduct, stages 1, 2 and 3 of the procedure may be bypassed.
- 35.2.3. No decision regarding disciplinary action will be made until a formal disciplinary hearing has taken place and the member has been afforded an opportunity to respond.
- 35.2.4. The member will be advised of his or her right to witnesses during the disciplinary procedure.
- 35.2.5. The member will be advised in advance of the disciplinary hearing of the precise nature of the complaint against him or her and will be given copies of any relevant documentation.
- 35.2.6. The member will be afforded the opportunity to state his or her case and challenge any evidence that may be relied upon in reaching a decision.
- 35.2.7. The manager/department will not prejudge the outcome of the hearing and will take into account any mitigating circumstances before deciding on appropriate action.
- 35.2.8. It will be considered a disciplinary offence to intimidate or exert pressure on any person who may be required to be a witness.
- 35.2.9. A member may appeal the outcome of the disciplinary hearing.

35.3. Stage 1 - The Informal Disciplinary Process

35.3.1. Department heads are responsible for making members aware of the standards of being an AGC member and the conduct expected from them and for dealing with shortcomings promptly and fairly. In general, the member's immediate supervisor/Department head will deal with deficiencies on an informal basis through discussion, counselling and appropriate assistance rather than through the formal disciplinary procedure. If, following the informal process stage, the member continues to fail to meet the required standards and/or apologize then the formal disciplinary procedure should be invoked. Examples of conduct and breach of AGC ethics which may lead to disciplinary action under this procedure include:

- 35.3.1.1. Reports of misconduct by any internal and external stakeholder of the AGC
- 35.3.1.2. Unreported formal and informal meetings between AGC members and non-members which may undermine, threaten and sabotage the AGC and its activities, members and systems
- 35.3.1.3. Refusal to obey reasonable instructions
- 35.3.1.4. Negligence, including insubordination
- 35.3.1.5. Abuse of position and authority

35.3.2. The purpose of the informal process is to ensure that members understand what is expected from them and to provide an opportunity to discuss any aspects of a member, system and function which may be causing them difficulties. The formal disciplinary procedure is normally only invoked where this fails to bring about the required improvements or solution.

35.3.3. The informal process should be conducted as follows:

- 35.3.3.1. The member shall be given precise details of the specific aspects of his conduct that require improvement or is causing problems.
- 35.3.3.2. The member shall be given an opportunity to respond to complaints and careful consideration shall be given to any explanations given.
- 35.3.3.3. Having made the member aware of deficiencies in his/her conduct, the supervisor/Department head in consultation with the member shall identify appropriate measures that can be taken to assist the member and formulate an action plan for addressing the conduct.
- 35.3.3.4. Details of the informal handling and any follow-up action agreed shall be documented.

- 35.3.4. Where conduct or actions do not meet the required standards despite informal process, the matter will be dealt with under the formal disciplinary procedure.
- 35.3.5. While the formal disciplinary procedure will normally be operated on a progressive basis, in cases of serious misconduct the supervisor/head of Department may bypass stages 1, 2 and 3 of the procedure and refer the matter to the Committee for Rules and Order.

35.4. *The Formal Disciplinary Process*

The stages of the disciplinary procedure are as follows:

35.4.1. Stage 1: Oral Warning

- 35.4.1.1. Those whose work/conduct falls below the required standards may be issued with a formal oral warning
- 35.4.1.2. The warning will give details of the precise nature of the complaint, the improvements/conduct required and the timescale for improvement. S/he will be advised that the warning constitutes the first stage of the disciplinary procedure and failure to improve/stop within the agreed timescale may result in further disciplinary.
- 35.4.1.3. The members will have a right to appeal the oral warning to a level of administration higher than the original decision-maker. Appeals must be made in writing setting out the grounds for appeal within 3 days of the members being notified of the decision.

35.4.2. Stage 2: Written Warning

- 35.4.2.1. If there is failure to make the necessary conduct/improvements or if the nature of the unsatisfactory performance/conduct is more serious, s/he will normally be issued with a formal written warning
- 35.4.2.2. The written warning will give details of the complaint, the improvements/action required and the timescale for improvement. The members will also be advised that failure to comply/improve within the agreed timescale may result in the issuing of a final written warning under stage 3 of the disciplinary procedure. The warning will be removed after 2 months, subject to satisfactory improvement/action during this period.
- 35.4.2.3. The following shall automatically incur a written warning
 - 35.4.2.3.1. Breaches of confidentiality
 - 35.4.2.3.2. Serious bullying, sexual harassment or harassment
 - 35.4.2.3.3. Violent behaviour within the scope of membership of the AGC
 - 35.4.2.3.4. Sexual assault

- 35.4.2.3.5. Propagation of false information against the AGC
- 35.4.2.3.6. Circulation of offensive, obscene or indecent e-mails, images or text messages
- 35.4.2.3.7. The above list is not exhaustive. The suspect shall be given precise details of the specific aspects of his/her conduct that may be deemed inappropriate by the administering authority.

35.4.3. Stage 3: Final Written Warning

- 35.4.3.1. If there is failure to make the necessary improvements/actions, s/he will normally be issued with a final written warning by the Department, Council or Office head. Failure to improve within the stipulated timescale may lead to dismissal or some other sanction short of dismissal under stage 4 of the disciplinary procedure.
- 35.4.3.2. The accused will have a right to appeal the final written warning to a level of administration higher than the original decision-maker. Appeals must be made in writing setting out the grounds for appeal within 7 days of the members being notified of the decision.

35.4.4. Stage 4: Dismissal or Suspension

- 35.4.4.1. This Stage is reserved to the Committee for Rules and Order
- 35.4.4.2. Failure to meet the required standards of commitment and loyalty to the liberation, and conduct following the issuing of a final written warning will lead to a disciplinary hearing under Stage 4. The decision-maker will be the Committee for Rules and Order.
- 35.4.4.3. The Committee for Rules and Order may use written Standing Orders to delegate authority to an appropriate committee in a lower structure to investigate and trial matters brought before it by that structural unit.
- 35.4.4.4. The outcome of the disciplinary hearing may be discharge and acquittal, upholding of previous sanction, suspension or dismissal.
- 35.4.4.5. Decisions of the Committee for Rules and Order on a disciplinary issue are final unless appealed to the CM by submitting an appeal to the Chairperson of the CM

35.4.5. Serious Misconduct

The following are examples of serious misconduct which will be dealt with from the outset under Stage 4. The below list is not exhaustive and may include other issues that the structural unit coordinator, head of department, council or office may refer to the Committee for Rules and Order.

- 35.4.5.1. Any act of treason such as aiding and abetting the enemies of the liberation against the safety of Ambazonians

- 35.4.5.2. Conniving with enemies to frustrate the liberation of the Ambazonia homeland
- 35.4.5.3. Theft of the temporary goods, finances, or materials of the liberation front or its AGC
- 35.4.5.4. Leaking of AGC information from a forum where such information is restricted.
- 35.4.5.5. Deliberate damage to AGC property
- 35.4.5.6. Fraud or deliberate falsification of documents to deceive and destroy the AGC
- 35.4.5.7. Gross negligence or dereliction of duties
- 35.4.5.8. Gross insubordination
- 35.4.5.9. Providing action plans of the AGC to the enemy
- 35.4.5.10. Serious breaches of secrecy and confidentiality
- 35.4.5.11. Serious bullying, sexual harassment or harassment

35.4.6. Allegations of serious misconduct will be dealt with as follows:

35.4.6.1. Notifying the Member of the Allegation

Upon receiving an allegation of serious misconduct, the supervisor or coordinator or head of department will arrange for the gathering of preliminary facts relating to the allegation in order for the precise allegation to be formulated and sent to the Committee for Rules and Order. The member against whom the allegation is made will be requested to attend a meeting or provide written clarification of the precise details of the allegation at the earliest juncture and without undue delay. The members will be advised of his/her right to have witness statements included and other evidence. When dealing with the allegation, the Committee for Rules and Order will ensure, insofar as possible, that confidentiality is maintained and the members against whom the allegation is made is fully protected throughout the process.

35.4.6.2. Protective Measures

Pending the outcome of the investigation, the Committee for Rules and Order may take whatever protective measures are necessary to ensure that AGC or Ambazonians are not exposed to unacceptable risk. These protective measures are neither disciplinary measures nor presumption or indication of guilt and may include:

- 35.4.6.2.1. reassigning the members to other duties
- 35.4.6.2.2. removing him/her from any AGC platform/structure
- 35.4.6.2.3. providing an appropriate level of supervision and debriefing
- 35.4.6.2.4. putting the person concerned off responsibilities

35.4.6.2.5. Whatever actions are required to maintain the integrity and reputation of the AGC and its members.

35.4.6.2.6. The views of the senior members will be taken into consideration when determining the appropriate protective measures to take in the circumstances but the final decision rests with the Committee for Rules and Order. Putting the members off duty pending the outcome of the investigation will be reserved for only the most exceptional of circumstances. The members concerned will be advised that the decision to put him/her off duty is a precautionary measure and not a disciplinary sanction or an indication of guilt.

35.4.6.3. Investigation

35.4.6.3.1. An investigation will be conducted by the members of the Committee for Rules and Order or by delegation.

35.4.6.3.2. If the findings of the investigation uphold the allegation of serious misconduct, a disciplinary hearing will be held.

35.4.6.4. Disciplinary Hearing

35.4.6.4.1. The decision-maker will be the Committee for Rules and Order

35.4.6.4.2. The members will be informed of the following in writing in advance of the disciplinary hearing: The status of the meeting or written clarification, i.e. that it is a formal disciplinary hearing under Stage 4 of the disciplinary procedure.

35.4.6.4.3. The possible outcome of the hearing, i.e. it may result in a decision to terminate his/her member.

35.4.6.4.4. Copy of the investigation team's report and all relevant documentation must be filed.

35.4.6.4.5. The disciplinary hearing will be conducted as follows:

- (a) The accused will be informed of the purpose of the disciplinary hearing, the nature of the allegation and the findings of the investigation.
- (b) The members and his/her representative will have the opportunity to present his/her case in response to the findings of the investigation.
- (c) The disciplinary hearing is not intended to repeat the investigation but the member will be able to raise any concerns regarding the investigation process if s/he feels that these concerns were not given due consideration by the investigation team.

- (d) The hearing will be adjourned to allow the decision-maker to carefully consider the representations made on the member's behalf.
- (e) The hearing will be reconvened and the members will be advised of the decision which may include:
 - (i) Decision to dismiss
 - (ii) Disciplinary action short of dismissal (e.g. final written warning, suspension, etc.)
 - (iii) No further action on the grounds that there were strong mitigating circumstances
 - (iv) Non-disciplinary action (e.g. where there were strong mitigating circumstances but the member's continued membership is conditional on him/her agreeing to seek other appropriate course of action).
 - (v) The offender will be advised of his/her right to appeal the decision.
- (f) The Committee for Rules and Order shall make all decisions by a simple majority vote of its members sitting in quorum. A hung jury shall be construed as a vote of discharge and acquittal.

35.4.7. Appeals under Stage 4

35.4.8.1. If the outcome of the disciplinary hearing is a decision to dismiss, the members may appeal the decision to the CM. The appeal may be on any of the following grounds:

35.4.8.1.1. Mitigating circumstances

35.4.8.1.2. Procedural deficiencies

35.4.8.1.3. Specific evidence submitted

35.4.8.1.4. Severity of the sanction imposed

35.4.8.2. The members will be required to submit the grounds for the appeal in writing within 7 days of being notified of the original dismissal decision.

35.4.8.2.1 An appeal against dismissal decisions will be heard by an Appeal Committee, excluding members of the Committee of Rules and Order, which shall be made up of one person in the CM chosen by a caucus of members from each of the continents.

35.4.8.2.2. The Appeal Committee will adopt its own procedures and may conduct such enquiries as it deems appropriate.

35.4.8.2.3. The Appeal Committee will decide whether to confirm or vary the original dismissal decision. If the original decision is confirmed, the member will be removed from AGC.

35.4.8.2. Ad Misericordium Appeal

35.4.8.2.1. In the event of an appeal against the decision to dismiss being unsuccessful, the subject may make a final “mercy appeal” to the President.

35.4.8.2.2. The grounds for this appeal must be submitted in writing within 14 days of the subject being notified of the Appeal Committee’s decision.

35.4.8.2.3. The granting or denial of this appeal by the President shall be at the discretion of the President considering the stakes of the liberation cause and the impact of the act on the freedom of Amazonian.

35.5. The rules of natural justice require that the subject be given an opportunity to respond to the allegation and make representations before a decision is reached. The decision-maker must keep an open mind during the hearing and not form any conclusions until all the facts have been considered.

35.6. Notification Requirements

35.6.1. The subject should be informed that s/he is required to attend a disciplinary hearing under the formal disciplinary procedure. He or she should be advised of:

35.6.1.1. The reason for the hearing, i.e. outline the specific aspects of the person’s actions and/or conduct which have fallen below the required standards

35.6.1.2. The possible outcome of the hearing as specified in Section 35.4.6.4.6 (e) of this Charter.

35.6.1.4. The accused should be given at least two day notice of the hearing to enable him/her to arrange for any representation and prepare for the hearing.

35.6.1.5. The following details should be confirmed in writing:

35.6.1.5.1. The time and place of the hearing

35.6.1.5.2. The status of the meeting (i.e. that it is a formal disciplinary hearing under the disciplinary procedure)

35.6.1.5.3. The precise nature of the complaint

35.6.1.5.4. The right to collect witness statements directly

35.7. Investigations of misconduct & Allegations

The investigation into allegations of serious misconduct will be carried out in accordance with the following principles:

- 35.7.1. The investigation will be conducted as expeditiously as possible and without unnecessary delay.
- 35.7.2. The investigation will be carried out in strict compliance with the terms of reference and with due respect for the right of the member who is the subject of the allegation to be treated in accordance with the principles of natural justice, including a presumption of innocence.
- 35.7.3. The investigation team will have the necessary abilities to conduct an investigation impartially and expeditiously.
- 35.7.4. Confidentiality will be maintained throughout the investigation to the greatest extent consistent with the requirements of a fair investigation. It may not possible, however, to guarantee the anonymity of the complainant or any person who participates in the investigation – this shall.
- 35.7.5. A written record will be kept of all meetings, submissions and treated in the strictest confidence.
- 35.7.6. The investigation team may interview any person who they feel can provide relevant information
- 35.7.7. The investigation team will interview any witnesses and other relevant persons.
- 35.7.8. Confidentiality will be maintained as far as practicable.
- 35.7.9. Persons may be required to attend further meetings to respond to new evidence or provide clarification on any of the issues raised.
- 35.7.10. The investigation team will form preliminary conclusions based on the evidence gathered in the course of the investigation and invite the person adversely affected by these conclusions to provide additional information or challenge any aspect of the evidence.
- 35.7.11. On completion of the investigation, the investigation team will form its final conclusions based on the balance of probabilities and submit a written report of its findings and recommendations to the appropriate adjudicating body.
- 35.7.12. The members against whom the allegation is made will be given a copy of the investigation report. On completion of the investigation, the investigation

team will submit a written report in accordance with its terms of reference. However, no decision regarding disciplinary sanction should be decided upon until the decision-maker has held a disciplinary hearing with the members concerned.

35.7.13. The investigation will be governed by predetermined terms of reference based on the alleged misconduct (which will be set out in writing) and any other matters relevant to the allegation. The terms of reference shall specify the following:

35.7.13.1. The timescale within which the investigation will be completed;

35.7.13.2. Scope of the investigation will be confined to deciding whether or not the allegation has been upheld.

35.7.13.3. The accused against whom the allegation is made will be advised of the right to representation and given copies of all documentation prior to and during the investigation process, e.g. details of alleged misconduct

35.7.13.4. Witness statements (if any)

35.7.13.5. The CM may, by a simple majority vote, warrant and declare the constitution of an independent investigative and judiciary committee to try an act of treason that leads to the decapitation of the AGC at any scale with the suspected accomplice of one or more members of the Committee for Rules and Order. The independent committee shall comprise of one representative from each continent chosen by a caucus of members of the CM from the continent.

Article 36: Dissolution and Reconstitution

The Council of Missions shall have no dissolution timeframe. Members shall continue to serve insofar as they are maintained in their roles by those who elected them, and shall be replaced in their roles by the country, continent, brigade, National Council or Department they represent when the country, continent or National Council votes them out of office, or they are replaced by the President in the case of Department heads.

CHAPTER EIGHT

THE NATIONAL COUNCIL (NC)

Article 37: Identity

The National Council (NC) is a reflection of the zonal idiosyncrasies, the tribal, religious, and social diversity of Ambazonia; the geolocation of Ambazonians around the world; the multitude of professions; and the shading of opinions on the multiplicity of issues such as political, social, legal, educational and economic values of the Ambazonia nation. It is intended to be a body of Ambazonians worldwide, but who must be loyal to the vision and plan of the AGC in the independence revolution. Its scope of activities include policy, programs, legislature, and administrative oversight.

Article 38: Responsibilities

The responsibilities of the National Council shall be to:

- 38.1. Deliberate, reconcile and establish the political policy issues of the right to self-determination process.
- 38.2. Be responsible for the governing of the political head office of the AGC during the revolution
- 38.3. Deliberate and approve the Ambazonia Renaissance projects, and those that must be accomplished within the first few months after the declaration of independence in order to keep the Ambazonia state functional.
- 38.4. Frame, organize, approve and evaluate programs of the self-determination cause, typically exceeding a six months' timeframe. Program as used here shall be a portfolio comprised of multiple projects that are managed and coordinated as one unit with the objective of achieving (often intangible) outcomes and benefits for the AGovC in particular and the self-determination cause in general.
- 38.5. Set the rolling annual plan of the organization, including setting the overall ambition of the organization. Such plan shall require a simple majority concurrence approval of the Council of Missions to take effect upon signature by the President.
- 38.6. Work on the Constitution of the independent state of Ambazonia that shall become effective on the day of independence
- 38.7. Exercise oversight over the functioning of the different departments of the AGovC
- 38.8. Confirm appointments to different administrative positions of responsibility as specified in this Chapter
- 38.9. Propose, deliberate and approve revisions to this Charter as necessary, which shall be forwarded to the Council of Missions for concurrence before becoming effective upon signature by the President.
- 38.10. To promote in consonant with the Council of Missions at large resource mobilization to sustain the Ambazonia independence revolution.
- 38.11. To assemble the Ambazonia people and spearhead the Declaration of Independence at the fullness of time.

- 38.12. It shall be totally out of the purview of the National Council to discuss strategic and tactical self-defense issues.

Article 39: Membership

Membership in the National Council shall be limited to:

- 39.1. Two persons from each Ambazonian county, and who shall be resident in the homeland. These shall constitute the “A Block”
- 39.2. Five persons from continental Europe chosen by the liberation front in Europe, each person preferably from a different country and a different Ambazonia county. These shall constitute the “B Block”
- 39.3. Two persons from continental Africa outside of the homeland, chosen by the liberation front in Africa excluding the homeland, each person preferably from a different country and a different Ambazonia county. These shall constitute the “C Block”
- 39.4. Four persons from the United States of America, chosen by the liberation front in the USA, each person preferably from a different region of the USA and a different Ambazonia county. These shall constitute the “D Block”.
- 39.5. Two persons from north America countries excluding USA, chosen by the liberation front in north America excluding the USA, each person preferably from a different country and a different Ambazonia county. These shall constitute the “E Block”
- 39.6. Three persons from continental Asia chosen by the liberation front in Asia, each person preferably from a different country and a different Ambazonia county. These shall constitute the “F Block”
- 39.7. Three persons from continental South America chosen by the liberation front in South America, each person preferably from a different country and a different Ambazonia county. These shall constitute the “G Block”
- 39.8. Department Heads, who shall be are ex-officio members of the NC, but without voting rights, and who shall not be required to be present on the floor of the NC except when required to do so by the Chairperson of the NC on a specific issue relating to their respective departments.
- 39.9. The President of the liberation front and its AGC whose role shall generally be limited to inspiring and briefing the National Council at large on the state of the revolution. The President shall not be a voting member on any issue of the National Council. He or she may table policy issues to the National Council, but only through the Chairperson. The President shall not be required to be in the NC at all times.
- 39.10. A member of the National Council must meet four conditions:
 - 39.10.1. fall in one of the categories listed from 39.1 to 39.10 above;
 - 39.10.2. be a regular member of the Ambazonia Mission chapter in his or her country of residence;

- 39.10.3. someone making monthly financial contributions, and be up to date, at the Ambazonia Mission chapter level, whether such be at the country or the city level; and
- 39.10.4. taken the oath of office in the National Council

Article 40: Structure

- 40.1. The National Council shall function in committees and as a general sitting assembly. The committee structure shall permit members of the NC to study a particular subject intensely, to formulate a recommendation motion from their studies, and to table the motion to the NC Assembly for general deliberation and adoption. When the NC identifies a matter to be handled by the NC, it belongs to the Chairperson of the NC to decide whether to permit discussions and decisions on the general floor on the matter exclusively, to assign the matter to a standing committee, or to create a committee that shall gather information, evaluate alternatives, and recommend a position to the general assembly of the NC if no standing committee is apt to study the subject.
- 40.2. Permanent or Standing Committees throughout the independence revolution shall include: Finance Oversight Committee, Economic Development and Natural Resources Oversight Committee, Foreign Affairs Oversight Committee, Chief Operations Oversight Committee, Human Rights and Human Services Oversight Committee, Interior Affairs Committee, Educations and Communications Oversight Committee, and the Ethics Committee.

Article 41: Officers

- 41.1. The Bureau of the NC shall consist of five officers: Chairperson, Deputy Chairperson, General Secretary, Deputy General Secretary, and Chief Whip. No more than three of these officers shall hail from the same Ambazonia zone, no more than two officers shall hail from the same Ambazonia county, and at least one of the officers must be female.
- 41.2. Officers of the NC shall be elected by the NC assembly for a one-year term renewable twice by a simple majority open vote.
- 41.3. Members of the NC from each county shall caucus according to the following grouping in alphabetical order:
 - 41.3.1. Boyo, Bui and Donga Mantung shall constitute the First Caucus;
 - 41.3.2. Fako, Kupe Muanenguba and Lebialem shall constitute the Second Caucus;
 - 41.3.3. Manyu, Meme and Menchum shall constitute the Third Caucus;
 - 41.3.4. Mezam, Momo, Ndian and Ngo Ketunjia shall constitute the Fourth Caucus.
- 41.4. Each caucus shall propose a list of one candidate for each position, and submit to the Chairperson of the Ethics Committee. The nominees in each list must be spread across at least three counties.
- 41.5. The Ethics Committee shall be the electoral commission for the election of officers of the NC. It shall have the powers to establish specific rules of the electoral process that are not

contained in this Charter, such as the duration allocated to the casting of votes, etc. This Charter shall override any such rule that contradicts any provision of this Charter.

- 41.6. The Ethics Committee shall compile the list of candidates and contact each nominee privately for consent. This consultation period shall not exceed 48hrs from the moment the last list from a caucus is received by the Ethics Committee. A no response from a nominee shall be construed as denial of consent.
- 41.7. Before voting begins, the Chairperson of the Ethics Committee shall reveal the complete list of nominated candidates and of those who have granted their consent. Only candidates who have consented shall be elected. Speeches from candidates shall neither be required nor necessary.
- 41.8. The election of one position shall be completed before the other shall begin following the order of positions as listed in this Charter. The total election period shall not exceed seventy-two hours from when election begins.
- 41.9. Upon completion of election, the Ethics Committee shall declare the final list of elected officers within one hour of close of elections.
- 41.10. All elected officers shall take or sign the oath of office within twenty-four hours of declaration of elections results and submit the oath to the Chairperson of the Ethics Committee.
- 41.11. The Chairperson of the Ethics Committee shall declare the officers installed, and they shall begin functioning immediately.

41.12. *Chairperson:*

It shall be the duties of the Chairperson to:

- 41.12.1.1. Oversee the general functioning of the NC
- 41.12.1.2. Swear in new members to the NC
- 41.12.1.3. Admit for discussion, table and call motions of the NC
- 41.12.1.4. Coordinate deliberations of the NC
- 41.12.1.5. Ensure good relations between the NC and all permanent Departments of the AGC
- 41.12.1.6. Establish specific committees of the NC as need arises after consulting the Ethics Committee.
- 41.12.1.7. Appoint heads of created specific committees of the NC
- 41.12.1.8. Take emergency disciplinary actions in the NC *pro tempore* to ensure the proper conduction of the order of business of the chambers, while referring the matter to the Ethics Committee for a final decision as he or she may determine necessary
- 41.12.1.9. Sign decisions of the NC.

41.13. Deputy Chairperson

The Deputy Chairperson shall:

- 41.13.1. Assist the office of the Chairperson, and act in the absence of the Chairperson.
- 41.13.2. Be an ex-officio member of all special committees of the NC where his or her role shall be to ensure that with the leadership of the head of the committee, the specialized work of the special is completed. Irrespective of the ex-officio membership in special committees of the NC granted to the Deputy Chairperson, he or she shall not be a member of the Ethics Committee at any time.
- 41.13.3. Assist new members to understand and adapt into the functioning of the NC, cultivate their loyalty and spirit of participation, and assist them in becoming acquainted with the rules and functioning of the NC.
- 41.13.4. Represent the mind of the NC in the Council of Missions, thereby serving as the link between the NC and the Council of Missions.

41.14. Secretary General

The Secretary General shall:

- 41.14.1. Assist with phrasing motions from members as may be necessary
- 41.14.2. Document and maintain a record of decisions of the NC, obtain and affix the signature and seal of the Chairperson on them, and attest with his or her own signature.
- 41.14.3. Be the national Secretary General of the AGC
- 41.14.4. Be the keeper of the seal of the liberation front and its AGC, which he or she shall fix only on those documents authorized by the President.
- 41.14.5. Act as the custodian of all property and records of the NC, and all other AGC property
- 41.14.6. Complete any writings for the AGC that may be assigned to him or her by the President and edit any departmental documents that may be submitted to him for editing by the Department Head.
- 41.14.7. Conduct the correspondence of the NC and the AGC as a whole and send out notices of all national conferences and meetings.
- 41.14.8. Convey the decisions and instructions of the NC to the Ambazonia Missions, and, in collaboration with the Chairperson of the Council of Missions, see to it that all subject missions carry out such decisions properly.
- 41.14.9. Prepare annual reports on the work of the NC in particular and declassified work of the AGC as a whole
- 41.14.10. Present to the NC and the Council of Missions a monthly summarized report of the state of the AGC following reports from the various Departments submitted to him and the administrative situation of the AGC as a whole.
- 41.14.11. In the absence of the Chairperson and the Deputy Chairperson, the Secretary General shall assume the functions of the Chairperson.
- 41.14.12. Be an Ex-Officio member of the Council of Department Heads

41.15. Deputy Secretary General

It shall be the duties of the Deputy Secretary General to:

- 41.15.1. Assist the Secretary General in the performance of his or her duties, and
- 41.15.2. Assume the duties of the Secretary General in the event of his or her temporal or permanent absence.

41.16. Chief Whip

It shall be the duties of the Chief Whip to:

- 41.16.1. Assist the Chairperson as may be necessary in ensuring order in the activities of the NC
- 41.16.2. Ensuring that this Charter is respected in the business of the NC

Article 42: Deliberation Procedures

42.1. Principles

- 42.1.1. Only one subject may claim the attention of the assembly at one time.
- 42.1.2. Each proposition presented for consideration is entitled to full and free debate. However, the Chairperson or the presiding officer as the case may be shall decide whether the proposition be given full debate immediately or suspended if a subject has only claimed the floor.
- 42.1.3. Every member has rights that are equal to every other member.
- 42.1.4. The will of the majority must be carried out, and the rights of the minority must be preserved.
- 42.1.5. The personality and desires of each member should be merged into the organizational unit.

42.2. Issues and Motions

- 42.2.1. An issue shall be clearly distinguished from a motion. Issues are to be discussed, while motions are to be voted upon. Members table issues for discussions and when the discussion is over, the member may draft the issue, duly considering the discussions content, into a motion and submit to the Chairperson for a vote.
- 42.2.2. Issues shall be placed on the floor for consideration beginning with the sentence: “Honorary Members of the (National) Council, permit me table this issue” – the use of the word “National” in the opening shall be optional.
- 42.2.3. Once an issue is tabled to the Council and the Chairperson or Presiding Officer declares it open for discussions, all discussions must be confined to the question that is “before the assembly.”
- 42.2.4. Members shall direct the tabling of all motions to the Chairperson, beginning with “Mr. Chairman, I move that” or “Madame Chairlady, I move that”. Anything not so framed shall not be considered a motion for a vote.
- 42.2.5. A member can revise an issue after or in the course of deliberations and resubmit to the Assembly for discussion and decision.

- 42.2.6. The Chairperson or Presiding Officer as the case may be shall determine by discretion how long a discussion on a proposition may proceed. At the end of the timeframe, the member shall frame the final motion and submit to the floor. The Chairperson or Presiding Officer shall declare voting on the motion open, and specify the voting timeframe.
- 42.2.7. Once voting on a proposition has started, any and all discussions on the proposition shall be forbidden till the votes are tallied and the Chairperson or Presiding Officer calls the votes for the records.
- 42.2.8. While voting is ensuing, it shall be forbidden to place any proposition or subject on the floor. Whoever desires to do so must first submit the proposition to the Chairperson or Presiding Officer, who shall examine and decide whether to interrupt the voting process with the proposition or not based on the urgency of the subject.
- 42.2.9. Once the allotted voting timeframe has elapsed, the Chairperson or Presiding Officer shall call the vote.
- 42.2.10. The Secretary General shall prepare a written resolution adopting the outcome of the vote within 24 hours for the records and implementation.
- 42.2.11. Any subject submitted in the National Council not framed as provided in Section 42.2.2 for Issues or Section 42.2.4 for Motions shall be considered a commentary that requires no reaction from the Council.

Article 43: Committees of the National Council

- 43.1. Due to the complexity of the work of the National Council, the need for oversight in the work of the different departments, for checks and balances, and for effective engagement and participation by members of the National Council in their work, the National Council shall have eight (8) Standing or Permanent Committees. These shall be: Finance Oversight Committee, Economic Development and Natural Resources Oversight Committee, Foreign Affairs Oversight Committee, Chief Operations Oversight Committee, Human Rights and Human Services Oversight Committee, Interior Affairs Committee, Education and Communications Oversight Committee, and the Ethics Committee.
- 43.2. The Chairperson of the National Council, having consulted and received the approval of the Ethics Committee, can establish Special or Select Committees for a limited specific time period, with specific and clearly defined roles, to accomplish a specific task.
- 43.3. The role of each Standing Committee of the National Council is to monitor on-going activities of each department or administrative office under it, to deliberate and confirm by vote deputy heads of departments under its jurisdiction, to identify issues suitable for debate and policy formulation in the National Council, to gather and evaluate information, to conduct hearings and investigations, and to recommend courses of actions to be taken by a department.

- 43.4. Each member of the National Council shall be in at least one and at most two Permanent Committees of the National Council. No member of the National Council who happens to be in a Department shall be in the Committee associated with that department. However, it shall not be obligatory that the Chairperson and General Secretary be in any one standing committee.
- 43.5. Members of all Standing Committees shall be constituted by the Council of Missions. Membership of each standing committee shall not be less than three (3) and shall not be more than five (5).
- 43.6. Each Standing Committee shall be headed by a Chairperson who shall lead the committee's business, schedule hearings, meetings, markups, invite witnesses and panels, present opening and closing remarks, and ultimately decide what is scheduled.
- 43.7. Each Committee shall have a Secretary who shall assist the Chairperson in his duties, record the minutes of the meetings of the committee and its other acts, read and produce the records when necessary, and preserve such records.
- 43.8. Each Standing Committee shall have a Secretary who shall document who shall document officially the acts of the Committee and shall handle correspondences of the Committee.

Article 44: Finance Oversight Committee

- 44.1. The Finance Oversight Committee shall:
 - 44.1.1. Monitor on-going activities of the Department of Finance
 - 44.1.2. Deliberate and confirm the Deputy Secretary of the Treasury recommended to it by the President
 - 44.1.3. Identify issues of finance suitable for debate and policy or regulatory formulation in the National Council
 - 44.1.4. Gather and evaluate information on financial matters of the AGC
 - 44.1.5. Satisfy themselves that quality and financial information is accurate and that controls and systems of risk management at the national level are robust and defensible
 - 44.1.6. Conduct hearings and investigations on financial matters as the Committee may deem necessary, and
 - 44.1.7. Recommend courses of actions to be taken by the Department of Finance. The Finance Oversight Committee may by a favorable vote of all its members require a specific action to be taken by the Department of Finance. If the Department of Finance believes such action to be a violation of this Charter or inappropriate in furthering the independence of Ambazonia, the Secretary of the Treasury may file for a declaratory decision to the Committee for Rules and Order in the Council of Missions.

- 44.2. The Finance Oversight Committee shall meet in one sitting with the Secretary of the Treasury, the Register of the Treasury, and the Comptroller of the Treasury representing the Finance Department at least once a month.

Article 45: Economic Development and Natural Resources Oversight Committee

- 45.1. The Economic Development and Natural Resources Oversight Committee shall:
- 45.1.1. Monitor on-going activities of the Department of Economy and Natural Resources
 - 45.1.2. Deliberate and confirm the Deputy Secretary of Department of Economy and Natural Resources presented to it by the President
 - 45.1.3. Identify issues of economic development and natural resources suitable for debate and policy or regulatory formulation in the National Council, especially as they relate to the freedom cause
 - 45.1.4. Gather and evaluate information on economic and natural resources matters for the independence of Ambazonia and a fast developing Ambazonia nation post-independence
 - 45.1.5. Conduct hearings and investigations on the Department of Economy and Natural Resources as the Committee may deem necessary, and
 - 45.1.6. Recommend courses of actions to be taken by the Department of Economy and Natural Resources. The Economic Development and Natural Resources Oversight Committee may by a favorable vote of all its members require a specific action to be taken by the Department of Economy and Natural Resources. If the Department of Economy and Natural Resources believes such action to be a violation of this Charter or inappropriate in furthering the independence of Ambazonia, the Secretary of the Economy and Natural Resources may file for a declaratory decision to the Committee for Rules and Order in the Council of Missions.
- 45.2. The Economic Development and Natural Resources Oversight Committee shall meet in one sitting with the Secretary of the Economy and Natural Resources, the Director of Policy and Strategic Planning, and the Director of Natural Resources Analysis of the Department of Economy and Natural Resources at least once a month.

Article 46: Foreign Affairs Oversight Committee

- 46.1. The Foreign Affairs Oversight Committee shall:
- 46.1.1. Monitor on-going activities of the Department of Foreign Affairs
 - 46.1.2. Deliberate and confirm the Deputy Secretary of Foreign Affairs presented to it by the President
 - 46.1.3. Identify issues of foreign affairs suitable for debate and policy or regulatory formulation in the National Council, especially as they relate to the freedom cause

- 46.1.4. Gather and evaluate information on economic and natural resources matters for the independence of Ambazonia and a fast developing Ambazonia nation post-independence
 - 46.1.5. Conduct hearings and investigations on matters of the Department of Foreign Affairs as the Committee may deem necessary
 - 46.1.6. Recommend courses of actions to be taken by the Department of Foreign Affairs. The Foreign Affairs Oversight Committee may by a favorable vote of all its members require a specific action to be taken by the Department of Economy and Natural Resources. If the Department of Foreign Affairs believes such action to be a violation of this Charter or inappropriate in furthering the independence of Ambazonia, the Secretary of Foreign Affairs may file for a declaratory decision to the Committee for Rules and Order in the Council of Missions.
- 46.2. The Economic Development and Natural Resources Oversight Committee shall meet in one sitting with the Secretary of Economic Development and Natural Resources, the Chief of Policy and Strategic Planning, and the Chief of Natural Resources Analysis of the Department of Economy and Natural Resources at least once a month.

Article 47: Chief Operations Oversight Committee

- 47.1. The Chief Operations Oversight Committee shall:
- 47.1.1. Monitor on-going activities of Office of the President
 - 47.1.2. Deliberate and confirm all Heads of Departments presented to it by the President
 - 47.1.3. Identify issues of the Office of the President suitable for debate and policy or regulatory formulation in the National Council, especially as they relate to the Ambazonia independence cause
 - 47.1.4. Conduct hearings and investigations on Office of the President as the Committee may deem necessary, and may bring a case for a vote of non-confidence and removal from office on the President to the National Council
 - 47.1.5. Conduct hearings and investigations on any Head of Department as may deem necessary, and may bring a case for a vote of non-confidence and removal from office on a Head of Department, and recommend the removal to the President, and
 - 47.1.6. Recommend courses of actions to be taken by the Office of the President. The Chief Operations Oversight Committee may by a favorable vote of all its members require a specific action to be taken by the Office of the President. If the Office of the President believes such action to be a violation of this Charter or inappropriate in furthering the independence of Ambazonia, the President or the Vice President may file for a declaratory decision to the Committee for Rules and Order in the Council of Missions.

- 47.2. The Chief Operations Oversight Committee shall meet in one sitting with the Vice President and the Secretary of Communications of the Office of the President at least once a month. The President may attend such meetings if he so desires. However, when the Chairperson of the Chief Operations Oversight Committee requires the President to be present, by issue of a formal written invitation, the President shall honor the invitation within twenty (20) days of such invitation with the chosen date subject to his schedule and the demands of the independence cause.

Article 48: Human Rights and Human Services Oversight Committee

- 48.1. The Human Rights and Human Services Oversight Committee shall:
- 48.1.1. Monitor on-going activities of Office of the Department of Human Rights and Human Services
 - 48.1.2. Deliberate and confirm the Deputy Secretary for Human Rights and Services presented to it by the President
 - 48.1.3. Identify issues of Human Rights and Human Services suitable for debate and policy or regulatory formulation in the National Council, especially as they relate to the Ambazonia independence cause
 - 48.1.4. Gather and evaluate information on human rights and human services matters for the independence of Ambazonia, and for an Ambazonia state that respects human rights
 - 48.1.5. Conduct hearings and investigations on the Department of Human Rights and Human Services as the Committee may deem necessary
 - 48.1.6. Recommend courses of actions to be taken by the Department of Human Rights and Human Services. The Human Rights and Services Oversight Committee may by a favorable vote of all its members require a specific action to be taken by the Department of Human Rights and Human Services. If the Department of Human Rights and Human Services believes such action to be a violation of this Charter or inappropriate in furthering the independence of Ambazonia, the Secretary for Human Rights and Human Services may file for a declaratory decision to the Committee for Rules and Order in the Council of Missions.
- 48.2. The Human Rights and Services Oversight Committee shall meet with the Secretary for Human Rights and Human Services, Commissioner for Human Rights, and Commissioner for Human Services at least once a month.

Article 49: Interior Affairs Oversight Committee

- 49.1. The Interior Affairs Oversight Committee shall:
- 49.1.1. Monitor on-going activities of the Department of Interior Affairs
 - 49.1.2. Deliberate and confirm the Deputy Secretary of Interior Affairs proposed to it by the President

- 49.1.3. Identify issues of interior affairs as presented in the responsibilities of the Department of Interior Affairs in this Charter that are suitable for debate and policy or regulatory formulation in the National Council, especially as they relate to the freedom cause
 - 49.1.4. Gather and evaluate information on issues of interior affairs as presented in the responsibilities of the Department of Interior Affairs in this Charter for the independence of Ambazonia and a stable and fast developing Ambazonia nation post-independence
 - 49.1.5. Conduct hearings and investigations on the Department of Interior Affairs as the Committee may deem necessary
 - 49.1.6. Be the policy workshop center for the relationship between the AGC and other liberation movements and government
 - 49.1.7. Recommend courses of actions to be taken by the Department of Interior Affairs. The Interior Affairs Oversight Committee may by a favorable vote of all its members require a specific action to be taken by the Department of Interior Affairs. If the Department of Interior Affairs believes such action to be a violation of this Charter or inappropriate in furthering the independence of Ambazonia, the Secretary of Interior Affairs may file for a declaratory decision to the Committee for Rules and Order in the Council of Missions.
- 49.2. The Interior Affairs Oversight Committee shall meet with the Secretary of Interior Affairs, the Director of Community Relations, and the Director of Community Infrastructure at least once a month.

Article 50: Education and Communications Oversight Committee

- 50.1. The Education and Communications Oversight Committee shall:
- 50.1.1. Monitor on-going activities the Department of Education and the Department of Communications
 - 50.1.2. Deliberate and confirm the Deputy Secretary for Education and the Deputy Spokesman of the AGC
 - 50.1.3. Identify issues of education and communications suitable for debate and policy or regulatory formulation in the National Council, especially as they relate to the Ambazonia independence cause
 - 50.1.4. Gather and evaluate information on education and communications matters for the independence of Ambazonia, and for an Ambazonia state that has an educated population and where communications are not hampered.
 - 50.1.5. Conduct hearings and investigations on the Department of Education and the Department of Communications as the Committee may deem necessary
 - 50.1.6. Recommend courses of actions to be taken by the Department of Education and the Department of Communications. The Education and Communication Oversight Committee may by a favorable vote of all its members require a specific action to be taken by the Department of Education or Department of Communication. If the Department of

Education or Department of Communications believes such action to be a violation of this Charter or inappropriate in furthering the independence of Ambazonia, the respective Heads of Departments may file for a declaratory decision to the Committee for Rules and Order in the Council of Missions.

Article 51: Ethics Committee

- 51.1. The Ethics Committee of the National Council shall
- 51.1.1. Ensure that the rules and order of business of the National Council are respected. It is not the responsibility of the Ethics Committee to intervene in matters under consideration by the National Council, but to act upon those matters referred to it by the members of the National Council as bearing on the conduct of business in the Council or the conduct of a member in the liberation effort as a whole.
 - 51.1.2. Initiate by itself an investigation into the order of business of the National Council to determine whether the rules of order of the National Council were respected in the consideration of an item or not. Should the Ethics Committee by a three quarters majority vote decide that a gross violation of the rules of order of the National Council had been committed, and after considering the impact of this violation on the general welfare of the independence cause, the Committee may require the Chairperson of the National Council to re-table the matter to the National Council for consideration – and this requirement must be respected.
 - 51.1.3. Consider and approve the creation of special or select committees as shall be recommended to it by the Chairperson of the National Council.
 - 51.1.4. Recommend administrative actions to establish or enforce standards of official conduct.
 - 51.1.5. Report to the Committee on Rules and Order in the Commission on Missions on substantial evidence of a violation of any law applicable to the performance of official duties that may have been disclosed in a Committee investigation. Such reports must be approved by the National Council or by an affirmative vote of three quarters of the Ethics Committee, and be of a nature that disciplinary actions are deemed necessary by the Ethics Committee
 - 51.1.6. Conduct the election of officers of the National Council; in which case it shall serve as an independent elections commission for the said purpose
 - 51.1.7. Render advisory opinions regarding the propriety of any current or proposed conduct of a member or officer, and issue general guidance on such matters as necessary.
- 51.2. The Ethics Committee shall meet at least once every month to deliberate on the general conduct of the affairs of the National Council, and to recommend courses of action to the Chairperson of the National Council.

Article 52: Dissolution and Reconstitution

The National Council shall dissolve on the 10th of February each year and be reconstituted on the 11th of February each year. Its standing committees shall likewise be reconstituted as specified by the Council of Missions.

CHAPTER NINE

OFFICE OF THE PRESIDENT

Article 53: Identity

The executive power of the Ambazonia Mission liberation movement and its AGovC shall be vested in the President of the AGC.

Article 54: Tenure

The President and the Vice President shall hold office during the term of four years renewable once. Upon leaving their specific offices, the President or the Vice President may assume other executive functions.

Article 55: Election

55.1. The President and the Vice-President shall be elected by the voting members in the Council of Missions on the 9th of February when their terms of office expire, and be installed into office on the 11th of February by the Chairperson of the Committee for Rules and Order in the Council of Missions.

55.2. The manner for the elections shall be as specified below:

55.2.1. Members of the Council of Missions (CM) from each county shall caucus according to the following grouping in alphabetical order:

55.2.1.1. Boyo, Bui and Donga Mantung shall constitute the First Caucus;

55.2.1.2. Fako, Kupe Muanenguba and Lebialem shall constitute the Second Caucus;

55.2.1.3. Manyu, Meme and Menchum shall constitute the Third Caucus;

55.2.1.4. Mezam, Momo, Ndian and Ngo Ketunjia shall constitute the Fourth Caucus.

55.2.2. Each caucus shall propose a list of one candidate for President and another candidate for Vice President. Both candidates shall be from the two different zones of Ambazonia: the Southern Zone and the Northern Zone. Each caucus shall submit its list to the Chairperson of the Committee for Rules and Order.

55.2.3. The Committee for Rules and Order shall be the electoral commission for the election of the President and the Vice President. It shall have the powers to establish specific rules of the electoral process that are not contained in this Charter, such as the duration allocated to the casting of votes, etc. This Charter shall override any such rule that contradicts any provision of this Charter.

- 55.2.4. The Committee for Rules and Order shall compile the list of candidates and contact each nominee privately for consent. This consultation period shall not exceed thirty-six (36) hours from the moment the last list from a caucus is received by the Ethics Committee. A no response from a nominee shall be construed as denial of consent.
- 55.2.5. Before voting begins, the Chairperson of the Committee for Rules and Order shall reveal the complete list of nominated candidates and of those who have granted their consent. Only candidates who have consented shall be elected. Speeches from candidates shall neither be required nor necessary.
- 55.2.6. Candidates being voted shall not be present in the voting forum or room during election.
- 55.2.7. The President shall be elected, followed by the election of the Vice-President. The total election period shall not exceed twenty-four hours from when election begins.
- 55.2.8. Upon completion of election, the Committee for Rules and Order shall declare the President Elect and the Vice President Elect within one hour of close of elections.
- 55.2.9. The Chairperson of the Committee for Rules and Order shall forward an official Memorandum to the Chairperson of the National Council, informing the Council of the President elect and the Vice President elect.
- 55.2.10. The President elect and the Vice President elect shall take the oaths of office within seven calendar days of declaration of elections results and submit the signed oath to the Chairperson of the Committee for Rules and Order.
- 55.2.11. The Chairperson of the Committee for Rules and Order shall declare the officers installed, and they shall begin functioning immediately.

Article 56: Eligibility

A person for the office of the President and the Vice President must meet all of the following conditions:

- 56.1. Be a natural born Ambazonian
- 56.2. Be at least thirty (30) years old on the day of election
- 56.3. Have a track record of fervent involvement and fidelity to the Ambazonia independence cause for at least one year.

Article 57: Vacancy

- 57.1. In case of the removal of the President from office, or of his death, resignation or inability to discharge the powers and duties of the said office, the same shall devolve on the Vice President.
- 57.2. The Council of Missions may in consonant with the National Council, and by resolution passed by a two third majority favor vote in each Council, provide for the case of removal or inability, both of the President and Vice President, declaring what officer shall then act as President, and such officer shall act accordingly until the disability be removed, or a President shall be elected.
- 57.3. If the votes of the Councils cannot be quickly obtained as provided in Section 57.2. to ensure continuity at the helm of the AGC within twenty-four hours of a vacancy, the Chairperson of the Council of Missions shall serve in the interim as the President of the AGC assisted by the Deputy Chairperson of the Council of Missions. Should it be impossible for the Chairperson, or the Deputy Chairperson of the Council of Missions in this decreasing succession line to act, the Ways and Means Committee in the Council of Missions shall elect an interim President and/or Vice President from among the members of the Council of Missions, and the elect shall begin functioning immediately by resolution of the Ways and Means Committee.

Article 58: Compensation

The President and the Vice-President shall serve the independence cause without compensation, except that allowances for missions as independently determined by the Department of Finance may be provided by the Consolidated Treasury. However, should the demands of the revolution so require, the Chief Operations Oversight Committee in the National Council may study, justify, and recommend to the National Council the compensation of the President at stated time for his services, and such shall be paid if the recommendation passes by a simple majority vote of the National Council and followed by majority vote of the Council of Missions. The compensation, if approved, shall neither be increased nor diminished unless revised by the National Council with the concurrence approval of the Council of Missions.

Article 59: Oaths of Office

59.1. Before the President enters on the execution of his or her office, he or she shall take the following oath:

“I (Name), do solemnly swear that I will faithfully execute the office of the President of the Ambazonia Governing Council, shall steadfastly and relentlessly uphold, defend and foster the independence cause of Ambazonia as though all depended on me, and will, to the best of my ability, preserve, protect, and defend the Charter of the AGC – and I seal this oath with the lives of the martyrs of the Ambazonia independence revolution. So help me God!”

59.2. Before the Vice President enters on the execution of his or her office, he or she shall take the following oath:

“I (Name), do solemnly swear that I will faithfully execute the office of the Vice President of the Ambazonia Governing Council, shall steadfastly and relentlessly uphold, defend and foster the independence cause of Ambazonia as though all depended on me, and will, to the best of my ability, preserve, protect, and defend the Charter of the AGC – and I seal this oath with the lives of the martyrs of the Ambazonia independence revolution. So help me God!”

Article 60: Powers and Duties of the President

The President of the AGC shall:

- 60.1. Be the overall manager of the human resources of the Ambazonia Mission liberation front
- 60.2. Generally, and strategically, oversee the success of the Ambazonia independence cause in the vision of the AGC
- 60.3. Endorse, authenticate, certify, sanction and seal agreements
- 60.4. Authorize the use of the Seal of the Liberation Front and its AGC in the sealing of high official documents
- 60.5. Nominate and appoint Department Heads provided the Chief Operations Oversight Committee in the National Council concurs with the nomination by a simple majority vote.
- 60.6. Nominate and appoint the Deputy Heads of Departments provided the associated oversight committee in the National Council concurs with the nomination by a simple majority vote.
- 60.7. Have the power to fill up vacancies that may happen in the National Council by granting commissions that shall expire when a replacement assumes duty.
- 60.8. Chair the Cabinet
- 60.9. From time to time, give the National Council and the Council of Missions information as he or she deems fit and necessary on the state of the liberation front, its AGC and the Ambazonia independence cause in general, and recommend to their consideration such issues and measures as he shall judge necessary and expedient.
- 60.10. Have the sole power to convene one of the Councils, or both the National Council and the Council of Missions in one session when extraordinary circumstances so require.
- 60.11. Commission officers and partners
- 60.12. By Executive Order, declare the classified items of the AGC. Any violation of such orders shall be adjudicated by the Committee for Rules and Order as a serious offence under Stage Four of the Disciplinary procedures, and shall merit either suspension or immediate dismissal.
- 60.13. At his or her discretion, grant “Ad Misericordiam” pardons to disciplinary appeals that may be submitted to him or her.

Article 61: Duties of the Vice President

- 61.1. The Vice-President be the political leader of the freedom struggle, and shall assist the President in the exercise of his or her duties and deputize in his absence. However, he shall not sign any agreements on behalf of the AGovC without the approval of the President.
- 61.2. The Vice President shall succeed the President in the event of a vacancy in the office of the President.

Article 62: Removal from Office

The President and/or the Vice-President may be removed from office if approved and recommended by two thirds majority vote of all members of the Chief Operations Oversight Committee to the National Council and the Council of Missions; and if the National Council and the Council of Missions by a two thirds majority vote in each Council approves of the removal from office. Offensives that shall warrant and be considered for dismissal from office include guilt of high treason, acceptance of bribery to derail, frustrate and destroy the liberation cause, embezzlement of the funds dedicated to the freedom cause, or other high crimes as may be determined by the Committee for Rules and Order in the Council for Missions. Treason against the Ambazonian people and independence cause shall consist in consciously and freely aiding and abetting the enemies of the Ambazonia freedom cause; and/or transferring knowledge of classified items of the AGC to undeserved parties. The free abandonment of duties for fourteen calendar days may attract a vote of non-confidence from thru Chief Operations Oversight Committee and lead to the initiation of removal proceedings.

Article 63: Other Officers

The President shall have the powers to appoint other officers for task necessary to the Office of the President without requirement of confirmation by any organ. These may likewise be removed from office at any time by the President. These may include at least the following:

63.1. Press Secretary

An efficient, discrete, self-motivated, organized and proactive Ambazonian who shall provide support and information to the national and international media regarding the President's beliefs, activities and actions. He shall work alongside the Secretary of Communications in crafting and espousing the administration's message.

63.2. Chief of Staff

The Chief of Staff shall coordinate the work of other officers in the Office of the President, manage the President's schedule, be a "gatekeeper" to the President, ensure that the President has all that is

necessary to accomplish his responsibilities, and take care of general organization of the President's missions.

63.3. Chief of Security

The Chief of Security fosters and ensures the personal security and protection of the President of the AGC and the Vice President at all times.

Article 64: Satellite Organs to the Office of the President

- 64.1. The President may, at his discretion and as he deems necessary, create satellite organs to the Office of the President as he or she deems absolutely necessary in the performance and fulfilment of his duties, and the achievement of the goals and objectives of the AGC. Such organs may, for example, constitute of technocrats and strategic thinkers for proactive actions and provide internal advice to the President.
- 64.2. In the erection of such organs, the President shall by standing order establish their functions and ensure that the powers and responsibilities of any other council or department foreseen or established herein are not abrogated to the organ. Where any Council or Department believes that such creation undercuts the powers and responsibilities reserved for a council, brigade or department as prescribed in this Charter, the head of the organ may file for a declaratory decision with thru Committee for Rules and Order. The said decision shall be final.

CHAPTER TEN

DEPARTMENT OF INTERIOR AFFAIRS

Article 65: Identity

The focus of the Department of Interior Affairs is the administration of the homeland. Its main focus throughout the revolution is the mobilization and functionality of the home front. The variations and differences in the state of the revolution in different areas of the territory will require strategic, tactical and skillful management to ensure democracy and stability at independence and then after, and a continuous growth and implementation of development policies that ensure the effectiveness of the overall socio-economic polity.

Article 66: Responsibility

It shall be the responsibility of the Department of Interior Affairs to:

- 66.1. Mobilize the home front to fully embrace the Ambazonia independence revolution cause
- 66.2. Ensure that basic amenities, facilities and services are available to Ambazonians in the homeland throughout the revolution.
- 66.3. Design a territorial administration system
- 66.4. Promote and ensure local governance in a way that is acceptable to the local residents
- 66.5. Assist in local government administrative reforms as may be necessary
- 66.6. Design programs and encourage community service
- 66.7. Conduct personnel recruitment
- 66.8. Provide emergency management
- 66.9. Register births, deaths, marriages and civil unions, and carry out census as may be necessary
- 66.10. Support local community development project efforts

Article 67: Officers

The Department of Interior Affairs shall be headed by a Secretary of the Interior and assisted by a Deputy Secretary of the Interior.

67.1. *Secretary of the Interior*

- 67.1.1. The Secretary of the Interior shall be nominated by the President, but shall assume duty only upon confirmation by the Chief Operations Oversight Committee in the National Council
- 67.1.2. It shall be the responsibility of the Secretary of the Interior to Oversee the Department of Interior Affairs and ensure that its responsibilities as listed in Sections 66.1 to 66.10 herein are effectively and efficiently fulfilled.
- 67.1.3. Nominate the Directors of the Divisions of the Department of Interior Affairs who shall assume duty only upon confirmation by the Interior Affairs Oversight Committee in the National Council.
- 67.1.4. Propose and oversee the execution of the budget of the Department of Interior Affairs.

- 67.1.5. Grow and balance the labor force of the Department of Interior Affairs as may be necessary upon consultation and approval from the Interior Affairs Oversight Committee in the National Council.

67.2. *Deputy Secretary of the Interior*

- 67.2.1. The Deputy Secretary of the Interior shall be nominated by the President but shall assume duty only upon confirmation by the Interior Affairs Oversight Committee in the National Council.
- 67.2.2. The Secretary of the Interior and the Deputy Secretary of the Interior shall hail from different Ambazonia zones.
- 67.2.3. The Deputy Secretary of the Interior shall assist the Secretary of the Interior in the Exercise of his or her duties and will deputize in the absence of the Secretary of the Interiors.

67.3. *Budget Director for the Interior*

- 67.3.1. The Budget Director for the Interior shall be nominated by the President but shall assume duty only upon confirmation by the Interior Affairs Oversight Committee in the National Council.
- 67.3.2. The Budget Director for the Interior shall not hail from the same Ambazonia zone as the Secretary of the Interior, and shall not hail from the same county as the Deputy Secretary of the Interior.
- 67.3.3. It shall be the responsibility of the Budget Director of the Interior to assist the Secretary of the Interior in making the budget of the Department of Interior Affairs, and to ensure effective management of the finances of the Department of the Interior Affairs.
- 67.3.4. The Budget Director for the Interior shall be subject to auditing by the Division of Accounting and Auditing in the Department of Finance at any time.

Article 68: Divisions

The Department of Interior shall have three divisions: Division of Local Governance and Community Service; Division of Projects; and Division of Citizens and Public Personnel. Other Divisions may be created as necessary to the work of this Department at the recommendation of the Secretary of Interior Affairs and upon approval by the National Council.

Article 69: Division of Local Governance and Community Service

- 69.1. The Division of Local Governance and Community Services shall be charged with:
 - 69.1.1. Establishing, implementing, monitoring, and adjusting as necessary a system of local self-governance during the independence revolution that is acceptable to the local population and connected with state government.
 - 69.1.2. Promoting community services and associated urban and rural development
 - 69.1.3. Forming and strengthening capacities of bodies of local self-government
 - 69.1.4. Planting and enforcing democratic principles and the respect for the rule of law.

- 69.2. The Division of Local Governance and Community Service shall be headed by the Director of Local Governance and Community Services, assisted by the Deputy Director of Local Governance and Community Services.
- 69.3. The Director of Local Governance and Community Service, assisted by the Deputy Director of Local Governance and Community Services shall ensure that the specialized functions of the Division of Local Governance and Community Services are effectively and efficiently fulfilled.

Article 70: Division of Projects

- 70.1. The Division of Projects shall be charged with:
 - 70.1.1. Ensuring that basic life facilities, amenities, and services are available and operational to local populations during the liberation process.
 - 70.1.2. Overseeing the execution of any and all national grants to local communities.
- 70.2. The Division of Projects shall be headed by the Director of Projects, assisted by the Deputy Director of Projects.
- 70.3. The Director of Projects, assisted by the Deputy Director of Projects shall ensure that the specialized functions of the Division of Projects are effectively and efficiently fulfilled.

Article 71: Division of Citizens and Public Personnel

- 71.1. The Division of Citizens and Public Personnel shall be charged with:
 - 71.1.1. Census, registration of births, deaths, marriages, civil unions, and identification documents
 - 71.1.2. Creating and ensuring an effective and efficient public personnel recruitment and management system during the independence revolution.
- 71.2. The Division of Citizens and Public Personnel Management shall be headed by the Director of Citizens Affairs and Public Personnel Management, assisted by the Deputy Director of Citizens Affairs and Public Personnel Management.
- 71.3. The Director of Citizens Affairs and Public Personnel Management, assisted by the Deputy Director of Citizens Affairs and Public Personnel Management shall ensure that the specialized functions of the Division of Citizens and Public Personnel are effectively and efficiently fulfilled.

CHAPTER ELEVEN

DEPARTMENT OF FOREIGN AFFAIRS

Article 72: Identity

The overall attention of the Department of Foreign Affairs is on the relationship between Ambazonia and foreign countries and international organizations and agencies. Its main focus throughout the liberation is to secure the diplomatic support of other countries, international organizations and other foreign partners and mediators towards the independence of Ambazonia as a sovereign country, and to lay the foundation of the continuity of these relations post-independence. This will require the services of strategic, tactical and skillful Ambazonian technocrats, diplomats and partners.

Article 73: Responsibility

It shall be the responsibility of the Department of Foreign Affairs to:

- 73.1. Propose, in consonant with the President, the foreign policy
- 73.2. Initiate, promote and strengthen self-determination support and cordial relations between Ambazonia and other peoples and countries globally.
- 73.3. Push for dialogue and peaceful resolution of the self-determination cause.
- 73.4. Identify and work with mediators in the self-determination dialogue process
- 73.5. Prepare diplomatic packages for the Ambazonia self-determination cause.
- 73.6. Build regional, continental, and global bridges for peace and democracy in Ambazonia and the rest of the world
- 73.7. Defend the wellbeing of Ambazonians in foreign lands
- 73.8. Responsible for the AGovC's representation in foreign international institutions and relations – except on strictly issues of human rights violations and refugees that shall fall under the Department of Human Rights and Human Services.
- 73.9. Project, promote and protect the image of the liberation front and its AGC, and Ambazonia at large globally

Article 74: Officers

The Department of Foreign Affairs shall be headed by a Secretary for Foreign Affairs and assisted by a Deputy Secretary for Foreign Affairs.

73.10. Secretary for Foreign Affairs

73.10.1. The Secretary for Foreign Affairs shall be nominated by the President, but shall assume duty only upon confirmation by the Chief Operations Oversight Committee in the National Council

73.10.2. It shall be the responsibility of the Secretary for Foreign Affairs to:

- 73.10.2.1. Oversee the Department of Foreign Affairs and ensure that its responsibilities as listed in Sections 73.1 to 73.9 of this Charter are effectively and efficiently fulfilled.

- 73.10.2.2. Create specialized divisions within the Department upon consultation and approval by the Foreign Affairs Oversight Committee as may be necessary to streamline, direct and fulfil the responsibilities of the Department of Foreign Affairs.
- 73.10.2.3. Nominate the Directors of the Divisions of the Department of Foreign Affairs that he or she may propose. The Directors shall assume duty only upon confirmation by the Foreign Affairs Oversight Committee in the National Council.
- 73.10.2.4. Propose and oversee the execution of the budget of the Department of Foreign Affairs
- 73.10.2.5. Grow and balance the labor force of the Department of Foreign Affairs as may be necessary upon consultation and approval of the persons by the Foreign Affairs Oversight Committee in the National Council.
- 73.10.2.6. Engage and work with attachés in the different countries to facilitate the work of the Department of Foreign Affairs.
- 73.10.2.7. Assign specific tasks and missions to Department members as he or she may deem necessary.

73.11. Deputy Secretary for Foreign Affairs

- 73.11.1. The Deputy Secretary for Foreign Affairs shall be nominated by the President but shall assume duty only upon confirmation by the Foreign Affairs Oversight Committee in the National Council.
- 73.11.2. The Deputy Secretary for Foreign Affairs shall assist the Secretary for Foreign Affairs in the exercise of his or her duties and will deputize in the absence of the Secretary for Foreign Affairs.

73.12. Chief of Intelligence and Research

- 73.12.1. The Chief of Intelligence and Research shall be appointed by the Secretary of Foreign Affairs after consultation with the President.
- 73.12.2. It shall be the responsibility of the Chief of Intelligence and Research to:
 - 73.12.2.1. Provide source intelligence support to the Department of Foreign Affairs for its work
 - 73.12.2.2. Track and analyze issues that may undermine the self-determination cause in the diplomacy and foreign relations scope, and advise the Department of Foreign Affairs on steps that can be taken to overcome the situations.
 - 73.12.2.3. Play a key role in intelligence collection optimization and requirements so that current and future diplomatic information needs are met, resulting in enhanced intelligence support for policymaking in the Department of Foreign Affairs and the AGC in general.

- 73.12.2.4. Work with and promote collaboration and information sharing on humanitarian issues with the Secretary of Human Rights and Human Services.

CHAPTER TWELVE

DEPARTMENT OF COMMUNICATION AND INFORMATION TECHNOLOGY

Article 74: Identity

The Department of Communication and Information Technology is the central policy making and administrative authority on communications and information technology in the liberation front and its AGC.

Article 75: Responsibility

The Department of Communication and Information Technology shall:

- 75.1. Be responsible for all communication platforms and systems of the liberation front and its AGC such as website, radio, television, post, social media communication platforms, news and press releases, publications, etc.
- 75.2. Design, man and implement communications programs of the liberation front and its AGC
- 75.3. Ensure the homeland and diaspora are kept informed of the state and stakes of the self-determination of Ambazonia.
- 75.4. Be charged with telecommunications infrastructure as may be necessary.
- 75.5. Define and establish the central policy on the communication of issues of the liberation with the public.
- 75.6. Promote the vision and broad strategic plan of the AGC for the self-determination of the homeland
- 75.7. Provide press briefings to the public.

Article 76: Officers

The Department of Communication and Information Technology shall be headed by a Secretary for Communication and IT and assisted by a Deputy Secretary for Communication and IT.

76.1. Secretary for Communication and IT

- 76.1.1. The Secretary for Communication and IT shall be nominated by the President, but shall assume duty only upon confirmation by the Chief Operations Oversight Committee in the National Council
- 76.1.2. It shall be the responsibility of the Secretary for Communication and IT to:
 - 76.1.2.1. Oversee the Department of Communication and IT and ensure that its responsibilities as listed in Sections 75.1 to 75.6 of this Charter are effectively and efficiently fulfilled.
 - 76.1.2.2. Nominate the Directors of the Divisions of the Department of Communications that he or she may propose, and the Divisions may be erected upon approval by the National Council. The Directors shall assume duty only upon confirmation by the

- Education and Communication Oversight Committee in the National Council.
- 76.1.2.3. Propose and oversee the execution of the budget of the Department of Communication and IT
- 76.1.2.4. Oversee budget appropriation, approve any and all requisitions of the Department of Communication and IT, and ensure the efficient execution of the budget items.
- 76.1.2.5. Grow and balance the labor force of the Department of Communication and IT as may be necessary upon consultation and approval of the persons by the Education and Communication Oversight Committee in the National Council.
- 76.1.2.6. Nominate the spokesperson and deputy spokespersons of the AGC, who shall assume duty only upon confirmation by the National Council.

76.2. *Deputy Secretary for Communication and IT*

- 76.2.1. The Deputy Secretary of Communication and IT shall be nominated by the President but shall assume duty only upon confirmation by the Education and Communication Oversight Committee in the National Council.
- 76.2.2. The Deputy Secretary for Communication and IT shall assist the Secretary for Communication in the exercise of his or her duties and will deputize in the absence of the Secretary for Communication and IT.

76.3. *Spokesperson*

- 76.3.1. The spokesperson of the AGC shall be nominated and shall assume duty in accordance with the provision of Section 76.1.2.5 of this Charter
- 76.3.2. The spokesperson of the AGC shall:
 - 76.3.2.1. Be the official day-to-day voice of the liberation front and its AGC
 - 76.3.2.2. Write press releases and other communications of the liberation front and its AGC, which he or she shall make public upon consultation with the team of editors.
 - 76.3.2.3. Work in collaboration with the Communications Secretary in the Office of the President to ensure consistency in the message of the self-determination cause.
 - 76.3.2.4. Work with the local and international press, providing appropriate information to the public, and responding to issues as they may arise.

76.4. *Deputy Spokesperson*

- 76.4.1. The Deputy Spokesperson shall be nominated by the Secretary of Communication and IT, and shall assume duty upon confirmation by the Education and Communication Oversight Committee.
- 76.4.2. The Deputy Spokesperson shall assist the spokesperson in all of his or her duties, and shall deputize in the absence of the spokesperson.

CHAPTER THIRTEEN

DEPARTMENT OF EDUCATION, SCIENCE, TECHNOLOGY AND INNOVATION

Article 77: Identity

The Department of Education, Science, Technology and Innovation is the central policy making and administrative authority on education of the liberation front and of Ambazonians within the homeland during the prosecution of the right to self-determination to the fullest extent possible.

Article 78: Responsibility

The Department of Education, Science, Technology and Innovation shall:

- 78.1. Educate and sensitize the general public on the history, plight and justification of the self-determination cause of Ambazonia
- 78.2. Strategically strike a balance between the provision of education, the acquisition of workforce skills, and the attainment of internationally recognized certificates to the fullest extent possible in the homeland during the liberation, on the one hand, and the freedom cause on the other hand.
- 78.3. Develop and implement to the fullest extent possible education policies and programs to ensure Ambazonia has a ready and skilled workforce at independence
- 78.4. Expand access to education in the cause of the liberation.
- 78.5. Develop a world class education system and curriculum that the sovereign state of Ambazonia could implement at its attainment of independence, especially to quickly empower the Ambazonian citizenry, and form citizens who are disciplined, industrious, creative, patriotic, innovative, well-balanced, self-reliant, and highly competitive in the global economy and advancements in science, technology, arts, and other disciplines.
- 78.6. Design an educational system that responds to the local reality of Ambazonia and hastens its transition and progress to a developed country.

Article 79: Officers

The Department of Education shall be headed by a Secretary of Education and assisted by a Deputy Secretary of Education.

79.1. Secretary for Education, Science, Technology and Innovation

- 79.1.1. The Secretary of Education, Science, Technology and Innovation shall be nominated by the President, but shall assume duty only upon confirmation by the Chief Operations Oversight Committee in the National Council
- 79.1.2. It shall be the responsibility of the Secretary of Education, Science, Technology and Innovation to:
 - 79.1.2.1. Oversee the Department of Education, Science, Technology and Innovation and ensure that its responsibilities as listed in Sections 78.1 to 78.6 of this Charter are effectively and efficiently fulfilled.

- 79.1.2.2. Nominate the Directors of the Divisions of the Department of Education, Science, Technology and Innovation that he or she may propose, and the Divisions may be erected upon approval by the National Council. The Directors shall assume duty only upon confirmation by the Education and Communication Oversight Committee in the National Council.
- 79.1.2.3. Oversee budget appropriation, approve any and all requisitions of the Department of Education, Science, Technology and Innovation, and ensure the efficient execution of its budget.
- 79.1.2.4. Grow and balance the labor force of the Department of Education, Science, Technology and Innovation as may be necessary upon consultation and approval of the persons by the Education and Communication Oversight Committee in the National Council.

79.2. Deputy Secretary of Education, Science, Technology and Innovation

- 79.2.1. The Deputy Secretary of Education, Science, Technology and Education shall be nominated by the President but shall assume duty only upon confirmation by the Education and Communication Oversight Committee in the National Council.
- 79.2.2. The Deputy Secretary for Foreign Affairs shall assist the Secretary of Education, Science, Technology and Innovation in the exercise of his or her duties, and will deputize in the absence of the Secretary of Education, Science, Technology and Innovation.

CHAPTER FOURTEEN

DEPARTMENT OF ECONOMIC DEVELOPMENT AND NATURAL RESOURCES

Article 80: Identity

The Department of Economic Development and Natural Resources focuses on the planning, the attraction and retention of businesses, trade and the economic development of an independent Ambazonia, and research on the natural resources in the homeland. It shall work towards a diversified global competitive and sustainable economy built on knowledge, innovation and empowerment of the citizenry.

Article 81: Responsibility

The Department of Economic Development and Natural Resources shall:

- 81.1. Research, analyze and document the natural resource wealth of Ambazonia
- 81.2. Strategically direct the strategic placement of the natural resources of Ambazonia and its future economic prosperity towards the freedom of the homeland and its fast economic development as a sovereign nation
- 81.3. Design and foster the implementation of economic development programs to sustain the prosperity of the homeland both during the revolution and in the post restoration era.
- 81.4. Propose the financial, monetary and trade policies of Ambazonia both during the transition involving the prosecution of the right to self-determination and in the early days of a young Ambazonia country.
- 81.5. Plan and prepare an enabling environment for rural and urban development, industries and exports, tourism, investment, regulatory competitiveness, consumer rights and intellectual property protection, innovation and advancements in science and technology, prohibition of corruption, thriving workforce, infrastructure, etc for the quick recovery and acceleration of the independence of the Ambazonia homeland.

Article 82: Officers

The Department of Economic Development and Natural Resources shall be headed by a Secretary of Economic Development and Natural Resources and assisted by a Deputy Secretary of Economic Development and Natural Resources.

82.1. Secretary of Economic Development and Natural Resources

- 82.1.1. The Secretary of Economic Development and Natural Resources shall be nominated by the President, but shall assume duty only upon confirmation by the Chief Operations Oversight Committee in the National Council
- 82.1.2. It shall be the responsibility of the Secretary of Economic Development and Natural Resources to:

- 82.1.2.1. Oversee the Department of Economic Development and Natural Resources, and ensure that its responsibilities as listed in Sections 81.1 to 81.5 of this Charter are effectively and efficiently fulfilled.
- 82.1.2.2. Nominate the Directors of the Divisions of the Department of Economic Development and Natural Resources that he or she may propose, and the Divisions may be erected upon approval by the National Council. The Directors shall assume duty only upon confirmation by the Economic Development and Natural Resources Oversight Committee in the National Council.
- 82.1.2.3. Oversee budget appropriation, approve any and all requisitions of the Department of Economic Development and Natural Resources, and ensure the efficient execution of its budget.
- 82.1.2.4. Grow and balance the labor force of the Department of Economic Development and Natural Resources as may be necessary upon consultation and approval of the persons by the Economic Development and Natural Resources Oversight Committee in the National Council.

82.2. Deputy Secretary of Economic Development and Natural Resources

- 82.2.1. The Deputy Secretary of Economic Development and Natural Resources shall be nominated by the President but shall assume duty only upon confirmation by the Economic Development and Natural Resources Oversight Committee in the National Council.
- 82.2.2. The Deputy Secretary of Economic Development and Natural Resources shall assist the Secretary of Economic Development and Natural Resources in the exercise of his or her duties, and will deputize in the absence of the Secretary of Economic Development and Natural Resources

82.3. Director of Natural Resources Analysis

- 82.3.1. The Director of Natural Resources Analysis shall be nominated by the Secretary of Economic Development and Natural Resources, but shall assume duty only upon confirmation by the Economic Development and Natural Resources Oversight Committee in the National Council.
- 82.3.2. The Director of Natural Resources Analysis shall lead the spatial, cost-benefit and impact analyses of the location, contractual obligation, extraction, and use of the natural resources in Ambazonia during the liberation and towards an economically stable and prosperous Ambazonia

82.4. Director of Policy and Strategic Planning

- 82.4.1. The Director of Policy and Strategic Planning shall be nominated by the Secretary of Economic Development and Natural Resources, but shall assume duty only upon confirmation by the Economic Development and Natural Resources Oversight Committee in the National Council.
- 82.4.2. The Director of Policy and Strategic Planning shall lead the counsel of the Ambazonian people through the AGC on economic issues related to monetary and fiscal policies, tourism enhancement, infrastructural planning, existing and proposed natural resource policies and programs, and the social valuation of resources as may be applicable both during the self-determination cause and for the economic prosperity of Ambazonia.

CHAPTER FIFTEEN

DEPARTMENT OF HUMAN RIGHTS AND HUMAN SERVICES

Article 83: Identity

The Department of Human Rights and Human Services focuses on human right conditions in the homeland especially as associated with the liberation of Ambazonia, and the provision of human services.

Article 84: Responsibility

The Department of Human Rights and Human Services shall:

- 84.1. Hold all parties accountable to their obligations under universal human rights norms and international human rights instruments
- 84.2. Promote greater respect for human rights during the liberation of Ambazonia, in the Constitution of Ambazonia, and in the foundational establishment of the Ambazonia sovereign state
- 84.3. Promote the rule of law, seek accountability, and defend the human rights of victims of human rights abuses
- 84.4. Engage with human rights institutions locally and globally to promote the human rights of Ambazonians, eliminate the Camerounian culture of impunity, and assist global efforts to reform and strengthen the capacity of human rights institutions across the world.
- 84.5. Forge and maintain partnerships with organizations, governments, and multilateral institutions committed to human rights towards the freedom of Ambazonia and its people, and the reign of human rights in Ambazonia and across the world.
- 84.6. Investigate human rights issues, learn the truth and state the facts.
- 84.7. Provide assistance to refugees and promote the wellbeing of children and families.

Article 85: Officers

The Department of Human Rights and Human Services shall be headed by a Secretary for Human Rights and Human Services and assisted by a Deputy Secretary for Human Rights and Human Services.

85.1. Secretary for Human Rights and Human Services

85.1.1. The Secretary for Human Rights and Human Services shall be nominated by the President, but shall assume duty only upon confirmation by the Chief Operations Oversight Committee in the National Council

85.1.2. It shall be the responsibility of the Secretary for Human Rights and Human Services to:

- 85.1.2.1. Oversee the Department of Human Rights and Human Services, and ensure that its responsibilities as listed in Sections 84.1 to 84.7 of this Charter are effectively and efficiently fulfilled.
- 85.1.2.2. Nominate the Directors of the Divisions of the Department of Human Rights and Human Services that he or she may propose, and the Divisions may be erected upon approval by the National Council. The Directors shall assume duty only upon confirmation by the Human Rights and Human Services Oversight Committee in the National Council.
- 85.1.2.3. Oversee budget appropriation, approve any and all requisitions of the Department of Human Rights and Human Services, and ensure the efficient execution of its budget.
- 85.1.2.4. Grow and balance the labor force of the Department of Human Rights and Human Services as may be necessary upon consultation and approval of the persons by the Human Rights and Human Services Oversight Committee in the National Council.

85.2. Deputy Secretary for Human Rights and Human Services

- 85.2.1. The Deputy Secretary for Human Rights and Human Services shall be nominated by the President but shall assume duty only upon confirmation by the Human Rights and Human Services Oversight Committee in the National Council.
- 85.2.2. The Deputy Secretary for Human Rights and Human Services shall assist the Secretary for Human Rights and Human Services in the exercise of his or her duties, and will deputize in the absence of the Secretary for Human Rights and Human Services.

CHAPTER SIXTEEN DEPARTMENT OF FINANCE

Article 86: Identity

The Finance Department of the Ambazonia Governing Council (AGC) is established as an integral part of the AGC. It shall exist within the AGC, and exercise all authority granted to it under this Charter.

Article 87: Functionality

- 87.1. The Finance Department shall be independent of every other department or organ of the AGC, whether permanent or ad hoc.
- 87.2. The President may recommend certain actions to the Finance Department; however, the decisions of the Department of Finance on issues of financial disbursements and required accountability on use of funds, for example, are insolvent and not subject to vetoing.
- 87.3. The Finance Department is subject to oversight by the Finance Oversight Committee in the National Council and collaboration with, and accountability to the liberation front through the Council of Mission.

Article 88: Duties and Responsibilities

- 88.1. Irrespective of its high degree of autonomy, the primary goal of the Finance Department within the scope of the mission, vision, and goals and objectives of the AGC shall be the achievement of an independent and sovereign Ambazonia, and to promote the financial stability and prosperity of the Ambazonia state post-independence.
- 88.2. The duties of the Finance Department are to:
 - 88.2.1. Lead revenue sourcing for the activities of the AGC
 - 88.2.2. Manage the funds necessary for the Ambazonia independence revolution
 - 88.2.3. Advise the President on the AGC's fiscal condition
 - 88.2.4. Recommend policies on financial issues to the National Council, the Council of Missions and the President as may be applicable
 - 88.2.5. Assist other Departments and the Office of the President in the preparation of the AGC's periodic budget
 - 88.2.6. Ensure efficiency, transparency and accountability in the management of the finances of the liberation front and its AGC throughout the different structural levels of the front.

Article 89: Operational Values

The operational values of the Finance Department include: Transparency, Accountability, Fidelity, Efficiency, Integrity, and Confidentiality where appropriate (TAFIEC).

Article 90: Composition

The permanent number of persons in the Finance Department shall be thirteen. Other members may be added on a provisional basis as necessary. The thirteen members shall include one person from each of the Ambazonia Counties. At least six of the members shall be female.

Article 91: Officers

91.1. The Finance Department shall be made up of the Secretary of the Treasury, a Deputy Secretary of the Treasury, a Comptroller, an Auditor, a Register of the Treasury, and a Treasurer General. At least two of these officers must be female, and at least two of the officers must hail from the Southern or the Northern Zones. The rest of the persons shall be members of the Department.

91.2. Members of the Department shall elect the officers by a simple majority vote. The Secretary of the Treasury shall be proposed by the President, but shall require confirmation by a majority vote of the members of the Department.

91.3. It shall be reserved to the Finance Officers to handle those matters that may be referred to it by Standing Order of the President in order to safeguard and accelerate the activities of the liberation cause as may be necessary; however, the officers in making these decisions remain subject to accountability as provided in this Chapter 15 of this Charter.

91.3. All officers shall serve a one-year term of office renewable.

91.4. Secretary of the Treasury

The Secretary of the Treasury shall:

- 91.4.1. Be the Head of the Finance Department.
- 91.4.2. Convene and chair deliberations of the Finance Department in all fora.
- 91.4.3. Have no veto power over decisions or recommendations of the Finance Department
- 91.4.4. Be the executive principal financial advisor of the President of the Ambazonia Governing Council and the AGC as a whole by bringing a financial policy and financial health perspective to issues facing the AGC.
- 91.4.5. Develop and propose financial policies
- 91.4.6. Oversee the activities of the Finance Department
- 91.4.7. Be a member of the Council of Heads of Departments
- 91.4.8. Validate or Certify final decisions or recommendations of the Finance Department before they can become official.
- 91.4.9. Be the financial agent of the AGC
- 91.4.10. Digest and prepare plans for the improvement and management of the revenue, and for the support of credit.
- 91.4.11. Present the budget and financial condition of the AGC as needed and necessary.
- 91.4.12. Design, propose and ensure the effectiveness of the forms of keeping and availability of the revenue of the AGC in the Treasury
- 91.4.13. Authorize financial disbursements directly or indirectly through other officials of the Finance Department as may be necessary in cases of emergency.
- 91.4.14. Provide proximate oversight to the AGC's budget and fiscal condition, subject to remote oversight by the Finance Oversight Committee in the National Council
- 91.4.15. Generally, perform all such services relative to finances as he shall be directed to perform by the President.

- 91.4.16. Have executive privilege in making emergency disbursements, but must submit his decision to the Officers under the provisions of Section 91.3 of this Charter, or otherwise to the Division of Budget Management for ratification within twenty four hours of disbursement.

91.5. Deputy Secretary of the Treasury

- 91.5.1. The Secretary of the Treasury and the Deputy Secretary of the Treasury shall not hail from the same Ambazonia Zone
- 91.5.2. The Secretary of the Treasury and the Deputy Secretary of the Treasury may preferably not be of the same gender.
- 91.5.3. The Deputy Secretary of the Treasury shall advise and assist the Secretary of the Treasury in the supervision and direction of the Finance Department and its activities
- 91.5.4. Succeed the Secretary of the Treasury in his or her absence, sickness, or unavailability.
- 91.5.5. Ensure the regular and timely collections of all revenues of the AGC.

91.6. Comptroller

The comptroller shall:

- 91.6.1. Not be of the same Ambazonia zone as the Register
- 91.6.2. Superintend the adjustment and preservation of all accounts of the AGC
- 91.6.3. Examine all accounts settled by the Auditor, and certify the balances arising thereon to the Register
- 91.6.4. Countersign any warrant drawn by the Secretary of the Treasury equal to or exceeding five thousand USA Dollars.
- 91.6.5. Conduct performance and financial audits of all AGC financial transactions
- 91.6.6. Review financial agreements of the AGC for accountability, integrity, and compliance with fiscal policies.
- 91.6.7. Resolve disputes and claims both on behalf of and against the AGC
- 91.6.8. Ensure the highest standards of transparency and accountability in all financial transactions of the AGC
- 91.6.9. Promote policies that enhance the AGC's commitment to efficiency and integrity
- 91.6.10. Monitor the flow of funds to and from the AGC
- 91.6.11. Select and maintain financial softwares of the AGC
- 91.6.12. Succeed the Deputy Secretary of the Treasury in his or her absence, sickness, or unavailability.

91.7: Auditor

The Auditor shall:

- 91.7.1. Not be of the same Ambazonia county as the Comptroller

- 91.7.2. Receive all accounts of the AGC and after examining them, certify the balance and transmit the vouchers and account statements to the Comptroller for his or her decision thereto;
- 91.7.3. Conduct a monthly audit of the financial transactions of the AGC and submit his or her report to the Comptroller for certification.
- 91.7.4. Succeed the Comptroller in his or her absence, sickness, or unavailability.

91.8: Register

The Register of the Treasury shall:

- 91.8.1. Be of a different Ambazonia county with the Treasurer and Ambazonia County with the Comptroller
- 91.8.2. Keep all accounts of the revenue, receipts, expenditures, receivables, payables and of all debts due to or from the AGC
- 91.8.3. Receive from the Comptroller the accounts which shall have been finally adjusted, and preserve such accounts with their vouchers and certificates.
- 91.8.4. Record all warrants for the receipt or payment of monies at the Treasury, certify the same thereon, and transmit copies of the balance adjusted to the Auditor.
- 91.8.5. Prepare a quarterly financial report of the AGC
- 91.8.6. Succeed the Auditor in his or her absence, sickness, or unavailability.
- 91.8.7. Be succeeded by the Comptroller *in tempore* in his or her absence, sickness, or unavailability, while the Department elects a new Register from among its other non-officer members within thirty days of vacancy.

91.9. Treasurer

The Treasurer shall:

- 91.9.1. Be of a different Ambazonia county with the Register, and preferably of a different Ambazonia zone with the Auditor
- 91.9.2. Receive and keep the funds of the AGC in the Treasury
- 91.9.3. Ordinarily, disburse funds of the AGC upon warrants drawn by the Secretary of the Treasury, countersigned by the Comptroller, and recorded by the Register after deliberation and approval by the Finance Department. Without the warrant so drawn and registered, the AGC shall not acknowledge the withdrawal or disbursement of funds from its Treasury.
- 91.9.4. In extraordinary circumstances or situations of emergency, the Treasurer may make disbursements as requested by the President, but not without sending information on the disbursement to the Secretary of the Treasury or the Deputy Secretary of the Treasury. After such disbursement, the Treasurer must within 48 hours submit all evidence to the Comptroller who shall examine, report to the Finance Department, and upon validation, submit to the Register for the records.
- 91.9.5. At least once every week, on such day established by the Secretary of the Treasury, provide to the Officers weekly total of revenue generated, expenditure made, and balance in the Treasury.
- 91.9.6. At any time requested, submit to the Secretary of the Treasury and Comptroller, or either of them, the inspection of the monies in the Treasury.

- 91.9.7. Be succeeded by the Deputy Secretary of the Treasury *in tempore* in his or her absence, sickness, or unavailability, while the Department elects a new Treasurer from among its other non-officer members within thirty days of vacancy.

Article 92: Treasury

The funds of the liberation front and its AGC shall be in the Treasury. All persons in custody of the funds of the liberation front and its AGC or signatory to the Treasury shall hold them in trust under the authority of the Treasurer, and shall make no disbursement without knowledge of the Treasurer except that in cases of emergency, disbursements can be made with the authorization of the Secretary of the Treasury.

Article 93: Request for Funds

- 93.1. Request for funds shall be made to the Finance Department ONLY by Heads of Departments or their duly authorized deputies in cases of their absence. The Finance Department shall not attend to request for funds from any other person, whether a member of the AGC or not.
- 93.2. Request for funds shall be made to the Secretary of the Treasury, or the Treasurer in the absence of the Secretary of the Treasury.
- 93.3. Except for those matters which decision may be reserved to the Officers of the Finance Department under Section 91.3 of this Charter, the recipient of the requisition shall submit to the Division of Budget Management for a decision. Decisions on requisitions shall be made by a simple majority vote of the applicable organ.

Article 94: Divisions of the Finance Department

- 94.1. The Finance Department shall have three specialized divisions: Division of Revenue, Division of Budget Management and Division of Accounting and Auditing. Other divisions may be created at the recommendation of the Secretary of the Treasury and will become effective upon approval by the Finance Oversight Committee in the National Council.
- 94.2. Members of the Finance Department shall belong to at most two of the Divisions of the Finance Department, provided that anyone in the Division of Budget Management shall not be a member of the Division of Accounting and Audit. Irrespective of membership in a Division, funds raising remains a responsibility of all members of the Finance Department.

Article 95: Division of Revenue

- 95.1. The Division of Revenue is charged with
- 95.1.1. Identifying revenue sources
 - 95.1.2. designing funds raising strategies and mechanisms, and implementing them.
 - 95.1.3. Leading the 100% collection of all revenues to the liberation front and its AGC with competency, courtesy, effectiveness and efficiency.
- 95.2. The Division of Revenue shall be made up of at least four persons.

95.3. The Division of Revenue shall be headed by an elect of the members of the Division, who shall be assisted by one who is not any of the officers listed in Section 91.4 to 91.9 of these Regulations. The Treasurer shall be an ex-officio member of the Division of Revenue.

Article 96: Division of Budget Management

96.1. The Division of Budget Management is charged with

- 96.1.1. Assisting other Departments of the AGC with drawing up their budgets when assistance is solicited
- 96.1.2. Reviewing and recommending to the Secretary of the Treasury the decision on request for funds to be expended without prejudice to Section 91.3 of this Charter
- 96.1.3. Formulating and flowing up the implementation of the budgetary policies of the AGC, submit such policies to the general Finance Department for deliberation and recommendation to the Council of Missions for adoption.

96.2. The Division of Budget Management shall be made up of at least four persons.

16.3. The Division of Budget Management shall be headed by the Secretary of the Treasury and assisted by one who is not any of the officers listed in Section 91.4 to 91.9 of these Regulations. The Comptroller shall be an ex-officio member of the Division of Budget and Revenue.

Article 97: Division of Accounting and Auditing

97.1. The Division of Accounting and Auditing is charged with

- 97.1.1. Preparing and providing financial reports of the AGC
- 97.1.2. Ensuring maximum accountability.

97.2. The Division of Accounting and Auditing shall be made up of at least three persons.

97.3. The Division of Accounting and Auditing shall be headed by the Register of the Treasury. The internal Auditor shall be an ex-officio member of the Accounting and Auditing Division.

CHAPTER SEVENTEEN

CABINET

Article 98: Identity

The cabinet shall be an advisory body to the President within the members' areas of purview and shall facilitate cross-departmental and cross-council collaboration and coordination.

Article 99: Membership

The following shall be members of the AGC cabinet:

- 99.1. The President
- 99.2. The Vice President
- 99.3. The Secretary General of the AGC
- 99.3. All heads of departments
- 99.4. Chairperson of the Council of Missions
- 99.5. Chairperson of the National Council

Article 100: Roles of the Cabinet

The Cabinet shall:

- 100.1. Provide advice to the President on those matters brought before it by the President
- 100.2. Foster collaboration and coordination between the different departments and councils.
- 100.3. Facilitate information sharing and communication within the different department and councils of the AGC and the liberation front.
- 100.4. Assess the general state of the liberation front and its AGC, and recommend to the President actions to be taken

Article 101: Meeting

- 101.1. The cabinet shall be chaired by the President and shall meet as often as summoned by the President.
- 101.2. The meetings of the cabinet shall be chaired by the President
- 101.3. The President shall establish the agenda of cabinet meetings and decide the nature of each item under consideration in the matters classification scale.

CHAPTER EIGHTEEN

MISCELLANEOUS

Article 102: Logo

The logo of the liberation front and its AGC, which is the official seal, shall be the golden eagle with wings spread representing the vision, strength and freedom of the Ambazonia people; the blue and white stripes in the Ambazonia flag covering its belly as a symbol of Ambazonian nationalism; the thirteen stars representing the wisdom of the Ambazonia people surrounding the eagles head; the same number of stars in one black ring representing the thirteen states of Ambazonia as a model country for stability and a glorious Africa continent; the words “Ambazonia Governing Council” surrounding the ring at the top; the virtues of Justice, Peace and Democracy at the bottom of the ring; a golden ring that represents hope and the prosperity of the Ambazonia people surrounding these words; and two green leave branches extending around it representing the rich natural resources and environment of Ambazonia.

Article 103: Motto

The motto of the liberation and its AGC shall be: “One Nation under God - with Discipline, Sacrifice and Steadfastness”

Article 104: Power and Succession

The AGC shall have perpetual succession and power, apart from its individual members, to acquire, hold and alienate property, enter into agreements and do all things necessary to carry out its aims and objects and defend the Ambazonian people, its and their property, and its and their reputation.

Article 105: Contractual Liability

Only the President shall have the authority to bind the AGC or to create any legal relationship. Any other person purporting to bind the AGC must produce a written authorization from the President which must indicate the extent of that person’s authority. Contracts executed by the President shall be binding and the AGC shall have the responsibility to ensure their enforcement or fulfilment.

Article 106: Standing Orders

106.1. Standing orders may be made by the National Council in respect of any subject for the purpose of facilitating the implementation of the Charter. Standing orders shall have force and effect subject to this Charter, and may be amended, rescinded or altered as provided for herein, provided that the National Council may amend or rescind them subject to ratification by the Council of Missions.

106.2. Standing orders may be made by the President with respect to emergency and/or the top issues of the self-determination cause, provided that the subject does not require ratification by the Council of Missions or the National Council, or until such time when such ratification is necessary for either or both councils.

Article 107: Amendments

Any amendments to this Charter shall be by a two-thirds majority vote in the National Council and a simple majority vote in the Council of Missions. Notice of intent to propose any amendments to the

Charter should be forwarded to the Chairperson of the National Council, who shall then forward same to the Chairperson of the Council of Missions. The proposed amendment must first pass the National Council before it can be taken up and concurred to by the Council of Missions, and shall become effective within seven days after approval in the Council of Missions.

Article 108: Effectiveness

This Charter shall become effective immediately upon passage by a two-thirds majority vote of the Council of Missions.

This Charter is hereby adopted this Sunday, 4th day of February in the Ambazonian independence restoration year, the year of our Lord 2018, following a more than two-thirds majority vote of the Council of Missions and becomes effective immediately, the freedom and welfare of the Ambazonian people requiring it.

First Amendment adopted: January 27, 2019

Sign: aus Datenschutzgründen entfernt durch J.B.

Dr. Julius Nyih
Vice President/Political Leader
Ambazonia Governing Council

Sign: aus Datenschutzgründen entfernt durch J.B.
Attest: ~~Mado Mambo~~
Chairlady of the Council of Missions